



Landtag von Baden-Württemberg

18. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 31. Januar 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 18:59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	929	2. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03)	
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Hillebrand und Scheuermann	929	a) Einzelplan 01: Landtag	
1. a) Antrag der Fraktion der SPD – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Fehler der Atomaufsicht in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit den melderelevanten Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“ – Drucksache 13/630		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/651	936
b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses	929	Abg. Hauk CDU	936
Abg. Drexler SPD	929, 934	Abg. Birzele SPD	938
Abg. Fleischer CDU	931, 936	Abg. Drautz FDP/DVP	939
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	932, 935	Abg. Kretschmann GRÜNE	940
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	933	Beschluss	941
Abg. Fischer SPD	936	b) Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium	
Beschluss	936	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/657	941
		Abg. Veronika Netzhammer CDU	941
		Abg. Schmiedel SPD	943
		Abg. Hofer FDP/DVP	947, 961
		Abg. Dr. Witzel GRÜNE	949, 962
		Minister Dr. Döring	952, 962
		Abg. Dr. Birk CDU	957
		Abg. Gaßmann SPD	959
		Beschluss	964

c) Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/664 966

Abg. Pfisterer CDU 966
 Abg. Carla Bregenzer SPD 968
 Abg. Pfister FDP/DVP 969
 Abg. Theresia Bauer GRÜNE 971
 Minister Dr. Frankenberg 974
 Abg. Dr. Vetter CDU 980
 Abg. Inge Utzt SPD 982
 Staatssekretär Sieber 983

Beschluss 984

Abg. Schmid SPD (zur Geschäftsordnung) 985

d) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/654 986

Abg. Seimetz CDU 987
 Abg. Zeller SPD 988, 1010
 Abg. Kleinmann FDP/DVP 992
 Abg. Renate Rastätter GRÜNE 996
 Abg. Elke Brunnemer CDU 999

Abg. Schebesta CDU 1002

Ministerin Dr. Annette Schavan 1002, 1011

Beschluss 1011

Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung) 1014

e) Einzelplan 11: Rechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/661 1015

Abg. Ursula Lazarus CDU 1015

Abg. Junginger SPD 1016

Abg. Theurer FDP/DVP 1017

Abg. Heike Dederer GRÜNE 1017

Abg. Boris Palmer GRÜNE (zur Geschäftsordnung) 1018

Beschluss 1018

Nächste Sitzung 1019

Anlage

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Fehler der Atomaufsicht in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit den meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“ 1020

Protokoll

über die 18. Sitzung vom 31. Januar 2002

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 18. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Dr. Stolz und Herrn Abg. Käppeler erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Dr. Glück und Wacker.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle und heute Nachmittag Herr Justizminister Dr. Goll.

Meine Damen und Herren, heute haben die Kollegen Hillebrand und Scheuermann Geburtstag. Herr Hillebrand und Herr Scheuermann, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Fehler der Atomaufsicht in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit den meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“ – Drucksache 13/630

b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz begründen, warum wir einen Untersuchungsausschuss beantragen.

Im letzten halben Jahr wurde ja vieles über die Vorgänge im Kernkraftwerk Philippsburg diskutiert. Wir haben auch viele Anträge dazu gestellt. Wir haben inzwischen auch viel Erhellendes über das unkorrekte Gebaren des Betreibers, also der EnBW, und des Personals im KKP 2 erfahren.

Die Rolle des TÜV und sein Versagen in dieser Angelegenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind bisher allerdings nicht aufgedeckt worden. Der TÜV hat sich ja als völlig inkompetent gezeigt. Schließlich hat die Landesregierung nach wie vor nur einen Gutachter beauftragt, wobei zwischen diesem Gutachter und dem Betreiber sehr große persönliche Nähe und Vertraulichkeit bestanden.

Auch zu Missmanagement und zum offenbar fehlenden Risikobewusstsein des Ministeriums wurde bisher nie etwas Substanzielles gesagt, auch von Ihnen nicht, Herr Minister. Vielmehr wurden mit blumigen Worten Erkenntnisprozesse und Meinungsbildungen im Umweltministerium beschrieben, als wäre das Umweltministerium eine Forschungsgruppe und nicht die Atomaufsichtsbehörde. Wenn das Thema nicht so ernst wäre, dann könnte man auch über die Konsequenzen, die Sie angeordnet haben, ziemlich lächeln. Ausgerechnet den Atom-Hardliner Serge Prêtre haben Sie zuerst als unabhängigen Gutachter vorgeschlagen, obwohl dieser Mann ja überhaupt keine Distanz zur Atomlobby hat, sondern die Atomlobby personifiziert darstellt.

Wir hatten eigentlich gedacht, in dem Bericht des Umweltministeriums zur Wiederherstellung der Betriebsvoraussetzungen im Kernkraftwerk Philippsburg werde der gesamte Sachverhalt aufgearbeitet. Sie haben dem Parlament einen 30-seitigen Bericht vorgelegt, in dem Sie in 16 Zeilen von 29 Seiten – in 16 Zeilen auf der letzten Seite! – Konsequenzen, nämlich die Rotation von Personal, angekündigt haben. Sie haben aber nichts zur Aufarbeitung der Fehler beigetragen.

Sie, Herr Minister, haben nach einem Zeitungsbericht im „Südkurier“ Folgendes ausgeführt:

Die SPD muss jetzt eine Begründung dafür finden, dass sie erst ein paar Wochen nach Abgabe des Abschlussberichts auf die Idee kommt, einen Ausschuss zu fordern.

Ich will Sie nur darüber informieren: Am 21. Dezember nachmittags um 14 Uhr – also vor Weihnachten – kam der Bericht per E-Mail in dreifacher Ausfertigung bei der SPD-Fraktion an. Am 21. Dezember! Dann waren Weihnachten und Neujahr und der Dreikönigsparteitag der FDP, bei dem man ja immer ziemlich schlucken und verdauen muss.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was ist jetzt wieder los?
Jetzt langts!)

Dann hatten wir Klausurtagung vom 7. bis 9. Januar, also gleich nach Neujahr. Dort hat die Fraktion die Fraktions-

(Drexler)

führung beauftragt, einen Antrag zu formulieren, und am 15. Januar haben wir dann beschlossen, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Schneller ging es also mit dem Antrag, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, nicht. Insofern weisen wir auch den Vorwurf zurück, wir hätten hier verzögert. Wir haben vielmehr erst aufgrund Ihres katastrophalen Berichts diesen Antrag gestellt.

Wir hatten auch den Eindruck, dass Sie das Kapitel nun für abgeschlossen halten. So steht es nach unserer Meinung auch in dem Bericht. Wir sind aber der Auffassung, dass die Aufarbeitung erst noch beginnen muss. Denn die Atomaufsicht hat eklatante Fehler gemacht. Sie hat – und wir wollen wissen, warum – nach Wiederanfahren eines Reaktors ohne betriebsbereites Notkühlssystem bis zum ersten Einschreiten ganze 19 Tage gebraucht. Warum, weiß das gesamte Parlament bis heute nicht. Warum hat es nach Wiederanfahren des Atomkraftwerks ohne betriebsbereites Notkühlssystem exakt 57 Tage gedauert, bis der Minister aufgrund des Einschreitens des Bundesumweltministeriums eine andere Haltung eingenommen hat? Erst ist 19 Tage nichts passiert, dann ist 57 Tage auch nichts passiert, bis Sie dann in Berlin eine andere Meinung angenommen haben. Das muss man doch aufarbeiten. Wir wissen bis heute nicht, warum dies alles geschehen ist.

Wir wissen erstens bis heute nicht, wer hier in Stuttgart geschlafen hat und wie lange, und wir wissen nicht, warum es möglich war, dass eigens in der Atomaufsicht beschäftigte Ministerialbeamte nicht erkannt haben, dass das Kraftwerk bei drei nicht betriebsbereiten Flutbehältern sofort hätte abgeschaltet werden müssen. Warum? Uns ist das bisher auch im Abschlussbericht des Ministeriums nicht deutlich geworden.

Zweitens: Wie konnte es eigentlich passieren, dass im Ministerium Meldungen – egal, in welcher Form – über Störungen in einem Atomkraftwerk tagelang herumlagen? Warum dauerte es tagelang, bis sie weitergeleitet wurden? Warum ließ man überhaupt mehrere Tage ins Land gehen, bis man sich über eine merkwürdige telefonische Mitteilung eine schriftliche bzw. gefaxte Erklärung zukommen ließ?

Immer wieder liegen hier auch Wochenenden dazwischen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da graust es jedem wirklich. In Baden-Württemberg dürfen Pannen in AKWs nur unter der Woche passieren; am Wochenende gibt es nicht einmal eine verschlafene Atomaufsicht, Herr Minister.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Drittens – eine spannende Frage, die bislang unbeantwortet geblieben ist –: Wie ist es erklärlich, dass zahllose hoch qualifizierte und gut bezahlte Fachleute aus der Atomaufsicht des Landes mit dem Gutachter TÜV und dem Betreiber selbst angeblich viele Jahre – man schätzt 16 Jahre – ein Kernkraftwerk kritisch gemacht haben, ohne zuvor das Notkühlssystem betriebsbereit zu machen? Das muss man doch einmal aufklären; da muss man doch einmal fragen: Wie kommt so etwas zustande?

Möglicherweise sind es auch handfeste ökonomische Gründe; denn wir wissen ja: Je nachdem, wie früh ein Re-

aktor nach der Revision angefahren wird, entstehen täglich Kosten in Höhe von einer halben Million Euro mehr oder weniger. Also: Waren es ökonomische Gründe, die dieses Versagen verursacht haben?

Nun komme ich zu dem Gutachter. Der beschäftigt 120 Mitarbeiter, hat den riesigen Auftrag, ein Atomkraftwerk ständig zu begutachten, und schaut offensichtlich ganz angestrengt in eine andere Richtung, wenn es an die Revision und an das Wiederanfahren nach der Revision geht. Immerhin heißt es im Bericht des Umweltministeriums vom 21. Dezember lapidar:

Die Analyse . . . wurde vom HF-Bearbeiter zurückgestellt, nachdem eine Überprüfung der Handarmatur durch den Armaturenhersteller keinen Befund ergab, und wegen eines personellen Engpasses nicht wieder aufgenommen.

Offensichtlich gibt es zu wenig Personal. Also ist die Frage: Wer hat genehmigt, dass in diesem Atomkraftwerk weniger Personal arbeitet, also Personal reduziert wurde? War es nun die Atomaufsicht oder nicht?

Im Übrigen, Herr Minister, hätten wir gern die Antwort von Ihnen, warum Sie den einstimmigen Beschluss des Untersuchungsausschusses gegen das Atomkraftwerk Obrigheim vom 19. Januar 1996 nicht umgesetzt haben. Da steht drin:

. . . für die zusätzliche Absicherung von Begutachtungsprozessen auch in künftigen atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren neben dem langjährigen Gutachter TÜV Südwest und seinen Untergutachtern andere wissenschaftlich qualifizierte und unabhängige Gutachter als Sachverständige zuzuziehen.

Das war ein einstimmiger Beschluss. Das haben Sie die letzten Jahre nicht gemacht. Darunter stehen auch die Unterschrift des heutigen Geburtstagskindes, Herrn Scheuermann, und meine. Warum wurde dieser Beschluss nicht umgesetzt? Wäre er umgesetzt worden, wäre es möglicherweise überhaupt nicht zu diesen Pannen gekommen.

Viertens wollen wir in dem Untersuchungsausschuss geklärt haben, welche Maßnahmen und Anordnungen jetzt getroffen und welche Konsequenzen in der Atomaufsicht in Baden-Württemberg gezogen werden müssen. Die Bevölkerung in unserem Land hat auf jeden Fall Anspruch auf eine unabhängige, konsequente und schnell handelnde Aufsicht und Kontrolle über die kerntechnischen Anlagen in Baden-Württemberg.

Um diese wieder herzustellen, bedarf es nicht weißer Salbe oder heißer Luft, sondern einer ernsthaften Aufdeckung und Aufarbeitung der gemachten Fehler und deren Ursachen. Da Sie, Herr Minister, und Ihr Ministerium dies nicht geleistet haben, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als zur schärfsten Waffe des Hauses zu greifen, nämlich einen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Nur er gibt uns die Möglichkeit, die Leute, die wir wollen, mit unseren Fragen zu konfrontieren und alle Akten und Vermerke zu diesem Vorgang einzusehen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

(Drexler)

Wir machen auch das Angebot, nachdem die CDU ja den Vorsitz hat, recht schnell – innerhalb eines Jahres oder bis Ende des Jahres – die von uns gestellten Fragen aufzuarbeiten und zu einem Ergebnis zu kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Das war der einzige Beifall, der auf Ihrer Seite! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Ich habe auch sehr ruhig gesprochen! Ich muss nicht jedes Mal so reden wie gestern!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Fleischer.

Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Die CDU-Fraktion hat den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Kenntnis genommen und wird diesem Antrag ihre Zustimmung verweigern.

Der Antrag ist in keiner Weise sachlich gerechtfertigt.

(Lachen bei der SPD)

Wir dürfen feststellen, dass Minister Müller zeitnah, umfassend und richtig informiert hat. Er wird auch in der Zukunft, nachdem – das liegt in der Natur der Sache – immer wieder Fragen auftauchen können und Fragen auftauchen werden – das ist ein laufender Prozess –, selbstverständlich in diesem Stil und in dieser Vollständigkeit informieren.

Der zweite Punkt: Die erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung der Atomaufsicht sind entweder durchgeführt oder aber eingeleitet worden.

(Abg. Drexler SPD: Wissen Sie das? Welche?)

– Herr Drexler, vorgestern haben wir der Presse entnehmen können, dass die in der Tat wichtige Optimierung der Atomaufsicht durch Einsetzung eines externen Expertenteams nunmehr durchgeführt worden ist,

(Abg. Bebbler SPD: Der Presse entnehmen Sie das jetzt! Das Parlament!)

entsprechend unserer Debatte im letzten Oktober hier im Landtag.

(Abg. Drexler SPD: Ein Auftrag ist erteilt worden!)

– Ja, natürlich. Deshalb wurde das eingeleitet; ich habe es gerade gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Nach dem Untersuchungsausschussantrag!)

Dass Kienbaum hiermit beauftragt worden ist, ist der jüngste Beleg dafür, dass tatkräftig und zügig alles getan wird, um die Optimierung entsprechend durchzuführen.

(Abg. Bebbler SPD: Rasant!)

Als weitere Beispiele können die Einrichtung einer Clearingstelle zur Sofortbearbeitung und die Erstellung von

Checklisten, Betriebshandbüchern und Handlungsempfehlungen angeführt werden. Man ist dabei, die Taskforce entsprechend einzurichten; die Jobrotation haben Sie vorhin bereits genannt.

Was ergibt sich daraus, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wenn alles bekannt ist, gibt es nichts aufzuklären, und wenn alle sinnvollen Maßnahmen auf den Weg gebracht sind, gibt es auch nichts anzustoßen. Es ist aber eine alte Tradition der SPD in diesem Landtag

(Abg. Teßmer SPD: Na, na!)

– ich habe das in den letzten 25 Jahren regelmäßig mitverfolgen können –,

(Abg. Teßmer SPD: Aber nichts dabei gelernt!)

dass vor Bundestags- und Landtagswahlen dieses schärfste Instrument, das dem Parlament zur Verfügung steht,

(Abg. Alfred Haas CDU: Missbraucht wird!)

dadurch missbraucht wird, dass man Sachpolitik durch Wahlkampf zu ersetzen sucht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Diese alte Tradition der SPD wäre für sich genommen schon schlimm genug,

(Lachen des Abg. Bebbler SPD)

weil hiermit tatsächlich ein von der Landesverfassung vorgesehenes Instrumentarium missbraucht wird.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Bebbler SPD: Fleischer, ein Musterdemokrat! – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Aber man hat sich daran ja schon ein Stück weit gewöhnt. Viel schlimmer, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre es, wenn die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nur deshalb betrieben würde, um den Vorsitz in dem in Aussicht genommenen nächsten Untersuchungsausschuss, dem FlowTex-Ausschuss, zu bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Wer macht denn das? – Zuruf von der SPD: So ein Unfug!)

Außer der SPD, meine sehr verehrten Damen und Herren, will niemand in diesem Land diesen Untersuchungsausschuss.

(Lachen bei der SPD)

Selbst die Grünen, die mit großer Akribie nachgefragt haben und an das Thema herangegangen sind, haben erklärt, dass das unnötig wie drei Kröpfe sei und dass sie sich deshalb bei der Abstimmung über die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses der Stimme enthalten werden.

(Abg. Bebbler SPD: Wenn Sie sich auf die Grünen berufen, ist das ungeheuer überzeugend!)

Wenn ich mir das so vor Augen halte, Herr Drexler, kann ich nur sagen: Wenn Ihnen dieser Ausschuss so wichtig ist

(Fleischer)

und wenn Sie dieses ungeheuer hohe Aufklärungsbedürfnis haben, dann mache ich Ihnen im Namen der CDU-Landtagsfraktion das Angebot, auch den Ausschussvorsitz zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Das haben wir schon in der Zeitung gelesen! – Zuruf von der SPD: Es gibt noch Witzbolde!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit kommen wir nicht nur dem behaupteten hohen Interesse der SPD entgegen,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

die hier entsprechende Aufklärung betreiben möchte,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Glauben Sie das selbst, was Sie da sagen?)

sondern wir geben Ihnen auch fair

(Lachen bei der SPD)

die Möglichkeit, Herr Drexler, alle diejenigen, vor allem die gesamte Landespresse, Lügen zu strafen, die in den letzten Wochen klipp und klar erklärt haben – und das nicht ohne Grund –, dass Sie dieses Spielchen nur deswegen betreiben würden, um den Vorsitz im nächsten Untersuchungsausschuss zu bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Warum?)

Bei Nichtannahme dieses Angebots würde für jeden in diesem Land und in diesem hohen Hause deutlich und klar der Beweis erbracht, dass die Landespresse mit ihren Kommentaren und Berichterstattungen eben Recht hatte, wonach

(Abg. Teßmer SPD: Das ist eine eigenartige Logik! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

statt eines Aufklärungsinteresses bei Ihnen allein das Interesse am Vorsitz eines FlowTex-Ausschusses Vater des Gedankens zur Einsetzung dieses Ausschusses ist.

(Abg. Teßmer SPD: Sie scheinen da Angst zu haben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: In den letzten Wochen und Monaten ist viel abgefragt worden. Elf parlamentarische Anträge mit umfangreichen Antworten.

(Abg. Drexler SPD: Nicht beantwortet!)

Die 30 Seiten mit den 16 Zeilen, die Sie erwähnten, hatten einen völlig anderen Aufklärungsgegenstand als das, was Sie jetzt gesagt haben, zum Inhalt.

(Abg. Drexler SPD: Wieso? Keine Ahnung!)

Es war darin nicht gefragt, Herr Drexler,

(Abg. Drexler SPD: Es ist überhaupt nichts gefragt worden!)

wie die Funktionalität der Abteilung 7, der zuständigen Abteilung, hier auszusehen hat, sondern der Abschlussbericht hatte die Aufgabe darzustellen, wie sich die ganzen Dinge damals Schritt für Schritt entwickelt haben.

(Abg. Drexler SPD: Und keinerlei Schuld!)

Zu den Fragen der Funktionalität dieser Abteilung sind die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet. Sie verwechseln mit Ihrer Kritik an dem 30-Seiten-Bericht Birnen mit Äpfeln.

(Abg. Drexler SPD: Überhaupt nicht!)

Es ist alles getan worden, was überhaupt getan werden konnte, um Licht in diese Maßnahmen hineinzubringen.

Ich kann Ihnen abschließend nur sagen: Es wäre schlimm, wenn die schärfste Waffe des Parlaments, nämlich ein Untersuchungsausschuss, mit dieser Trickserei von Ihnen in ihrem Wesensgehalt

(Abg. Drexler SPD: Beschädigt wird!)

schwer geschädigt würde,

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

und wenn Sie unser Angebot, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD,

(Lachen bei der SPD)

annehmen würden, könnten Sie sich vor der Öffentlichkeit entsprechend exkulpieren und könnten all das Lügen strafen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, dankbar sind wir!)

Machen Sie das. Dann sind Sie auf der richtigen Seite. Ansonsten sind Sie für uns in einer außerordentlich bedenklichen Situation, wenn Sie diesen Untersuchungsausschuss in dieser üblen Art und Weise pervertieren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Außer Fleischer hätte es keiner so hingekriegt!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD beantragt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses exakt zu dem Zeitpunkt, zu dem gerade alle anderen davon ausgehen, dass der Fall geregelt ist, zu einem Zeitpunkt, zu dem selbst der Bundesumweltminister nichts dagegen hat, dass das Kernkraftwerk Philippsburg wieder in Betrieb geht. Und ganz erstaunlich: Erst heute merkt die SPD und merkt Herr Drexler, dass schon 1996 ein anderer Untersuchungsausschuss dem Ministerium den Auftrag erteilt hat – um es in meinen Worten zu sagen –, eine neue Putzfrau einzustellen. Herr Drexler, warum ist Ihnen eigentlich in den ganzen Jahren dazwischen nicht eingefallen, diese Beauftragung anderer Gutachter anzumahnen? Bei uns haben in dieser Zeit der zuständige Abgeordnete und der Berater gewechselt; deswegen ist uns das raus, das gebe ich ehrlich zu. Aber Sie haben gerade sogar gesagt, dass Sie es selber mit unter-

(Heiderose Berroth)

schrieben haben. Warum haben Sie das dann, bitte, verschlafen? Das wäre wirklich wichtig gewesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, warum denn? Drexler, Frage beantworten!)

Ihr Untersuchungsauftrag stülpt diesem Ausschuss nun Ärmelschoner über und verlangt, dass er in die Schreibstuben steigt und erneut all die Fliegenbeinchen zählt, die eigentlich in den Gremien dieses Hauses bereits reichlich begutachtet und genau protokolliert worden sind.

(Abg. Drexler SPD: Es geht um Kernenergie und nicht um Biologie!)

Klar, beim genaueren Hinsehen und entsprechend kleinem Karo werden sich weitere Einzelheiten finden lassen. Die Frage ist allerdings: Was lernen wir dann daraus, wenn wir die Vergangenheit noch genauer erörtern? Mit großer Wahrscheinlichkeit nichts, was einen derartigen Aufwand rechtfertigt.

Das haben auch die Grünen klar erkannt, und es ehrt sie, dass sie bei diesem Spiel nicht mitspielen. Dafür will die kleinere Oppositionsfraktion nun bei eben diesem von der SPD so beargwöhnten Ministerium die alleinige Aufsicht und Genehmigungszuständigkeit konzentrieren. Das ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Vielleicht ist es ja sogar sinnvoll; aber genau das ist die Aufgabe und soll durch die inzwischen vom Ministerium beauftragte Unternehmensberatung geklärt werden. Diese Fachleute sollen sich exakt um die Fragen kümmern, die die SPD unter Teil C des Untersuchungsauftrags auch dem Landtagsausschuss mitgibt. Ich meine, diese Verwaltungsspezialisten aus der Wirtschaft sind dafür wesentlich besser befähigt als ein Ausschuss des Landtags.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben eine Kontrollaufgabe!)

– Natürlich, ich bringe ja sogar die berufliche und fachliche Befähigung mit; aber ich weiß nicht, wie es in der Gesamtzusammensetzung des Ausschusses ist. Man hat es ja aus den Reaktionen der SPD auf den Vorschlag von Herrn Fleischer gemerkt und aus der Tatsache, dass Herr Drexler in seiner Rede extra darauf hingewiesen hat, dass in diesem Ausschuss ja die CDU den Vorsitz habe – das wurde für mich ganz deutlich –, dass dieser Ausschuss eine strategische Aufgabe hat, nämlich den nächsten Ausschuss vorzubereiten, bei dem dann die SPD turnusgemäß den Vorsitz hat.

Ich habe deshalb zum Schluss eine Bitte: Wir werden uns nach gutem parlamentarischen Brauch bei der Abstimmung über Ihren Antrag der Stimme enthalten, und wir werden selbstverständlich im Ausschuss konstruktiv mitwirken. Aber wirken Sie von der SPD bitte dabei mit, dass wir auch den Sparbemühungen nachkommen, die wir gerade bei den Haushaltsplanberatungen so kräftig verfolgen, und machen Sie es bitte so kurz wie möglich!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wenn wir Grünen in einer Atomdebatte vom Abgeordneten Gundolf Fleischer gelobt werden,

(Abg. Teßmer SPD: Das ist verdächtig!)

dann muss man schon einmal einen Blick auf die Fakten werfen, damit man hier nicht in den falschen Stiefel gestellt wird.

(Zuruf von den Grünen: Alarm! Alarm!)

Schauen wir uns an, was in Philippsburg geschehen ist: Da wird ein AKW hochgefahren, obwohl der Borgehalt in den Flutbehältern nicht stimmt. Es war nicht genügend Kühlmittel in diesen Flutbehältern, und das Ganze nicht nur einmal, sondern über 16 Jahre hinweg. Das alles passiert, obwohl angeblich unabhängige Gutachter des TÜV jeweils zugegen sind, die eigentlich das Einhalten der Vorschriften gewährleisten sollen. Berichte über solche Vorgänge an die zuständige Aufsichtsbehörde werden dort einfach als nicht meldepflichtige Ereignisse abgeheftet. Und die Krönung des Ganzen ist, dass der zuständige Minister über Tage und Wochen hinweg von seinen eigenen Beamten über das wahre Ausmaß im Unklaren gelassen wird.

Meine Damen und Herren, das sind die Fakten. Das sind nicht irgendwelche Horrorszenarien aus dem Umfeld maroder Atomkraftwerke in Osteuropa, nein, seit Herbst letzten Jahres wissen wir, dass dies bittere Realität hier in unserem Lande ist, von dem die Regierungsfractionen immer behaupten, wir hätten weltweit die strengsten Sicherheitsvorschriften und die sichersten Reaktoren. – So weit zu Ihnen, Herr Fleischer.

Diese Vorgänge müssen wir klar und deutlich kritisieren, und wir haben das getan. Ich darf selbstbewusst feststellen: Wir Grünen haben über Monate hinweg unseren Beitrag geleistet, Licht in diese unglaublichen Zustände zu bringen. Wir haben etwa zehn Landtagsinitiativen eingebracht, und es war – das müssen wir auch ganz klar festhalten – letztendlich der grüne Umweltminister in Berlin, der durch sein Eingreifen die Kehrtwende des hiesigen Umweltministers und die Abschaltung des AKW bewirkt hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Das war auch die ruhige Hand! Nach Wochen!)

– Das müssen wir Ihnen erst einmal sagen, Herr Hauk.

Und jetzt zum Thema Untersuchungsausschuss: Das wollen wir jetzt nicht polemisch machen, sondern wir gehen genau an die Fakten heran. Es ist eine abenteuerliche Behauptung, wir bekämen Druck von der grünen Basis, man möge doch den Untersuchungsausschuss unterstützen.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das gesagt?)

– Es gibt Zeitungsberichte. – Dazu möchte ich klar und deutlich feststellen: Bei uns ist kein derartiger Druck gelandet, denn die Basis weiß genau, wer hier gerackert hat und wer nur gegackert hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

(Dr. Witzel)

Ich möchte in dieser Debatte feststellen: Wir haben Ende Oktober auch einmal überlegt, ob nicht ein Untersuchungsausschuss das geeignete Mittel wäre, Herr Drexler. Wir haben prompt Ihre Reaktion gehört – ich zitiere eine dpa-Meldung vom 26. Oktober –:

Der SPD-Politiker fügte hinzu, es gehe darum, jetzt aus den hinlänglich bekannten Fakten die Konsequenzen zu ziehen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir können uns sicher schnell darauf einigen, was die notwendigen Konsequenzen sind. Diese Konsequenzen hat mein Kollege Dr. Salomon in einem Schreiben an den Umweltminister Ende Oktober klar und deutlich formuliert. Ich zitiere aus einem Brief an Herrn Müller:

Indem Sie den jetzigen für die Atomaufsicht im Lande zuständigen Abteilungsleiter Dr. Keil umgehend von seinen bisherigen Aufgaben entbinden, können Sie als Amtschef erheblich mit dazu beitragen, dass der dringend notwendige Neuaufbau der Fachabteilung in Ihrem Haus unverzüglich in Angriff genommen wird. Letztlich sollte aber auch Ihnen aus Kenntnis der tatsächlichen Sachlage heraus klar sein, dass für einen solchen Neuanfang auch der Rücktritt des politisch für die oben beschriebenen Zustände verantwortlichen Ministers unabdingbar ist.

Herr Drexler, das Problem ist doch: Die Konsequenzen, die gezogen werden müssten, sind klar; aber die politische Mehrheit in diesem Haus sperrt sich dagegen, diese Konsequenzen einzufordern. Das ist Punkt 1.

Das Problem in dieser Sache sind ja nicht die einzelnen Fakten, sondern das Problem ist die fehlende Distanz zwischen den Betreibern und den Kontrolleuren. Da gibt es persönliche Verflechtungen.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht der Aufsichtsabteilung!)

Ist der Untersuchungsausschuss denn ein geeignetes Mittel, um solche personellen Verquickungen darzulegen? Seien Sie doch bitte nicht so naiv, zu glauben –

(Abg. Drexler SPD: Atomaufsicht! Was ist denn da für eine persönliche Verwicklung der Betreiber vorhanden gewesen?)

– Herr Drexler, wenn es eine zu große Nähe zwischen der Atomaufsicht und den Betreibern gibt, meinen Sie, das würde dann immer in den Akten niedergelegt? Meinen Sie, dass solche Leute, wenn wir sie als Zeugen laden, freimütig erklären werden: „Ja, wir sind zu eng mit denen verschwistert“?

(Abg. Drexler SPD: Ich weiß nicht, was die sagen wollen!)

Wir haben Erfahrungen aus dem Untersuchungsausschuss zum Kernkraftwerk Obrigheim. Wir kennen den Zeugen Keil, der so eloquent reden kann und der nie so etwas zugeben wird. Die Frage ist: Was bringt da ein Untersuchungsausschuss?

(Abg. Teßmer SPD: Genau das!)

Es hätte eine Situation geben können, in der wir Ja zu einem Untersuchungsausschuss sagen. Dann hätte man aber wirklich neue Pfeile im Köcher haben müssen, wirklich neue Fakten, die die Regierung oder die Atomaufsicht in Bedrängnis bringen können.

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine Rede, wie die CDU sie halten könnte!)

Davon haben wir aber bislang noch nichts gehört.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das wird peinlich, Herr Drexler!)

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, werden wir Grünen uns bei dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses heute der Stimme enthalten.

Gleichwohl werden wir uns in vollem Umfang und mit der von uns gewohnten und erwarteten Gründlichkeit in diesem Untersuchungsausschuss engagieren. Aber – und damit möchte ich schließen – gleichzeitig gilt auch das, was die „Stuttgarter Zeitung“ am 16. Januar zu den Ereignissen in Philippsburg schrieb – ich zitiere –:

Die Sozialdemokraten fielen mehr durch starke Sprüche als durch Sachkenntnis auf.

(Lachen des Abg. Döpper CDU – Beifall des Abg. Seimetz CDU)

Im Ausschuss können sie nun beweisen, dass es auch ihnen um die Sache geht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da können Sie nichts mehr gutmachen, Herr Drexler!)

Abg. Drexler SPD: Ich muss ja auf das tolle Angebot der CDU-Fraktion eingehen.

Frau Berroth, nur eine Mitteilung: Ich muss wirklich sagen, wenn Sie die These aufstellen: „Wenn das Parlament etwas beschließt, ist zukünftig die Opposition daran schuld, wenn die Regierung das nicht umsetzt“, was ist denn das für ein parlamentarischer Gedanke? Hier ist einstimmig beschlossen worden, andere Gutachter zu beauftragen. Sie werfen uns vor, dass die Regierung das nicht gemacht hat. Was ist denn das für ein Blödsinn? Das muss ich schon sagen. Sind Sie an der Regierung oder wir?

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt dieser tolle Vorschlag von Herrn Fleischer.

(Abg. Dr. Birk CDU: Der ist gut!)

Wir sind bereit, das Untersuchungsausschussgesetz dahin gehend zu ändern, dass immer derjenige den Vorsitz erhält, der den Untersuchungsausschuss beantragt.

(Abg. Fleischer CDU: Sie haben doch das Interesse!)

(Drexler)

Wenn Sie dieser Meinung sind, dann machen Sie mit. Dann können wir das gleich ändern. Dann ist das okay.

(Abg. Fleischer CDU: Billiger Jakob!)

Aber von der normalen Praxis, dass die größte Fraktion – so steht es im Gesetz – den Vorsitzenden des ersten Untersuchungsausschusses stellt und der Vorsitz beim zweiten Untersuchungsausschuss an die zweitstärkste Fraktion fällt, wollen wir nicht abrücken.

(Abg. Seimetz CDU: So kann man Scheinheiligkeit auch definieren! – Abg. Fleischer CDU: Herr Drexler, Sie sind scheinheilig!)

Ich will Ihnen aber sagen, warum Sie diesen Vorschlag gemacht haben: weil Sie Angst vor dem FlowTex-Untersuchungsausschuss haben. Natürlich! Massive Angst!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Jetzt hat er die Hose heruntergelassen! – Abg. Hauk CDU: Jetzt ist die Hose unten! – Abg. Fleischer CDU: Jetzt hat er es zugegeben, dass er ihn will!)

– Nein, überhaupt nicht!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Drexler SPD: Nein, nein. Sie kann zum Wesentlichen nachher noch etwas sagen.

Ich will Ihnen nur sagen: Heute Morgen schreibt eine Zeitung, dass ein Regierungsmitglied offensichtlich doch mit einer FlowTex-Maschine geflogen ist, obwohl die Landesregierung uns in einer parlamentarischen Antwort mitgeteilt hat, dass niemand geflogen sei. Nachdem ich das heute Morgen gelesen habe, ist mir klar, warum Sie uns heute den Untersuchungsausschussvorsitz antragen: damit Sie dann beim FlowTex-Untersuchungsausschuss den Vorsitzenden stellen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Scheinheiliges Argument!)

Herr Fleischer, Sie haben keine Antworten auf meine Fragen gegeben, Herr Witzel im Übrigen auch nicht. Keiner kann uns die Frage beantworten, wie das im Umweltministerium gelaufen ist. Keiner kann sagen, warum 19 Tage nichts passiert ist. Das wissen auch Sie nicht.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es geht darum, ob Konsequenzen zu ziehen sind, und die sind jetzt schon klar!)

Das sind die gleichen Leute an der gleichen Stelle. Die machen alle die gleiche Atomaufsicht. Wir haben im ganzen Bericht nicht gelesen, dass sich da etwas geändert hat. Das ist doch keine Golf- oder WC-Anlage. Das ist ein hochgefährlicher Reaktor.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie aber stehen alle hier und sagen: beauftragt, demnächst gibt es ein Gutachten. Also, was soll denn das?

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen den Ablauf kennen, und wir wollen aus dem falschen Ablauf Schlüsse ziehen, Herr Witzel. Daran können Sie dann mitarbeiten. Ich muss mich schon wundern, dass Sie sich heute der Stimme enthalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn Sie so reagieren, wissen Sie, dass ich Recht habe.

(Abg. Teßmer SPD: Eitelkeit!)

Herr Drexler, ich finde es schon interessant, dass Sie heute nicht die Meinung vertreten, die Sie bisher immer vertreten haben, dass es die vornehmste Aufgabe der Opposition sei, die Regierung zu kontrollieren. Das wäre doch nun ein klassischer Fall, bei dem eine Kontrolle notwendig gewesen wäre.

(Abg. Drexler SPD: Aber wir sind nicht verantwortlich! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Aber ich habe mich aus einem ganz anderen Grund noch einmal gemeldet. Sie schauen rückwärts und wollen alles penibelst noch einmal aufzeichnen.

(Abg. Bebber SPD: Nicht rückwärts! Konsequenzen!)

Das gibt wirklich keinen Sinn. Wichtig ist – und dafür sollten wir unsere Kraft einsetzen –,

(Abg. Bebber SPD: Konsequenzen! Sonst ist alles Mist gewesen! – Abg. Drexler SPD: Schauen Sie die Ziffer 3 an!)

dass wir Sicherheit für die Zukunft herstellen. Deswegen bin ich sehr froh, dass das Ministerium meiner Empfehlung gefolgt ist

(Unruhe – Oh-Rufe von der SPD)

– lassen Sie mich ausreden; Sie können ja dazu nachher etwas sagen – und nun nicht Atomfachleute mit dem Thema befasst werden, sondern Verwaltungsspezialisten, die etwas von Sicherheitscontrolling verstehen, mit dieser Aufgabe beauftragt werden. Das ist nämlich wichtig.

Bisher ist versäumt worden, das Augenmerk auf zügige und sichere Verwaltungsabläufe zu lenken. Man sollte auch im Ablauf der technischen gutachterlichen Prüfung nicht davon ausgehen, wie das Kernkraftwerk gebaut worden ist, sondern es gilt Checklisten aufzustellen, wie die Sicherheit zu prüfen ist. Das sind die Aufgaben, die wir eigentlich haben, und dafür sollten wir Zeit und Kraft haben, anstatt sie für den Ausschuss zu verschwenden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ziffer 3 des Auftrags des Ausschusses! Haben Sie den Ausschussauftrag gelesen?)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/630. Hierbei handelt es sich um einen Antrag einer qualifizierten Minderheit; der Antrag ist von 45 Mitgliedern der SPD-Fraktion unterschrieben. Der Landtag ist deshalb nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung rechtlich zur Annahme des Antrags verpflichtet.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Antrag wurde zugestimmt.

(Abg. Teßmer SPD: Einstimmig!)

Wir kommen damit zur Wahl des Vorsitzenden.

(Abg. Birzele SPD: Der Mitglieder!)

– Wir kommen damit zur Wahl der Mitglieder. Entschuldigung! Das habe ich übersehen.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU zur SPD: Sie machen ja nie einen Fehler! Sie sind perfekte Abgeordnete, vor allem Herr Drexler! – Unruhe)

Wir kommen also zur Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden.

Zunächst die Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Es ist vorgeschlagen, dass dem Untersuchungsausschuss zwölf ordentliche und zwölf stellvertretende Mitglieder angehören sollen. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen hierzu liegt Ihnen vor (*Anlage*). Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus den vorgeschlagenen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern zustimmt, sodass sie damit gewählt sind. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir haben nunmehr die Wahl des Vorsitzenden vorzunehmen. Ich darf hierzu um Vorschläge bitten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Drexler! – Zurufe von der CDU: Drexler! – Abg. Drexler SPD: Ich habe schon einen Ausschuss geleitet! Ich mache keinen zweiten mehr! – Weitere Zurufe von der CDU: Drexler! – Abg. Drexler SPD: Aber nur, wenn ich einstimmig gewählt werde! – Abg. Hofer FDP/DVP: Gut, zugesagt! – Abg. Oettinger CDU: Zugesagt! – Abg. Fleischer CDU: Das Vorschlagsrecht liegt bei der CDU! Das ist zu bedenken, Herr Präsident!)

Herr Abg. Fleischer.

Abg. Fleischer CDU: Nachdem Herr Abg. Drexler deutlich gemacht hat, dass die SPD kein Interesse an dem Vorsitz hat, schlagen wir Herrn Abg. Scheuermann vor.

(Abg. Drexler SPD: Sehr guter Vorschlag! Guter Mann!)

Präsident Straub: Vorgeschlagen ist Herr Abg. Scheuermann. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für Herrn Abg. Scheuermann ist,

(Abg. Drexler SPD: Für das Geburtstagskind!)

den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Herr Abg. Scheuermann ist einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Wir haben nun den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu wählen. Nunmehr steht das Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion zu.

Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, die SPD-Fraktion schlägt als stellvertretenden Vorsitzenden den Kollegen Dr. Walter Caroli vor.

Präsident Straub: Es ist Kollege Dr. Caroli vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Wer für Herrn Abg. Dr. Caroli ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Herr Abg. Dr. Caroli ist bei wenigen Enthaltungen gewählt.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03)

Ich rufe zunächst **Buchstabe a** auf:

Einzelfplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/651

Berichterstatte: Abg. Stickelberger

(Anhaltende Unruhe)

– Meine Damen und Herren, darf ich bitten, etwas ruhiger zu sein und die Gespräche im Saal einzustellen.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht. Dann erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg befindet sich in einem Jubiläumsjahr. Das ist sicherlich auch ein Anlass, der bei dieser Beratung über den Haushalt des Landtags zu berücksichtigen ist. Die Tatsache, dass der Landtag über seinen eigenen Haushalt befindet, zeigt, wer der eigentliche, tatsächliche Souverän in diesem Lande ist. Dabei ist auch einmal darüber nachzudenken, wie die Stellung des Landtags heute in dem politischen Umfeld auf Bundes-, Landes- und europäischer Ebene ist.

(Hauk)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Föderalismus in Deutschland hat sich spätestens seit den Siebzigerjahren gewandelt. Der Bund hat sich sukzessive Kompetenzen bei den Ländern eingekauft, wenn man so will, insbesondere durch Mischfinanzierungen. Dadurch hat sich in diesem Zeitraum eine stärkere Verflechtung hinsichtlich der Mitwirkung des Bundesrats auf Bundesebene ergeben. Teilweise sind auch ureigene Länderkompetenzen durch Mischfinanzierungen des Bundes in Bundeskompetenzen übergegangen. Das steht in den letzten 25 bis 30 Jahren zwischenzeitlich als Faktum fest.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass die Exekutive im Bundesrat – aber nur im Bundesrat als Gesamtgremium – mehr Einfluss in der Bundespolitik gewonnen hat. Die Legislative in den Landesparlamenten hat dagegen eher Einfluss verloren, weil die konkrete landespolitische Verantwortung zum Teil ausgehöhlt wurde.

In der Konsequenz müssen wir dazu kommen, einmal gemeinsam zu überlegen, wie wir diesen verstärkten Einfluss der Exekutive, der Landesregierungen im Bundesrat, ein Stück weit kompensieren können, indem wir das, was dort beschlossen wird und ursprünglich originäre Länderkompetenzen berührt, so beeinflussen, dass wir als Legislative uns verstärkt in den Bundesrat über die Regierung einbringen können.

Roman Herzog hat eine Entflechtung der politischen Verantwortlichkeiten gefordert. Wenn man das Thema Föderalismus und das Thema einer Stärkung der Bundesländer und der Landesparlamente diskutiert, dann muss man dieser Forderung uneingeschränkt beitreten, weil nur sie das oben geschilderte Problem auflöst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Europäische Union, die von manchen vielfach sogar als Geißel betrachtet wird, was die Selbstbestimmungsrechte und die föderalistischen Grundsätze angeht, braucht mehr Kontrolle. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass es einen Verfassungskonvent gibt. Wir begrüßen es auch ausdrücklich, dass sich der Bundesrat auf unseren Ministerpräsidenten als Mitglied dieses Verfassungskonvents verständigen wird, weil dies eine Voraussetzung dafür ist, dass Länderkompetenzen innerhalb der Europäischen Union mit dem entsprechenden Nachdruck eingebracht werden.

Ich bin allerdings überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Regionalentwicklung innerhalb der Europäischen Union eher im Kommen ist und sich nach all dem, was es an Ansätzen dafür gibt, eher verstärken wird. Verfolgen Sie beispielsweise nur die Agenda 21 oder die jüngste Entwicklung im Bereich der europäischen Agrarpolitik. Dies alles deutet unter dem Strich auf eine verstärkte Verantwortlichkeit in den Regionen hin.

Die dritte Bemerkung hierzu: Zum Selbstverständnis des Parlaments, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir uns fragen: Was machen wir aus uns selber? In einer kritischen Betrachtung stellt man fest – und als Regierungsfraktion muss man das auch feststellen –: Wir haben leider Gottes sehr schwache Sparringspartner in der Opposition.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Oje!)

Das ist eine bedauerliche Tatsache. Ich darf als Beispiel die jetzt zurückliegenden Finanzausschussberatungen nehmen. Die Zahl der Änderungsanträge war noch nie so gering. Die Zahl der innovativen Anträge war noch nie so gering. Es sind die alten Ladenhüter, wie der Verkauf von Landesanteilen usw., die von der Opposition zum Ausgleich von Deckungslücken herangezogen werden.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Keine Verallgemeinerungen!)

Es gab keinerlei neue Elemente. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bedauern das sehr. Wir würden uns gern mehr fordern lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmid SPD: Arroganter Schnösel! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Arroganz ersetzt nicht Qualität!)

Ich sage ein Weiteres: Der Tiefgang der Beratungen – lesen Sie einmal die Berichte über die Beratungen des Finanzausschusses – war noch nie so flach.

(Beifall bei der CDU – Abg. Göschel SPD: Wenn Sie dabei sind, ist das kein Wunder! – Abg. Fischer SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Und da beklagt sich die Opposition, dass keine Kontrolle der Regierung mehr stattfindet. Tatsache ist, dass die Kontrolle der Regierung längst von den Regierungsfractionen allein übernommen wurde, weil Sie dazu nicht mehr fähig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach 50 Jahren Baden-Württemberg bleibt auch festzustellen, dass sich das Teilzeitparlament bewährt hat. Die Verankerung im Beruf, der nicht nur politische Manager, sondern der im Beruf verankerte Politiker in Baden-Württemberg, ist eine gute Konstruktion. Die damaligen Verfassungsväter haben sich gute Gedanken gemacht, an denen es auch nichts zu rütteln gibt.

(Beifall des Abg. Schneider CDU – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Was ist mit den Frauen?)

Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass wir zweifelsohne im Wandel der Zeit mit dem Fortschritt mithalten müssen. Das bedeutet zum Beispiel, dass eine qualifizierte Ausstattung der Abgeordneten und der Verwaltung dieses Landtags im sachlichen wie im personellen Bereich genauso notwendig ist. Da wird es in den nächsten Jahren sicherlich noch weiteren Nachholbedarf geben.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen will, betrifft die Selbstdarstellung des Parlaments. Was machen wir aus uns selber? Wie stellen wir uns in einer gewandelten Demokratie – manche sprechen ja von Mediendemokratie – nach außen hin dar?

Die Geschäftsordnungskommission, die das Präsidium eingesetzt hat – – Zu meiner Überraschung, Herr Landtags-

(Hauk)

vizepräsident Birzele, habe ich Vorschläge von Ihnen gelesen. Mich hat schon sehr verwundert, dass Sie als Vizepräsident das nicht mit der gebotenen Zurückhaltung machen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ihnen täte etwas mehr Zurückhaltung gut!)

Darüber hinaus schmücken Sie sich auch noch mit fremden Federn. Ich denke daran, dass es der Kollege Kretschmann war, der das Thema Grundsatzdebatten etc. eingeführt hat. Ich hätte nicht erwartet, dass Sie es nötig haben, sich mit fremden Federn zu schmücken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist halt Birzele!)

Aber man erlebt ja auch in höherem Alter noch Überraschungen.

Die Geschäftsordnungskommission hat zweifelsohne das Ziel, dafür zu sorgen, dass die Parlamentsabläufe und -debatten lebhafter, spontaner und unter dem Strich interessanter gestaltet werden. Wir arbeiten daran, bislang in gutem Einvernehmen, und wir werden sicherlich zu sinnvollen Lösungen kommen.

Ein weiterer Punkt zum 50-Jahr-Jubiläum des Landes: Auch der Landtag hat ein Anrecht darauf – er muss es aus unserem Selbstverständnis heraus sogar tun –, sich nicht nur aktiv in dieses Landesjubiläum einzuschalten, sondern es auch mitzugestalten. Die auswärtigen Plenarsitzungen dienen dazu genauso wie der Infobus, der einige Monate durch das Land rollt und Aufklärungsarbeit in Bezug auf die parlamentarische Tätigkeit leistet. Gleiches gilt auch für den Tag der offenen Tür.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Haushalt setzen wir den finanziellen Rahmen. Was wir daraus machen, liegt an uns. Dazu rufe ich uns alle auf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Bemerkung zu den Ausführungen des Kollegen Hauk machen, was die Finanzausschussberatungen und die Kontrolle der Regierung betrifft. Ihnen ist offensichtlich entgangen, dass die Kontrolle der Regierung Aufgabe des gesamten Parlaments ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Was Änderungsanträge betrifft, ist meinen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss aufgefallen, dass Sie nicht einmal alle Ihre Anträge selbst verstanden haben, weil sie von der Regierung geschrieben wurden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Woher wissen Sie das? Sie waren nie dabei!)

Die Beratungen im Finanzausschuss, Herr Kollege Hauk, waren deshalb so unerfreulich, weil die Regierungsfraktionen konsequent jeglichen Antrag von den Oppositionsfraktionen abgelehnt haben, wie es leider seit vielen Jahren hier im Haus der Brauch ist. Wir würden eine viel bessere Beratungskultur bekommen, wenn die Regierungsfraktionen einmal bereit wären, sich auf wirkliche Diskussionen mit den Oppositionsfraktionen einzulassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Nun zu dem hier zur Beratung anstehenden Einzelplanentwurf.

Es ist erfreulich, dass sich die im Einzelplan 01 – Landtag – veranschlagten Gesamtausgaben im Jahr 2002 auf 39,02 Millionen € und im Jahr 2003 auf 38,175 Millionen € beschränken und damit jeweils geringer sind als im Jahr 2001 mit 40,58 Millionen €.

Es ist ein außerordentliches und in der heutigen Zeit seltenes Ereignis, dass die Ansätze eines Einzelplans in absoluten Zahlen geringer ausfallen als im Vorjahr. Dies ist, wie Sie, meine Damen und Herren Kollegen, wissen, entscheidend darauf zurückzuführen, dass der Landtag durch die Landtagswahl am 25. März des letzten Jahres kleiner geworden ist – kleiner hinsichtlich der tatsächlichen Sitzzahl, ohne dass die gesetzlich festgelegte Regelsitzzahl geändert worden ist.

Damit stellt sich für uns nach wie vor die Frage: Wie können wir den Zustand sichern, dass die tatsächliche Sitzzahl im Wesentlichen auch der Regelsitzzahl entspricht? Wir haben deshalb schon im letzten Jahr verschiedene Initiativen hier im Haus eingebracht, um das Landtagswahlrecht mit dieser Zielrichtung zu ändern und eine Stabilisierung der tatsächlichen Zahl der Abgeordneten zu erreichen.

Leider waren auch hier die Regierungsfraktionen nicht bereit, sich einem offenen Diskussionsprozess zu stellen. Es ist auf den Staatsgerichtshof verwiesen worden. Der Staatsgerichtshof kann von der Vielzahl der aufgeworfenen Fragen, die sich bei der Überarbeitung des Wahlrechts stellen, nur wenige überhaupt behandeln. Außerdem ist es grundsätzlich falsch, politisch zu entscheidende Fragen den Verfassungsgerichten zuzuweisen.

Deshalb appellieren wir erneut an Sie, zu einer gemeinsamen Überprüfung des Landtagswahlrechts bereit zu sein, auch um die tatsächliche Zahl der Abgeordneten zu stabilisieren und um im Landtag, im Land mehr Wahlberechtigung herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, den ich in diesem Zusammenhang ansprechen will und der Auswirkungen hat, bezieht sich auf Regelungen des Abgeordnetengesetzes. Die CDU hat auf ihrem Landesparteitag beschlossen, eine Inkompatibilität von Bürgermeisteramt und Kreistagsmandat vorzusehen. Wir haben hierzu daraufhin einen Gesetzentwurf eingebracht, weil wir schon wissen wollen, wie ernst die CDU ihre Parteitagbeschlüsse nimmt.

(Birzele)

(Abg. Hauk CDU: Das große Interesse von Ihnen ist ja erfreulich!)

Ich habe mit Freude vernommen, dass beim Dreikönigstreffen der FDP sogar darüber hinausgehende Vorschläge diskutiert wurden. Die Zielsetzung war aber die gleiche, wie sie beim Landesparteitag der CDU bestand. Wir sind gespannt, ob unser Gesetzentwurf im Landtag eine Mehrheit findet.

Damit wird gleichzeitig aber eine andere Frage angesprochen, die hiermit zusammenhängt und die von den Bürgermeistern zu Recht vorgebracht wurde: Wie kann es sein, dass ein Bürgermeister oder ein Landrat oder ein Schulleiter im Landtag sitzt, dort die Regierung kontrollieren soll und von der Regierung seinerseits, wenn er seiner beruflichen Tätigkeit nachgeht, kontrolliert wird?

(Abg. Seimetz CDU: Schulleiter mit gutem Grund!)

Da ergibt sich genau der gleiche Interessenkonflikt wie bei Bürgermeistern, die ein Kreistagsmandat haben.

(Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir hier schon konsequent sein, das Abgeordnetengesetz überarbeiten und die Inkompatibilität einführen, die im Bundestag und in jedem anderen Landesparlament eines Flächenstaats gegeben ist.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Bemerkung: Geschäftsordnung. Herr Hauk, da liegen Sie mit Ihren Vorwürfen völlig neben der Sache. Ich habe ein dpa-Gespräch über die Vorstellungen der SPD geführt. Ich habe sogar haarklein erzählt, wer was wie jeweils beantragt hat und wie der Stand ist.

Mich bekümmert bei der ganzen Geschichte etwas – wir haben schon eine ganze Reihe von Sitzungen durchgeführt –: Ich warte noch heute zum Beispiel auf Ihre schriftlichen Vorschläge. Ihre Stellungnahme, alles, was wir an Änderungen vorschlagen würden, seien alte Hüte, alles sei schon einmal da gewesen, unsere bestehende Geschäftsordnung sei die beste, ist nicht befriedigend.

Damit komme ich zur Grundfrage: Wie behandeln wir die von mir angesprochenen Fragen – Wahlgesetz, Abgeordnetengesetz, Geschäftsordnung des Landtags? Sind dies Fragen, die offen zwischen allen Parlamentariern diskutiert werden, möglichst mit Richtung Konsens in Parlamentsfragen? Oder sind dies Fragen, die nach Koalitionsvereinbarungen entschieden werden? Leider ist der gegenwärtige Standpunkt der FDP/DVP und der CDU der, dass dies Koalitionsfragen sind, mit der Folge, dass sich die große Mehrheit im Parlament in vielen Dingen nicht durchsetzen kann, weil es in der CDU eine Sperrminorität gibt. Auch in der CDU ist es nicht so, dass alle Kolleginnen und Kollegen bei diesen angesprochenen Fragen die Mehrheitsmeinung teilen. Aber da die andere Meinung in der CDU-Fraktion überwiegt, haben wir die Situation, dass vielleicht 30, maximal 40 % des Parlaments einer Mehrheit von 60 % den Willen ausdrücken. Das ist in Parlamentsfragen kein erfreulicher Zustand. Denken Sie bitte darüber nach.

Wir werden dem Einzelplan selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt ermöglicht es uns Volksvertretern erst, unsere Arbeit verantwortungsvoll wahrzunehmen und die Kontrolle der Regierung durchzuführen. Dies muss klar gesagt sein, Herr Birzele. Auch wir als Regierungsfraktion nehmen unsere parlamentarische Aufgabe ernst, die Regierung zu kontrollieren.

(Zuruf von der SPD: Das merkt man aber nicht!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich als Erstes bei allen 173 Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für die Arbeit bedanken, die sie für uns Parlamentarier hier im Landtag leisten. Ich muss zugeben, wir machen es der Verwaltung nicht einfach, und es besteht trotzdem, muss ich sagen, ein guter Umgang zwischen der Verwaltung und den Parlamentariern.

(Abg. Hauk CDU: Die Verwaltung macht es uns auch einfach!)

Ich möchte auch feststellen, dass wir als Parlamentarier bei diesem Haushalt keine strittigen Punkte zu diskutieren haben, was den Haushalt selbst anbelangt. Es hat sich schon bei meinen Vorrednern gezeigt, dass sie andere Punkte angesprochen haben, weil beim Haushalt selbst strittige Punkte nicht gegeben sind. Die Anträge sind alle gemeinsam gestellt worden.

Trotzdem möchte ich feststellen, dass nach den einstimmigen Beschlüssen des Präsidiums der Strukturplan des Landtags weiter fortgeführt wurde. Ich möchte auch ansprechen, dass die überfällige Stellenhebung für den Leiter der Abteilung Parlamentsdienst angestanden ist und jetzt von allen Fraktionen abgesegnet wurde, damit die Struktur in der Verwaltung von der Spitze her stimmt.

Die Struktur in der Verwaltung stimmt, aber die Struktur im Parlamentarischen Beratungsdienst hat noch einige Mängel; daran müssen wir in der Zukunft noch weiter arbeiten. Bei einem Sparhaushalt passt es natürlich nicht in die Landschaft, dass im Parlamentarischen Beratungsdienst der Strukturplan dementsprechend nachvollzogen wird, aber eines steht doch fest, meine Damen und Herren: Wenn man einen Strukturplan für den Landtag fertigt, ist es wichtig, dass der Strukturplan nicht nur in der Verwaltung, sondern auch im Parlamentarischen Beratungsdienst stimmt, nachdem auch der Parlamentarische Beratungsdienst der Fürsorge des Präsidenten des Landtags untersteht.

Meine Damen und Herren, trotz des Sparhaushalts – und das wurde von meinen Vorrednern schon erwähnt – haben wir in einigen Bereichen natürlich Mehrausgaben. Wir haben – und deshalb ist das Haushaltsvolumen kleiner – durch den kleineren Landtag, wie Herr Kollege Birzele richtig erwähnte, natürlich große Kosteneinsparungen, und wir sollten in Zukunft bei der Regelzahl von 120 Abgeordneten ankommen. Wir müssen uns auch in der Koalition weiterhin Gedanken machen, wie das für die Zukunft sinnvoll erreicht werden kann.

(Drautz)

Natürlich ist das Landesjubiläum eine ureigene Sache auch der Bürgervertreter, und es wäre daher ungeschickt gewesen, wenn der Landtag dafür kein Geld eingesetzt hätte.

Beim Thema Landesjubiläum ist mir noch etwas sehr wichtig: Bei allen wertvollen Veranstaltungen, die im Land stattfinden, ist es mir persönlich wichtig, dass wir auch das Infomobil haben, damit sich die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land und nicht nur hier in Stuttgart über die Arbeit dieses Landtags und der Fraktionen informieren können. Ich finde hervorragend, dass wir dies machen.

Dieser Haushalt hat noch etwas Neues. Wir sind sparsame Schwaben.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf von der CDU)

Man muss eines einmal klar sehen.

(Abg. Capezzuto SPD: Was ist mit den Badenern?
– Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Ich weiß, auch die Badener sind sparsam.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Aber eines muss man ganz klar sagen: Bei anderen Landtagen – zuhören, Mario! – ist es schon lange üblich und beim Bundestag ist es ganz normal, dass Abgeordnete auch Besuchergruppen einladen können.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Beim letzten Haushalt haben wir praktisch mit der Wegstrecke begonnen und für zwei Besuchergruppen pro Abgeordneten und Jahr die Bezahlung eines Busses beschlossen. Und jetzt ist es natürlich so: Wenn die Besuchergruppen da sind, ist es immer auch wichtig, dass hier eine Verköstigung erfolgt. Wenn man sieht, was in anderen Landtagen passiert, muss man feststellen, dass ein Verköstigungszuschuss von 8,50 € pro Person wirklich eine „schwäbische Einladung“ ist. Ich freue mich darüber, dass wir dies jetzt im Haushalt haben.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss und möchte abschließend feststellen, dass ich das Teilzeitparlament für sehr wertvoll halte und wir am Teilzeitparlamentarismus festhalten sollten. Denn – Herr Birzele, das muss ich Ihnen sagen – im Gegensatz zu anderen Parlamenten bleibt durch den Teilzeitparlamentarier, der gleichzeitig nebenher seinem Beruf nachgehen kann, wesentlich mehr Bodenhaftung, und es wird nicht so viel abgehobene Politik betrieben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Wir werden dem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine auf Konsens angelegte Rede kann

ich nach Ihren Attacken auf die Opposition natürlich nicht mehr halten. Das ist klar. Darum gibt es jetzt eine scharfe Replik.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen)

Das, was Sie behauptet haben, die Opposition machte hier keine richtige Oppositionsarbeit, hält natürlich einer kritischen Prüfung nicht stand, und wenn man die Frage, warum das Ansehen und der Einfluss des Parlaments gesunken sind, wirklich kritisch prüft, stellen sich nämlich ganz andere Fragen.

In Wirklichkeit werden immer mehr Debatten und immer mehr Entscheidungen in vorparlamentarische und nebenparlamentarische Institutionen verlagert, die gar nicht in der Verfassung stehen, wie zum Beispiel Koalitionsausschüsse, Arbeitskreise und ähnliche Einrichtungen.

Weil Sie hier so lange an der Regierung sind – was wir Ihnen natürlich nicht vorwerfen; denn Sie sind ja schließlich gewählt worden –, haben Sie eigentlich jedes Verhältnis dazu verloren, was ein Parlament eigentlich überhaupt zu leisten hat.

(Beifall bei den Grünen)

Dass zum Beispiel in seinem Plenum zwar scharf, aber sachkundig über die anstehenden Landesthemen debattiert wird, dass in den Ausschüssen eine Beratung stattfindet, die sich, sagen wir mal, unterhalb der großen Auseinandersetzung um die Klärung von Sachfragen bemüht, von dem kann doch immer weniger die Rede sein. Ich gehöre diesem Parlament mit Unterbrechungen seit 1980 an und kann aus meiner Erfahrung nur sagen, dass sich das wirklich verschlechtert hat und nicht verbessert hat, und das liegt an Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Nehmen wir einmal zwei Punkte, zunächst die gestrige Haushaltsdebatte zum Staatshaushaltsplan: Wenn es in einem Parlament möglich ist, dass der Ministerpräsident im Plenum eine Rede hält, als sei er im Festzelt beim Wahlkampf, was gar nichts mehr mit den Zuständigkeiten hier im Landtag zu tun hat, aus irgendwelchen Zeitungsausschnitten, die ihm seine Beamten im Staatsministerium, die wir ja schließlich bezahlen, gesammelt haben, zitiert und hier eine Stunde lang eine Auseinandersetzung abzieht, in der nur noch geprüft wird, wer das bessere Zitat über den politischen Gegner gefunden hat, schwächt ein solches Verhalten natürlich das Parlament und trägt dazu bei, dass die Leute Vorurteile entwickeln und glauben, dass hier nur ein Theater abgezogen wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zweites Beispiel: Sie haben eine Landesstiftung eingerichtet, die faktisch sehr viel mehr Mittel bewegt, als wir bei den Haushaltsberatungen im Parlament an freien Mitteln zur Verfügung haben. Die globalen Minderausgaben, bei denen das Parlament seine Kompetenz schon an die Ministerien abgibt, betragen 50 Millionen €. Dagegen schiebt diese Stiftung 100 Millionen € hin und her. Das heißt, Sie sind daran beteiligt, dass ganz enorme Haushaltsmittel in

(Kretschmann)

ein Gremium verlagert wurden, das eben nicht mehr das Parlament ist. Dann kommen Sie und werfen uns vor, wir würden hier keine richtige Oppositionsarbeit machen! Das ist völlig abwegig.

(Abg. Hauk CDU: Sie stellen ja nicht einmal mehr die Sachfragen zur globalen Minderausgabe! Ich finde keine Anträge! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD)

Wenn in Haushaltsberatungen kein einziger Antrag von der Opposition durchkommt – als sei das vernünftig zu erklären –, aber auch die regierungstragenden Fraktionen selbst nur weniger als 1 % der Mittel bewegen, dann können Sie nicht kommen und sagen, wir würden schlechte Oppositionsarbeit leisten, und diese Behauptung an der Zahl der Anträge festmachen. Herr Kollege Hauk, was Sie hier gebracht haben, war einfach abwegig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es hat letztlich auch gar keinen Sinn – das wird keine großen Wirkungen haben –, wenn wir uns in der Geschäftsordnungskommission darum bemühen, wie wir hier lebendigere Debatten führen können, wenn das so weitergeht. Ich möchte einmal sagen, dass wir dort konstruktiv zusammenarbeiten und dass dabei sicherlich auch etwas Brauchbares herauskommen wird. Wir müssen uns aber auch darüber bewusst werden, dass wir dieses Parlament wieder stärken müssen. Auch die regierungstragenden Fraktionen müssten ein Bewusstsein dafür bekommen haben, dass es neben der Regierung noch ein Parlament gibt.

(Beifall bei den Grünen)

Da setzt dieses Parlament für die Öffentlichkeitsarbeit anlässlich des Landesjubiläums ganz bescheidene Beträge ein, um bei diesem Jubiläum auch die Wichtigkeit der ersten Gewalt im Staate klar zu machen, und dann werden diese Ansätze in den Haushaltsberatungen von Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen einfach zu den Resten verwiesen. Da muss man sagen: Das ist nun wirklich kein Ausdruck großer Selbstachtung oder von Selbstbewusstsein für die Institution, in der man arbeitet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mein Vorschlag ist: Wenn wir in Zukunft darüber reden, ob wir einen neuen Plenarsaal brauchen oder eine neue Ausstattung, um den Anforderungen, die die Mediengesellschaft an ein Parlament stellt, gerecht werden zu können, werden wir diesen Fragen selbstverständlich offen gegenüberstehen. Dies gilt aber nur dann, wenn das Parlament auch bereit ist, sich einmal grundlegend zu reformieren und sich zu fragen, wie es kommt, dass sein Ansehen in der Bevölkerung gesunken ist.

Ich glaube, wir haben – neben der Geschäftsordnungskommission, die eigentlich zu Beginn einer Legislaturperiode immer eingerichtet wird – die Aufgabe, uns erstens mit dem Föderalismus und der Stärkung der Länder zu befassen, aber zweitens auch – das ist mein Vorschlag – die Kommission weiterarbeiten zu lassen, damit sie sich wirklich mit einer grundlegenden Änderung unserer Arbeit befasst. Dann können wir, glaube ich, auch mit gutem Gewis-

sen vor die Leute treten und die Forderung nach neuen Einrichtungen verantworten, die wir brauchen, die aber viel Geld kosten werden und ja aus Steuergeldern, die unsere Bevölkerung aufbringt, bezahlt werden müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist dabei die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/651.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dem Kapitel 0101 und damit auch dem Einzelplan 01 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 2 b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/657

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

Berichterstatter zur Denkmalpflege und zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen: Abg. Schmiedel

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Wirtschaftsministerium – eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei auch hier gestaffelte Rededzeiten gelten.

Ich frage zunächst die Frau Berichterstatterin Abg. Netzhammer, ob sie das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall. Herr Berichterstatter Abg. Schmiedel wünscht ebenfalls das Wort nicht.

Dann erteile ich in der Aussprache Frau Abg. Netzhammer das Wort.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen und allen Schwanengesängen der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen: Selbstverständlich hätten wir uns auch einen größeren finanziellen Spielraum für die Wirtschaftspolitik unseres Landes gewünscht, auch für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission, aber leider waren die Fakten nicht so. Wachstumsschwäche, Steuereinbrüche, erhöhte Zahlungen in den Länderfinanzausgleich fordern natürlich auch vom Wirtschaftsministerium einen Konsolidierungsbeitrag. Licht am Ende des Tunnels ist nicht abzusehen.

Herr Kollege Kretschmann, auch wenn Sie etwas gegen Zeitungsleser haben, habe ich heute Morgen doch Zeitung gelesen und die Stellungnahme des Präsidenten des BDI:

(Veronika Netzhammer)

Deutschland watschelt wie eine Ente hinter allen her. Dies hören Sie natürlich nicht gerne. Deswegen polemisieren Sie jetzt auch ab sofort gegen alle, die Zeitungszitate bringen,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich habe nur gesagt: Wir sind keine Zeitungslesewettbewerbsinstitution!)

auch wenn diese aus seriösen überregionalen Zeitungen stammen. Dass die Bundesregierung jetzt auch noch als Tüpfelchen auf dem i die Bestätigung für ihre miserable Finanz- und Wirtschaftspolitik in Form eines blauen Briefs aus Brüssel bekommt – Sie sind ja Lehrer, Herr Kretschmann, insofern wissen Sie, was ein blauer Brief bedeutet –, ist natürlich die letzte Bestätigung dafür, dass die Bundesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Die Bundesregierung hat zu lange auf den 11. September vertraut, und die Auswirkungen des 11. September werden natürlich bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr da sein.

(Abg. Capezzuto SPD: Redet einmal über die 16 blauen Briefe, die Herr Kohl gekriegt hat!)

Wir in Baden-Württemberg wissen, wem wir die gute Beschäftigungspolitik zu verdanken haben. Wir wissen, dass Mittelstand und Handwerk ganz maßgeblich dafür verantwortlich sind, dass wir in Baden-Württemberg Spitzenreiter sind. 480 000 Unternehmen stellen 75 % der Arbeitsplätze, 80 % der Ausbildungsplätze und 50 % des Brutto-sozialprodukts. Diesen mittelständischen Unternehmern bläst der Wind im Moment mehr als kräftig ins Gesicht. Mittelstandsfeindliche Steuerreform, zusätzliche Belastungen aus der Ökosteuer, Lkw-Maut etc., mehr Regulierung und Bürokratie im Arbeitsrecht haben die Rahmenbedingungen für den Mittelstand effektiv verschlechtert. Die Mittelständler merken dies, und deshalb sind sie auch so nervös, und die Nervosität steigt zunehmend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Gegensatz zur Bundesregierung machen wir eine Politik für Mittelstand und Handwerk. Deswegen haben wir sowohl im Doppelhaushalt als auch in der Zukunftsoffensive III Zug um Zug die Empfehlungen der Mittelstands-enquetekommission umgesetzt. Wir, die Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP, haben auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen das C1-Programm und die überbetriebliche Lehrgangsförderung nachträglich in der alten Höhe in den Haushalt eingestellt. Wir haben es aber nicht nur bei Forderungen bewenden lassen, sondern wir haben auch die Finanzierung bereitgestellt. Ich möchte mich hier auch beim Koalitionspartner FDP/DVP herzlich dafür bedanken.

Das C1-Programm ist das einzige einzelbetriebliche Förderprogramm, das gezielt Entwicklungsvorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen fördert, und die Zusage der Förderung ermöglicht eben oft auch die Gesamtfinanzierung über die Banken. Deswegen war uns dieses Programm wichtig.

Kooperationen sind eine der wichtigsten Antworten für kleine und mittlere Unternehmen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Leider ist die Kooperationsbereitschaft

bei diesen Unternehmern oft begrenzt. Deswegen erfolgt hier eine Verstärkung der Kooperationsförderung in Höhe von 1 Million €. Kooperationen sind aber für Existenzgründer und junge Handwerker auch bei Messeauftritten wichtig, ebenso bei inländischen Messen, damit sich diese Unternehmer auch einen Markt erarbeiten und Kunden akquirieren können. Deswegen fördern wir für diesen Kundenkreis Gemeinschaftsstände an inländischen Messen.

Eine vordringliche Aufgabe in den nächsten Jahren sehen wir in der Sicherung der Unternehmensübergaben. 55 000 Unternehmensübergaben in den nächsten fünf Jahren sind uns ein zentrales Anliegen. 500 000 Arbeitsplätze stehen dabei auf dem Spiel. Hier haben wir ein spezielles Unternehmensnachfolgeprogramm, das junge Übernehmer bei der Finanzierung und Beratung unterstützen soll und auch durch eine gezielte Informationskampagne die potenziellen Übergeber zu einer frühzeitigen Nachfolgeplanung motiviert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eigenfinanzierung des deutschen Mittelstandes ist im internationalen Vergleich mehr als unterdurchschnittlich. Das wurde gestern schon erwähnt. Deswegen werden in diesem Doppelhaushalt die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung durch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft weiter verbessert. Aber im Moment lasten die neuen Eigenkapitalrichtlinien von Basel II wie Blei auf der Seele des Mittelstandes. Es gibt keine Veranstaltung mit Mittelständlern, bei der dieses Thema nicht auf den Tisch kommt. Dank der Initiative der Landesregierung ist die Bundesregierung gerade noch rechtzeitig aufgewacht und hat die Brisanz dieses Themas erkannt. Das externe Rating ist vom Tisch, aber weitere Punkte wie Risikogewichtung von langfristigen Krediten und die Anerkennung von üblichen Sicherheiten wie Sicherungsübereignung und Bausparguthaben sind in einem dritten Forderungspapier, dem dritten Konsultationspapier, enthalten. – Herr Capezzuto, hören Sie gut zu!

(Abg. Capezzuto SPD: Ich leihe Ihnen beide Ohren! – Abg. Seimetz CDU: Das nützt nichts, der versteht es trotzdem nicht!)

Über dieses Papier wird im Februar entschieden, und da ist Ihre Bundesregierung wirklich gefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit dieses Papier akzeptiert wird. Andernfalls werden wir eine Insolvenzwellen kleiner mittelständischer Unternehmen in unserem Lande und in Deutschland erleben, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Also herzliche Grüße nach Berlin, hier entsprechend aktiv zu werden, und zwar nicht mit stiller Hand, sondern mit bewegter Hand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Warum malen Sie eigentlich so schwarz?)

– Ich beschreibe nur die Realität.

Die Förderung von Existenzgründungen ist für uns eine Daueraufgabe, deswegen auch im Doppelhaushalt 4 Millionen €, in der Zukunftsoffensive III noch einmal 12,5 Milli-

(Veronika Netzhammer)

onen €. Zur Sicherung der Informationsstelle für Existenzgründer wird das ifex haushaltsrechtlich abgesichert; die fünf Stellen sind im Haushaltsplan originär enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz 4,2 Millionen Arbeitslosen jetzt im Januar sind qualifizierte und motivierte Mitarbeiter Mangelware. Jeder Unternehmer kann ein Lied davon singen. Wir hätten keine internationale Studie gebraucht, um der Bundesregierung sagen zu können, dass sie mit ihrer Arbeitsmarktpolitik auf dem Holzweg ist. Kein anderes Land in Europa investiert so viel Geld in Arbeitsmarktpolitik und erreicht so wenig. Aber leider ist diese Studie in einer Schublade im Kanzleramt verschwunden. Konsequenzen werden nicht gezogen, obwohl eine Kurskorrektur dringend erforderlich ist.

Gerade qualifizierte Mitarbeiter entscheiden aber oft über Wachstumsmöglichkeiten eines Unternehmens oder überhaupt über die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Lebenslanges Lernen heißt hier die Devise. Deswegen investieren wir in die Modernisierung überbetrieblicher Ausbildungsstätten 15 Millionen € aus ZOFF III und für das Meister-BAföG, das ja auf Initiative der Landesregierung verbessert wurde,

(Lachen bei der SPD)

zusätzlich 3,5 Millionen €. Die Lehrgänge in überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden wie bisher mit dem alten Ansatz unterstützt. Weitere 15 Millionen € für Qualifizierungsmaßnahmen aus dem ESF, Innovationen in der beruflichen Weiterbildung sowie der Einsatz neuer Medien werden aus ZOFF III mit knapp 15 Millionen € gefördert. Sie sehen, berufliche Aus- und Weiterbildung hat in diesem Haushalt klare Priorität.

(Beifall bei der CDU)

Die Weiterentwicklung aller zwölf Regionen im Lande ist uns ein zentrales Anliegen. Deswegen fördern wir nicht nur eine Landesmesse, sondern auch Regionalmessen. Deshalb fördern wir auch in Zukunft Innovations- und Technologiezentren. Deshalb fördern wir in bestimmten Fällen Gewerbegebietserschließungen. Wir unterstützen die Erarbeitung von regionalen Clusterkonzepten und den Aufbau von regionalen Netzwerken.

(Abg. Capezzuto SPD: Alles ohne Geld!)

Hier war immer vom strukturellen Sparen die Rede. Deswegen noch eine kurze Anmerkung zu der Stellensituation. Wir sehen einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts in der Umsetzung des Stelleneinsparungsprogramms. Auch hier ist das Wirtschaftsministerium im Limit. 428 Stellen wurden bereits abgebaut. 132 sind noch einzusparen. Diese werden dann im nächsten Nachtragshaushalt ausgewiesen.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt ist bald der Minister allein da!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Einzelplan 07 stellt aus unserer Sicht einen ausgewogenen Haushalt dar, der das Notwendige sicherstellt, aber in wichtigen Bereichen neue Impulse setzt und insbesondere

Mittelstand und Handwerk unterstützt. Wir in Baden-Württemberg wollen die rote Laterne wieder loswerden, die uns dank der verfehlten Politik der Bundesregierung innerhalb Europas verpasst wurde. Dazu leisten wir mit unserer Wirtschaftspolitik einen wichtigen Beitrag. Den Rest besorgen die Wähler am 22. September.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Seit 1992!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt, Frau Vorsitzende, wird es heiß!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Netzhammer, Sie haben darauf hingewiesen, dass natürlich die Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg nicht losgelöst von der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik und der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung betrachtet werden kann. Deshalb wollen wir doch einmal festhalten, dass sowohl in der großen Koalition als auch in der nachfolgenden Koalition während der Amtszeit des Herrn Bundeskanzlers Kohl die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg Jahr für Jahr gestiegen ist und dass eine Wende erst mit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Schröder eingetreten und danach Jahr für Jahr die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg zurückgegangen ist.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht, Herr Schmiedel, wenn Sie alles ab 1982 rechnen! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Hör doch erst zu! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Isolierte Betrachtungsweise!)

Deshalb sollten Sie dankbar sein und jeden Tag ein Stoßgebet gen Himmel schicken, dass Herr Schröder in Berlin weiter regiert.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist eine glatte Lüge, Herr Schmiedel! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Das sind die Zahlen des Statistischen Landesamts, Herr Kollege. Wir können uns gern im Ausschuss noch einmal darüber unterhalten.

(Abg. Fleischer CDU: Sie leiden unter einer Lese-schwäche!)

Dass Sie das nicht wahrhaben wollen, spricht für sich. Sie malen halt lieber schwarz. Sie verbreiten lieber Pessimismus als berechtigten Optimismus, aber das wird nicht verfangen.

(Abg. Fleischer CDU: Das stimmt einfach nicht, was der erzählt! Regelmäßig redet der Unsinn! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Natürlich stimmt das!)

Ich möchte jetzt nicht die alte Litanei aufgreifen, die Sie ja bei jeder Rede bringen, egal, zu welchem Thema, sondern ich möchte mich mit den Themen der Landeswirtschafts-

(Schmiedel)

politik beschäftigen, weil diese natürlich mit darüber entscheidet, an welcher Stelle sich das Land befindet.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Deshalb sind wir ja so gut!)

Wenn man in einem Land, das seit vielen Jahren aufgrund seiner Struktur wirtschaftlich vornan ist, diesen Spitzenplatz behalten will und wenn man in einem Hochtechnologieland erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen will, dann muss man einen Beitrag dafür leisten, dass ein hohes Maß an Ausbildung und Qualifizierung gewährleistet ist. Man muss einen Beitrag dazu leisten, dass insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe technologisch vornan sind, und man muss einen Beitrag dazu leisten, dass die wirtschaftsnahe Infrastruktur topaktuell ist und an der Spitze steht.

Wenn ich jetzt zu diesen drei Punkten im Einzelnen Stellung nehme, Herr Minister, dann nicht, um den Eindruck zu erwecken, als sei alles Mist, was hier gemacht worden ist. Aber es gehört zum Rollenspiel im Parlament, dass die Opposition in der Zeit, die ihr zur Verfügung steht, auf Missstände hinweist, die sich aus ihrer Sicht ergeben,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Da tun Sie sich schwer!)

um Verbesserungen zu erreichen. Deshalb werde ich mich auf diese Missstände konzentrieren. Ich hoffe nicht, dass Sie mit dem Rollenverständnis des Ministerpräsidenten nachher ans Pult gehen, der gestern jede Kritik als Majestätsbeleidigung oder Verrat am Lande Baden-Württemberg dargestellt hat.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Capezzuto SPD: Hoffentlich reicht die Zeit! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Kommen wir zum Thema „Ausbildung und Qualifizierung“. Da will ich auch mit einem Zitat aus einem Presseorgan im Lande beginnen. Das heißt „Oßweiler Vorstadtkurier“.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wie heißt das?)

– „Oßweiler Vorstadtkurier“.

(Heiterkeit – Abg. Fleischer CDU: Ist das mehr als Oberinspektor?)

Da steht unter der Überschrift „CDU legt sich mit Wirtschaftsminister an“:

Bei den laufenden Haushaltsberatungen hat sich Wirtschaftsminister Döring den Unmut des Koalitionspartners eingehandelt. Einen Kürzungsvorschlag des Liberalen, der zulasten des Handwerks gegangen wäre, kassierte die CDU-Fraktion

(Abg. Fleischer CDU: Sind Sie da Chefredakteur?)

nach den Worten des Landtagsabgeordneten Klaus Herrmann wieder ein.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aha!)

Unbeschadet dessen, dass er sich mit fremden Federn schmückt – denn der Hauptwiderstand ging vom Handwerk aus, und ganz kräftig kam er natürlich von der SPD –,

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber ganz bestimmt nicht von der SPD!)

frage ich mich, Herr Minister: Was geht eigentlich im Kopf eines Handwerksmeisters vor, wenn er in der Zeitung – und nicht nur hier, sondern auch an anderer Stelle – liest, dass Sie bei der überbetrieblichen Ausbildung sparen wollen? Was geht in den Köpfen von Eltern vor, die zusammen mit ihrem Kind überlegen, wo sie die berufliche Ausbildung ihres Kindes anlegen?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das Problem ist doch erledigt! Sie reden über ein Problem, das schon gelöst ist! Das ist doch alter Käse! Das ist Schnee von gestern! Jetzt ist Frühjahr! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Aber nur, weil wir Druck gemacht haben! Sonst wäre es nichts geworden!)

Wir sind in der Situation, dass das Handwerk um jeden einzelnen Auszubildenden kämpft, weil wir in Baden-Württemberg – Gott sei Dank! – einen unglaublich starken Anstieg der Angebote in der Industrie haben und der Wettbewerb zwischen Handwerk und Industrie ungeheuer groß ist. Natürlich hat die Industrie mit ihren großen Ausbildungswerkstätten ein Plus gegenüber den Handwerksbetrieben, die auf die überbetrieblichen Ausbildungsangebote angewiesen sind.

Was geht in den Köpfen des Handwerksmeisters, der Eltern oder des jungen Menschen vor sich, wenn sie lesen, dass die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung unter dieser Regierung immer infrage steht?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das lesen sie doch gar nicht mehr, weil das Thema erledigt ist! Sie lesen nämlich die aktuelle Zeitung und keine Zeitung vom Dezember!)

Für uns ist klar:

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist ja so was von schwach!)

Wenn wir wollen, dass es im Hochtechnologieland Baden-Württemberg auch im Handwerk qualifizierte Arbeitskräfte gibt, müssen wir die überbetriebliche Ausbildung stärken und dürfen sie nicht schwächen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das haben wir doch gemacht!)

Deshalb, Herr Minister, erwarten wir von Ihnen, wenn Sie nachher ans Rednerpult gehen, eine klare und deutliche Aussage, ob Sie im Laufe dieser Legislaturperiode bei der überbetrieblichen Ausbildung noch einmal Hand anlegen wollen und noch einmal streichen wollen oder ob sich das Handwerk, die Eltern und die jungen Menschen darauf verlassen können, dass die überbetriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg gefördert wird.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das steht doch im Haushalt!)

(Schmiedel)

Wir versprechen dem Handwerk jedenfalls, das Unsere zu tun und gegen jedwede Kürzung anzugehen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das brauchen Sie gar nicht! – Zuruf von der SPD: Da verschwinden wir nicht in der Ackerfurche! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Kommen wir zu dem Thema „technologische Spitze auch bei kleinen und mittleren Unternehmen“. Sie haben nicht nur bei der überbetrieblichen Ausbildung durch hektische Zickzackbewegungen im Zuge der Haushaltsberatung Unsicherheit verbreitet; Sie haben das auch beim C1-Programm getan.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist auch gesichert! Das ist auch erledigt!)

Wir sind ja, nehme ich an, nicht die Einzigen, die Briefe von Unternehmern aus mittelständischen Betrieben oder Handwerksbetrieben bekommen haben, die sich bitter darüber beklagt haben, dass sie sich vor dem Hintergrund des Programms monatelang vorbereitet und Unterlagen erarbeitet haben, um die Anforderungen zu erfüllen und in das C1-Programm zu kommen, dann aber haben lesen müssen, dass der Wirtschaftsminister das C1-Programm ausgesetzt hat, was auch ausführlich begründet wird.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Wie muss sich ein solcher Unternehmer eigentlich vorkommen, . . .

Präsident Straub: Herr Abg. Schmiedel – –

Abg. Schmiedel SPD: . . . wenn alle Anstrengungen, die er unternommen hat, auf diese Art und Weise desavouiert werden? – Ich möchte das einmal zu Ende bringen. Wir können darüber nachher noch sprechen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Genau, ich will ihn etwas fragen! – Abg. Drautz FDP/DVP: Ich weiß, warum!)

Herr Minister, das ist völlig unverständlich. Natürlich ist das C1-Programm nicht das einzige Programm, mit dem Unternehmen technologisch gefördert werden; aber es ist ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein. Deshalb ist es umso verständlicher, dass Sie verkünden, dass Sie aus dem C1-Programm herausgehen, um sich hinterher korrigieren zu lassen und mühsam wieder hineinzugehen. Kein Unternehmer in Baden-Württemberg ist sich sicher, wie lange das C1-Programm gilt.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Deshalb erwarten wir von Ihnen hier eine Aussage, ob man sich wirklich darauf verlassen kann, dass dieses Programm fortgeführt wird. Denn es ist ja nicht so, dass kleinere und mittlere Unternehmen über Forschungsabteilungen oder über Stäbe verfügen, sondern sie müssen das zusätzlich zu ihrer Arbeit erledigen. Deshalb ist hier ein hohes Maß an Verlässlichkeit notwendig.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist die geballte Wirtschaftskompetenz!)

Ein wichtiges Thema für das Bauhandwerk ist die Modernisierung am Bau. Wir waren froh, dass es uns endlich gelungen war, ein Modernisierungsprogramm für Energieeinsparmaßnahmen auf den Weg zu bringen, und wir waren froh, dass es gegriffen hat. Umso überraschter waren wir, dass das Wirtschaftsministerium dann zur Mitte des Jahres die Fördermaßnahmen eingestellt hat, weil das Geld ausgegangen war.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das zeigt doch nur, dass das ein tolles Programm war! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist zu gut gelaufen!)

Übrigens waren auch viele überrascht, weil sie noch Mitte des Jahres in Anzeigen eine Werbung für dieses Programm gelesen hatten und dann nur eine lapidare Antwort, einen vorgefertigten Brief aus dem Wirtschaftsministerium bekommen haben, in dem stand, dass das Programm jetzt ausgelaufen sei und dass keine Mittel mehr zur Verfügung stünden. Wir halten das für einen eklatanten Fehler, weil natürlich die Baubranche diejenige Branche in Baden-Württemberg ist, der es wirklich schlecht geht und die unsere volle Unterstützung verdient hätte. Wir halten das für völlig kurzsichtig, weil über dieses Programm ein Mehrfaches an Investitionen bewirkt wird, als wir an Förderung hineingeben.

Deshalb halten wir auch die Antwort im Haushalt jetzt für nicht ausreichend, zu sagen: Wir lassen die Mittel für dieses Programm auf dem alten Niveau, aber wir schränken den Kreis der Förderungsberechtigten ein, nämlich auf diejenigen, die in ihrer eigenen Wohnung wohnen. Wir lassen alle Mietwohnungen außer Betracht, obwohl genau die Mietwohnungen eigentlich diejenigen wären, die über Förderanreize zur Modernisierung gebracht werden sollten. Denn ein Eigentümer einer vermieteten Wohnung hat von vornherein kein Interesse daran. Energiekosten sind für ihn durchlaufende Posten.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Deshalb ist das Programm falsch angelegt. Wir stellen den Antrag, die Mittel zu erhöhen, den alten Anspruchsberechtigtenkreis wieder herzustellen und damit eine wirksame Maßnahme zur Stabilisierung im Bauhandwerk zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gall SPD)

Meine Damen und Herren, ein ganz betrübliches Kapitel der Zickzackbewegungen von Ihnen, Herr Döring, im Zuge der Haushaltsberatungen war Ihre Ankündigung, jetzt aus der Förderung der regionalen Messen auszusteigen. Das ist ein völlig falsches Signal.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist der Schnee von gestern!)

Wir haben vor einiger Zeit einmal eine Diskussion darüber geführt, dass es bei aller Stärke des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg, über die wir froh sind und an der wir kräftig mitarbeiten, einen Punkt gibt, bei dem wir Nachholbedarf haben: Das ist ein wirklich markantes und eigenständiges Dienstleistungsprofil für unser Land. Was läge

(Schmiedel)

denn näher, als sich als das Land mit den hervorragendsten Messen, den hervorragendsten Kongressen sowie mit einer Fülle von guten Sportveranstaltungen und anderen Attraktionen zu profilieren, um uns in diesem standortgebundenen Dienstleistungswettbewerb wirklich vorn zu halten und weiter nach vorn zu bringen?

(Abg. Fleischer CDU: Wo hätten Sie denn die Einsparungen vorgenommen, Herr Schmiedel? – Minister Dr. Döring: Das muss man halt auch können!)

Warum haben Sie dieses falsche Signal gesetzt, und warum erwecken Sie auch im Rahmen der Haushaltsberatungen den Eindruck, als wären Sie froh über jeden Antrag, der nicht gestellt wird, weil dann von der geringen Gesamtsumme von 10 Millionen € natürlich für ein einzelnes Projekt mehr übrig bleibt? Das Gegenteil müsste der Fall sein: Sie müssten motivieren und anreizen und sagen, Sie wollten möglichst viele solcher attraktiver Einrichtungen. Denn was beobachten wir? Während die Übernachtungszahlen und die Wertschöpfung durch den Tourismus in allen Regionen des Landes stagnieren oder zurückgegangen sind,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Sie steigen schon wieder, Herr Schmiedel!)

sind sie in der Region Stuttgart nach oben gegangen, und zwar deutlich nach oben gegangen.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Das hängt nicht in erster Linie mit der schönen Landschaft in und um Stuttgart herum zusammen,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das kann ja wohl nur ironisch gemeint sein!)

sondern es hängt natürlich damit zusammen, dass wir hier ein hohes Maß an solchen Angeboten haben, was zum Kurzzeittourismus anreizt.

(Zurufe der Abg. Dr. Carmina Brenner und Dr. Lasotta CDU)

Deshalb wäre es Ihre Aufgabe auch als Tourismusminister, dafür zu sorgen, dass nicht nur in der Region Stuttgart, sondern im ganzen Land solche hervorragenden Entwicklungen stattfinden.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Wir werden nachher auch alle diejenigen bei der namentlichen Abstimmung abfragen, die im Land draußen herumreisen und 20 % Förderung versprechen. Pfister sprach von Erhöhungen und davon, dass alles gefördert werde. Wir werden nachher prüfen, ob Sie dem zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sorgen Sie im Bund für mehr Wirtschaftswachstum, dann haben wir auch mehr Steuereinnahmen! Dann können wir auch mehr machen! So einfach ist das! – Abg. Fleischer CDU: Ein Rohrkrepierer nach dem anderen!)

Das waren einige wichtige Punkte aus dem Bereich, in dem es unserer Meinung nach unglaubliche Schwächen und

Fehlentwicklungen gibt, die korrigiert werden müssen. In der zweiten Runde wird mein Kollege Gaßmann auf die unglaublichen Versäumnisse in der Wohnungsbauförderung und im Denkmalschutz eingehen und unser Gegenkonzept vortragen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Wenn Sie im Laufe des Tages noch einen positiven Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts leisten wollen, dann stimmen Sie unseren Anträgen zu.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Sagen Sie doch einmal, wo Sie einsparen wollen! Wo wollen Sie einsparen?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Schmiedel, wollen Sie jetzt die inzwischen zur Nachfrage gewordene Frage der Frau Kollegin Netzhammer beantworten?

Abg. Schmiedel SPD: Wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Birzele: Zwischenfragen werden nicht auf die Redezeit angerechnet.

Bitte schön, Frau Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Kollege Schmiedel, Sie haben sehr intensiv über den Schnee von gestern gesprochen. Meine Frage: Ist Ihnen bekannt, dass Unternehmer relativ wenig über den Schnee von gestern nachdenken und ihre Zeit und Energie vielmehr in die Zukunft richten? Sonst wären sie nämlich sehr bald keine Unternehmer mehr.

(Abg. Capezzuto SPD: Das war aber keine kluge Frage! – Abg. Fleischer CDU: Sagen Sie einfach Ja!)

Abg. Schmiedel SPD: Unternehmer blicken in die Zukunft, da haben Sie Recht. Aber Unternehmer sind nicht so blind, beim Blick in die Zukunft die Gegenwart und die Vergangenheit außer Betracht zu lassen.

Sie neigen ja dazu, die Vergangenheit unter der Regierung Kohl sehr schnell zu vergessen.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und die Zukunft! Das ist noch viel schlimmer!)

Sie kommen immer mit den Rezepten von gestern und sagen: Das sind die wunderbarsten Zukunftskonzepte. Dabei vergessen Sie, dass Sie genau wegen dieser falschen Politik abgewählt wurden.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Na ja!)

Was ich zum Ausdruck bringen will – aber offensichtlich sind Sie nicht bereit, das anzunehmen –, ist, dass sich Unternehmer natürlich auch am Kriterium der Verlässlichkeit orientieren. Es gab aber kein anderes Ressort, das im Zuge der Haushaltsberatungen solche Zickzackausschläge öffentlich vorgeführt hat wie das Wirtschaftsministerium:

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

(Schmiedel)

raus aus dem C1-Programm, rein ins C1-Programm, raus aus der Förderung der Regionalmessen, rein in die Förderung der Regionalmessen.

(Abg. Capezzuto SPD: So gohts doch net!)

Dabei ist das noch gar nicht umgesetzt. Im Haushalt sind jedes Jahr nur 5 Millionen € vorgesehen, man bräuchte aber mindestens 50 Millionen €, um die heute schon erkennbaren Ansprüche einigermaßen befriedigen zu können. Das ist also auch noch nicht beantwortet: raus aus der Förderung, Reduzierung der Förderung, oder was?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Schmiedel, Sie sollten nicht Ihre Rede wiederholen, sondern die Zwischenfrage beantworten.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Bravo!)

Abg. Schmiedel SPD: Wenn Frau Netzhammer zufrieden ist, ja. Sonst muss ich weitermachen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Er hat sie aber gar nicht beantwortet! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Raus mit dem Schmiedel!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte bisher eigentlich angenommen, dass es nicht verboten ist, beim Haushalt über die Zahlen zu sprechen, die drinstehen. Ich habe jetzt zur Kenntnis genommen, dass es viel interessanter ist, längere Ausführungen über Zahlen zu machen, die nicht drinstehen. Das ist ein seltsames Verständnis davon, Zahlen zu kommentieren.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist Ihnen halt peinlich, das ist klar!)

Ich komme übrigens noch auf die Frage nach dem Zickzackkurs. Wenn hier einer einen Zickzackkurs gemacht hat, dann waren Sie das, weil Sie nämlich gar nicht gemerkt haben, dass sehr wohl die gemeinsame Überlegung war, wie man die Dinge auf Dauer sichern kann. Das ist nicht so einfach, wenn man bei einem Haushalt die Mittel nicht mit dem Füllhorn austreuen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Einzelplan des Wirtschaftsministeriums trägt dazu bei, dass Baden-Württemberg in der schwierigen konjunkturellen Situation in Deutschland gut gerüstet ist, um im europäischen und im weiteren Wettbewerb bestehen zu können und – das ist wichtig – den Spitzenplatz in der Bundesrepublik weiter verteidigen zu können.

Deutschland ist – das wissen wir – beim Wirtschaftswachstum leider Schlusslicht unter den EU-Ländern; Baden-Württemberg ist in diesem Punkt Spitzenreiter. Das stelle ich einfach einmal fest.

(Abg. Schmiedel SPD: Dank Schröder!)

Die Stärken unseres Landes liegen in der einzigartigen Bildungs- und Forschungslandschaft, in dem hervorragenden Mix von Großunternehmen und einem breiten Bestand innovativer mittelständischer Unternehmen mit qualifizierter Mitarbeiterschaft. Genau das wollen wir in diesem Haushalt zielgerichtet stabilisieren und über die Stabilisierung hinaus nach Möglichkeit auch noch verstärken.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Das alles reicht indes nicht – das muss man einfach sehen –, um die von Rot-Grün in Berlin gesetzten schlechten Rahmenbedingungen mit ihren Negativwirkungen zu kompensieren. Das geht nicht. Vor allem ist es die eifrig betriebene Bürokratisierung des Arbeitsmarktes, anstatt diesen endlich einmal flexibel zu gestalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Veronika Netzhammer CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Der wichtigste Punkt!)

Das ist der Hauptgrund für die Misere, und da kann es einfach nicht verwundern, dass in Deutschland der einzige Wachstumsmarkt, den wir zu verzeichnen haben, der der Schattenwirtschaft und der Schwarzarbeit ist.

Hektische Aktionen, wie Kombilohn und Ähnliches, bleiben Stückwerk, dienen eigentlich nur der Imagepflege. Wichtig wäre es, auf breiter Ebene einfach gestaltete 630er-Verträge einzuführen, nicht in D-Mark, sondern in Euro, wie es der Wirtschaftsminister vorgeschlagen hat und wie es übrigens auch im Wirtschaftsausschuss des Bundestags beschlossen wurde

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mit Zustimmung der SPD!)

mit Zustimmung der SPD – hier ist wohl eine andere SPD vorzufinden – und, was mich freut, jetzt auch noch einmal vom Kabinett bestätigt worden ist.

Ganz wichtig ist, dass wir unsere Geisteshaltung ändern, nicht wir unsere, sondern Sie Ihre in Berlin, eine Geisteshaltung, die ausschließlich darauf abstellt: Was kann der Staat an sich ziehen und reglementieren? Ich glaube nicht, dass Sie diese Geisteshaltung ändern werden. Deshalb kann man den betroffenen Betrieben und den Arbeitnehmern nur zurufen: Haltet aus, haltet durch bis zum 22. September!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Auch dieser Doppelhaushalt ist auf das wichtige Ziel ausgerichtet, die Neuverschuldung im Jahr 2006 auf null zurückzuführen. Diesem Ziel muss sich auch der Haushalt des Wirtschaftsministeriums unterordnen, Herr Schmiedel.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deshalb kann dieser Haushalt nicht, wie Sie es sich vorstellen, ein Füllhorn sein, aus dem die Gelder herausfließen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Vielmehr müssen Prioritäten gesetzt werden – und das heißt auch Posterioritäten. Das tut manchmal weh.

(Hofer)

Eine hohe Priorität im Wirtschaftsbereich kommt dem Thema Bildung zu. Das bezieht sich nicht nur auf die Allgemeinbildung, sondern auch auf die berufliche Bildung. Erfreulicherweise ist es gelungen, die Förderansätze für die ergänzende überbetriebliche Ausbildung ungeschmälert fortzuschreiben. Wir haben das nicht gegen den Wirtschaftsminister, sondern mit ihm gemacht.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Sie sind ja nicht in unserer Fraktion, sonst wüssten Sie das.

(Unruhe)

Wir haben das mit dem Wirtschaftsminister gemacht. Ihm war daran gelegen, dass die Förderung auf Dauer gesichert ist. Das war nicht so leicht zu erreichen.

(Abg. Pfister FDP/DVP zur SPD: Seid doch zufrieden!)

– Seid doch zufrieden, genau.

Die Mittel für die Förderung von Investitionen überbetrieblicher Bildungszentren, die sich auf dem Vorjahresniveau von 1 Million € bewegen, möchten Sie von der SPD weiter erhöhen. Das ist gar nicht notwendig. Denn in die Zukunftsoffensive III werden in den nächsten Jahren 15 Millionen € für Maßnahmen der beruflichen Bildung und weitere 15 Millionen € für Modernisierungsprojekte eingestellt. Ich finde, das sind ganz beachtliche Zahlen.

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und Veronika Netzhammer CDU)

Eine zielgerichtete mittelstandsorientierte Technologiepolitik ist der zweite Kernbereich baden-württembergischer Wirtschaftspolitik. Deshalb werden die wirtschaftsnahe Forschung und die technische Entwicklung in etwa mit den gleichen Ansätzen wie bisher gefördert.

Natürlich hat sich unsere Fraktion dafür eingesetzt, dass die Förderung von Entwicklungsvorhaben kleinerer und mittlerer Unternehmen – das C1-Programm –

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– ach was, doch nicht von Ihnen – mit gleich bleibendem Bewilligungsvolumen von 4 Millionen € weitergeführt wird.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Da bestand das Problem: Der Wirtschaftsminister hat gesagt: „Ich mache das, aber nicht, wenn es im nächsten Jahr wieder eingestellt wird. Es muss klar sein, dass das auf Dauer Bestand hat.“ Dazu haben wir den Finanzminister gebraucht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Finanzminister hat letztlich gesagt: Ja, das machen wir.

Unsere Fraktion muss sagen: Es gibt auch Abstriche. Das gilt zum Beispiel für den Technologietransfer und die Softwarezentren. Auch für den Life-Science-Park gibt es etwas weniger Geld. Aber das wird durch 10,2 Millionen € für

Verbundforschungsprojekte mehr als ausgeglichen, Projekte übrigens, die aus der Landesstiftung, die Sie ja gar nicht mögen, finanziert werden.

(Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Oelmayer GRÜNE: Schattenhaushalt!)

Bei den Forschungseinrichtungen für neue Technologien können über die Zukunftsoffensive III mit 36 Millionen € neue Investitionsprojekte in Angriff genommen werden – alles beachtliche Zahlen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Schattenwirtschaft!)

Der Mittelstand – also das Handwerk, die kleinen und mittleren Industriebetriebe – hat in der Vergangenheit einen entscheidenden Beitrag zur Erfolgsstory unseres Landes geleistet. Deshalb wollen wir ihn auch weiter unterstützen. Wir haben ihn übrigens in der letzten Legislaturperiode mit über 550 Millionen € gefördert; diese Zahl muss man auch einmal festhalten. Wir werden das auch weiter tun. Ein großer Anteil der Zukunftsoffensive III fällt genau auf diesen Punkt.

Ich sage noch etwas zu den Empfehlungen der Mittelstandsenquete. Dafür waren einmal 25 Millionen € in den Raum gestellt. Wir sind froh, dass wir 20 Millionen € haben aufbringen können, um die wichtigen Dinge fortzuführen und einige neue Dinge zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Frau Netzhammer hat ja die Wichtigkeit von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen angesprochen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Aber ich darf noch ein paar andere Punkte nennen: Unterstützung des wichtigen und gut arbeitenden Landesgewerbeamts als Dienstleister für Mittelstand und Gewerbe mit einem weiter auszubauenden Servicezentrum, die dauernde finanzielle Sicherung des Informationszentrums ifex, zusätzliche Mittel für die Messebeteiligung im In- und Ausland für kleinere Unternehmen, auch die regionale Zusammenarbeit. Aber, Herr Schmiedel, doch nicht mit 4 Millionen! Und dann verweisen Sie auf die Region Stuttgart. In deren Verbandsversammlung sitzen wir ja beide drin. Die hat das selber finanziert. Die Regionen müssen das auch selber machen; die können das nicht alles nur auf das Land abladen. Also mit dem Betrag, den wir eingesetzt haben, kann man erst einmal anfangen.

Wir wollen in Baden-Württemberg aber auch nicht nur Hightechland Nummer 1 sein, wir wollen Serviceland Nummer 1 werden. Die Bundesrepublik liegt hier im internationalen Vergleich weit zurück – auch wir. Hier gibt es hervorragende Wachstumschancen.

Im Jahr 2000 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg um rund 122 000 erhöht; 86 % entfielen dabei auf den Dienstleistungssektor. Das wollen wir ausbauen: Wirtschaftsberufe, IuK-Dienste, Dienstleistung in Forschung und Entwicklung, Messefinanzierungsdienste, Wissensunternehmen und Kundenmanagement, auch Tou-

(Hofer)

rismus – da gibt es im Übrigen mehr Geld in diesem Jahr von der Förderung –, Freizeit- und Erlebniswelt, Betreuungs- und Pflegebereich, auch Events im Bereich von Sport und Kultur. Natürlich! Zum Beispiel sagen wir Ja zur Finanzierung von Hockenheim, von Iffezheim, und wir unterstützen natürlich die Olympia-Bewerbung von Stuttgart.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir wären ja gepudert, wenn wir das nicht tun würden. Und wir stehen unbeirrt und klar hinter einer Landesmesse in Stuttgart. Diese Messe der kurzen Wege mit ihrer im europäischen Vergleich hervorragenden, fast einzigartigen Verkehrsverbindung ist dringendst erforderlich. Die Finanzanteile von Stadt und Land müssen erhöht werden. Dieser Landesanteil lässt sich wie beim Flughafenausbau Anfang der Neunzigerjahre über Schuldendiensthilfe finanzieren. Ich verstehe, dass es dazu eine Aktuelle Debatte gibt. Auf diese freue ich mich. Deshalb will ich aus Zeitgründen jetzt darauf nicht näher eingehen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist aber schade!)

– Sie können mir ja eine nette Frage stellen, dann wird das nicht auf die Redezeit angerechnet; dann rede ich noch einmal zehn Minuten dazu.

(Heiterkeit)

Daneben wird das Land außerdem weiterhin zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit seiner regionalen Messestandorte beitragen.

(Zuruf von den Grünen: Oh! – Abg. Drexler SPD: 10 %!)

Der weitere Förderungsbedarf – und das möchte ich zu Ihrem Argument sagen, der Wirtschaftsminister kann sich selber verteidigen – muss hier aber konzeptionell geprüft werden. Nur deshalb aufzustocken, weil bei der Landesmesse in Stuttgart mehr Mittel benötigt werden, ist für sich alleine noch keine ausreichende Begründung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Gleichheitsgrundsatz erfordert, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu regeln. Dazu bedarf es einer Konzeption, damit man das einschätzen kann. Es ist vor allem notwendig, dass von allen die Anträge gesammelt werden, um das sinnvoll machen zu können.

(Abg. Drexler SPD: Schiebung!)

– Nein, das ist seriös, und Ihres ist eine Luftnummer. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte zu den Kapiteln Wohnungsbaupolitik und Energiepolitik in den verbleibenden fünf bis sieben Minuten nachher noch etwas sagen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was, so lange noch?)

– Ja, ich habe schnell gesprochen.

(Abg. Fleischer CDU: Vor allem gut gesprochen!)

Ich kann jedenfalls sagen, meine Damen und Herren: Dieser Haushaltsplan setzt die richtigen Prioritäten. Er verwaltet nicht nur, er gestaltet auch. Das ist bei einem Sparhaushalt nicht so leicht. Er findet die richtige Mitte zwischen Sparsamkeit auf der einen und dem gezielten Einsatz von Steuermitteln auf der anderen Seite.

(Zuruf von der SPD: Das glauben Sie! – Abg. Schmiedel SPD: Reine Lobhudelei!)

Wir freuen uns, dass wir außer dem C1-Programm – immer mit freundlicher Unterstützung des Koalitionspartners – auch bei der überbetrieblichen Ausbildung, bei der Wohnraumförderung, aber auch bei der Verbesserung der Verbraucherzentrale einiges haben bewegen können. Ich danke auch dem Wirtschaftsminister und seiner Mannschaft für die gute Arbeit. Es ist ein beachtliches Zahlenwerk.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt haben Sie aber keine fünf Minuten mehr! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Kein blauer Brief!)

– Ich habe noch 4 Minuten und 13 Sekunden.

Wenn Sie diese wirtschaftlichen Eckdaten in Berlin für ganz Deutschland hätten, würden Sie einen Freudenhupfer machen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst kurz auf das eingehen, was vonseiten der Koalitionsfraktionen an Vorwürfen in Richtung Berlin geäußert wurde. Jahrelang haben Sie argumentiert, die Ökosteuer sei das Hauptproblem.

Jahrelang haben Sie gefordert, wir müssten die Steuerreform vorziehen. Jetzt haben Sie einen Kandidaten mit Sachverstand gekürt, und der stellt einfach fest: Das alles ist Schnee von gestern; die Forderung muss man einsammeln.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Herr Fleischer, Sie sind still geworden in diesem Bereich, stelle ich fest.

Jetzt kommt Herr Hofer an und sagt als letzte Forderung noch: Die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, das ist es, da muss Berlin tätig werden.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Herr Hofer, ich darf eine Institution zitieren, die sicherlich grüner Umtriebe unverdächtig ist, nämlich das Statistische Landesamt. Das Statistische Landesamt schreibt in seinem aktuellen Bericht zu den Beschäftigungsperspektiven 2002 – und jetzt hören Sie gut zu –:

Neben der Inanspruchnahme von Kurzarbeit geben auch die in den letzten Jahren auf Bundesebene erzielten Fortschritte

– Fortschritte! –

(Dr. Witzel)

bei der Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen den Unternehmen die Möglichkeit an die Hand, flexibel auf Nachfrageschwankungen zu reagieren.

Ich würde mir wünschen, dass Sie das einmal zur Kenntnis nehmen und in Ihren Reden berücksichtigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist doch gar nicht weit gehend genug!)

– Ruhig, Herr Lasotta! – Ich komme jetzt zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums hier im Lande. Ähnlich wie Herr Schmiedel muss ich auch etwas auf die Vorgeschichte eingehen, wie dieser Haushalt zustande gekommen ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wenn ihr weiter keine Probleme habt als die Entstehungsgeschichte!)

Ich teile die Meinung von Herrn Schmiedel, dass es hier unausgegrenzte Kürzungspläne gab, die gestreut und hinterher glücklicherweise wieder eingesammelt wurden.

Ich darf das C1-Programm nennen. Dieses Stop-and-go kennen wir, Herr Hofer, schon aus dem Jahr 1997. Auch damals sollte das Programm eingestellt werden und wurde dann aufgrund des breiten Protests wieder eingeführt. Zahlreiche Betriebe, die einen Förderantrag stellen wollten oder bereits gestellt hatten, wurden so verunsichert. Das ist der Effekt.

Auch zu den ÜBAs müssen wir sagen: Die geplanten und dann wieder zurückgenommenen Kürzungen wurden mit dem Handwerk nicht abgesprochen. Das Handwerk wurde einfach vor vollendete Tatsachen gestellt. Das ist keine Politik mit dem Mittelstand. Eine Politik des Dialogs stellen wir uns anders vor. Auch da brauchen wir mehr Verlässlichkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Warum ärgern Sie sich eigentlich darüber, dass wir es richtig machen?)

Auch das Aussetzen des Altbauprogramms, Herr Fleischer, traf viele Handwerksbetriebe völlig überraschend und unvorbereitet. Auch hier wäre mehr Kontinuität wichtig gewesen.

Herr Fleischer, es ist ja einigermaßen das Richtige herausgekommen. Aber das Hin und Her, welches es im Vorfeld gab, verunsichert gerade die Betriebe, die der Landesregierung angeblich so am Herzen liegen, nämlich die kleinen und mittleren Unternehmen.

(Abg. Fleischer CDU: So schreckhaft sind die auch nicht! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das muss man hier schlicht und einfach einmal feststellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt zu dem, was tatsächlich hier im Haushalt drinsteht. Es geht ja nicht nur darum, die Zahlen bei den Ausgaben und den Einnahmen in ein

Gleichgewicht zu bringen, sondern es geht bei diesem Haushalt auch um die Zukunft unseres Landes, um die Gestaltung von Rahmenbedingungen,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Richtig!)

es geht darum, die Anliegen der Ökonomie, der Ökologie und des Sozialen zu einem guten Dreiklang zusammenzubringen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Da sind wir uns einig!)

Kurz: Es geht um eine nachhaltige Politik.

(Abg. Fleischer CDU: Das hat man Ihnen richtig aufgeschrieben!)

– Ich schreibe meine Reden schon selbst, Herr Fleischer. – Nur dann wird der Standort Baden-Württemberg in Wahrheit zukunftsfähig, und das ist unser Ziel.

(Abg. Fleischer CDU: Nein! Ganz sicher nicht!)

Aber in diesem Haushalt finden sich diese Perspektiven nicht. Die großen Aufgaben im Bereich des Wirtschaftsministeriums werden nicht angegangen.

Ich möchte das an drei Beispielen erläutern: erstens die Regionalisierung der Wirtschaftsförderung, zweitens eine Energieversorgung jenseits von Kohle und Atom und drittens eine Entwicklungspolitik, die Zeichen setzt gegen Armut und Hoffnungslosigkeit.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: „Armut und Hoffnungslosigkeit“! Doch nicht in Baden-Württemberg!)

Punkt 1: Der Wirtschaftsminister tut nichts für die Clusterförderung und die Stärkung regionaler Kooperation.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

– Frau Netzhammer, es ist inzwischen unbestritten, dass es für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts entscheidend darauf ankommt, Aktivitäten in den Regionen zu vernetzen. Solche regional gebündelten Wirtschaftskluster werden allgemein als zentraler Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet. Das ist eines der zentralen Ergebnisse des Berger-Gutachtens.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da sind wir doch dabei!)

– Ja, lassen Sie mich doch einfach mal ausreden. Ja? – Auch die Mittelstandsenquête, die ja bekanntlich von Ihnen geleitet wurde,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Richtig!)

betonte, dass gerade auch das regionale Umfeld für den Mittelstand von besonderer Bedeutung ist,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! Deshalb steht es drin!)

nicht trotz, sondern gerade wegen der Globalisierung.

(Dr. Witzel)

Die Mittelstandsenquete empfiehlt deshalb, die Wirtschaftsregionen in Baden-Württemberg zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie hat weiter festgestellt – Zitat –:

Die „Stärkung der Stärken“ ist ein Faktor der Zukunftsstrategie im internationalen Wettbewerb und trägt zur Bindung der Unternehmen an ihren Standort bei.

Es ist ja gut, wenn wir da Konsens haben. Wie das funktioniert, haben einige Bundeswettbewerbe, aber auch der regionale Kompetenz- und Informationszentren-Wettbewerb des Verbands Region Stuttgart gezeigt. Wir meinen, in diesem Sinne sollte auch das Land aktiv werden.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Machen wir ja! – Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP und Schmiedel SPD)

Wir beantragen deshalb einen innovationsorientierten Regionenwettbewerb, und dafür wollen wir – Herr Hofer, Sie wollten Zahlen hören – 4 Millionen € zur Verfügung stellen. Mit geringem Mittelaufwand und ohne unkalkulierbare Folgekosten könnte er regionale Kooperationen dort anstoßen, wo die Bereitschaft und die Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind, und trüge so zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Region bei.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Am Ende meiner Redezeit gerne.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Hofer wollte Zahlen! Bezahlen!)

In manchen Regionen gibt es bereits eine solche funktionierende Kooperation, in anderen Regionen sind Bemühungen dazu zu erkennen. Dort könnte ein Impuls von der Landesebene in Form eines Wettbewerbs diesen Bemühungen die notwendige Schubkraft verleihen. Herr Döring hat im März 2001 ca. 6 Millionen DM für notwendig erachtet, um diese regionale Clusterbildung voranzutreiben. Im Haushalt finden sich jedoch außerhalb des Forschungsbereichs nur Spurenelemente dieser Willensbekundung. Das Wirtschaftsministerium stellt pro Jahr „üppige“ 375 000 € für diese regional orientierte Clusterförderung zur Verfügung. Allein damit lassen sich keine nennenswerten Impulse erzielen.

Aber ich will hier nicht nur schwarz malen. Deshalb möchte ich einen Punkt dieses Haushaltsplanentwurfs explizit positiv hervorheben. Es geht dabei um die Mittel für die Umsetzung der Empfehlung der Enquetekommission Mittelstand. Diese Mittel tragen wir eindeutig mit, sowohl hinsichtlich ihres Volumens als auch ihres Verwendungszwecks. Das ist von meinen Vorrednern schon genug gelobt worden, deshalb brauche ich das nicht im Detail zu wiederholen.

Allerdings bleiben auch hier einige Wünsche offen. Die Weiterentwicklung des Landesgewerbeamts zu einem Servicecenter wird mit 375 000 € allein nicht gelingen. Für erste Schritte wird das reichen. Weitere Schritte müssen dann noch folgen. Mittelfristig sollte die Weiterentwick-

lung zum Servicecenter in die Umwandlung in eine Landeswirtschaftsförderung in Baden-Württemberg münden. Herr Döring, das ist Ihr Kerngeschäft. Hier sollten Sie aktiv werden, anstatt Ihre Kräfte bei einem Schattenboxen mit Ihrem Koalitionspartner über Privatisierungspläne zu verzetteln.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme damit zum nächsten Punkt: Der Wirtschaftsminister betreibt eine rückwärts gewandte Energiepolitik.

Meine Damen und Herren, die Zeiten des billigen Öls werden voraussichtlich in wenigen Jahrzehnten zu Ende gehen. Die Risikotechnologie Atomenergie ist kein Ausweg. Für eine Energiepolitik, die langfristig angelegt ist und die die Forderung der Nachhaltigkeit ernst nimmt, bleibt daher nur ein Weg: Die Nutzung der erneuerbaren Energien in Verbindung mit hoher Energieeffizienz, was man bekanntlich auch als Energiesparen bezeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass ein solches Szenario möglich ist, haben zwischenzeitlich viele Studien belegt. Selbst der Ölmulti Shell prognostiziert, dass die erneuerbaren Energien bis 2050 die Hälfte unseres Energieverbrauchs decken werden. Meine Damen und Herren, wenn man sich das einmal vorstellt, sieht man, dass hier riesige Märkte entstehen, insbesondere auch im Export. Denn heute haben weltweit noch etwa 2 Milliarden Menschen keinen Anschluss an das Stromnetz. Der Export dezentraler Solartechnik stellt gleichzeitig auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Länder des Südens dar.

Bleiben wir aber zunächst hier bei uns. Schon heute spüren wir in der Bundesrepublik den Einstieg ins Solarzeitalter. Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das bekanntlich von der baden-württembergischen Landesregierung im Bundesrat abgelehnt wurde, sind derzeit bundesweit allein im Bereich der Windkraft 35 000 Menschen beschäftigt. Die Tendenz ist steigend; und auch in anderen Bereichen tut sich etwas.

Der Einstieg in eine zukunftsfähige Energieversorgung nutzt also nicht nur der Umwelt, sondern er kann auch in großem Stil Arbeitsplätze schaffen. Das Land Baden-Württemberg läuft aber Gefahr, diese Chance zu verpassen. Um diese Chance zu nutzen, bedarf es zunächst einer Anschubfinanzierung der neuen Technologien. Daran hapert es hier im Lande; dafür gibt es klare Belege: Als Herr Döring 1996 Wirtschaftsminister wurde, reduzierte er die Ausgaben für die Solarenergie und die anderen erneuerbaren Energien von bisher 20 Millionen DM bis 30 Millionen DM auf unter 10 Millionen DM. Er hat dann irgendwann festgestellt, dass das nicht reicht. Deshalb kündigte er Ende 1998 ein 200-Millionen-DM-Förderprogramm für die erneuerbaren Energien an. Das waren starke Worte, aber auf diese Mittel warten wir bis heute noch vergebens. Diese Ankündigung war also nur eine der bekannten Luftnummern von Herrn Döring.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Dr. Witzel)

Im Herbst 1999 gab es dann einen viel zitierten Kabinettsbeschluss, der das Ziel formulierte, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das wir Grünen völlig unterstützen. Aber wer gedacht hatte, dass die Landesregierung Anstrengungen unternimmt, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, muss sich getäuscht sehen. Auch im Jahr 2000 lagen die Fördermittel wie bisher unter 10 Millionen DM, und in diesem Haushalt wird die Förderung weiter gekürzt. Die Förderung solarthermischer Anlagen wurde kürzlich sogar komplett gestrichen, und das, obwohl noch in der Koalitionsvereinbarung vom April 2001 hierfür zusätzliche Mittel angekündigt wurden. Auch hier wieder nur Ankündigung und heiße Luft anstelle zukunftsweisender Politik. So verabschiedet sich die Landesregierung von dem selbst gesteckten Verdoppelungsziel. Sie vergibt die Chancen, als Pionier auf den neuen Märkten Arbeitsplätze zu schaffen, und zeigt, dass sie in der Energiepolitik weiter in den alten Kategorien von Kohle und Atom denkt und die Zeichen des beginnenden Solarzeitalters nicht erkannt hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Meine Damen und Herren, hier ist dringend eine Kurskorrektur nötig. Wir haben dazu den Antrag „Zukunftsprogramm Regenerative Energien 2010“ eingebracht. Da wird dargelegt, was wir tun wollen. Wir wollen in diesem Bereich die Fördermittel auf 10 Millionen € aufstocken. Ich künde schon jetzt an, dass wir dazu eine namentliche Abstimmung beantragen.

Ich komme zu Punkt 3. Der Wirtschaftsminister kürzt die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Der 11. September 2001 ist uns allen noch in schrecklicher Erinnerung. Der Kampf gegen den Terrorismus darf aber nicht nur mit militärischer Gewalt geführt werden. Notwendig – und ich betone: langfristig gesehen entscheidend – wird es sein, dass der Nährboden, auf dem der Terrorismus gedeiht, trockengelegt wird. Das ist eine umfassende Aufgabe, bei der die Entwicklungspolitik eine entscheidende Rolle spielt; denn es geht darum, Perspektivlosigkeit, Armut und Ohnmacht in den Ländern der so genannten Dritten Welt zu überwinden. Hier kann die Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiges Signal gegen Armut und Hoffnungslosigkeit in der Welt geben. Sie kann den Menschen in unseren Partnerländern Perspektiven für würdige Lebensbedingungen und mehr Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen eröffnen. Es ist uns daher völlig unverständlich, dass der Wirtschaftsminister in diesem Haushalt die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit nochmals stark zusammenstreicht. Schon in den vergangenen Jahren wurden die Gelder bei diesem Haushaltstitel drastisch gekürzt. Jetzt streicht Herr Döring in seinem Etat bei diesem Titel weitere 30 %. Das trifft insbesondere die Projekte der Kirchen und der anderen Nichtregierungsorganisationen, also gerade die Projekte, die sich speziell der Armutsbekämpfung widmen; auch dies wieder in krassem Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung, in der es heißt – ich zitiere –:

Wir werden uns dabei stärker auf die Zusammenarbeit mit den Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen konzentrieren.

Wer nach dem 11. September erwartet hatte, dass dieser Ankündigung Taten folgen, für den ist dieser Haushalt ein Schlag ins Gesicht. Die Mittel wurden in dem Titel auf null zusammengestrichen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drautz FDP/DVP: Sie klatschen dafür, dass die Mittel gestrichen wurden!)

Wir Grünen halten dies für unverantwortlich. Mit unseren Anträgen wollen wir erreichen, dass die Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber 2001 zurückgenommen werden und dass insbesondere der Ansatz für die Projekte der Kirchen und der anderen NGOs deutlich erhöht wird.

Meine Damen und Herren, die Anträge der Grünen sind gut begründet. Sie sind notwendig, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Ich hatte noch eine Frage!)

Stellv. Präsident Birzele: Entschuldigung, Sie wollten eine Nachfrage zulassen. – Herr Kollege Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Zum Thema Clusterbildung in den Regionen: Sind Sie der Ansicht, dass die Kompetenzzentren und die Clusterbildung, die in der Region Stuttgart ausschließlich über die Region mit Umlage auf die Kommunen finanziert worden sind, in den anderen Regionen vom Land finanziert werden sollen?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Hofer, natürlich muss die Hauptarbeit von den Regionen selbst geleistet werden. Unser Ziel ist es, mit diesem Regionenwettbewerb einen Anreiz zu geben, dass sich in den Regionen etwas tut, dass sich da Zusammenhänge organisieren. Weitergeführt werden muss es anschließend in den Regionen.

(Abg. Drexler SPD: Ein Herz für die anderen Regionen, Herr Hofer!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Reden der beiden Oppositionsredner komme ich zu dem Schluss: Bei Ihnen, Herr Schmiedel, ist es in weiten Teilen wirklich so gewesen, wie es Frau Kollegin Netzhammer gesagt hat: Schnee von vorgestern!

(Abg. Drexler SPD: Das kann man beim Schmiedel nicht sagen!)

Wenn Sie in Ihrer Rede auf drei Punkte eingehen, bei denen Sie Kritik üben, und sich dann bei allen drei Punkten am Verfahren aufhalten und im Grunde einräumen müssen, dass alle drei Punkte durch die Haushaltsplanberatungen und die Anstrengungen des Wirtschaftsministeriums sowie der Regierungsfractionen positiv erledigt worden sind, dann ist das ausgesprochen schwach, was Sie hier geboten haben, Herr Kollege Schmiedel.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Das ist gar nicht wahr!)

(Minister Dr. Döring)

– Ausgesprochen schwach! – Ich will Ihnen das der Reihe nach gern belegen.

Bei der überbetrieblichen Ausbildung – – Wissen Sie, Sie bekommen beim Handwerk keine Unterstützung mehr, wenn Sie mir das jetzt hier zum 27. Mal vorhalten. Nachdem ich mich, nachdem Sie es mir zum ersten Mal vorgehalten haben, beim Handwerk entschuldigt habe, ist das Thema dort erledigt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Der Schwerpunkt meiner Rede lag auf anderen Punkten!)

– Auf das komme ich gleich noch zurück. Die anderen Punkte waren noch schwächer.

Bei der überbetrieblichen Ausbildung müssen Sie sehen: Wenn Sie sparen müssen, ist es normal und üblich, alle Bereiche zunächst einmal in die Sparrunde einzubeziehen und keinen Bereich von vornherein für tabu zu erklären. Das ist allen anderen gegenüber fair. Dann können Sie nicht aus der Opposition heraus angesprungen kommen und sagen: „Da aber auf keinen Fall.“ Unter dem Strich kommt dann keine Einsparung zustande. Gleichzeitig mahnen Sie die Landesregierung, sie solle die Nullverschuldung auch tatsächlich erreichen. Beides geht nicht zusammen, und deswegen muss selbstverständlich gespart werden.

Wir haben Vorschläge unterbreitet und halten diese auch ein. Wir haben mit dem Handwerk gesprochen und gesagt: Wenn tatsächlich diese gewaltigen Schwierigkeiten kommen, dann schichten wir im Haushalt des Wirtschaftsministeriums – nicht durch Ihre Unterstützung – um. Sie hätten fairerweise auch sagen müssen, dass wir damit mehr machen, als Sie beantragt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Also, die Rückgängigmachung durch eigene Mittel erledigt, Kritikpunkt in Luft aufgelöst, null!

Zweiter Punkt: C1. Ich weiß nicht, zum wie vielten Male Sie das C1 anführen. Ich weiß nicht, zum wie vielten Male Sie das mit der Altbaumodernisierung anführen. Wenn Ihnen auf der Strecke das Geld ausgeht, dann können Sie nicht hergehen und sagen: „Ich führe das einfach weiter, obwohl ich nicht weiß, wie ich es bezahlen soll. Lassen wir mal die Anträge kommen, und dann wird man irgendwie sehen.“ Wenn das Geld nicht da ist, müssen Sie doch ehrliche Politik machen und sagen: Es ist so stark nachgefragt worden, dass wir im August im Haushalt leider keine Mittel mehr zur Verfügung haben, und damit ist das Ende da. Wir schauen, dass wir es im neuen Haushalt wieder machen können. Das ist seriöse Politik, und genau das haben wir gemacht.

(Abg. Schmiedel SPD: Nein, das ist das Mindeste, was man machen kann!)

– Auf Ihre Finanzierungsvorschläge im Zusammenhang mit der Regionalmesse komme ich nachher noch zu sprechen, Herr Schmiedel.

Wir haben die Haushaltsplanberatungen abwarten müssen, weil uns vorher kein Mensch Geld zur Verfügung stellt. Woher denn auch? Wir haben in den meisten Bereichen

durch Bemühungen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium, durch Anstrengungen der Regierungsfractionen und auch Zurverfügungstellung von Mitteln einige Korrekturen erreichen können.

Sie fragen nach Verlässlichkeit. Herr Schmiedel, es ist doch unseriös, wenn Sie sagen: „Sagen Sie bis zum Ende der Legislaturperiode gefälligst, dass sich da nichts ändert!“

(Abg. Schmiedel SPD: Das weiß man bei Ihnen nie!)

Das können Sie als Opposition vielleicht machen, ich nicht. Ich kann es für den Doppelhaushalt so machen, wie wir es jetzt beschließen: Überbetriebliche Ausbildung im Doppelhaushalt 2002/03 gesichert – bleibt!

Zweiter Punkt: C1 – Doppelhaushalt 2002/03 – bleibt! Sie sind offensichtlich unheimlich gescheit und wissen heute schon, wie die Haushaltspläne für 2004, 2005 und 2006 aussehen werden.

(Abg. Schmiedel SPD: In den Punkten schon!)

Ich kann es nicht, sondern ich mache es Punkt für Punkt und sage: Für diese zwei Jahre ist es gesichert, darüber hinaus müssen wir die Haushaltsplanberatungen abwarten. Das ist seriös, alles andere ist unseriös. Und deshalb ist Ihre Politik auch grottenfalsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Herr Zeller, kümmern Sie sich bitte um den Bodensee und lassen Sie mich damit in Ruhe.

Hören Sie einmal zu, Herr Schmiedel! Wenn Sie sagen, dies sei jetzt eine Aussage, die zur Verunsicherung führe, dann ist das eine blanke Unverschämtheit.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Bei einem Doppelhaushalt ist klar, dass für zwei Jahre entschieden wird und nicht für vier oder fünf Jahre. Deswegen stellen wir die Haushaltsmittel für zwei Jahre sicher und halten daran fest.

Regionalmessen.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt ein ganz trübes Kapitel!)

Herr Schmiedel, Regionalmessen sind bei Ihnen ein ganz wildes Kapitel. Sie müssen sich einmal vorstellen: Der Herr Schmiedel stellt sich hier hin und sagt, wir alle, die wir hier sitzen, sollten jetzt durchs Land rennen und sagen: „Noch eine Messe, noch eine Messe“ und „Anträge stellen!“ Wenn es nach Ihnen geht, dann haben wir bald mehr Regionalmessen als Schulen in diesem Land. Man muss sie aber auch finanzieren können.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie die Anträge nicht richtig gelesen?)

Sie stellen sich hierhin und sagen: „Jetzt soll der für die Regionalmessen soundso viel Geld zur Verfügung stellen.“

(Abg. Hofer FDP/DVP: 100 Millionen!)

(Minister Dr. Döring)

Sie waren doch im Ausschuss; ich habe Sie zumindest gesehen; körperlich waren Sie da.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie auch!)

Sie haben im Ausschuss doch genau gehört: Wir haben bis jetzt – und das hat sich bis zum heutigen Tag, 31. Januar, nicht geändert – drei konkrete Anträge von Regionalmessen vorliegen. Drei!

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Von vier, fünf anderen Städten haben wir aus Zeitungsberichten oder durch Anfragen vernommen: „Wir würden da auch etwas machen. Wir investieren wahrscheinlich in der Größenordnung. Wie sieht es denn insgesamt aus?“

Jetzt liegen also zum Doppelhaushalt 2002/03, den wir heute beraten, drei konkrete Anträge vor, die förderfähig sind. Die anderen sind noch nicht da. Was haben wir also gemacht?

(Abg. Schmiedel SPD: Sie blocken ja ab!)

– Ich blocke doch gar nicht ab. Wir haben denen geschrieben. Wir haben jedem Einzelnen geschrieben und haben gesagt: Ihr könnt bis Dezember 2003 eure Anträge stellen. Die Anträge werden jetzt mit Sicherheit, von Ihnen angeregt, in den nächsten Wochen und Monaten eingehen. In Mannheim zum Beispiel, wo ich bei einem Vor-Ort-Termin gewesen bin – Kollege Nagel könnte das belegen –, hat mir Oberbürgermeister Widder gesagt: „Wir haben ja noch Zeit bis 2003, wie Sie uns mitgeteilt haben. Wir schicken rechtzeitig die Anträge, und dann reden wir darüber.“ Dann werden wir sehen, was man machen kann.

Warum soll ich denn jetzt hergehen und sagen, wie viele Mittel für die einzelnen Messen zur Verfügung stehen? Drei Anträge sind da. Wir warten – so haben wir uns vereinbart – alle eingehenden Anträge ab und werden dann sehen, wie wir sie bedienen. So machen wir das Schritt für Schritt und nicht so wie Sie, indem Sie geschwind hergehen und Ihren fabelhaften Finanzierungsvorschlag unterbreiten, die Landesmesse in Stuttgart solle ab 2007 über 100 Millionen DM zur Finanzierung der Regionalmessen zur Verfügung stellen. Also abenteuerlicher geht es wirklich nicht mehr.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ausgerechnet bei dieser Messe! – Abg. Schmiedel SPD: Zur Finanzierung der Regionalmesse! Zu ihrer eigenen Finanzierung!)

150 Millionen DM, Herr Schmiedel, müssen die sowieso schon bringen. Die sind doch zur Finanzierung mitberechnet. Erster Punkt.

(Abg. Drexler SPD: 10 % der Summe!)

Zweiter Punkt: Ab 2007 soll, unterschrieben auch von Herrn Nils Schmid, der jeden Tag nicht müde wird, sich gegen die Messe zu äußern und gegen die Messe anzulaufen, eine Finanzierung aus der Messe eingestellt werden, die er jeden Tag bekämpft. Das sind konkrete Finanzierungsvorschläge, kann ich Ihnen nur sagen! Dabei wird es einem ja ganz schwindlig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann kommt der nächste Punkt. Sie erzählen munter in die Landschaft hinein: Überall im Land gehen die Übernachtungszahlen und die Gästezahlen im Tourismusbereich zurück. Das stimmt gar nicht. Glücklicherweise gehen sie nicht zurück. Wir haben auch im Jahr 2001 einen Zuwachs.

(Abg. Schmiedel SPD: In der Region Stuttgart!)

Also selbst die Zahlen, die Sie so geschwind daherbringen, sind auch noch falsch.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo kommen die her?)

Es hat wirklich hinten und vorne nicht gestimmt, was Sie ausgeführt haben, Herr Schmiedel.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Der geht halt nach Mallorca! Im Schwarzwald kennt er sich nicht aus!)

Lassen Sie mich auch Ausführungen im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung machen. Herr Schmiedel stellt sich hierhin und sagt: Ein Land muss in die Zukunft gerichtete Politik machen. Da sind der Ausbildungsbereich sowie Forschung und Entwicklung ganz wichtig. Meine Damen und Herren, es waren die Initiativen dieser Landesregierung, die 1996/97 auf dem Lehrstellenmarkt die Wende herbeigeführt haben. 1996/97 sind Sie nicht müde geworden,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

im Sechswochenrhythmus hier Aktuelle Debatten zur „Lehrstellenkatastrophe“ zu beantragen. Wir haben zusammen mit denen, die ausbilden, eine Vielzahl von Initiativen ergriffen und haben jetzt die günstigste Ausbildungssituation seit vielen Jahren in ganz Deutschland. Das ist eine Superleistung der Ausbildungsbetriebe bei uns in Baden-Württemberg. Dafür bin ich all denen, die ausbilden, dankbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das begreifen Sie einfach nicht. Wahrscheinlich verstehen Sie es schon; aber Sie wollen es eben nicht einräumen. Zur Kollegin Netzhammer haben Sie gesagt, wir müssten dankbar sein, dass Sie in Berlin regieren, weil es seitdem aufwärts gehe. Das ist schon ein abenteuerliches Stück.

(Abg. Drexler SPD: Weniger Arbeitslose! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Sie müssen sich einmal die Zahlen anschauen. Die Zahl der Arbeitslosen bei uns in Baden-Württemberg ist die geringste in Deutschland,

(Abg. Schmiedel SPD: Seit Schröder regiert!)

und darauf sind wir stolz. Ich finde das Klasse, ich finde das großartig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

Was Sie sagen, stimmt einfach nicht. Das sieht man, wenn man sich die Zahlen ansieht.

(Abg. Schmiedel SPD: Fragen Sie den Professor Leibing! – Abg. Fleischer CDU: Wie sieht es in Niedersachsen aus?)

Aber lassen wir das, Herr Schmiedel. Gehen wir wieder eine Spur herunter!

(Abg. Drexler SPD: Die Arbeitslosigkeit ist unter Schröder zurückgegangen! – Lachen bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der CDU – Abg. Pfisterer CDU: 4 Millionen! – Unruhe)

Wenn mir der Präsident wieder das Wort erteilt – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um mehr Ruhe. Der Herr Minister wird gleich alles aufklären.

(Heiterkeit – Abg. Bebber SPD: Herr Präsident, woran glauben Sie?)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Es ist gut, wenn wenigstens einer hier im Hause weiß, was ich jetzt machen werde.

Lassen Sie mich jetzt zu Herrn Kollegen Witzel kommen.

(Abg. Fleischer CDU: Nomen est omen!)

Lieber Herr Witzel, auch bei Ihnen kommt zehnmal hintereinander die gleiche Leier.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja, weils richtig ist!)

– Wer war das?

(Heiterkeit)

Herr Kollege Witzel – –

(Zuruf: Wer war das? – Große Unruhe)

– Ich kenne ihn nicht, und deswegen frage ich.

Herr Kollege Witzel, wie Sie immer sagen, machen wir im Solarenergiebereich alles völlig falsch. Gestern ist in der „Stuttgarter Zeitung“ mitgeteilt worden: „Rekordjahr für die Solarenergie-Branche“.

(Abg. Schmiedel SPD: Dank Schröder!)

– Passen Sie doch einmal auf!

Nach wie vor gibt es den Angaben zufolge ein deutliches Nord-Süd-Gefälle beim Bau von Solaranlagen. Rund 40 % der Anlagen wurden in Bayern errichtet und 20 % in Baden-Württemberg.

Da bleibt für die Nordländer nicht mehr viel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Wegen Schröder! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Jetzt frage ich Sie wirklich:

(Abg. Teßmer SPD: Wir haben den größten Nachholbedarf! – Abg. Schmiedel SPD: Wer wird in Münster eine Solaranlage bauen?)

Warum sollen wir, wenn wir solche Zuwachsraten und ein Rekordjahr haben, noch Subventionen hineinwerfen? Warum sollen dann noch Subventionen in einzelne Anlagen hineingeworfen werden?

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das fragen die sich selber!)

Die Anschubfinanzierung hat funktioniert. Das Programm wird umgesetzt, und wir sind auf dem besten Wege. Wir haben ein Rekordjahr zu verzeichnen.

Der Bund fördert, und deshalb sind wir zurückgegangen, weil – zum 87. Mal, Herr Kollege Witzel – das Geld, das wir zusätzlich geben würden, niemandem zugute käme, sondern der Bund es von seiner Förderung abziehen würde. Deswegen haben wir die Landesförderung richtigerweise eingestellt. Das bleibt richtig, auch wenn Sie es nicht kapieren wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich habe von Herrn Witzel gelernt, dass man das am Ende der Redezeit einräumt.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Sie haben doch gar keine Redezeit, Sie können reden ohne Ende!)

Stellv. Präsident Birzele: Welche Redezeit haben Sie dabei im Auge?

(Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, ich bin gebeten worden, so zu reden, dass wir gegen 13 Uhr Mittagspause machen können.

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Witzel führte weiter aus, dass wir uns, was die alternativen Energien angeht, weitestgehend zurückgezogen hätten und dass da nichts mehr laufe.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Stimmt!)

Nach wie vor ist das Land Baden-Württemberg, was die Forschung angeht, in der Spitzengruppe der Länder, wenn nicht sogar die Nummer 1 in Deutschland.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Forschung ist okay!)

– Aha! Sagen Sie es nur laut!

(Abg. Drautz FDP/DVP: Lauter! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Forschung ist okay, sage ich laut!)

(Minister Dr. Döring)

– Warum sagen Sie das dann nicht auch einmal draußen, sondern rennen immer den Solardächern hinterher? Wir unternehmen die Forschungsanstrengungen deswegen zielgerichtet, damit die Forschung in Produkte umgesetzt werden kann, die den Markt erobern und Arbeitsplätze schaffen und sichern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist die richtige Politik der Landesregierung in Baden-Württemberg.

Man muss sich einmal die Namen von einigen Projekten anhören, damit man weiß, worüber man im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung tatsächlich spricht. Sie kennen das Würth-Solar-Projekt, das wir mit über 4 Millionen DM gefördert haben. Sie kennen auch die ZSW-Projekte zur Herstellung von Kraftstoff aus biogenen Ressourcen. Dann haben wir Forschungsobjekte im Zusammenhang mit der Optimierung von Komponenten für reformat-taugliche Brennstoffzellen. Wir haben die Brennstoffzellenkompetenz in Baden-Württemberg. Wir haben EU-Komplementärfinanzierungen diverser Forschungsaufgaben. Wir haben Solarsiedlungen in Neckarsulm, Friedrichshafen und weitere mehr. Wir halten es nach wie vor für richtig – ich sage das noch einmal, um es deutlich zu sagen –, im Forschungs- und Entwicklungsbereich Spitze zu sein, um unserer Wirtschaft die Anregungen zu geben und die Forschungsergebnisse zur Verfügung zu stellen, die sie braucht, um weltweit führende Produkte auf den Markt zu bringen. Wie gut das ankommt, sehen Sie auch daran, dass wir im Bereich der Umwelttechnologie, die weltweit nachgefragt wird, über 1 000 kleine und mittelständische Betriebe haben. Also ist dieser Weg der Politik richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben sich an ein paar Vorgehensweisen aufgehalten. Ich will nur sagen: Mit Vorgehensweisen halte ich mich nicht auf, wenn die Ergebnisse stimmen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: 200 Millionen DM Fördergelder waren angekündigt, aber eine Luftnummer gewesen!)

– Herr Witzel, ich höre mir das jeden Tag von Ihnen an, und es trifft mich überhaupt nicht mehr, weil es allmählich so etwas von lächerlich ist.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: „Schnee von gestern“, ja, ja!)

– Das ist Schnee von vorgestern. Aber wenn es Ihnen Spaß macht, dann können Sie sich ruhig noch einmal hier hinstellen und das noch einmal sagen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie sagen das bei jeder Rede, die Sie halten. Übrigens fällt mir auf: Egal, zu was Sie reden, Sie sagen das jedes Mal.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das stimmt ja auch!)

Das finde ich immer besonders interessant.

Entscheidend und wichtig ist, dass wir für das Wirtschaftsministerium einen Haushalt haben, der die Rahmenbedingungen weiterhin so setzen wird, dass wir das Land Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, sowohl was den Arbeitsmarkt als auch die Ausbildungssituation, als auch Forschung und Entwicklung angeht. Das ist das, was zählt: Nicht der Weg, sondern das Ziel ist das Entscheidende. Das ist mit der Unterstützung der CDU-Fraktion und der Fraktion der FDP/DVP und der Arbeit im Wirtschaftsministerium erreicht worden. Darüber bin ich froh. Das ist das Entscheidende.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Lassen Sie Ihre Kritik an irgendwelchen einzelnen Wegen, und stimmen Sie dem Haushalt zu, der in die Zukunft gerichtet ist und für die nächsten zwei Jahre eine ordentliche Rahmenbedingung abgibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, Sie wollten noch die Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel beantworten.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Von „wollen“ kann keine Rede sein.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Döring, zwischenzeitlich haben sich zwei Fragen angesammelt. Deshalb muss ich etwas ausholen.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Ja, es könnte mehr werden.

Ich darf auch hier klar feststellen, wie Sie es wünschen, dass das Land im Bereich der Solarforschung gut und vorbildhaft ist. Das wollen wir nicht kritisieren, sondern das wollen wir würdigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Sie fragten mich jetzt, warum Sie noch fördern sollen, wenn die Branche doch boomt. Wir müssen sehen: Der Markt ist gespalten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Dr. Witzel, Sie sollen Ihre Frage ja nicht selbst beantworten,

(Heiterkeit)

sondern Sie sollten Fragen an den Minister stellen.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Minister hat ja gefragt! Der ist ja ratlos, der braucht einen Rat!)

Die Kurzintervention haben wir noch nicht.

(Unruhe)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Dann darf ich es so formulieren: Herr Döring, halten Sie die Forderung, die Sie auch im Kabinettsbeschluss zur Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien haben, wonach Solarsiedlungen einzurichten sind und insbesondere im Geschosswohnungsbau die Solarnutzung noch vorangebracht werden muss, in Baden-Württemberg bereits für erfüllt? Das war die erste Frage.

Die zweite Frage richtet sich auf Folgendes: Sie waren ja bekanntlich, als die Koalitionsvereinbarung unterschrieben wurde, bereits fünf Jahre lang Wirtschaftsminister. Sie kannten damals die Zwänge des Haushalts. Wieso heißt es dann in der Koalitionsvereinbarung, dass für die Förderung thermischer Solaranlagen weitere Mittel bereitgestellt werden sollen, und wieso heißt es in der Koalitionsvereinbarung – die zu einem Zeitpunkt geschlossen wurde, als Sie die Zwänge im Haushalt und das Ziel der Nullverschuldung schon kannten –, Sie wollten sich in der Entwicklungszusammenarbeit stärker auf die Zusammenarbeit mit den Kirchen und den Nichtregierungsorganisationen konzentrieren, während dieser Titel jetzt im Haushalt auf null gekürzt wird?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Das ist schon nicht mehr die Koalitionsvereinbarung!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, bitte.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Nein.

Erster Punkt: Dass Solarsiedlungen zu errichten sind, wird unter dem Titel der Demonstrationsprojekte und Demonstrationsvorhaben auch vorgesehen. Wir sind an zwei Stellen dabei, sodass wir das auch bewältigen können. Die Mittel sind im Haushalt eingestellt. Wir werden das auch machen. Wenn es so weit ist, dass wir das tatsächlich realisieren können, dann werden wir das bekannt geben, aber nicht vorher.

Der zweite Punkt, den Sie ansprechen, bezog sich darauf, dass wir die Haushaltssituation gekannt hätten. Die Haushaltssituation war auch damals schon außerordentlich angespannt. Aber dass wir milliardenhohe Steuermindereinnahmen haben werden, war nicht vorhersehbar. Dass Sie in Berlin eine schlechte Wirtschaftspolitik machen, haben wir gewusst. Aber dass sie so miserabel ist, haben wir nicht vorhersehen können. Von daher kommen auch die geringen Mindereinnahmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Knapp SPD: Dünner Beifall!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Thema Regionalmessen: Zunächst einmal, Herr Schmiedel, nachdem Sie das bislang hier im Haus und auch an anderer Stelle mitgetragen haben, gehe ich davon aus, dass Sie allergrößtes Interesse haben, dass die Landesmesse Stuttgart möglichst schnell kommt und dass sie auch entsprechend finanziert wird. Wir führen ja morgen dazu noch die entsprechende Debatte.

Aber genauso wichtig ist natürlich, dass das Land – im Sinne der Ausgewogenheit der Landesentwicklung – auch im Bereich der Regionalmessen ein fairer Partner ist. Das haben wir zugesichert.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Döring wollte aussteigen, und kein Mensch weiß, wann er echt aussteigt!)

Nicht umsonst haben wir gemeinsam darauf gedrängt, dass sämtliche Anträge, die zur Entscheidung anstehen, spätestens bis zum 31. Dezember 2003 hier vorliegen müssen. Dann werden wir auch die Frage der weiteren Förderung, Finanzierung und Mitbeteiligung des Landes klären.

Insofern ist hier überhaupt keine Gefahr im Verzug.

(Abg. Zeller SPD: Ja, doch! Die Anträge sind doch gestellt!)

Sie haben wirklich versucht, den Schnee von gestern aufzutauen. Aber das ist Ihnen nicht gelungen.

(Abg. Schmiedel SPD: Die, die bauen wollen, wollen jetzt eine Zusage! – Abg. Fischer SPD: Es gibt schon Anträge, die beschieden werden müssen!)

– Natürlich gibt es Anträge. Diese Anträge wird man im Rahmen einer Gesamtschau bewerten müssen.

(Abg. Schmiedel SPD: Sollen die jetzt alle warten? – Abg. Fischer SPD: Und dann kriegen sie doch nichts!)

Deshalb, Herr Kollege Schmiedel, werden wir mit aller Gelassenheit dieser Prüfung und Bewertung standhalten.

Zweiter Punkt: Thema Wohnungsbauförderung. Diese ist uns auch ein wichtiges Anliegen. Nicht umsonst haben wir die Komplementärmittel für die Finanzierungsmittel des Bundes in der Größenordnung von 8,788 Millionen € zusätzlich aus Landesmitteln eingebracht.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist das Mindeste!)

– Es ist nicht das Mindeste, sondern wir hätten es uns leicht machen und sagen können: Wir haben die Komplementierung bereits erbracht

(Abg. Hauk CDU: Genau so ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Das wäre ja Trick 17!)

und nehmen diese Mittel aus der bereits erfolgten Überkomplementierung. Aber dies haben wir ganz bewusst nicht gemacht.

Ich will Ihnen nur einmal sagen, dass wir ursprünglich im Land 2 400 Wohnungen hätten unterstützen können. Durch diese Komplementierung und durch die Bundesmittel gelingt es jetzt, für etwa 3 400 Wohnungen sowohl im Eigentumsbereich als auch im Mietwohnungsbereich ein Zeichen zu setzen. Vor allem gelingt es, die Neubauförderung für Familien mit einem Kind dort, wo es am nötigsten ist, nämlich im Verdichtungsraum, in die Förderung aufzunehmen. Dies ist ein großer Erfolg

(Abg. Schmiedel SPD: Von Schröder!)

(Dr. Birk)

der Regierung aus CDU und FDP/DVP, den Sie nicht kleinreden können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Das bissle Fortschritt kommt von Schröder!)

Es ist uns auch gelungen, gerade im Mietwohnungsbereich mit zusätzlichen 450 Wohnungen jetzt auf eine Fördergröße von 1 050 Wohnungen zu kommen. Dies tut gerade im Mietwohnungsbau gut bei den Schichten, die sich kein Eigentum leisten können. Auch da setzen wir auf die soziale Ausgewogenheit der Landespolitik, nicht nur im Bereich der Eigentumsförderung, sondern auch beim Mietwohnungsbau entsprechende Zeichen zu setzen.

Aber was bringen diese gesamten Zeichen, die wir setzen wollen, wenn die Rahmenbedingungen des Bundes eben nicht richtig gesetzt sind?

(Abg. Schmiedel SPD: Oh nein, jetzt fängt der auch noch an! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Abg. Schmiedel SPD: Sag einmal, habt ihr alle die gleichen Sprechzettel? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist schlicht die Wahrheit!)

Das gefällt Ihnen nicht, aber es ist die Realität. Es gibt dafür bekanntlich auch sehr gute Zeugen – heute zu lesen in der „Heilbronner Stimme“ –, Herrn Schleicher, Präsident der Landesvereinigung Bauwirtschaft:

Im vergangenen Jahr hat die Baubranche in Baden-Württemberg 5 000 Arbeitsplätze abgebaut. 2002 werden es über 10 000 sein.

(Abg. Schmiedel SPD: Gucken Sie mal zum Herrn Döring rüber!)

Die Landesvereinigung Bauwirtschaft zeichnet ein düsteres Bild.

(Abg. Schmiedel SPD: Wohl wahr!)

Und jetzt die Begründung – und die fällt auf Sie, auf Rot-Grün, zurück –:

Dass der Wohnungsbau faktisch tot ist, führt der Präsident auf verschlechterte Abschreibungsmöglichkeiten,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Genau, sehr richtig!)

die gekappte Eigenheimzulage und das für Investoren ungünstige neue Mietrecht zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Das ist eine schallende Ohrfeige für Rot-Grün. Werden Sie auf diesem Gebiet endlich tätig. Korrigieren Sie das, damit sich die Eigentumsförderung im Wohnungsbau wieder nachhaltig niederschlägt.

Sie haben, wie gesagt, die Einkommensgrenzen für die Gewährung der Eigenheimzulage gesenkt.

(Abg. Schmiedel SPD: Stimmt nicht!)

Sie haben insgesamt acht Steuererhöhungen dazu genutzt, um den Bereich Wohnungsbau noch mehr zu belasten. Sie haben die Spekulationsfrist beim Eigentumserwerb

(Abg. Schmiedel SPD: Sind Sie für Spekulanten? – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

von zwei Jahren auf zehn Jahre erhöht.

Dies alles führt dazu, dass der Wohnungsmarkt in Deutschland stagniert und dass wir auch in diesem Bereich in Europa mittlerweile Schlusslicht sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus haben Sie – das haben wir beim parlamentarischen Abend der Bausparkassen ja dramatisch eindrucksvoll mitbekommen –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Dass die CDU an dem Deal auch beteiligt war!)

die Wohneigentumsförderung im Zuge der Riester-Rente erheblich verschlechtert. Das heißt, diese Förderung ist zum Beispiel gegenüber der Altersvorsorge mit einer Lebensversicherung heute erheblich schlechter gestellt. Korrigieren Sie dies, und zwar auch unter dem Aspekt der Standortpolitik für Baden-Württemberg. Wir benötigen hier mehr denn je starke Bausparkassen. Erst dann werden Sie wieder ein qualifizierter Partner sein, um auf diesem Gebiet mitsprechen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte noch einen anderen Bereich herausstreichen, der im Land zunehmend wichtig wird: die Tourismusförderung.

Der Tourismus im Land hat in den letzten Jahren zugenommen. Nicht nur in der Region Stuttgart, sondern auch in den anderen Landesteilen ist in diesem Bereich Hervorragendes geschehen. Das ist vor allem ein Verdienst der Tourismusförderung in den Regionen, unterstützt mit Geldern des Landes. Immerhin geben wir 2002 und 2003 über 14 Millionen € für den Tourismus aus, davon allein 4,5 Millionen € für Werbemaßnahmen. Hinzu kommen weitere Gelder in der Größenordnung von über 10 Millionen € pro Jahr für den Ausbau der Infrastruktur im Tourismusbereich in Baden-Württemberg.

Der Tourismus ist mittlerweile – noch vor der Automobilbranche – der umsatzstärkste Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg. Dies wollen wir in enger Abstimmung mit den Regionen, den Landkreisen und den Gemeinden weiterhin ausbauen. Insofern haben wir auch auf diesem Gebiet keinen Nachholbedarf.

Das führt mich zu meiner letzten Äußerung. Sie richtet sich an Sie, Herr Kollege Witzel, was die Weiterentwicklung der Regionen und die Clusterbildung angeht.

Ich denke, wir haben hier die Zeichen richtig gesetzt. Kollege Hofer hat zu Recht die Kompetenzzentren zum Beispiel in der Region Stuttgart angesprochen. Sie werden bislang aber ausschließlich vonseiten der Region finanziert und unterstützt.

(Dr. Birk)

Ich möchte nicht sagen, dass nicht auch das Land in besonders strukturschwachen Räumen und Regionen eine entsprechende Unterstützung leisten könnte. Aber dazu benötigen wir Konzepte. Diese Konzepte haben wir mit dem Landesentwicklungsplan, mit den Zielen, die darin für die Regionen vereinbart worden sind, mit den Überlegungen, die vor Ort hinsichtlich der Bereiche Unterstützung, Förderung, Ausbau der Forschungs- und der Wirtschaftsinfrastruktur gemeinsam erarbeitet worden sind. Dies wird auch für die kommenden Jahre in diesen Bereichen die Leitlinie für die Landespolitik sein.

Wir werden einen ersten Schritt leisten, um Kompetenzen in den Regionen auf- und auszubauen. Aber wir werden deshalb nicht Ihrem Antrag folgen, der weit darüber hinausgeht. Im Übrigen sind die Vorarbeiten, die Sie immer anmahnen, durch die Berger-Studie in weiten Teilen bereits erfolgt. Hier haben wir ja bereits Clusterbildungen vorgenommen. Jetzt gilt es diese entsprechend umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Wir wollen dabei vom Land aus den Regionen nichts überstülpen. Vielmehr wollen wir dies mit den Regionen in einem fairen Kommunikationsprozess gemeinsam erreichen. Herr Kollege Schmiedel, Sie können sich ja gegebenenfalls auch an dieser Diskussion beteiligen.

Ich fand es interessant – dies zum Abschluss –, mit welchem Reflex Sie hier auf die schlechten Arbeitsmarktzahlen auf Bundesebene reagiert haben. Es entspricht einfach der Realität: Wir steuern auf eine Zahl von 4 Millionen Arbeitslosen zu.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Gegenruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Diese bittere Wahrheit gefällt Ihnen nicht. Wenn man einmal die statistischen Effekte herausrechnet, die Sie erzeugt haben, indem Sie die Arbeitslosenstatistik manipuliert und frisiert haben,

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

so stellt man fest, dass die Zahl der Arbeitslosen einschließlich der verdeckten Arbeitslosigkeit mittlerweile bei fast sechs Millionen liegt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Dies gefällt Ihnen natürlich nicht. Es gefällt Ihnen vor allem deshalb nicht, weil hier ein Wahlversprechen von Schröder gebrochen wurde. Schröder ist angetreten, die Arbeitslosigkeit auf unter dreieinhalb Millionen zu senken, und er ist auf breiter Front gescheitert. Die „ruhige Hand“ ist mittlerweile zu einer wirklich verkümmerten, eingeschlafenen Hand geworden und weggebrochen. Er ist abgetaucht und möchte sich am liebsten bis zur Bundestagswahl nicht mehr bewegen.

(Zurufe von der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Nicht so wild reden!)

Diese Wahrheit ist unbequem. Ich sage das vor allem deshalb, weil Sie uns 1998 vorgehalten haben, wir würden für den Arbeitsmarkt zu wenig tun.

(Abg. Schmiedel SPD: Das war doch so! – Weitere Zurufe von der SPD)

Diese Vorhaltung müssen Sie sich heute gefallen lassen. Am 22. September ist Wahltag, und dann wird man Sie an Ihren Zahlen messen. Ihre Zahlen sind schlecht, und deshalb ist Ihr Verfallsdatum am 22. September. Das heißt, den Rest wird der Wähler entsprechend erledigen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Schmiedel SPD: Wir sind hier im Landtag und nicht im Bundestag! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe, auch wenn es schwer fällt.

Abg. Dr. Birk CDU: Je mehr Sie sich hier ärgern, umso mehr bekommen wir – zu Recht – den Eindruck, dass wir Sie hier bei einem Thema erwischt haben, das Ihnen höchst unangenehm ist und das in den kommenden Monaten noch viel unangenehmer werden wird.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Birk, Sie sollten, wenn Sie die Arbeitsmarktzahlen zitieren, bei der Wahrheit bleiben. Wenn im Bundesgebiet inzwischen 1,2 Millionen Menschen mehr in Beschäftigung sind als zur Zeit der Regierung Kohl,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

dann muss doch die verdeckte Arbeitslosigkeit zurückgegangen und nicht angestiegen sein. Lesen Sie doch die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier im Landtag in Thüringen wären, dann würden die CDU und die FDP wahrscheinlich auch behaupten, am warmen Wetter und an den Überschwemmungen sei die Berliner Regierung schuld.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Nicht gerade, aber an der hohen Arbeitslosigkeit schon!)

So ähnlich hat das vorhin gerade geklungen, als es um die Wohnungsbaupolitik in diesem Lande gegangen ist. Sie haben den Rückgang der Zahlen im Wohnungsbau auf die Politik der Bundesregierung geschoben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist so!)

Dabei ist Fakt, dass die Wohnungsbauzahlen im Bundesgebiet – natürlich auch dort, weil bundesweit teilweise weniger Wohnungen gebraucht werden – seit 1995/96 drastisch zurückgehen, nur in Baden-Württemberg eben besonders drastisch. In fünf Jahren wurde der allgemeine Wohnungsbau in Baden-Württemberg um 50 % reduziert. Der Miet-

(Gaßmann)

wohnungsbau wurde in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren um 75 % reduziert, und der soziale Mietwohnungsbau – bei dem Sie hier die Verantwortung tragen – wurde gar auf den 50. Teil reduziert. Aber Sie schieben das alles auf den Bund! Man muss noch dazusagen: Hinter dem Wohnungsbau und auch dem sozialen Wohnungsbau stecken natürlich Arbeitsmarktzahlen.

Gestern hat der Herr Ministerpräsident das Hohelied der Familie gepredigt. Und auch gestern stand in der „Stuttgarter Zeitung“ zu lesen, dass die Schwangerenberatungsstellen in Stuttgart in großer Sorge sind. Da heißt es, dass junge Frauen nach der Geburt ihre Kinder länger im Krankenhaus lassen, weil sie keine Wohnung finden, wenn sie aus dem Krankenhaus kommen.

(Abg. Pfisterer CDU: Jetzt aber!)

– Sie können es gerne nachlesen: „Stuttgarter Zeitung“ von gestern.

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Veronika Netzhammer)

Oder: In den Unterkünften für Alleinerziehende sei alles voll, und auf dem freien Wohnungsmarkt finde sich fast nichts. Das berichtet die Beraterin der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart. Die Ihnen nahe stehenden Beratungsorganisationen waren da übrigens auch dabei. Vielleicht sollten Sie mit denen einmal Gespräche führen.

Das bedeutet als Konsequenz: Wir brauchen dringend mehr Sozialwohnungen. Die Wohnungsbaumittel des Landes sind in den letzten Jahren ja fast nur in die Eigentumsförderung gegangen. Nur noch 200 Mietwohnungen sind in den letzten Jahren gebaut worden.

Zu den Arbeitsplätzen ist auch noch etwas anzuführen. Sie, Herr Birk, haben vorhin unvollständig zitiert. Herr Schleicher nämlich, der gestern diese Pressekonferenz für die Bauindustrie gemacht hat, hat auch gesagt, die öffentliche Hand als Brötchengeber sei gefordert. Das heißt also: Der Landeshaushalt ist gefordert.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist natürlich auch am einfachsten für Sie!)

Wir haben auch entsprechende Anträge gestellt. 40 000 Arbeitsplätze sind in den letzten fünf Jahren in der Bauindustrie verloren gegangen, allein 9 000 in den ersten elf Monaten des letzten Jahres.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen seitens des Bundes!)

Nur weil der Bund jetzt seine Mittel um 8,8 Millionen € erhöht hat, kommt Baden-Württemberg in den Genuss eines erheblich verbesserten Wohnungsbauprogramms. Sie wissen ja, dass Ihr Ansatz im Wohnungsbauprogramm lautete, 20 % zu streichen. Nur weil Sie dann komplementär finanziert haben und der Bund seine Mittel drastisch erhöht hat, nämlich um 40 %, sind Sie noch davongekommen. Eigentlich sollten Sie Dankeschreiben nach Berlin schicken, weil Sie mit diesen Mitteln endlich auch Ihre Wahlversprechen einlösen können.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir schicken Brandbriefe nach Berlin!)

Zum Beispiel war das Einfamilienhausprogramm für Familien mit einem Kind in Ihrem Wohnungsbauprogramm zunächst ja gar nicht vorgesehen. Erst durch die Erhöhung der Bundesmittel sind Sie in die Lage versetzt worden, dieses Wahlversprechen einzulösen.

Uns ist dies nicht genug. Wir fordern mehr Mittel. Wir halten 4 000 neue Mietwohnungen im Land für notwendig und für finanzierbar. Wir werden auch entsprechende Anträge stellen.

Wenn Sie schon meinen Aussagen nicht glauben, was Ihre Wohnungsbaupolitik betrifft, dann glauben Sie es doch mindestens den Experten, die der Landtag vor ungefähr zwei Monaten eingeladen hatte und die im Wirtschaftsausschuss berichtet haben. Ich möchte einige der Äußerungen kurz zitieren.

Herr Dr. Wentlandt vom Landesverband Freier Wohnungsunternehmen sagte:

Derzeit werden in Baden-Württemberg mehr Wohnungen abgerissen oder umgewidmet als gebaut. Es wird knapp am Wohnungsmarkt.

Herr Ruf vom Gemeindetag sagte:

Mit dem bisherigen Wohnungsbauprogramm wird der Abwärtstrend fortgesetzt. Wir kritisieren diesen Rückgang des Landes, weil damit natürlich der Mangel an günstigem Wohnraum erst noch provoziert wird.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sagen Sie einmal, was die Sachverständigen zur Bundespolitik gesagt haben!)

Herr Mauch vom Städtetag sagte:

Wir haben nur in Baden-Württemberg eine pflichtgemäße Komplementärfinanzierung. Leider gibt es darüber hinaus keine Finanzmittel wie z. B. in Hessen, wo der sechsfache Betrag dazukommt, bzw. Nordrhein-Westfalen, wo sogar der 25fache Betrag dazukommt.

(Abg. Knapp SPD: Spitze!)

Das zeigt,

– so sagte Herr Mauch vom Städtetag –

dass in anderen Bundesländern durchaus gesehen wird, dass vor allem im Mietwohnungsbereich mehr getan werden müsste.

Ich komme zum Letzten, der etwas gesagt hat, nämlich zu Herrn Fichtner von der Vereinigung baden-württembergischer kommunaler Wohnungsunternehmen. Er sagte:

Das Fördervolumen liegt um ein Vielfaches unter dem anderer Bundesländer. Wir finden das eigentlich für ein Land, welches im Verhältnis zu anderen Ländern wohlhabend ist, schon beinahe beschämend.

(Gaßmann)

Wenn Sie nicht wollen, dass ein so beschämendes Wohnungsbauprogramm beschlossen wird, dann haben Sie die Möglichkeit, unseren Anträgen zuzustimmen, die im Übrigen solide finanziert sind: nicht mit Schulden, sondern durch Forderungsverkauf. Factoring ist ein in der Wirtschaft durchaus übliches Mittel, und Sie wissen, dass das auch von der Regierung Späth praktiziert wurde.

Noch ein letztes Wort zu einem auch schlimmen Geschehen. Wir feiern das 50-jährige Jubiläum von Baden-Württemberg, und überall höre ich die Vertreter der Landesregierung das Hohelied des Landes preisen. Aber wenn es wirklich um das Erbe des Landes geht, nämlich um den Denkmalschutz, sind Sie am Streichen. 20 % der Mittel für den Denkmalschutz sollen in diesem Jahr gestrichen werden, und im nächsten Jahr soll noch einmal drastisch heruntergestrichen werden.

Ich lese Ihnen am Schluss vor, was Sie dazu in Ihre Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben haben. Da steht drin:

Wir streben ferner an, die Mittel für den Denkmalschutz zu erhöhen und in den nächsten drei Haushaltsjahren den Grundstock der Denkmalstiftung . . . aufzustocken.

Das Gegenteil machen Sie. So gehen Sie mit Ihren Wahlversprechen um.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass sich die deutsche Bauwirtschaft in einer Rezession befindet, das wissen wir, und es stimmt auch: In Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren das Gesamtvolumen um die Hälfte verringert. Das ist keine Frage. Ich kann auch hinzufügen: Es werden in diesem Jahr voraussichtlich nur noch 40 000 Wohnungen fertig gestellt. 50 000 sind die Richtschnur.

Das kann auf Dauer nicht so bleiben, sonst bekommen wir ein Problem. Aber wir müssen doch feststellen, dass die Versorgung mit Wohnraum in Deutschland inzwischen ganz überwiegend durch private Investitionen getätigt wird, nachdem sich Bund, Länder, Kommunen und auch die Versicherungswirtschaft weitestgehend aus dem Wohnungsbau zurückgezogen haben. Deshalb muss man für die Privaten die Rahmenbedingungen erhalten.

(Abg. Hauk CDU: So ist es!)

Wir fordern gar keine zusätzlichen Subventionen oder steuerlichen Anreize. Wir fordern nur, dass die bestehenden Rahmenbedingungen nicht ständig verschlechtert werden; das ist der entscheidende Punkt. Sie haben das alles genannt: Abschreibungsmöglichkeiten verringern, die Reduzierung der Kappungsgrenze, die Neuregelung des Mietrechts, die zumindest ohne Not Streitpotenzial verursacht. Meine Damen und Herren, man könnte die Liste der verheerenden Veränderungen der Rahmenbedingungen weiterführen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Machen Sie es doch, bitte!)

Braucht man sich dann zu wundern, wenn private Investoren schlicht und einfach keine Lust mehr haben, zu bauen? Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Natürlich haben wir uns gefreut, dass der Bund eine richtige Entscheidung getroffen und für Verdichtungsräume zusätzliche Mittel bewilligt hat. Die haben wir alle abgerufen; das wurde vorhin gesagt. Wir haben, weil wir natürlich auch die Koalitionsvereinbarung kennen, gefordert, dass diese Mittel auch in die Förderung der Ein-Kind-Familie fließen. Wir haben gesagt, dass der Mietanteil in den Verdichtungsräumen mindestens die Hälfte betragen muss.

Nun zu Ihrer „soliden“ Forderung von zusätzlich 100 Millionen €: Wir treten an und wollen die Nettoneuverschuldung bis zum Jahr 2006 zurückführen. Sie wollen jetzt Darlehen verkaufen. Das würde für die kommenden Jahre laufend Einnahmeausfälle bedeuten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Unseriös!)

Das ist doch nichts anderes als eine verschleierte Kreditfinanzierung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Das ist völlig anders!)

Damit können Sie doch keine solide Politik betreiben, jedenfalls nicht, wenn es um Finanzen geht.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer finanziert denn Straßen aus Mitteln der Landeskreditbank?)

Das ist in höchstem Maße unsolide. Wenn Sie etwas privat so finanzieren würden, würden Sie sehr schnell Schiffbruch erleiden.

Dann möchte ich noch etwas zum Energiesektor sagen. Natürlich wollen auch wir die Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2010. Nur hat der Herr Wirtschaftsminister mit Recht ausgeführt, dass wir anders ansetzen. Wir setzen auf Forschung und Entwicklung und auf Demonstrationsvorhaben. Wir wollen Kompetenzzentren wie zum Beispiel das Zentrum für Brennstoffzellentechnologie, das gerade in Ulm eingerichtet wird.

Was wir nicht wollen und was für uns nachrangig ist, ist die Weiterleitung von Zuschüssen. Wir wollen dort einsparen und wollen begreiflicherweise keine Doppelförderung mit dem Bund. Wir wollen auch Mitnahmeeffekte für Dinge, die sich nach dem Stand der Technik einfach schon rechnen, vermeiden. Der Händler in meiner Stadt sagt mir: „Es ist mir völlig Wurscht, ob es für die Solarthermie noch einen Zuschuss gibt. Ich will nur endlich Klarheit. Gibt es einen oder nicht? Denn so lange müssen die Leute warten.“

(Abg. Walter GRÜNE: Es gibt doch Zuschüsse von der Bundesregierung, mehr als je zuvor!)

Das ist die Realität.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Hofer)

Ich möchte noch ein letztes Wort zum Thema Windkraft sagen; denn die Situation ist so schön bezeichnend. Wir wollen Vorrangflächen haben, auf denen Windkraft betrieben werden kann. Vorrangflächen sind solche Flächen, auf denen es tatsächlich Wind gibt; denn ein Windrad dreht sich nicht ohne Wind und nur mit Subventionen.

(Abg. Wieser CDU: Grundwahrheiten, Herr Kollege!)

Wir wollen aber nicht, dass Windräder dort gebaut werden, wo kein Wind ist.

(Unruhe – Heiterkeit – Abg. Schmiedel SPD: Ja, wer will denn da bauen, wo kein Wind ist? – Weitere Zurufe)

Ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, zig Anträge nennen.

(Zuruf von der SPD: Das können nur FDP-Leute machen!)

Ich kann das auch lokalisieren. In Winterbach gibt es zum Beispiel eine Windgeschwindigkeit von 3,5 Meter pro Sekunde. Da errichtet man ausschließlich wegen der Subventionen ein Windrad. Ein Markt, der sich nur auf Subventionen und Steuererleichterungen gründet, wird nie halten. Damit schaffen Sie der Windenergie auch keinen Vorteil.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Völlig falsch!)

Meine Damen und Herren, wenn die Subvention irgendwann einmal gekürzt wird, dann haben Sie die Ruinen in der Landschaft stehen

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

– natürlich! –, und sie werden sofort stillgelegt.

(Abg. Wieser CDU: Denkmalschutz!)

Das kann nicht der Sinn der Sache sein.

Einen Abschlusssatz: Wir sind mit dem Zahlenwerk in Betracht der Mittelknappheit im Wirtschaftshaushalt eigentlich recht zufrieden. Wir sind auch recht zufrieden damit, dass wir von der Fraktion der FDP/DVP – und Sie von der CDU natürlich auch – einiges mitgestalten konnten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

(Abg. Schmiedel SPD: Frag mal, wie man ein Windrad stilllegt! Das würde mich interessieren!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Hofer, das, was Sie eben dargelegt haben, muss ich jetzt im Rahmen meiner knappen Redezeit noch kurz korrigieren.

Wir haben bei der Windkraft einen Zuwachs, wie wir ihn uns anderweitig nur erträumen können: 60 % im letzten Jahr.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das habe ich doch gesagt! Stimmt!)

Es ist schlicht und einfach so: Sorgen Sie bei der Ausweisung von Vorrangflächen bitte mit Ihren Parteifreunden vor Ort dafür, dass das nicht zu einer Verhinderungsplanung verkommt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Machen wir!)

Wenn wirklich gute Standorte als Vorrangflächen ausgewiesen werden, kommen wir voran. Aber es war unser Antrag, in dem wir gefordert hatten, dass bei Vorrangflächen eine gewisse Mindestwindgeschwindigkeit vorausgesetzt wird. Das ist von Ihrer Seite abgelehnt worden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, nein!)

Wenn wir uns darauf einigen können, dass Vorrangflächen wirklich windhöflich sein müssen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Einig!)

dann können wir vorankommen. Dann bringt das auch Zukunft für die Windkraft hier im Land. Aber wenn Sie behaupten, dass das nur Subventionsmaschinen seien, muss ich das schlicht und einfach zurückweisen. Die Behauptung, dass später Ruinen von Windkraftanlagen die Landschaft verschandelten, ist absoluter Blödsinn. Selbst der Schrott einer Windkraftanlage ist mehr wert als das, was der Abbau kostet.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Dazu muss man es ja nicht aufbauen! – Abg. Seimetz CDU: Also brechen wir sie ab!)

Jeder wird im eigenen Interesse sagen: Dann bauen wir sie ab; die können wir auch anderswo verkaufen. Die Mär, dass wir die Landschaft mit stillgelegten Windkraftanlagen belasten würden, ist absolut daneben.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! Absolut daneben! – Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Seimetz CDU: Der Witzel macht Wind!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich weiß nicht, warum Sie da stöhnen. Ich nehme Ihren Kollegen, Herrn Gaßmann, ernst und gehe deswegen noch einmal ans Rednerpult.

(Abg. Seimetz CDU: Aber Entschuldigung, das ist in dem Fall unnötig!)

Er hat nämlich auch im Zusammenhang mit seinen Ausführungen verdient, dass dazu etwas gesagt wird.

Der Kollege Gaßmann ist unbestritten ein wackerer Kämpfer für die Mieter, aber Herr Kollege Gaßmann, es wäre schon fair gewesen, wenn Sie auf die sehr konkreten Fragen von Herrn Kollegen Birk und auch auf das, was Herr Hofer noch einmal unterstrichen hat, eingegangen wären.

(Abg. Gaßmann SPD: Es geht doch um das Landeswohnungsbauprogramm!)

(Minister Dr. Döring)

– Ja, das Landeswohnungsbauprogramm. Es geht aber um die Wohnraumversorgung in Baden-Württemberg insgesamt, und es ist nun einmal eindeutig so, dass genau derselbe Herr Schleicher, der heute auch mit Ausführungen gegen die Landesregierung zitiert worden ist mit der Behauptung, der Wohnungsbau sei am Ende und es gebe große Probleme in der Bauwirtschaft – das ist bedauerlicherweise unbestritten richtig, sodass wir auch alsbald mit ihm zusammensitzen werden –, genau die Ausführungen gemacht hat, die die Kollegen Birk und Hofer zitiert haben. Man kann sich eben nicht nur das aussuchen, was einem gerade hineinpasst, sondern muss in dem anderen Bereich, der angesprochen worden ist – verschlechterte Abschreibungsmöglichkeiten, gekappte Eigenheimzulage, ungünstiges Mietrecht –, in dem Sie ja vielleicht Anstöße geben können, damit etwas umgesetzt wird, auch dafür sorgen, dass dieser Bereich korrigiert wird, damit wir den privaten Investor wieder anreizen, im Wohnungsmarkt zu investieren. Das wäre auch Ihre Aufgabe, hier ein Stück unterstützend tätig zu werden.

Wir haben einen weiteren Bereich. Herr Kollege Gaßmann, es stimmt halt nicht mehr – Sie wissen das –, dass wir in Baden-Württemberg nur das an Geldern zur Verfügung stellen und komplementär finanzieren, was von Berlin kommt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nicht kommt!)

Sie kennen die Zahl genau. Wenn Sie sie nicht kennen, sage ich sie Ihnen noch einmal: Wir haben in diesem Jahr Bundesfinanzhilfen in Höhe von insgesamt 30,818 Millionen €, und Landesmittel sind es 38,278 Millionen €. Das, was von Berlin an Mitteln zur Verfügung gestellt wird, ist also deutlich überkompensiert.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch ein Nasenwasser!)

Wir haben weiter große Anstrengungen unternommen, trotz dieser Überkompensierung das Ballungsraumprogramm in vollem Umfang abzurufen. Ich bin mir sicher, dass wir damit einen großen Schritt dem Problem entgegengehen können, das wir in den letzten Wochen und Monaten auch gesehen haben, nämlich dass wir Engpässe im Ballungsraum und in Universitätsstädten haben. Aber das sollten Sie dann auch anerkennen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eben!)

Ich verstehe nicht, Herr Gaßmann – das finde ich auch unredlich –: Jetzt gehen Sie her – das muss man sich einmal vorstellen –, stellen sich im Landtag von Baden-Württemberg als Abgeordneter hin und sagen: Die jungen Mütter in Baden-Württemberg müssen ihre Kinder im Krankenhaus lassen, weil sie keine Wohnung bekommen. So etwas muss man sich einmal vorstellen.

(Abg. Gaßmann SPD: Das steht in der Zeitung!)

Mit Ängsten Politik zu machen ist verwerflich, Herr Kollege Gaßmann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Das steht in der Zeitung! Von der Diakonie!)

Das ist wirklich verwerflich, meine Damen und Herren. Wenn das in Einzelfällen so ist, ist es schlimm genug, und dann muss man sich darum kümmern, aber es so hinzustellen, als ob das die Situation der Wohnraumversorgung in Baden-Württemberg sei, halte ich für weit unter der Gürtellinie, Herr Kollege Gaßmann. Das müssen Sie sich anhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und Sie müssen einen weiteren Punkt mitnehmen – ich verstehe es nicht, obwohl es ja im Ausschuss schon diskutiert worden ist; Herr Schmiedel hat es vorgetragen, und Herr Gaßmann hat es noch einmal vorgetragen –: Diese Forderungsverkäufe aus Wohnungsbaudarlehen – unter Spöri geprüft und verworfen. Es geht nicht. Der Bundesrechnungshof hat uns – nicht uns, sondern damals Ihnen – auf die Finger geklopft. Sie stellen eine enorme Forderung im Zusammenhang mit der Wohnraumversorgung auf und bringen einen Finanzierungsvorschlag, der vom Bundesrechnungshof längst als nicht gangbar abgelehnt worden ist – in der großen Koalition geprüft und verworfen. Also kein Vorschlag, wie Sie Ihre massiven Forderungen decken wollen!

(Abg. Schmiedel SPD: Zweckgebunden!)

Deshalb können Sie das vergessen. Meine Damen und Herren, das ist kein seriöser Vorschlag.

(Zuruf von der SPD: Das ist falsch!)

Herr Kollege Dr. Witzel und die Grünen insgesamt haben noch eine Antwort verdient im Zusammenhang mit ihrem Vorschlag der Zusammenlegung im Atombereich, was die Aufsichtsfragen angeht. Herr Kollege Müller und ich haben uns dahin gehend verständigt, dass wir in den nächsten Tagen diesbezüglich eine Klärung vornehmen werden. Ich sage Ihnen vorweg – auch mit dem Kollegen Müller abgesprochen –, das ist ein sinnvoller Vorschlag, über den man sich ganz selbstverständlich, ohne irgendwelche Ressort-eifersüchteleien, unterhalten kann. Wir werden das im gemeinsamen Gespräch klären, und Sie werden auf diesen Vorschlag sehr bald eine konkrete Antwort von uns bekommen. Ich sichere Ihnen zu, dass diese Antwort – wie das bei uns immer der Fall ist – sehr vernünftig sein wird.

Ich möchte gerne noch auf einen weiteren Bereich eingehen, den ich angesprochen wissen möchte.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister Dr. Döring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Schmid SPD: Herr Minister, darf ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die Forderungsverkäufe der SPD so ausgestaltet sind, dass sie zweckgebunden wieder in den Wohnungsbau bzw. in die Altbauusanierung fließen und damit den gesetzlichen Bindungen Genüge tun?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Kollege Schmid, es ist so, dass die Prüfung bei uns ein anderes Ergebnis gebracht hat, nämlich das, das ich Ihnen vorgetragen habe. Und weil das so ist, ist es unserer Überzeugung nach ein unseriöser Finanzierungsvorschlag, der nicht gangbar ist und abgelehnt werden muss. Und deshalb bleibt dieser Finanzierungsvorschlag eine Luftnummer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist auch angesprochen worden, wir würden im Dienstleistungsbereich, Herr Kollege Schmiedel, zu wenig machen. Ich bin Herrn Abg. Birk und Herrn Abg. Hofer dankbar, dass sie darauf hingewiesen haben, dass wir im Dienstleistungsbereich in den vergangenen Jahren enorm viel vorangebracht haben. Wenn Sie sich den gesamten Tourismusbereich ansehen, dann sehen Sie, dass wir dort Anstrengungen hatten, die zu guten Ergebnissen geführt haben. Ich möchte Sie dringend auffordern, gerade den Dienstleistungsbereich, den Bereich der geringen Einkommen – die 630-€-Jobs – am kommenden Freitag im Bundesrat zu unterstützen, denn das wäre wirklich eine Initiative für den Dienstleistungsbereich. Verweigern Sie sich da bitte nicht, sondern helfen Sie auch von Berlin her für eine bessere Situation.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/657. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich jeweils bei den einzelnen Kapiteln aufrufen.

Ich rufe zunächst auf

Kapitel 0701

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/684-1, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/684-2, und die beiden Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 13/684-3 und 13/684-4.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen und danach über das Kapitel 0702.

Zunächst der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Wettbewerblich ausgestaltete Leitprojekte/Regionenwettbewerbe –, Drucksache 13/684-1. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Antrag der Fraktion der SPD – Finanzierung der Messen in Baden-Württemberg –, Druck-

sache 13/684-2, abstimmen. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt.

Sie kennen die Regeln der namentlichen Abstimmung. Ich brauche sie Ihnen nicht mehr zu erläutern.

Ich bitte Herrn Schriftführer Gustav-Adolf Haas, den Namensaufruf vorzunehmen. Er beginnt mit dem Buchstaben L.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit die Antworten verstanden werden können.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Das Ergebnis liegt vor.

An der Abstimmung haben sich 122 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 69 Abgeordnete;
enthalten haben sich 2 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag Drucksache 13/684-2 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebber, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haubmann, Junginger, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Ruth Weckenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Inge Gräble, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Schefold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosserschulte, Wieser, Winckler, Zimmermann.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

Kretschmann, Walter.

*

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse nunmehr über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – „Zukunftsprogramm Regenerative Energien 2010“ –, Drucksache 13/684-3, abstimmen. Hierzu ist ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin schon alles gehört.

(Schriftführer Abg. Gustav-Adolf Haas SPD be-
gibt sich zum Rednerpult.)

– Halt, Herr Kollege Haas, Sie dürfen hier bleiben.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben M. Ich bitte Frau Schriftführerin Gurr-Hirsch, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Namensaufruf – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Abstimmung wird geschlossen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt vor:

An der Abstimmung haben sich 122 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 69 Abgeordnete gestimmt.

Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 13/684-3 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebber, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Wickenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Schefold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosserschulte, Wieser, Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/684-4, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0702 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0703

Landesgewerbeamt

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0704

Denkmalpflege

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/684-5.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der SPD)

Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0704 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0705

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/684-6 bis 13/684-9.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/684-6 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Förderung preiswerter und familiengerechter Wohnungen –, Drucksache 13/684-7, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Modernisierung im Rahmen der Wohnbauförderung –, Drucksache 13/684-8, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ge-

(Stellv. Präsident Birzele)

genprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden zur Energieeinsparung –, Drucksache 13/684-9, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Herr Abg. Capezzuto, wir sind in der Abstimmung.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0705 – Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0706

Vermessungswesen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0709

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über Abschnitt II der Beschlussempfehlung, die gemeinsame Eingabe des Schwäbischen Heimatbundes und des Landesvereins Badische Heimat für erledigt zu erklären. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es wurde einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – abgeschlossen und den Tagesordnungspunkt 2 b beendet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:03 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2 c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/664

Berichterstatter für den Hochschul- und Forschungsbereich: Abg. Theurer

Berichterstatter für den Kunstbereich: Abg. Reichardt

Der Berichterstatter Herr Abg. Theurer ist nicht anwesend und wünscht daher das Wort nicht. Herr Abg. Reichardt

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch nicht da!)

wünscht das Wort ebenfalls nicht, da auch er nicht anwesend ist.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – eine Gesamtrededzeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. Hinzu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Rededzeitzuschlag.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Pfisterer das Wort.

Abg. Pfisterer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch ist erst eine kleine, aber feine Schar zu diesem Thema im Saal. Im Jahr des 50-jährigen Bestehens unseres Landes blicken wir auch auf 50 Jahre Haushaltsdebatten zurück. Aufgrund der damals im Forschungsbereich investierten Mittel sind wir heute in der glücklichen Lage, von den Zinsen und Zinseszinsen des Kapitals zu profitieren. Beweis dafür, dass sich die Investitionen in diesem Bereich gelohnt haben, ist die blühende Hochschul- und Forschungslandschaft in Baden-Württemberg, die bundesweit beispielgebend ist.

(Beifall des Abg. Hauk CDU – Abg. Hauk CDU zur CDU: Ich bitte um etwas mehr Motivation!)

Genau wie damals investieren wir heute im Einzelplan 14 wiederum Mittel in die Zukunft. Das belegt auch die Tatsache, dass fast 10 % des Landeshaushalts in Wissenschaft und Forschung investiert werden. Gleichzeitig zeigt sich wiederum, dass die Gelder, die im Laufe von 50 Jahren investiert worden sind, gut investiert wurden, denn unser Land ist im Vergleich zu anderen Ländern Spitze, auch verglichen mit Technologieführern wie Japan oder den USA.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit einem Forschungsanteil von 3,9 % liegt Baden-Württemberg weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 2,3 %, und es liegt auch in Europa weit vor Frankreich oder Großbritannien.

Auch in diesem Haushaltsplanentwurf wurden im Forschungsbereich wiederum Schwerpunkte gesetzt. Bestes Beispiel dafür ist das DFG-Forschungszentrum in Karlsruhe, das Zentrum für Nanostruktur, woran sich das Land mit 1,5 Millionen € beteiligt. Die gesamte Forschungslandschaft aufzuzählen würde im Hinblick auf die Rededzeit zu lange dauern, aber einige Beispiele darf ich doch nennen.

Wir werden unter anderem Schwerpunkte in der Finanzreform setzen und diesen Bereich fortführen wie bisher. Da-

(Pfisterer)

bei schöpfen wir unsere Gestaltungsfreiheit voll aus, soweit es dem Land möglich ist. Dabei lassen wir uns von den Grundsätzen der dezentralen Finanzverwaltung, der Budgetierung, der leistungsorientierten Mittelverteilung und vor allem der Planungssicherheit im Hochschulbereich leiten. Um unser Ziel, zukunfts- und wettbewerbsfähige Hochschulen, zu erreichen, haben wir den Solidarpakt mit den Universitäten fortgesetzt und damit auch gewährleistet, dass die Hochschulen und Hochschuleinrichtungen Planungssicherheit haben. Die gesamten Vorteile des Solidarpakts werden sich in den nächsten Jahren richtig entfalten können.

Wir werden aber auch Schwerpunkte bei der leistungsorientierten Mittelverteilung im Universitätsbereich setzen. Wir werden auch dort die Instrumente der Zielvereinbarung neu einführen, um dort sowohl entsprechende Spielräume als auch Kontrollmöglichkeiten zu gewährleisten. Wir haben aber auch festgelegt, dass sich die Universitäten auch durch Innovationsfreude profilieren können.

Das heißt aber auch, dass der Landtag damit logischerweise weniger Lenkungs- und Kontrollmöglichkeiten hat. Aber wir wissen auch, dass durch die neuen Steuerungselemente mehr Controlling gegeben ist und daher die Chance besteht, die Mittel, die bisher kameralistisch verteilt waren, besser zu kontrollieren.

Die Eckpunkte unserer Hochschullandschaft sind aber auch die Fachhochschulen und die Berufsakademien. Beide bauen wir konsequent aus, sowohl die Personalstellen als auch die räumlichen Möglichkeiten. So bekommen die Berufsakademien rund 100 neue Stellen durch Umschichtungen in den Haushaltsjahren 2002 und 2003. Ein Bauprogramm in Höhe von 51 Millionen € aus der Zukunftsoffensive III wird dies entsprechend finanzieren.

Wir haben aber auch die Lehrauftragsvergütungen in den Berufsakademien erhöht. Dies wurde angekündigt und auch entsprechend zugesagt. Neben den Berufsakademien erhalten aber auch die Fachhochschulen durch Umschichtungen rund 150 neue Stellen und ein Bauprogramm mit 96 Millionen €.

Wie Sie wissen, ist die Dienstrechtsreform momentan im Bund beschlossen worden, aber leider nicht so, wie es Baden-Württemberg vorgeschlagen hatte. Dies wäre weit besser gewesen und hätte uns viel mehr gebracht.

Leider gehört zum Haushalten nicht nur die Verteilung von Wohltaten, sondern auch das Sparen. Finanzpolitik ist der hartnäckige Versuch, aus einer Literflasche zwei Liter auszuschenken. Dies sagte einst einmal Manfred Rommel. Als Realisten, die wir sind, haben wir diesen Versuch nicht unternommen. Das überlassen wir der Opposition. Deshalb ist auch der Einzelplan 14 nicht von Sparauflagen ausgenommen worden. So wurden für das laufende Jahr Sparmaßnahmen in Höhe von 48,4 Millionen € und für 2003 von 55,3 Millionen € beschlossen. Betroffen waren dabei der Wissenschafts- wie der Kunstbereich. Dass hierbei auch entsprechende Enttäuschungen aufgetreten sind, ist aber bei unserem Ziel, die Neuverschuldung zu senken, durchaus vertretbar.

Bei der von der Bundesregierung verschuldeten wirtschaftlichen Fehlentwicklung in Deutschland – Stichwort: Kanzler der ruhigen Hand – ist auch Baden-Württemberg vom Bereich der Steuermindereinnahmen betroffen. Wir müssen deshalb entsprechend kreativ nachdenken.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie provozieren jetzt natürlich Zwischenrufe!)

– Die Wahrheit muss man sagen. Die müssen Sie auch ertragen, Herr Palmer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Rote Laterne seit 1994! Sagen Sie dazu etwas!)

– Die rote Laterne in Europa haben wir – richtig –, seitdem Sie regieren. Das ist bekannt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Seit 1994 haben wir sie! Sie glauben sogar das Geschwätz von Ihren Chefs!)

Das hat mit dem 11. September garantiert nichts zu tun. Ablenkungsversuche nützen nichts. Nehmen Sie zur Kenntnis: Sie haben abgewirtschaftet.

(Beifall bei der CDU)

Die Wahrheit muss gesagt werden. Deshalb war Ihr Zwischenruf auch sehr gut.

Die Drittmiteleinwerbung durch die Hochschulen konnte in den letzten Jahren beständig gesteigert werden, auch wenn die Bundesmittel stagnieren. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Dies ist aber insgesamt ein ermutigendes Zeichen für uns, und die Wirtschaft schätzt aus diesem Grund die Hochschulen als Gewinn bringende Partner.

Aber auch die Studiengebühren für Langzeitstudenten, die in Baden-Württemberg seit einiger Zeit gezahlt werden müssen, haben einen Anteil zu den Sparmaßnahmen beigetragen, zwar wohl einen kleinen, aber doch wichtigen Beitrag. Auch wenn Sie damals gesagt haben, dass uns dies entsprechende Probleme bereiten werde, war dies doch nicht der Fall. Im Gegenteil, die Studienanfängerzahlen in Baden-Württemberg sind eher noch gestiegen,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Bundesweit!)

und die SPD-regierten Länder kopieren unser Modell. Dies zeigt, dass wir richtig liegen.

Meine Damen und Herren, wir haben einen guten, ausgewogenen und zukunftsweisenden Wissenschaftshaushalt vor uns liegen. Den Bereich der Kunst wird mein Kollege Vetter anschließend noch bearbeiten. Ich möchte aber heute hier ausdrücklich Minister Frankenberg, Staatssekretär Sieber und dem ganzen Fachministerium für ihre Arbeit danken, die sie geleistet haben. Ich möchte dies hier noch einmal erwähnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass wir auch nach weiteren 50 Jahren zum 100-Jahr-Jubiläum gesagt bekommen, dass die Zinsen und Zinseszinsen, die wir

(Pfisterer)

heute als Grundlage des Haushalts gelegt haben, Baden-Württemberg geholfen haben, weiterhin eine blühende Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte meine Rede mit dem Dank an die rund 15 000 Beschäftigten an den Hochschulen beginnen, deren Engagement, hohe Qualifikation, Einfallsreichtum und Wissenschaftsliebe die große Anerkennung begründen, die unsere Hochschulen im nationalen und internationalen Vergleich genießen. Ich möchte den Dank an die Studierenden aussprechen, die diese Angebote konstruktiv aufnehmen und an unseren Hochschulen zu einem kooperativen Klima beitragen. Dass wir bei der Zunahme der Zahl der Studierenden im Ländervergleich nur an achter Stelle liegen und dass wir mit 13 % Anteil Studierender aus anderen Bundesländern in den alten Bundesländern an letzter Stelle liegen, stellt uns nicht zufrieden und steht im Widerspruch zum guten Ruf unserer Hochschulen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist umgekehrt auch ein Vorteil!)

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wissenschaftsministeriums sowie dem Minister für die bisherige sachliche Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Positionen, und wir hoffen, dass das so bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der dritte Haushalt, in dem die Auswirkungen der Globalhaushalte der Hochschulen sowie des Solidarpakts zu spüren sind. Von Mal zu Mal wird deutlicher, dass die Handlungsmöglichkeiten des Parlaments enger werden. Der Einzelplan ist zwar immer noch über 1 000 Seiten dick, aber was wir bewegen können, verläuft in engen Grenzen. Verstärkt wird dies noch durch die gesetzlich verbrieft Autonomie der Hochschulen, die zu respektieren und auszubauen ist. Die Praxis des Ministeriums ist aber eine andere. Das ist ein aus den Hochschulen viel gehörtes Klagelied. Wenn trotz Verlagerungen von Kompetenzen und Aufgaben in acht Jahren nur zehn Beamten- und elf Angestelltenstellen – das sind gerade mal 4 % – gestrichen werden, kann das gar nicht anders sein. Wer im Ministerium einen Schreibtisch hat, der will arbeiten.

(Abg. Dr. Klunzinger CDU: Hoffentlich!)

– Hoffentlich! Genau, Herr Klunzinger. Und er tut es auch! Und entsprechende Auswirkungen hat das dann auf die Autonomie der Hochschulen.

Richtigerweise hatte daher die FDP/DVP-Fraktion auf ihrer Klausurtagung Anfang Januar beschlossen, 35 Stellen im Ministerium mit einem k.w.-Vermerk zu versehen. Bei der Umsetzung dieses Beschlusses zerplatzte dieser allerdings wie eine Seifenblase.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Abwarten!)

Davon blieb ein winziges Tröpfchen übrig, ein Entschließungsantrag, der dem Minister das optimale Format für die Begründung aller Stellen liefert, für heute und in Ewigkeit.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie haben ihn nicht abgelehnt, Frau Kollegin!)

Nicht einmal unserem Antrag auf insgesamt 16 Stellen – eine moderate, mit der Dynamik eines Ministeriums verträgliche Kürzung – konnte man mehr zustimmen. Und dass der Minister die Notwendigkeit all seiner Stellen aufgrund Ihres Antrags begründen wird, das hat er in einem ersten Beispiel schon in der Finanzausschusssitzung mit Bravour gezeigt. Gratulation, Herr Minister!

Ein paar Bemerkungen zum Thema Haushaltsklarheit und -wahrheit:

Erstens: Langzeitstudiengebühren. Seit es sie gibt, werden sie in die Haushaltspläne nicht eingestellt, obwohl die Größenordnung inzwischen bekannt ist. Wer bei den Istzahlen der Vorjahre Einnahmen mit Ausgaben vergleicht, der stellt fest, dass offensichtlich einiges davon in den allgemeinen Haushalt fließt: 1999 mehr als die Hälfte, 2000 ein Drittel und – so war im Ausschuss zu hören – 2001 nur 7,5 von 9 Millionen €. Die Gebühren sollten eigentlich – so war die Zusage – zur Verbesserung der Lehre direkt in die Hochschulen fließen. Das sollten sich alle merken, die glauben, nach der Einführung allgemeiner Studiengebühren würden sie von den Finanzministern weiterhin ihr Geld kriegen – und das von den Studierenden noch obendrauf. Da kann ich nur sagen: Auf den großen Appetit von Finanzministern ist Verlass.

Zweites Thema: Mittel der Landesstiftung und der Zukunftsoffensive. Es gibt keine Maßnahme, soweit sie in diesem Haushalt etatisiert ist, die unsere Zustimmung nicht findet, keine, die nicht geboten wäre, aber auch keine, die neu wäre oder nicht zu den ureigensten Aufgaben des Landeshaushalts gehörte. Die Informatikstudiengänge hatte das Kabinett schon Mitte 2000 beschlossen und standortgenau medienwirksam verkauft. Da gab es das Geld noch gar nicht. Parallelkurse sind das – was der Name schon sagt –, und der Bibliotheksausbau kann wohl kaum als freiwillige Aufgabe bezeichnet werden, wenngleich einem nach der Zeitungslektüre der letzten Tage schon Zweifel kommen können. Aber da die Landesregierung zur Finanzierung der 24-Stunden-Bibliothek in Karlsruhe auf gesetzlich geregelte Bundesmittel zurückgreift, straft sie sich ob ihrer Freiwilligkeit selbst Lügen. Übrigens kommt dieses Geld aus dem ordentlichen Bundeswissenschaftshaushalt, der in den letzten drei Jahren um 15,5 % gestiegen und zum umfangreichsten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geworden ist, während unser regulärer Wissenschaftshaushalt gerade mal wieder das Niveau von 1999 erreicht.

(Zuruf von der CDU: Wollen wir sparen oder nicht?)

Zum Dritten: Probleme gibt es auch aufgrund einer eher erfreulichen Entwicklung. Dem eigenen Drang und dem Willen der Politik folgend, haben die Hochschulen ihre Angebote internationalisiert. Jetzt kommen junge Leute aus dem

(Carla Bregenzer)

Ausland und finden bei uns keine Wohnung. Das ist doch kein Zustand, da muss doch etwas passieren. Die Hochschulen geraten an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, denn ausländische Studierende brauchen Betreuung, Unterstützung, spezielle Angebote und vor allem Wohnraum, denn das ist die erste Studienvoraussetzung. Wir können sie doch nicht einladen und dann wieder nach Hause schicken. Zu Beginn des letzten Semesters ist dies mehrfach geschehen. Die Studentenwerke haben nicht nur Probleme, diese jungen Menschen unterzubringen. Sie haben auch einen gewaltigen Wohnungssanierungsberg vor sich.

Auf all dies gibt dieser Haushalt keine Antwort. Deshalb stellen wir Anträge zum Einstieg in Tutoren- und Betreuungsprogramme sowie für die Studentenwerke zur Sanierung der Wohnungen.

Glücklicherweise ist der Minister über seinen ursprünglichen Lösungsvorschlag der Mehrfachbelegungen von Zimmern hinausgekommen. Jetzt warten wir auf die Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe. Da die Problematik drängt, hätten wir schon erwartet, dass wenigstens die Mifri eine Hausnummer dazu enthält. Dazu erwarten wir Ansätze im Nachtragshaushalt, ebenso zu der Notwendigkeit, die Pädagogischen Hochschulen unseres Landes für die notwendigerweise dringend erforderliche Zunahme von Studierendenzahlen fit zu machen. Wie sonst soll, Herr Wissenschaftsminister, Ihre Kollegin, die Kultusministerin, ihre Hausaufgaben machen können, für die in den nächsten Jahrzehnten ausscheidenden Lehrkräfte genügend Ersatz zur Verfügung zu stellen?

Zum Schluss komme ich noch einmal auf die FDP/DVP und ihre geplatze Stellenstreichungsseifenblase zurück. Herr Pfister, Sie verstärken damit eine Entwicklung, die Ihnen als vom Volk Gewählter, für Hochschulpolitik Verantwortlicher und Liberaler kaum recht sein kann. Die Ministerialbürokratie verstärkt ihren Einfluss auf die Hochschulen. Die Regierung beglückt diese mit Sonderprogrammen, deren Zukunft oft ungewiss ist. Auch die Bibliotheksmisere hat darin ihre Begründung. All die Sonderprogramme, an denen sich die Universitäten mit Eigenbeiträgen beteiligen müssen, reduzieren die autonomen Entscheidungen der Gremien auf den Ausweg Bibliotheken, die dann ausgetrocknet werden. Das Parlament nickt im Wesentlichen ab. Dafür sind wir nicht gewählt worden.

Verantwortung tragen wir Parlamentarier für die Grundfrage, wie unsere Hochschullandschaft in der Zukunft aussehen soll, was wo in welchem Umfang auf- und ausgebaut werden soll und wohin es sich entwickeln soll, damit auch die künftigen Studierwilligen freie Studien- und Berufswahl sowie gute Chancen haben. Die Hochschulen machen mit ihren Struktur- und Entwicklungsplänen im Moment die notwendigen Hausaufgaben. Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass sich damit nur das Ministerium beschäftigt, zustimmt oder ablehnt und wir von ferne zuschauen. Es wird unsere Aufgabe sein, in den nächsten Monaten hier im Parlament mitzuwirken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Opposition, Frau Kollegin Bregenzer, wird nicht widersprechen können, wenn ich sage: Baden-Württemberg ist das hochschulreichste Land in der Bundesrepublik. Sie wird nicht widersprechen können, wenn ich sage: Baden-Württemberg hat mit die besten Hochschulen in der Republik. Und sie wird nicht widersprechen können, wenn ich sage: Baden-Württemberg ist das reformfreudigste Bundesland. Das Zentrum für Hochschulentwicklung spricht davon, dass wir das liberalste Hochschulgesetz in der Republik haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das alles sind Messlatten dafür, dass wir diesen Kurs im Haushalt 2002/03 fortsetzen wollen. Wir werden dies dadurch tun, dass der Anteil der Wissenschaftsausgaben und der Forschungsausgaben am Gesamthaushalt mit diesem Einzelplan steigen wird. Das wird dadurch deutlich, dass die Mittel für die zentrale Forschungsförderung – dazu gehören das Forschungsschwerpunktprogramm und der Forschungspool – zum ersten Mal seit 1993 wieder steigen werden, und zwar in einer Größenordnung von etwa 3,8 Millionen €, also ganz beachtlich. Aber das ist auch notwendig, weil wir ja den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg insgesamt stärken wollen und stärken müssen.

Meine Damen und Herren, all denjenigen, die mit der Bildungspolitik nicht so viel am Hut haben, aber mehr mit der Wirtschaftspolitik, möchte ich sagen: Gerade auch ein Wirtschaftspolitiker muss dieser Stärkung des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg zustimmen, weil allein rund 30 % der in den letzten Jahren in Baden-Württemberg neu entstandenen Arbeitsplätze direkt oder indirekt aus Forschungsvorhaben und Forschungsprogrammen und in der Folge von Investitionen in Arbeitsplätze im Hochtechnologiebereich entstanden sind. Deshalb bleibt es dabei: Wissenschaft und Bildung sind nicht nur Werte an sich, sondern Wissenschaft und Bildung sind die soziale Frage des 21. Jahrhunderts, an der sich letzten Endes auch entscheidet, ob dieses Land Baden-Württemberg in der Zukunft Chancen hat, vorne sein wird und moderne Arbeitsplätze schaffen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Wenn ich Ihnen die Zahlen vortrage, wiederhole ich gebetsmühlenhaft, dass all die Steigerungen und all die Millionenbeträge nicht möglich gewesen wären, hätten wir nicht die Zukunftsoffensive III und nicht auch eine Landesstiftung auf den Weg gebracht. 35 % aller Mittel aus der Landesstiftung werden exklusiv für Forschungsförderung und für die Schlüsseltechnologien zur Verfügung gestellt. Erst in den letzten Wochen konnten Sie zur Kenntnis nehmen, dass rund 240 Millionen € für den Ausbau der Universitäten im Bereich der Bioforschung bzw. für Erweiterungen von Fachhochschulen und Berufsakademien zur Verfügung gestellt worden sind; der Kollege Pfisterer hat darauf zu Recht hingewiesen.

Aber in der Wissenschafts- und Forschungspolitik geht es nicht nur um Quantitäten; es geht auch um Qualitäten. Es

(Pfister)

geht darum, dass die inhaltliche Reformpolitik der vergangenen Jahre auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden muss. Was gehört dazu?

Zum Ersten gehört dazu, dass der Wettbewerb zwischen den Hochschulen gestärkt werden muss. Wo, meine Damen und Herren, steht eigentlich geschrieben, dass sich dann, wenn fast alle Bereiche unseres öffentlichen Lebens einer Wettbewerbssituation ausgesetzt sind, die Bildungssysteme einem solchen Wettbewerb nicht stellen sollen?

Wir alle wissen, dass mehr Wettbewerb in aller Regel auch mehr Qualität und mehr Leistung bedeutet. Deshalb haben wir bereits eine Evaluationsagentur in Mannheim auf den Weg gebracht, die auch die Aufgabe hat, nicht im stillen Kämmerlein, sondern auch nach außen für jeden erkennbar deutlich zu machen, welche Hochschule besonders gut ist, welche nicht so gut ist und welche vielleicht nur befriedigend ist. Dem entspricht ja auch die Gestaltung unserer Haushalte, die zunehmend durch eine leistungsorientierte Mittelzuweisung geprägt werden.

Es gibt also für eine Universität oder Hochschule nicht einfach global und pauschal einen bestimmten Betrag nach Kopfzahl, sondern dann, wenn es eine Hochschule schafft, in besonderer Weise Frauenförderung zu betreiben oder die Studenten innerhalb der Regelstudienzeit zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss zu bringen, wird diese Hochschule nach dem Prinzip der materiellen Interessiertheit besser ausgestattet. Ich halte das für den richtigen Weg, um den Wettbewerb zu fördern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, steht selbstverständlich die Forderung – in der Zwischenzeit ist sie ja auch in der Koalitionsvereinbarung enthalten – nach Abschaffung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen. Sie kennen dieses überbürokratische Monstrum, das jetzt endgültig abgeschafft werden muss und auch abgeschafft werden wird.

Wenn wir dadurch ein weiteres Wettbewerbselement erhalten haben werden, ist meines Erachtens auch die Zeit reif für die generelle Einführung von Studiengebühren. Ich will zunächst, dass in dem Hochschulrahmengesetz von Frau Bulmahn eine Studiengebühr nicht verboten wird.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Das will ich ausdrücklich nicht; ich lasse mir da nichts vorschreiben.

Ich will zum anderen, dass eine Studiengebühr eingeführt wird, die von vornherein auch nicht annäherungsweise in dem Verdacht steht, einen sozialen Numerus clausus darzustellen.

(Abg. Zeller SPD: Soziale Auslese! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie wollen Sie das denn machen? Wie machen Sie das? – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Da müssen Sie sich aber etwas einfallen lassen!)

Ich möchte auch, dass die künftige Studiengebühr die Langzeitstudiengebühr, die wir im Augenblick haben, ersetzt,

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

und ich möchte selbstverständlich, Frau Bregenzer, dass zumindest Teile der neu zu erhebenden Studiengebühr wirklich bei den Hochschulen ankommen, um auf diese Weise eine Qualitätsverbesserung unserer Hochschulen zu erreichen.

Deshalb ist unser Vorschlag – ich bringe ihn zum wiederholten Mal vor –, eine Studiengebühr im Sinn einer nachlaufenden Studiengebühr einzuführen, das heißt einer Studiengebühr, die nicht während des Studiums, sondern wegen des „sozialen Numerus clausus“ erst dann entrichtet werden muss, wenn ein entsprechendes Einkommen vorhanden ist.

Internationalisierung der Wissenschaften, neue konsekutive Studiengänge – Stichwort Master-Ausbildung, Stichwort Bachelor-Ausbildung –: Meine Damen und Herren, in der Zwischenzeit gibt es bei jedem fünften Studiengang in Baden-Württemberg die Möglichkeit, ihn entweder mit dem Bachelor- oder mit dem Master-Grad abzuschließen. Das ist eine beachtliche Entwicklung, die kein anderes Bundesland vorweisen kann. Auf diese Weise ist also ein wichtiger Beitrag auch zur Internationalisierung gegeben.

Globalhaushalte sind angesprochen worden. Dabei bleibt es. Das haben wir alle gemeinsam gewollt. Wenn Sie sich die Haushalte ansehen, werden Sie feststellen, dass die Vielzahl der Titelgruppen – früher waren das sehr viele – systematisch zurückgegangen ist. Viele Bereiche werden also nicht mehr direkt vom Ministerium verwaltet. Das heißt, Autonomie, Wettbewerb und Leistung sind der – ich sage jetzt nicht: der rote – gelbe Faden,

(Abg. Stickelberger SPD: Stimmt schon!)

der in dieser Hochschulpolitik steckt. Liebe Frau Kollegin Bregenzer, natürlich haben Sie Recht: Wer Ja sagt zur Autonomie,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

wer Ja sagt zur Aufgabendelegation von oben nach unten,

(Abg. Wichmann SPD: Grauschleier!)

der muss konsequenterweise auch feststellen: Das muss sich ja irgendwo auswirken.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Genau! – Abg. Rivoir SPD: Jawohl!)

Das muss sich beim Ministerium ja auch in irgendeiner Form in Stellen auswirken.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Insofern ist dieser Gedanke nach wie vor richtig, einmal ganz abgesehen davon, dass das Wissenschaftsministerium in den letzten Jahren und bis zum Ende des Vollzugs dieses Haushalts immerhin 36,5 Stellen abgeschafft hat bzw. in den nächsten zwei Jahren noch abschaffen wird.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Stimmt nicht!)

(Pfister)

Abgesehen davon muss man schon zur Kenntnis nehmen: Es gibt einen Aufgabenabbau auf der einen Seite, aber natürlich auch neue Aufgaben des Ministeriums, die man realistischerweise sehen muss. Dazu zählen etwa Hochschulräte, Aufsichtsräte, neue Steuerungsinstrumente, strategische Planungen und vor allem auch die Umsetzung der Dienstrechtsreform, meine Damen und Herren. Der Bundesrat hat jetzt auch für uns grünes Licht für eine leistungsgerechtere Professorenbesoldung gegeben. Das begrüßen wir im Grundsatz. Allerdings sehe ich ganz große Schwierigkeiten in der Umsetzung. Das hängt zum Beispiel damit zusammen, dass diese Umsetzung fast kostenneutral gemacht werden muss.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Länder haben ja jetzt Freiheit gekriegt!)

Ich habe bewusst gesagt: „fast kostenneutral gemacht werden muss“. Ich möchte an dieser Stelle wirklich nur darum bitten, Herr Minister, meine Damen und Herren, dafür zu sorgen, dass nicht die Fachhochschulen die Verlierer einer solchen Dienstrechtsreform sind.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die Fachhochschulen stehen in besonderer Weise in Gefahr, die Verlierer zu sein, denn sie haben aufgrund ihres relativ kleinen Etats wenig Möglichkeiten zur Umschichtung. Die Fachhochschulprofessoren sind diejenigen, die einmal in der Besoldungsgruppe C 2 begonnen haben und eigentlich einen Anspruch hatten, nach C 3 zu kommen. Dies alles wird jetzt zu einem großen Teil wegfallen. Deshalb habe ich die herzliche Bitte: Wenn wir eine solche Reform machen, dann muss zwischen W 2, der neuen Besoldung, und W 3 ein Überlappungsbereich vorhanden sein. Ich will es so formulieren: Am Ende der Umsetzung dieser Dienstrechtsreform muss ein Fachhochschulprofessor auch so viel verdienen können wie ein Universitätsprofessor, meine Damen und Herren.

Deshalb, Frau Kollegin Bregenzer, werden wir jetzt in Ruhe abwarten, welcher Saldo da herauskommt. Wir als Parlament sind Herr des Verfahrens, aber die Zahlen und die Aufgaben, die jetzt festgestellt werden, werden wir uns natürlich schon genau anschauen.

Ich bin froh, dass wir durch den Solidarpakt Planungssicherheit geschaffen haben. Davon profitieren alle: das Land und auch das Ministerium, aber auch die Hochschulen. Dies gilt übrigens nicht nur für die Universitäten, sondern wir haben diesen Solidarpakt ausdrücklich auch für die Fachhochschulen und für die Pädagogischen Hochschulen eingeführt. Der Solidarpakt ist etwas, worum wir eigentlich in der ganzen Republik beneidet werden. Ich empfehle dringend, an diesem Instrument, an diesem Stabilitätsfaktor Solidarpakt auch in der Zukunft festzuhalten.

Meine Damen und Herren, in der Kunstpolitik – ich werde mich dann nachher in der zweiten Runde nicht mehr zu Wort melden –

(Abg. Bebbler SPD: Das ist ein positives Zeichen!)

bleibt es dabei, dass wir trotz Konsolidierung nach wie vor eine große Vielfalt und ein hohes Niveau in der Kunst- und Kulturszene haben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Abg. Pfister FDP/DVP: Sie können mich bitten. Ob ich das tue, weiß ich noch nicht.

(Heiterkeit – Unruhe – Abg. Rivoir SPD: Jetzt haben Sie aber einen gelben Kopf gekriegt!)

Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Birzele: Was hat er gesagt?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: „Ob ich es tue, weiß ich nicht“!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich darf also abschließend darauf hinweisen, dass auch in der Kunstszenen alles getan worden ist, um nicht nur die Flaggschiffe der baden-württembergischen Kunstpolitik, die großen Staatstheater, sondern auch die Landestheater und die kommunalen Theater, die soziokulturellen Zentren in eine vernünftige Finanzierung zu bringen. Dies ist gelungen, und deshalb kann ich zusammenfassend sagen: Es bleibt dabei: Baden-Württemberg ist ein Spitzenland, was Wissenschaft, Forschung, auch Kultur und Kunst angeht. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Haushalt dafür auch in der Zukunft eine gute Grundlage ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reichardt CDU: Er untermauert das!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Abgeordnete, die zum ersten Mal an der Beratung eines Landeshaushalts beteiligt ist, hat mich der Einzelplan 14, dieser besonders dicke Wälzer voller Zahlen, durchaus beeindruckt. Das kann ich ruhig zugeben. Gerade weil mein Blick auf ein solches Zahlenwerk vielleicht noch nicht so routiniert ist wie bei manchem anderen Kollegen, der schon viele Jahre hier im Landtag verbringt, drängt sich mir bei einem solchen Werk die Frage auf: Was sagen diese Haushaltszahlen eigentlich über die Hochschulpolitik dieses Landes? Was sagen die Zahlen über die Ziele, die die Landesregierung im Bereich Wissenschaft und Forschung verfolgt? Was ist aus diesem Haushalt über die Richtung zu erkennen, in die die baden-württembergische Hochschul- und Forschungspolitik gesteuert werden soll?

Ich bin bei meiner Analyse zu der Überzeugung gelangt, dass die vielen Zahlen samt Erläuterungen viel zu wenig aussagen, viel zu wenig Substantielles sagen über die tatsächliche Lage der Hochschulen und über die angestrebte weitere Entwicklung. Das liegt nicht etwa an einem ungeübten Blick, sondern das liegt daran, dass de facto Transpa-

(Theresia Bauer)

renz fehlt. Das Parlament tappt in diesem Bereich derzeit sozusagen im Dunkeln.

Dabei kann man im Haushaltsplan durchaus sehr interessante Details erfahren, zum Beispiel dass Mitarbeiter der Molkereiversuchsanstalt an der Universität Hohenheim täglich einen halben Liter Milch und wöchentlich ein halbes Pfund Butter erhalten.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Was?)

– Das ist im Haushaltsplan zu lesen. Ich habe das bei meinem Studium des Plans erfahren. Aber über die Situation der Universität Hohenheim und über die Lage insgesamt – –

(Unruhe)

Wussten Sie das nicht? Dann haben Sie ihn wohl nicht richtig gelesen.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Stickelberger SPD: Die Jungen lesen noch!)

Ich habe den Haushalt studiert.

(Abg. Pfisterer CDU: Muss die Frau Zeit haben!)

Über die Lage der Hochschule, über die Schwerpunkte dieser Hochschule, über die Verwendung der Mittel und ob diese Mittel ausreichen, darüber war allerdings nichts zu lesen.

Sicher gibt es zum Teil durchaus plausible Gründe dafür. Es ist unbestritten: Wir befinden uns hochschulpolitisch in einer tief greifenden Umbruchphase infolge der Umsetzung der Hochschulnovelle, mit der den Hochschulen mehr Gestaltungsfreiheit und Verantwortung übertragen wird. Schlüsselinstrument dazu war die Einführung der Globalhaushalte. Übrigens war das zu Zeiten, als die Regierungsfraktion wenigstens noch gelegentlich Anträgen der Opposition zugestimmt hat

(Abg. Pfisterer CDU: Es kamen ja fast keine!)

und nicht nur alles abgenickt hat, was von der Regierung kam.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir nicken gar nichts ab!)

Der im Finanzausschuss damals beschlossene Antrag zu Globalhaushalten kam von den Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Pfisterer CDU: Nicht unbedingt ein Qualitätsnachweis!)

– Aber es war ein Qualitätsnachweis für Ihre Fraktion, die damals noch in der Lage war, über die Koalitions- und Fraktionsdisziplin hinaus selbstständig zu denken.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Frau Kollegin, ich war das!)

Globalhaushalte geben den Hochschulen mehr finanzielle Kompetenzen, über die Verwendung ihrer Mittel zu ent-

scheiden, zu planen und eigene Schwerpunkte zu setzen. Dazu gehört – das ist auch schon von einigen Seiten gesagt worden – die Ablösung der Kameralistik durch eine kaufmännische Buchführung, zum Beispiel die Befreiung von der Auflage, zum Jahresende aufgelaufene Ausgabereste auszugeben, was zum bekannten „Dezemberfieber“ geführt hat. Neue Steuerungsinstrumente sind dazugekommen und werden Stück für Stück umgesetzt: die leistungsorientierte Mittelvergabe, die Kosten- und Leistungsrechnung und ein Controlling.

Wir Grünen unterstützen diesen Prozess und werden ihn auch weiterhin unterstützen, weil wir die Autonomie und die Freiräume der Hochschulen stärken wollen und ihnen eine entsprechende Verantwortung übertragen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Wichtig ist mir aber auch, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu betonen und auf die Frage hinzuweisen: Wer steuert eigentlich mit den neuen Steuerungsinstrumenten? Das Parlament ist es sicher nicht. Und: Funktionieren die neuen Steuerungsinstrumente? Das Parlament weiß es jedenfalls nicht. Dabei geht es letztlich um die Frage nach der Transparenz und die Frage nach der Wahrnehmung von Verantwortung. Dazu gehören sowohl die Transparenz und die Verantwortung innerhalb der Hochschulen selbst als auch Transparenz und Verantwortung aufseiten des Landes.

Der Staat zieht sich derzeit aus der Detailsteuerung zurück, und das ist gut so. Wir müssen im Stuttgarter Landtag nicht – und wir können es auch nicht, wenn wir ehrlich sind – über eine bestimmte Funktionsstelle an der Universität Konstanz entscheiden. Aber die Politik bleibt verantwortlich für die Höhe der finanziellen Ausstattung der Hochschulen, und sie bleibt verantwortlich dafür, Ziele zu formulieren, entsprechend zu steuern und zu kontrollieren. Deshalb schlägt jetzt im Zuge der Reform der Hochschulhaushalte die Stunde des Parlaments. Genau hier fehlt es bislang an Verfahren und Informationen, damit das Parlament seine Haushaltsverantwortung und Steuerungsfunktion überhaupt wahrnehmen kann.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen den Ausbau der Organisationsautonomie der Hochschulen. Wir wollen, dass das Ministerium ein entsprechendes neues Selbstverständnis entwickelt. Wir wollen aber auch, dass das Parlament ein neues Rollenverständnis entwickelt und seiner Verantwortung auch künftig nachkommen kann.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir werden deshalb Vorschläge machen, wie ein Berichtswesen aussehen kann, etwa ob und, wenn ja, in welcher Form Wirtschaftspläne, Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen dem Landtag zur Verfügung stehen oder welche Daten aus dem Controlling das Parlament benötigt, um seine Funktionen wahrnehmen zu können.

Wir wollen gemeinsam klären, wie das Parlament bei der Formulierung von Zielvereinbarungen einbezogen wird, welche Auswirkungen Evaluationsergebnisse auf die Haushaltsansätze haben und wie die Indikatoren bei der leis-

(Theresia Bauer)

tungsorientierten Mittelvergabe bewertet und weiterentwickelt werden. Wir sehen unsere Aufgabe darin, diesen Prozess der Klärung der neuen Rolle des Parlaments in den nächsten Monaten voranzubringen.

Sagen Sie an dieser Stelle lieber nicht, wie es im Finanzausschuss geschehen ist, das passiere doch alles schon längst. Denn in den vergangenen beiden Jahren hat sich an dieser Stelle noch nichts bewegt. Mein Vorgänger als wissenschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion, unser heutiger Fraktionsvorsitzender Dieter Salomon, stand vor zwei Jahren an dieser Stelle und hat in einer ganz ähnlichen Weise an das Parlament appelliert, seiner Verantwortung in diesem Bereich nachzukommen und die Hochschulen sich nicht selbst zu überlassen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Ein entsprechender Antrag, den die Grünen im Finanzausschuss damals gestellt haben, ist mit der Begründung abgelehnt worden: „Das tun wir doch schon alles.“ In Wirklichkeit sind wir an diesem Punkt aber bis heute keinen Schritt vorangekommen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Sie im Regierungslager blockieren ja immer, indem Sie sagen: „Das tun wir doch schon alles.“

(Zurufe der Abg. Fleischer und Wieser CDU –
Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Ich glaube, Sie haben das Problem, was den Stellenwert dieses Parlaments angeht, bislang nicht wirklich erfasst.

(Abg. Wieser CDU: Sie haben die Rolle noch nicht
richtig gelernt!)

– Genau. Ich versuche gerade, Sie für das Problem zu sensibilisieren und werde auf Sie zukommen.

(Abg. Wieser CDU: Sie haben ein Rollenproblem!
Sie müssen noch das Drehbuch lernen! – Gegenruf
der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Gegenruf des
Abg. Wieser CDU: Frau Lösch, Sie auch! Sie sind
noch in der Probezeit! Sie haben noch einen Lehr-
vertrag! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Sie sehen, als Neue im Landtag scheint man richtig provozieren zu können.

Stellv. Präsident Birzele: Einen Moment, Frau Bauer, bitte. – Meine Damen und Herren, lassen Sie doch bitte diese Zwischendiskussion, sonst ist die Rednerin, Frau Bauer, nicht zu verstehen.

Bitte schön, Frau Bauer, fahren Sie fort.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie sehen, als Neue im Landtag habe ich nicht nur aktuelle Zahlenwerke gewälzt und in den Details gegraben, sondern auch alte Protokolle gelesen, zum Beispiel über die letzte Haushaltsdebatte zu diesem Thema. Dabei bin ich auf einen zweiten interessanten Punkt gestoßen, an dem es bis heute keinen Schritt vorwärts gegangen ist. Da habe ich gelesen, dass ein Abgeord-

neter namens Pfister von der FDP/DVP damals gefordert hat –

(Abg. Stickelberger SPD: Wie heißt der?)

ich muss Ihnen zitieren, was Sie gesagt haben; das hat mich so gefreut –:

(Heiterkeit bei den Grünen – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

. . . Herr Minister,

– ich zitiere Herrn Pfister –

ich sage das hier in aller Deutlichkeit –: Wenn Kompetenzen von oben nach unten verlagert werden, muss das in der Zukunft selbstverständlich auch Konsequenzen beim Personalbestand oben haben. Sonst wird die Rechnung nicht aufgehen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

. . . Das Parlament muss dann selbstbewusst sein

– so haben Sie weiter gesagt –

und darauf achten, dass im Gegenzug zu der größeren Autonomie auch bei der Kultusbürokratie ein Personalabbau stattfindet.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Pfister FDP/
DVP: Alles richtig!)

– Finde ich auch. Als ich das gelesen habe, habe ich mich sofort an die Schlagzeilen erinnert, die Sie vor wenigen Tagen produziert haben. In der Zeitung stand dick und fett: „FDP fordert: 35 Stellen abbauen im Wissenschaftsministerium“.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Habe ich heute auch gesagt!)

Was haben Sie den Mund voll genommen! Wir haben im Finanzausschuss hoffnungsvoll darauf gewartet, dass Sie einen entsprechenden Antrag stellen. Aber es kam nichts – umsonst, Ihre Schlagzeilen waren wohl heiße Luft.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Ja, klar.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben Sie dem Entschlussesantrag zugestimmt, ja oder nein?)

– Wir haben einen eigenen Antrag eingebracht, und wir werden ihn auch heute wieder einbringen. Sie bekommen Gelegenheit, Ihren Worten konsequent auch Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei den Grünen)

Anstatt Ihre Ankündigung in Politik zu gießen, haben Sie einen Antrag mit der CDU formuliert, der lediglich besagt, das Ministerium solle Organisationsentwicklung für eine moderne Verwaltung betreiben.

(Abg. Reichardt CDU: Das war gut so!)

(Theresia Bauer)

Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass unser Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine moderne Verwaltung ist.

(Abg. Reichardt CDU: Ein klasse Ministerium!)

Für eine moderne Verwaltung ist es eine Selbstverständlichkeit, Organisationsentwicklung zu betreiben.

(Abg. Reichardt CDU: Aber jeden Tag!)

Da kann man nur sagen: Bei Ihrem Antrag und Ihrer Rede sind Sie als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Pfisterer CDU: Der Spruch ist aber alt!)

– Manche alten Wahrheiten sind aber trotzdem noch richtig.

Wir bringen heute unseren Antrag zum Stellenabbau wieder ein, und wir fordern nicht so radikal wie Sie 35 Stellen. Wir fordern lediglich, ein Zeichen zu setzen und 10 Stellen zu streichen, um es Ihnen zu erleichtern, hier mit uns zu gehen.

Wichtig ist es, dass jenseits der allgemeinen Stelleneinsparprogramme als Folge der Strukturreform im Wissenschaftsministerium tatsächlich ein Bürokratieabbau vorgenommen wird. Es ist ganz klar: Wenn das Parlament – wie Sie sagen – nicht selbstbewusst selbst darauf achtet, den personellen Abbau zu definieren und eine entsprechende Konzentration der Aufgaben zu verlangen, dann wird das Ministerium in Bälde eine lange Liste mit neuen Aufgaben vorlegen, für die leider keine personellen Einschnitte zugelassen werden.

(Abg. Reichardt CDU: Die Uni Heidelberg abbauen? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Die muss aufgestockt werden!)

– Die Uni Heidelberg muss leider schon ziemlich viel ab- und umbauen.

Lassen Sie mich zu einem weiteren strukturellen Problem des vorliegenden Haushalts kommen. Die Globalhaushalte sollen dazu führen, dass Mittel an Hochschulen effektiver verwendet werden. Dennoch brauchen unsere Hochschulen langfristig mehr Mittel, und zwar Mittel, die ihnen dauerhaft und über den Landeshaushalt zur Verfügung stehen. Deshalb halte ich die Politik der Landesregierung, den Hochschulen zunehmend über Sonderprogramme aus Privatisierungserlösen befristet Mittel für bestimmte Stellen zur Verfügung zu stellen, für sehr bedenklich. Die Stellen müssen dann später von den Hochschulen übernommen und aus eigener Kraft bezahlt werden. Dafür sind die Spielräume aufgrund der knappen Haushaltsmittel in der Vergangenheit und des Solidarpakts aber denkbar gering. Die Hochschulen werden zu schmerzhaften Eingriffen gezwungen, und – dafür braucht man kein Prophet zu sein – die Einsparungen werden vor allem im Bereich der Geisteswissenschaften und der kleinen Fakultäten vorgenommen.

Diese Politik hat zur Folge, dass Sie das, was Sie mit den Globalhaushalten abschaffen wollten, de facto durch die Hintertür wieder einführen, dass Sie nämlich in die Details

der Hochschule hineinsteuern, dieses Mal allerdings, ohne das Parlament zu fragen und in die Diskussion mit einzubeziehen. Aus diesem Grund lehnen wir das Stiftungsmodell ab.

Lassen Sie mich noch einen Antrag erwähnen, den wir im Finanzausschuss während der Haushaltsberatungen gestellt haben. Wir haben vorgeschlagen, der Universität Hohenheim für den Aufbau eines Forschungszentrums für ökologischen Landbau dauerhaft mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Angesichts der gewachsenen Bedeutung der ökologischen Landwirtschaft und des gestiegenen Interesses an ökologisch produzierten Lebensmitteln halten wir es für notwendig, dass in diesem Land auch für die Lehre und Forschung in diesem Bereich mehr getan wird.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Minister, Sie haben uns zugesagt, dass es in Kürze einen Ministerbeschluss zu diesem Thema geben werde. Deswegen haben wir heute darauf verzichtet, diesen Antrag zu stellen. Wir werden Sie aber beim Wort nehmen und schauen, ob Sie Ihr Versprechen einlösen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Gut, dann werde ich an dieser Stelle nur noch eine kurze Bemerkung machen zu den Anträgen, die von der SPD zum Thema „ausländische Studierende und Förderung des Wohnheimbaus“ vorgelegt wurden. Wir werden von grüner Seite diese Anträge unterstützen, weil wir es tatsächlich als einen unhaltbaren Zustand betrachten, auf der einen Seite zuzusehen, wie die Zahl der Wohnheimplätze in den nächsten Jahren abnehmen wird, während gleichzeitig die Zahl der Studierenden zunimmt. Es wird gleichzeitig versprochen, den Anteil der ausländischen Studierenden zu erhöhen. Diese Rechnung kann so nicht aufgehen. Von daher müssen wir von Landesseite entsprechende Fakten schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf den Vorrednerinnen und Vorrednern sehr herzlich für das Lob danken, das sie über unsere Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zum Ausdruck gebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

In der Tat gehören unsere Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu den besten in der Bundesrepublik Deutschland, und ich finde es gut, dass dies allgemeine Anerkennung im Parlament findet und sogar die Arbeit des Ministeriums – selbst von Sprecherinnen der Opposition – gelobt wird als Arbeit eines modernen Hauses.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nur ein bisschen zu viele Leute!)

(Minister Dr. Frankenberger)

Ich darf aber auch dem Finanzministerium danken für die faire Zusammenarbeit bei dem notwendigerweise schwierigen Konstrukt, in diesen finanziell schwierigen Zeiten einen solchen Haushalt hinzubekommen, und darf auch meinem Haus danken für die entsprechende gute Arbeit und Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang.

Das Hochschulsystem, die Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg sind zusammen mit denen im Freistaat Bayern die bestfinanzierten Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir geben pro Studierenden und pro Jahr weit mehr Geld für unser Hochschulsystem aus als die übrigen Bundesländer mit der Ausnahme von Bayern, und wir werden vielleicht auch die Bayern noch im föderalen Wettbewerb schlagen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Jeder Tag, an dem wir die Bayern schlagen, ist ein guter Tag für uns!)

– Wir werden das vielleicht auch dann schaffen, wenn sie einen neuen Ministerpräsidenten haben. Also, wir brauchen dann auch kein Elfmeterschießen gegen die Bayern.

Es gibt eigentlich nichts Wichtigeres für die Zukunft des Landes, als in Forschung, in Entwicklung, in das Studium junger Leute zu investieren – denn das ist die Zukunft unseres Landes –, von den Ingenieuren bis hin zu den Lehrern, die die nächste Zukunft, nämlich die Schüler, ausbilden.

Es ist aber auch wichtig für das Land, dass dies nicht ausschließlich oder weitgehend zulasten der zukünftigen Generationen geht, und deshalb teile ich die Auffassung der Koalition und unseres Finanzministers, dass die Verschuldung Grenzen haben muss und dass unser Haushalt Einsparungen leisten musste, um die Verschuldungsgrenzen einzuhalten und zu der Tendenz zur Nullnettoneuverschuldung beizutragen. Auch das ist eine wesentliche Zukunftsvorsorge für die junge Generation, die ich ausdrücklich teile.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Daraus folgt, dass unsere Institutionen mehr Selbstverantwortung und mehr wirtschaftliches und Effizienzdenken leisten müssen. Aber es ist klar, dass man, wenn man in den nächsten beiden Haushaltsjahren über 50 Millionen € einspart, dies merkt. Es wäre schon fatal, wenn wir es könnten, ohne dass es jemandem auffiele. Insofern schmerzen die Einsparungen an der einen oder anderen Stelle – dies ist überhaupt nicht zu leugnen –, aber das müsste von jedem Verantwortlichen geleistet werden. Die entscheidende Frage, die strukturelle Frage ist, wo dies geschieht, wo man dies verantworten kann und wo dies weniger zu verantworten ist.

Wir haben für die autonomen Hochschulen neue Finanzierungsinstrumente geschaffen, beginnend mit dem Globalhaushalt, einer Grundfinanzierung, einer leistungs- und belastungsorientierten Mittelverteilung, und werden das neue Instrument der Zielvereinbarung hinzufügen.

Die neuen Steuerungsinstrumente werden uns mit den dann vorliegenden Wirtschaftsplänen und den dann vorliegenden Jahresabschlüssen in die Lage versetzen, vom Parla-

ment her eigentlich eine bessere Steuerung und Kontrolle, nämlich eine strategischere Steuerung und Kontrolle, vorzunehmen, als dies bei den Detailentscheidungen früher der Fall war. Wir werden letztlich zu einem System von Hochschulverträgen kommen, das heißt Verträgen zwischen den Einrichtungen und dem Land, und dies wird die Parlamentsrechte eigentlich mehr stärken und dem Parlament eine wirkliche inhaltliche Mitsprache geben, als es früher der Fall war. Insofern sehe ich nicht, dass die Parlamentsrechte schwinden würden, sondern ich sehe, dass die Parlamentsrechte von einer Detailsteuerung zur strategischen politischen Verantwortung übergehen, wo sie eigentlich liegen sollten.

Ein wesentliches Element der Steuerung, des Globalhaushalts und der Steuerung der Hochschulen ist die Finanzierungssicherheit und damit die Planungssicherheit. Wir haben mit dem Solidarpakt über fünf Jahre hinweg – und jetzt für weitere fünf Jahre – den Hochschulen unseres Landes, wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik der Fall, Planungssicherheit und Finanzierungssicherheit gegeben. Niemand von den Hochschulen, selbst die ehemals größten Gegner des Abschlusses des Solidarpakts nicht, wollte diesen Solidarpakt aufkündigen. Er ist ein wertvolles Gerüst für die Weiterentwicklung unserer Hochschulen. Das bedeutet nicht Mittelzuweisungen auf dem Stand von 1997, sondern der Solidarpakt ist im gesamten Personalteil, der bei den Universitäten immerhin etwa 80 % des Budgets ausmacht, dynamisiert. Aus den frei werdenden Stellen fließen neue, zusätzliche Sachmittel an die Universitäten zurück.

Wenn ein solcher Vertrag zwischen dem Land und den Universitäten geschlossen wird, der über zehn Jahre hinweg ein Budget ohne weitere Eingriffsrechte des Parlaments garantiert, heißt das aber auch, dass dieser Vertrag noch eine andere Seite hat, dass nämlich nicht zusätzliche Mittel gefordert werden können, wenn sozusagen eine Abdichtung nach unten vorgenommen wurde.

Insofern verbietet es sich uns im Sinne dieses Vertrags auch, zusätzliche Bibliotheksmittel bereitzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann nicht einen Vertrag schließen und sagen –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Frau Präsidentin, darf ich eine Zwischenfrage stellen? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Bitte.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Minister, Sie haben die Bibliotheksmittel angesprochen. Wir haben in der gestrigen Debatte den Beitrag des Fraktionsvorsitzenden der SPD zu diesem Thema gehört, und ich möchte ihn wörtlich zitieren. Er hat unter Bezugnahme auf Siegfried Franke und auf die Universitätsbibliothek in Ulm

(Abg. Birzele SPD: Sie sollen doch eine Frage stellen!)

(Dr. Reinhart)

Folgendes zur dortigen finanziellen Situation – es fehlen offenbar über 1 Million € – ausgeführt:

Von den Inhalten her kann unsere Universitätsbibliothek nur noch mit Bibliotheken in Belgisch-Kongo und Tschetschenien konkurrieren.

Wie stehen Sie zu diesem Vorhalt und zu diesem Zitat, nachdem dies unwidersprochen hier im Raum stand?

(Unruhe – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Was ist jetzt die Frage? – Zuruf von der CDU: Belgisch-Kongo! – Heiterkeit – Abg. Birzele SPD: Jetzt haben Sie zum Schluss wenigstens noch eine Frage hingekriegt! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Minister!

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Ich möchte die Frage in dieser Hinsicht doppelt beantworten, einmal geographisch und zum Zweiten inhaltlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut gemacht! – Abg. Wieser CDU: Da merkt man gleich den Fachmann! Der Geograph spricht!)

Zum Inhaltlichen: Es ist schon erstaunlich, dass davon ausgegangen worden ist, dass Sondermittel für die Bibliotheken 2002/03 nicht mehr zur Verfügung stünden, die bis jetzt zur Verfügung standen, dass jetzt aber eine Bibliothek, die in diesem Jahr etwas weniger Mittel hat, sozusagen schon vorausgreifend auf einem schlechten Stand ist. Das ist schon verwunderlich. Der Bibliotheksdirektor scheint schon vorausseilend eine Mittelknappheit vollzogen zu haben, die es gar nicht gab. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Der kennt halt die CDU! – Abg. Pfisterer CDU: Das war bestimmt ein Roter!)

Der zweite Punkt zur Sache: Den Universitäten stehen Rückflussmittel aus einem Drittel der abzubauenen Stellen zu. Die Universitäten schöpfen ca. 100 Millionen DM pro Jahr aus freien Stellen. Dann sage man mir, sie hätten keine Möglichkeit, ihre Bibliotheken zusätzlich zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Drexler ist ein tschetschenischer Mathematiker! – Weitere Zu- und Gegenrufe – Unruhe)

Jetzt noch ein Wort zu den geographischen Begriffen. Ich finde es schon sehr zynisch von einem Bibliotheksdirektor – wer auch immer ihn zitiert haben mag –, wenn er die Verhältnisse in einer baden-württembergischen Bibliothek mit den Lebensumständen in Tschetschenien und im Kongo vergleicht, wo die Menschen in Kellern wohnen oder vor Vulkanausbrüchen weglaufen müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Pfisterer CDU: Das zeigt das ganze Niveau des Kollegen Drexler! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bregenzer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Ja, bitte.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Minister, es handelte sich dabei ja nicht nur um die Bibliothek der Universität Ulm. Probleme haben auch die Universität Freiburg, die einen großen Bücherverkauf gemacht hat und Hunderte von Abonnements abbestellt hat, die Universität Tübingen und die Universität Konstanz. So war es zumindest in Presseveröffentlichungen der letzten Woche zu lesen. Können Sie uns erklären, warum die Universitätsbibliotheken diese dramatischen Probleme haben, da ja wohl davon auszugehen ist, dass die Universitäten selber die Bedeutung ihrer Bibliotheken sehr wohl wahrnehmen und auch sehen?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Danke, Frau Bregenzer. Wiederum eine zweigeteilte Antwort:

Die Direktorin der Universitätsbibliothek Freiburg hat erklärt, wegen des kalten Winters hätten sie nicht mehr genügend Bibliotheksmittel. Das hat sie aber gerade in der Phase erklärt, wo wir im Januar Außentemperaturen von plus 15 Grad hatten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann hätten sie ja damit geheizt und sie nicht verkauft! – Heiterkeit und Beifall – Abg. Wieser CDU: Dann brauchen sie die Blätter nicht umzudrehen!)

Es gibt bei den Bibliotheken folgende Probleme: Erstens gibt es eine große Verteuerung im Zeitschriftenbereich. Diese Verteuerung liegt eigentlich an der Monopolisierung der Verlage. Wir versuchen derzeit über die Hochschulrektorenkonferenz, wie das in den Niederlanden geschehen ist, einen Gesamtvertrag zwischen den Hochschulen Deutschlands und den Verlagen zu schließen. Das ist im Grunde genommen ein Phänomen eines mangelnden Marktes, das sich gerade in den Naturwissenschaften ergeben hat.

Zum Zweiten ist es so, dass die Dollarverteuerung – die meisten internationalen Zeitschriften werden in Dollar gehandelt – sich natürlich auf die Kosten im Bibliothekssystem niederschlägt. Auf der anderen Seite müssen Sie sehen, wie viele Haushaltsmittel die Universitäten am Jahresende von einem Haushaltsjahr in das andere übertragen haben. Dann muss man sich fragen, warum nicht ein Teil davon für die Bibliotheken verwandt worden ist.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ja, warum?)

Das ist eine Sache der Autonomie. Wir werden die Rektoren jetzt noch einmal fragen, warum denn nicht. Hier muss man Prioritäten setzen. Die Bibliotheksversorgung ist wichtig. Ich kann nicht verstehen, wenn zig Millionen Mark übertragen werden, warum es nicht möglich gewesen ist, einige Millionen Mark für Bibliotheken zu investieren.

(Zuruf von der SPD: Euro!)

– Die Übertragungen sind noch im vorigen Jahr erfolgt.

(Minister Dr. Frankenberger)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Ich befürchte, dass Sie die Fragen mit Frau Bregenzer vor deren Rede abgestimmt haben! – Gegenruf des Abg. Stickelberger SPD: Das machen nur die Regierungsfractionen! – Heiterkeit und Beifall)

– Herr Wieser, das wäre ja nicht völlig verwerflich.

(Abg. Fischer SPD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, Autonomie wird durch Globalhaushalte gesteuert, belegt durch Globalhaushalte wie den Solidarpakt. Autonomie ist aber auch eine Frage der übergeordneten Steuerung durch das Parlament und das Ministerium; denn für die Hochschulen, die zu weit über 90 % durch Steuergelder finanziert werden, gibt es eine Verantwortung des Parlaments und auch eine Verantwortung der Regierung.

Damit bin ich bei der Frage des Abbaus von Kompetenzen – Klammer auf: „und Stellen“, Fragezeichen, Klammer zu – im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Es ist richtig, dass wir Aufgaben abbauen, dass wir Steuerung abbauen, dass wir Eigenverantwortung geben, dass wir Autonomie geben, denn das ist die Voraussetzung für Wettbewerb, wobei Wettbewerb eben auch heißt, dass man mit den vorhandenen Mitteln auskommen muss und sich im Wettbewerb auch zusätzliche Mittel verschaffen können muss.

Wir verstehen uns einerseits als eine politische Steuerung. Wir verstehen uns auch in unserer Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament, denn Sie wollen ja weiterhin Transparenz haben. Wir verstehen uns aber auch als eine Art Holding, und mit dem Abbau von Steuerung geht gleichzeitig ein Aufbau von Service einher. Niemand hat bis jetzt die Frage gestellt, ob denn mit der Verlagerung der Kompetenzen aus dem Ministerium in die Hochschulen dort ein Ausbau der Verwaltungsstruktur stattgefunden hat. Das können die doch nicht einfach ohne zusätzliche Verwaltungsstruktur machen. Da wäre die Alternative: Wir bauen, wie in Amerika, in jeder Hochschule kräftig eine Verwaltung auf. Das würde weit mehr Stellen kosten, als wir je in unserem Ministerium abbauen könnten, und das wäre auch völlig unvernünftig. Deshalb gehen wir zu Service über. Wir müssen bei dem neuen Dienst- und Tarifrecht – Herr Pfister, Sie haben es dankenswerterweise erwähnt – für die Hochschulen die Serviceleistungen erbringen; denn diese komplizierten Dinge können sie nicht allein bewältigen.

Wir werden auch in Prüfungsordnungsfragen und in Studienordnungsfragen gerade die kleinen Hochschulen, die vielen kleinen Fachhochschulen nach wie vor unterstützen müssen. Wir können nicht überall einen Bereich von Justiziarern und Juristen aufbauen. In diesem Sinne wandeln sich unsere Aufgaben. Wir müssen eine strategische Ebene aufbauen und sind derzeit dabei. Wir müssen wissen, was in der Welt an Änderungen der Strukturen der Hochschulen, an Änderungen der Forschung, an Tendenzen in Forschung, Entwicklung und Hochschulwesen vor sich geht, wenn wir weiter an der Spitze der Welt sein wollen. Dazu brauchen wir die geeigneten Kräfte und auch die geeigneten Menschen. Das heißt, wir wollen umbauen, aber ich

sehe nicht, dass wir abbauen können. Wir werden in der Tat neue Aufgaben übernehmen, und wir werden im Inneren unserer Struktur entsprechende Änderungen vornehmen – zum Teil in einer Matrixstruktur. Aber um diese Aufgaben zum Besten unserer guten Hochschulen zu erfüllen, können wir über den vorgesehenen Personalabbau hinaus dieses nicht weiter leisten. Dies bitte ich auch das Parlament zu berücksichtigen, das von uns die Leistung dann auch haben will.

Wir haben von dem Solidarpakt zugunsten der Universitäten gesprochen. Sie haben, Herr Pfister, darauf hingewiesen, dass es einen entsprechenden Solidarpakt mit den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen gibt. Wir haben dort keinen Stellenabbau vorgesehen, sondern die Pädagogischen Hochschulen, die Fachhochschulen und die Berufsakademien erhalten zusätzliche Stellen für ihren Ausbau aus den Stellen, die von den Universitäten abgegeben werden. Es ist eine einmalige Leistung, dass dieser Transfer zustande kommt, und er wäre ohne den Solidarpakt nicht zustande gekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Autonomie, Eigenverantwortung und Steuerung durch moderne betriebswirtschaftliche Steuerungselemente werden auch wesentliche Elemente für die Kunsteinrichtungen sein. Auch dort müssen wir jetzt schrittweise zu den Effizienzstrukturen kommen, die wir bei den Hochschuleinrichtungen haben.

Das Land hat bei seinen Hochschuleinrichtungen einen Schwerpunkt auf die Lehre gelegt. Denn dort wächst im Grunde genommen die Innovation in den Köpfen, die Innovation von morgen. Wir haben in wichtigen Zukunftsgebieten die Zahl der Studienplätze erheblich vermehrt, etwa in der Informationstechnologie mit einem Schwerpunkt an den Fachhochschulen und Berufsakademien, aber auch mit einem soliden Ausbauprogramm an den Universitäten. Wir werden auch dem zukünftig steigenden Lehrbedarf im Bereich der Pädagogischen Hochschulen mit einem Überlastprogramm Rechnung tragen und die Zahl der Studienplätze entsprechend ausweiten.

Wir haben mit neuen Studienstrukturen, nämlich mit dem stufigen Modell von Bachelor und Master, die vernünftige Antwort auf die notwendigen Veränderungen unserer Zeiten gefunden. Wir müssen es schaffen, dass 30 bis 40 % eines Altersjahrgangs eine akademische Ausbildung erhalten. Wir können dies nicht mit den traditionellen fünfjährigen Studiengängen leisten, denn dann werden wir die Überlast an den Hochschulen nicht zurückfahren. Die Gesellschaft und die Wirtschaft bedürfen eines hohen Anteils an Absolventen, die nicht mehr als drei oder vier Jahre studiert haben. Das entspricht auch den Begabungen und den Bedürfnissen vieler. Wir müssen auf der anderen Seite noch in einer zweiten Phase die Weiterbildung – sei es in fachlicher oder sei es in wissenschaftlicher Hinsicht – ermöglichen, und deshalb sind die gestuften Studiengänge mit Bachelor und Master vernünftig.

In der Qualitätsorientierung und in der Qualitätssteuerung der Lehre führen wir – wir haben damit begonnen – die regelmäßige Evaluation der Lehre über die Evaluationsagen-

(Minister Dr. Frankenberger)

tur in Mannheim durch. Wir fördern die Hochschuldidaktik, denn nicht jede Professorin und nicht jeder Professor kann von Haus aus lehren. Es ist gut, wenn Begabung vorhanden ist, aber ein gewisses Training schadet nicht. Dieses wird auch an den Fachhochschulen in dem Programm LARS durchgeführt. Wir haben ein Sonderprogramm „Qualität der Fachhochschulen und der Pädagogischen Hochschulen“ eingerichtet, um dort besonders teure Berufungen zu ermöglichen. Wir haben an den Musikhochschulen auf Kosten der Lehrauftragsmittel neue Personalstellen geschaffen, um die Qualität der Lehre an den Musikhochschulen zu verbessern.

Wir gehen entschiedene Schritte zur virtuellen Hochschule, das heißt zum Einsatz neuer Medien an den Hochschulen, etwa mit Programmen wie Master-online und Campus-online, also wirtschaftsbezogenen Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen. Wir wollen allerdings keine völlige Virtualisierung der Hochschulen, denn die gute Hochschullehre, die Präsenzlehre, kann nicht durch Medien ersetzt werden. Die persönliche Betreuung der Studierenden durch Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer muss nach wie vor im Mittelpunkt stehen und kann nicht durch neue Medien ersetzt werden. Dazu müssen wir die Betreuungsrelation verbessern.

Für die Qualität der Hochschulen ist es allerdings wichtig, dass die Professorinnen und Professoren gut, sehr gut und ausgezeichnet sind, aber auch, dass die richtigen Studierenden zu den richtigen Studiengängen an die richtigen Einrichtungen kommen. Es ist schon verwunderlich, dass wir es in Deutschland nicht noch geschafft haben, eine Zentralstelle für die Verteilung von Professoren einzurichten, aber wir haben noch immer eine Zentralstelle zur Verteilung der Studierenden.

(Abg. Wieser CDU: Manche wären nicht vermittelbar!)

– Es wären alle vermittelt worden; das ist das Schlimme.

(Heiterkeit)

Wenn wir eine wirkliche Zusammenfügung des Wunsches der Studierenden, ihrer Fähigkeiten und des Profils der Hochschulen wollen, dann müssen wir das Selbstauswahlrecht der Hochschulen stärken und zum völligen Selbstauswahlrecht kommen. Wir werden den Staatsvertrag über die ZVS kündigen. Wir werden auch mit entsprechenden juristischen Schritten dazu beitragen, dass der Bund, der Detailregelungen im Bereich der Länder vorgenommen hat, nicht nur was die Zulassung, sondern auch was das Kapazitätsrecht betrifft, seine Detailregelungen zurücknimmt und sich auf die Basis der Grundgesetzänderung von 1994 stellt, nämlich nur noch den Rahmen für die Wissenschafts- und Kulturpolitik der Länder gesetzgeberisch zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist auch der Grund, warum wir die jetzt vorgenommene Gesetzesinitiative der Bundesregierung zum Verbot der Studiengebühren und zur Einführung der verfassten Studierendenschaft ablehnen. Das ist ein Eingriff in die Ländersouveränität. Das ist völlig unabhängig von der Frage, wie

man dazu im Einzelnen steht, ein Bundeseingriff in die Kulturhoheit der Länder, den wir ablehnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist nicht nur in der Lehre in seinen Hochschulen ein herausragendes Bundesland, sondern auch in der Forschung. Wir haben die Forschungsprogramme erheblich ausgeweitet, nämlich zusätzlich 5 Millionen € in das Forschungsschwerpunktprogramm und den Forschungspool investiert. Zum ersten Mal seit Jahren steigen die Forschungsmittel von Baden-Württemberg wieder an. Wir konzentrieren sie allerdings. Die Einzelforschung wird in der Förderung zurückgenommen, die Programm- und Projektforschung wird herausgehoben.

Wegen des Erfolges unserer Hochschulen bei der Drittmiteleinwerbung, etwa bei Sonderforschungsbereichen oder jetzt bei Kompetenzzentren wie dem Kompetenzzentrum Nanotechnologie, müssen wir erhebliche Eigenleistungen des Landes erbringen, was wir gerne tun. Aber allein ein Kompetenzzentrum kostet uns 1 bis 1,5 Millionen €. Bei dem weiteren Wettbewerb sind die baden-württembergischen Universitäten an der Spitze derer, die hier im Wettbewerb stehen.

Wir haben einerseits die Finanzierung durch Haushaltsmittel. Es ist aber auch völlig vernünftig, dass man Projektfinanzierung für die Hochschulen macht. Wenn wir uns britische und amerikanische Hochschulen ansehen, so stellen wir fest, dass dort ein großer Wettbewerb um Mittel stattfindet. Nicht alles wird per se im Haushalt zur Verfügung gestellt, sondern es gibt Wettbewerbsstrukturen. Deshalb ist es richtig, dass wir für wettbewerbsfähige Projekte Mittel einsetzen, um die sich die Hochschulen bewerben können. Es muss ja niemand alles nehmen, weder in der Informationstechnologie noch bei irgendwelchen Forschungsprojekten.

Ich bin froh, dass wir die Landesstiftung für diese Projektförderung haben. Dafür ist die Landesstiftung völlig richtig, denn das ist nicht unbedingt eine Haushaltsaufgabe. Das sind auch Aufgaben, die zu einem Zeitpunkt beginnen und zu einem Zeitpunkt enden ohne Folgekosten. Insofern können wir in den modernsten Feldern von Wissenschaft und Forschung, etwa in der Produktionstechnik, in den Materialwissenschaften, in den Lebenswissenschaften, kompetitive Forschung ausschreiben. Wir sind zum Beispiel das Land mit den höchsten Forschungsmitteln von 7,5 Millionen € in der Forschung an adulten Stammzellen. Ich bin froh, dass wir unsere Lebenswissenschaften, die Stammzellenforschung in diese Richtung orientieren.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen)

Zu den Hochschulen gehört allerdings nicht nur Lehren und Forschen, sondern gehört in der Tat auch Wohnen für die Studierenden. Wir haben in diesem Jahr einen Zustrom von Studierenden gehabt wie schon lange nicht mehr, wobei man sagen muss: Die Kalkulation des Zustroms ist immer schwierig. Die Quote des Übergangs vom Abitur an die Hochschulen schwankt zwischen 60 und 80 %. Es gibt Zeiten, zu denen dann diejenigen, die eine andere Ausbildung gemacht haben, plötzlich doch noch studieren, und es

(Minister Dr. Frankenberger)

ist völlig unvorhersehbar, wie viele ausländische Studierende an unsere Hochschulen kommen. Das heißt, eine wirkliche Planbarkeit des Bedarfs an Wohnungen ist nicht möglich. Das muss man einfach sehen.

Wir haben allerdings die Hochschulen aufgefordert, bei internationalen Programmen nicht nur dafür zu sorgen, dass Studienplätze vorhanden sind, sondern auch dafür, dass Wohnheimplätze zur Verfügung stehen. Durch die Trennung der Studentenwerke und der Hochschuleinrichtungen findet hier keine vernünftige Kooperation statt. An jeder angelsächsischen Universität wird für einen ausländischen Studierenden auch ein Wohnheimplatz besorgt. Wir haben deshalb eine Kommission eingerichtet, die nicht nur die Frage stellt, wie wir in Zukunft die Wohnraumversorgung der Studierenden von unserer Seite aus sicherstellen können, sondern die auch die Koordinierungsaufgabe leisten soll, dass Programme für ausländische Studierende nicht ohne Infrastruktur geplant werden.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir wissen, dass es im Wohnraumangebot Engpässe gegeben hat und derzeit noch gibt. Aber wir müssen auch unserer Finanzsituation Rechnung tragen. Deshalb sage ich genauso deutlich: Wir werden uns ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm für Studentenwohnheime nicht leisten können. Wir werden die begonnenen Bauvorhaben fertig stellen können, und wir werden in den Mensen nach wie vor hohe Infrastrukturleistungen erbringen, damit die Kosteneffizienz steigt. Ein neues Wohnbauprogramm würde ohnehin nicht kurzfristig wirken können. Aber wenn im Haushalt Einschnitte notwendig sind, kann man nicht einfach alles zusagen, was nötig ist, sondern muss man Prioritäten und Posterioritäten setzen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, Sie haben eben gesagt, aus Haushaltsgründen sei es nicht möglich, ein zusätzliches Wohnbauprogramm aufzulegen. Ich darf Sie fragen, ob es aus Haushaltsgründen möglich und richtig wäre, dafür zu sorgen, dass keine Wohnheimplätze wegfallen.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Herr Abg. Palmer, wir haben ca. 5 000 Wohnheimplätze, die wegen des Auslaufens von Mietverträgen und Ähnlichem wegzufallen drohen. Wir sind zuversichtlich, dass wir davon etwa zwei Drittel erhalten und bei einem anderen Teil in die Sanierung gehen. Wir hoffen, dass wir für den restlichen Teil noch Ersatz bekommen. Das heißt, wir bemühen uns, die wegfallenden Plätze entweder zu erhalten oder zu ersetzen. Wir sehen durchaus das Problem, das etwa wegen der befristeten Anmietung von Wohnheimen entstanden ist.

Was die Integration ausländischer Studierender betrifft, geben wir als Land insgesamt 680 000 € in verschiedenen Programmen, zum Teil mit Bundesprogrammen, für

Sprachkurse und für die Integration ausländischer Studierender aus. Wir halten dies für ausreichend. Es ist allerdings mehr, als im Haushalt steht, weil man die Sonderprogramme dazuzählen muss. In der Tat ist es für die ausländischen Studierenden das Wichtigste, dass sie sprachlich und menschlich integriert werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss der Institutionenbetrachtung ein kurzes Wort zu Kunst und Kultur sagen; Herr Staatssekretär Sieber wird darauf näher eingehen.

Wir werden am Ende des Jubiläumsjahres von Baden-Württemberg das Haus der Geschichte einweihen. Wir begleiten das Jubiläumsjahr mit einer großen Landesausstellung; 2003 werden wir eine weitere große Landesausstellung haben.

Wir haben – das ist erwähnt worden – Staatstheater der Spitzenklasse, etwa die „Oper des Jahres“ in Stuttgart. Wir haben aber auch dafür gesorgt, dass die Kommunaltheater nach wie vor ohne Kürzungen ausgestattet werden, und wir haben auch bei den übrigen „Problemfällen“ im Zuge der Haushaltsberatungen vernünftige Lösungen finden können. Ich bin dafür allen Beteiligten dankbar.

Meine Damen und Herren, Baden-Württembergs Wissenschafts-, Hochschul- und Kultureinrichtungen werden auch in den Jahren 2002 und 2003 ihre Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland halten können, und dies trotz der notwendigen Einsparungen.

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

Wir werden die Hochschulreform konsequent fortsetzen. Wir werden auch bundesseitige Qualitätshemmnisse zu beseitigen versuchen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Reichardt CDU: Trotz Drexler!)

Dazu gehören die ZVS und die Kapazitätsverordnung, dazu gehört aber auch das gut gemeinte und schlecht gemachte Dienstrecht für Professorinnen und Professoren.

Wir werden die nächste, die neue Bundesregierung nach dem 22. September daran erinnern, dass der notwendige Kurswechsel nicht nur in der Steuerpolitik, sondern auch in der Wissenschaftspolitik stattfinden muss. Ich habe kürzlich einem Vertrauten des bayerischen Ministerpräsidenten diesen notwendigen Kurswechsel in der Dienstrechtsreform bereits nahe gelegt, damit nach dem 22. September nicht zu viel Zeit verstreicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das nützt aber nichts! Falsche Adresse!)

Ich darf zum letzten Mal meine Geographiekennntnisse bemühen: Das ist schon die richtige geographische Richtung gewesen.

(Beifall des Abg. Blenke CDU – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Abschluss noch einmal allen danken, die im vergangenen Jahr

(Minister Dr. Frankenberg)

große Leistungen im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Kunst erbracht haben und sie in Zukunft auch unter schwierigeren Bedingungen erbringen werden.

Werner Finck – ich glaube, er ist nicht Mitglied unserer Fraktion –

(Abg. Reichardt CDU: Den kennen die nicht! – Im Plenarsaal klingelt ein Handy. – Unruhe)

hat einmal gesagt: „Der Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will.“ Lassen Sie jeden von uns und jede Einrichtung nicht nur daran denken, dass es einen Staatshaushalt gibt, an den man Anforderungen stellen kann, sondern dass es Eigenverantwortung für den Gesamthaushalt und für das gesamte Land gibt, zu der man beitragen muss und beitragen kann.

Unser Haus und die Regierung werden das Ihrige tun, um die hohen Standards, die wir gewohnt sind und die zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wesentlich beitragen, in Wissenschaft, Forschung und Kunst zu halten.

Danke.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, beim Betreten des Saales die Handys auszuschalten. Denken Sie einfach, Sie betreten ein Flugzeug.

(Beifall im ganzen Haus – Zurufe: Sehr gut! – Abg. Wichmann SPD: Raumschiff! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich fliege niemals! – Abg. Pfisterer CDU: Raumschiff Landtag! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber wenn die alle die Schuhe ausziehen, ist es auch nicht gut! – Zuruf von der SPD: Denken Sie an FlowTex! – Unruhe)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Vetter.

(Abg. Wintruff SPD: Der neue Bildungspolitiker, oder wie? – Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Vetter CDU: Verehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur im Wissenschaftsbereich, sondern auch für den Bereich der Kunst und Kultur darf man ein wenig stolz auf unser gutes Land Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist keine Frage: Dass wir auch in diesem Bereich eine Spitzenposition haben, kann nicht bestritten werden. Das ist leicht durch alle Zahlen belegbar. In diesem Bereich können wir sogar gut mit unserem verehrten Nachbarland Bayern mithalten,

(Abg. Rech CDU: Sehr gut! Patriot!)

dessen Kultur ein wenig zentraler ist, während sie in unserem Land Baden-Württemberg eine sehr dezentrale, auch den ländlichen Raum betreuende Organisationsform hat.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Land hat sich immer darum bemüht, alle Räume des Landes gleichmäßig zu versorgen. Dieses Land hat sich auch immer darum bemüht, keine reine Staatskultur zu haben, sondern eine Kultur, die eine gesunde Mischung zwischen kommunalen Initiativen, privaten Initiativen und Initiativen des Landes darstellt.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

So kann man sagen: Dieses Land hat gut getan, in diesen 50 Jahren für diesen Bereich der Kultur zu sorgen. Denn die Kultur hat nicht nur einen Eigenwert, der in das Emotionale hineingeht, sondern sie hat natürlich einen menschlichen Wert, einen Standortwert und auch einen wirtschaftlichen Wert, meine Damen und Herren.

So können wir heute feststellen, dass auch der in diesem Haus beliebte Ländervergleich dazu führen muss, dass wir auf Baden-Württemberg stolz sein können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will kurz und einfach sagen, wie die Struktur dieses Kunsthausehalts aussieht: Der Kunsthausehalt, meine Damen und Herren, steht natürlich auch unter dem Aspekt, dass wir eine Tendenz haben, ohne Neuverschuldung auszukommen. Das zwingt auch in diesem Bereich, auch im Bereich der Kunst zu Einsparungen. Dennoch gelingt es uns, im politischen Raum mit diesem Doppelhaushalt durch Sparsamkeit und Schwerpunktbildung die Leistungsfähigkeit des Kulturlandes Baden-Württemberg zu erhalten, allerdings – das muss auch gesagt werden – mit Schmerzen in manchen Bereichen. Auch das muss deutlich gesagt werden.

Meine Damen und Herren, die baden-württembergische Kunstförderung bleibt stark. Mit rund 350 Millionen € pro Jahr sind wir in Deutschland im Spitzenbereich und finanzieren eine überaus differenzierte Kunstlandschaft. Das bedeutet, dass wir in diesem Haushalt zwar eine Steigerung gegenüber 2001 von 0,12 % bzw. 0,85 % im Jahr 2003 haben, dass aber die notwendige Kürzung von rund 7 Millionen € globaler Minderausgabe natürlich bedeutet, meine Damen und Herren, dass wir uns nach der Decke strecken müssen.

(Im Plenarsaal klingelt erneut ein Handy. – Zurufe von der CDU)

Wer mit weniger Geld auskommen muss, muss gerecht kürzen, muss die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kultureinrichtungen richtig einschätzen und die Prinzipien der baden-württembergischen Kulturpolitik – Liberalität, Pluralität, Subsidiarität und Dezentralität – wahren.

Wir haben deshalb in einigen Bereichen Schwerpunkte gesetzt und Korrekturen vorgenommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie um mehr Ruhe bitten. Führen Sie die Gespräche bitte draußen. Dort können Sie auch Ihr Handy wieder einschalten.

Abg. Dr. Vetter CDU: Dafür bin ich dem Ministerium und den Kolleginnen und Kollegen in unseren politischen Kreisen sehr dankbar.

Ich nenne als Beispiele: Die Zuschüsse für die Kommunaltheater werden für vier Jahre garantiert und dynamisiert. Das Nationaltheater Mannheim – um ein wenig auch die Landschaften zu nennen – erhält im Jahr 2002 127 000 € mehr.

Für die beiden Staatstheater in Stuttgart und Karlsruhe wurden Umschichtungen aus den Investitionsbereichen zugunsten des Betriebs vorgenommen. Beide haben gesagt, sie seien für diese Maßnahme, die von den Regierungsfraktionen beschlossen wurde, außerordentlich dankbar.

Für die Festspiele im Land bleibt es bei der auf vier Jahre angelegten Planungssicherheit.

Die Orchester bleiben ebenfalls in der Förderung verstetigt. Das Kurpfälzische Kammerorchester – um diese Landschaft besonders zu erwähnen – bekommt mehr Geld, nämlich 43 800 € im Jahr 2002.

Bei den Museen gibt es schmerzhaftes Kürzungen. Man muss deutlich sehen und sagen, dass Neuerwerbungen sehr schwer geworden sind.

(Abg. Fleischer CDU: Richtig!)

Man muss über Vorschläge nachdenken, wie man durch Verkäufe oder andere Maßnahmen Mittel für Neuerwerbungen freimacht.

Aber, meine Damen und Herren, im Rahmen des Landesjubiläums werden nicht nur die Jubiläumsausstellungen im Württembergischen und im Badischen Landesmuseum voll finanziert werden können. Auch in Baden-Baden und in sieben ländlichen Freilichtmuseen unterstützt dieser Haushalt weitere Aktionen.

Die Mittel für die Erstaussstattung und den Betrieb des Erweiterungsbaus der Staatsgalerie Stuttgart stehen zur Verfügung. Ich darf auch erwähnen, dass die großen Ausstellungen über Troja und das Spätmittelalter am Oberrhein in Baden-Württemberg große Erfolge waren. Wir können auf die riesigen Besucherzahlen stolz sein, die mit diesen Ausstellungen erreicht wurden.

Auch die Folgeausstellungen, 2003 die Ausstellung über die Säkularisation und 2005 die Römerausstellung, sind eingeplant.

Wir haben mit dem Ministerium vereinbart, die Kürzungen für die Freilichtmuseen, für die Kunststiftung und für die soziokulturellen Zentren auszugleichen. Es war mir ein besonderes Anliegen, bei den soziokulturellen Zentren zu einer Verbesserung zu kommen. Sie bekommen nunmehr 250 000 € mehr pro Jahr und können damit ihr Angebot aufrechterhalten. Die weiteren Investitionsforderungen, die gestellt wurden, können allerdings nicht finanziert werden, weil wir sonst neue Löcher im Kunsthushalt aufreißen müssten. Das können wir nicht. Deshalb müssen die Investitionen etwas zurückgehalten werden, oder sie müssen über die gegenseitige Deckungsfähigkeit der beiden Bereiche weitergehen.

Wir haben die Zuschüsse für die freien Theater erhöht. Wir haben die Finanzierung des ZKM und des Museums für Neue Kunst zusammen mit der Stadt Karlsruhe auf eine neue solide Grundlage gestellt.

Wir haben über die Landesstiftung, die auch erwähnt werden muss, weil sie im Kulturbereich einen enormen Haushalt unterstützend zur Verfügung stellt, zum Beispiel das Projekt Digitales Museum, ein Pilotprojekt, das bundesweit von Bedeutung sein wird, durchgebracht.

Meine Damen und Herren, diese Beispiele, die ich nicht weiterführen will, zeigen, dass die Landesregierung und die Regierungsfraktionen auch in finanziell schwierigen Zeiten die Stellung der Kultur in Baden-Württemberg erhalten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Den vielen Begründungen, meine Damen und Herren, warum wir Kunst und Kultur zu den Grundbedürfnissen des Menschen zählen, will ich nur hinzufügen, dass dies eben nicht nur ein Standortfaktor ist, sondern auch ein Arbeitsplatzfaktor, ein Dienstleistungsfaktor, ein Auftragsfaktor und übrigens auch ein Anziehungspunkt für den Tourismus. Aber noch wichtiger ist für mich die Kraft der Kunst für die Weckung von Kreativität und Selbstständigkeit – also von Eigenschaften, die wir gerade von uns ganz besonders einfordern müssen –, besonders für die Jugend.

Kunst ist auch – meine Damen und Herren, das darf man auch bei Haushaltsberatungen einmal sagen – eine Gegenkraft gegen eine veröden Globalisierung und für den Dialog der Kulturen. Da wir viel von Gewalt und von Fehlentwicklungen in der Gesellschaft reden, muss man gerade diese Bedeutung der Kunst besonders betonen.

Kunst ist ein Faktor für Privatinitiative und für bürgerschaftliches Engagement. Deswegen muss man auch erkennen, dass in Baden-Württemberg ein System entstanden ist, dass sich auch die Wirtschaft, die Industrie, das Gewerbe und der Mittelstand im Bereich der Kunst engagieren. Es gibt keine Stadt und keine Gemeinde, in der es nicht dieses Miteinander des Finanzierens und Tragens von Kunstinitiativen gibt. Auch das ist ein baden-württembergisches Symbol.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, schließlich möchte ich nur noch betonen, da die Lampe aufleuchtet, die das Ende der Redezeit signalisiert – Frau Präsidentin, ich habe das Zeichen gesehen –, dass es im Bereich der Kunst gilt, die Eigenständigkeit gegenüber dem Bund und Europa zu bewahren. Zuerst kommen in der Kunst und Kultur die Künstlerinnen und Künstler, dann die Kommunen und schließlich das Land.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, der Kern des Föderalismus ist die Zuständigkeit in den Bereichen Kunst und Kultur. Da

(Dr. Vetter)

lassen wir uns nichts wegnehmen. Deswegen muss der Bund bei seiner neuen Kulturstiftung

(Abg. Wintruff SPD: Die Rede ist museumsreif!)

die verbürgte Kulturhoheit der Länder strikt einhalten. Die schwammigen Formulierungen in der Satzung, die ich gelesen habe, befriedigen nicht. Man muss auch sagen, dass der Bund – das soll nicht beleidigend, sondern eine Feststellung sein – in seinem Bereich der Kunst die Kulturausgaben bisher gesenkt hat:

(Abg. Wieser CDU: Schade, schade!)

1,1 Milliarden DM im Jahr 2000. Auch können sich Auslandsschulen und Goethe-Institute kaum mehr gegen Schließungen und Kürzungen wehren.

(Abg. Pfisterer CDU: Unglaublich!)

Dagegen gibt Baden-Württemberg zum gleichen Zeitpunkt 1,25 Millionen € für die deutsche Universität in Budapest aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Vetter CDU: Meine Damen und Herren, die Regierungsfractionen, der Minister und sein engagierter Staatssekretär Michael Sieber, wir alle sorgen dafür,

(Abg. Wintruff SPD: Schön gesagt!)

dass die Kunst in Baden-Württemberg auch in Zukunft eine echte Chance erhält.

(Beifall des Abg. Döpper CDU – Abg. Wintruff SPD: Echt museumsreif!)

49 Jahre unter Regierungen, die von der CDU allein oder mit ihrer Beteiligung gestellt wurden, haben dem Land Baden-Württemberg auch in diesem Bereich gut getan.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Schön gesprochen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Utzt.

(Unruhe)

Abg. Inge Utzt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kunst und Kultur – Herr Vetter, da gebe ich Ihnen Recht – gehören zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Kunst und Kultur werden gemeinhin als das Unterscheidungsmerkmal zwischen Mensch und Tier angesehen. Anthropologen bezeichnen den Zeitpunkt, an dem zum ersten Mal etwas geschaffen wurde, das über die reine Daseinsvorsorge und die Erhaltung der Art hinausgeht, als den Beginn des Menschen.

Dieses Bundesland verfügt über eine große Anzahl höchst interessanter kultureller Einrichtungen. Der Baden-Württemberger darf sich mit Recht als Homo sapiens bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Stickelberger SPD: Und da vor allem die Badener!)

Spitzen- und Breitenkunst, etablierte und alternative Kunstströmungen sind hier gleichermaßen vertreten und durch ein hohes Niveau gekennzeichnet – trotz der CDU-Regierung.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Unter anderem um dieses Niveau zu erhalten und, wenn möglich, zu steigern, wurde 1997 die Kulturstrukturkommission eingerichtet. Aber was ist aus deren Ergebnissen geworden? Ich werde darauf noch zurückkommen.

Herr Vetter, Sie haben es auch angesprochen: Die soziokulturellen Zentren sollten im Jahr 2001 mit über 4 Millionen DM aus dem Wettmittelfonds gefördert werden. De facto waren es gut 3,3 Millionen DM, und weitere Kürzungen standen an. Nun erreicht uns die freudige Nachricht, dass die De-facto-Kürzungen – und nur die De-facto-Kürzungen, keine Erhöhung, Herr Vetter –

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Hört, hört!)

bei den Zuschüssen für die soziokulturellen Zentren zwar zurückgenommen werden. Aber um welchen Preis? Um den Preis der Erhöhung der globalen Minderausgaben bei Museen, Kunst- und Musikhochschulen sowie den Staatstheatern um 250 000 €. Wie können wir bei den Empfehlungen der Kulturstrukturkommission lesen: „Die Staatstheater benötigen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben eine gesicherte Planungsgrundlage“? Dazu gehört auch, dass die beiden Staatstheater von den jährlich im Haushalt zu erbringenden globalen Minderausgaben freigestellt werden.

Aber erst einmal zurück zu den soziokulturellen Zentren. Die dringend erforderliche und von uns beantragte Erhöhung der Baumlittel wurde komplett abgelehnt. Das bedeutet, dass in einigen Fällen laufende Baumaßnahmen eingestellt werden müssen und vorsorglich ausgesprochene Kündigungen aufrechterhalten bleiben. Wollen Sie damit auf kaltem Wege den Zentren den Garaus machen? Die soziokulturellen Zentren haben sich übrigens auf Zusagen verlassen, die während einer Podiumsdiskussion im September 2000 von Vertretern der Regierungsfractionen gemacht worden sind.

In diesem Zusammenhang interessiert uns ganz brennend, Herr Minister, Herr Staatssekretär, wie Sie unter den eben genannten Umständen Ihre Zusagen gegenüber den Vertretern der Württembergischen Staatstheater erfüllen wollen. Besonders unangenehm in diesem Zusammenhang ist, dass durch die Förderpraxis der gegenwärtigen Landesregierung Kulturschaffende gegeneinander ausgespielt werden: Menschen, die zwar einen besonders interessanten Beruf haben, diesen aber nicht zu ihrer alleinigen Freude ausüben, sondern eine Dienstleistung erbringen, an der wir alle – ich möchte sagen, fast alle – partizipieren und die sehr wohl einen Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg darstellt.

In diesem Jahr soll die größte Party gefeiert werden. „Feiern Sie doch, wo Sie wollen“ – unter diesem Motto werden mehr als 1 300 Veranstaltungen zum Landesjubiläum angekündigt. Den Freilichtmuseen dieses Landes wird sicher-

(Inge Utzt)

lich nicht nach Feiern zumute sein. Unser Antrag, die Förderung auf 1,2 Millionen € per anno zu erhöhen, wurde bislang abgelehnt. Dies ist eine nicht nachzuvollziehende Haltung gegenüber unserem bäuerlichen Erbe und den Zeugnissen ländlicher Kultur.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen über die Bandbreite dessen, was es an kulturellen Einrichtungen in Baden-Württemberg gibt, gesprochen. Dazu gehören natürlich die Freilichtmuseen. Wir müssen uns auch daran messen lassen, wie wir mit unserem kulturellen Erbe umgehen. In diesem Zusammenhang möchte ich übrigens an die Entscheidung von heute Vormittag zum Denkmalschutz erinnern. Die Diskrepanz – hier das gefeierte Landesjubiläum, dort die ungenügend ausgestatteten Freilichtmuseen, die im Übrigen schon allein vom Standpunkt des Tourismus her besonders gepflegt gehören – ist eklatant. Unter diesem Gesichtspunkt bekommt das Motto „Feiern Sie doch, wo Sie wollen“ einen unangenehmen Beigeschmack.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion ist sich der eingeschränkten Möglichkeiten des Doppelhaushalts 2002/03 durchaus bewusst. Deshalb haben wir zu vielem, was uns ebenfalls am Herzen liegt, keine Haushaltsanträge gestellt. Die von uns immer wieder angemahnte Lage der Landesbibliotheken sei hier nur exemplarisch genannt, oder die Förderung der philharmonischen Orchester und der freien Theater. Auch hier erinnere ich noch einmal an die Empfehlung der Kulturstrukturkommission. Umso mehr können wir den Umgang mit unseren wenigen Anträgen nicht nachvollziehen. „Kultureinrichtungen wie Theater und Orchester dürfen nicht als Mittel zum Stopfen von Haushaltslöchern beantragt werden“, schreibt der Vorstand des Bundesverbands deutscher Theater. Ein einsamer Mahner in der Wüste? Ich möchte anfügen: Die Empfehlungen der Kulturstrukturkommission sind zwar hehr, wenn ihnen aber nicht gefolgt wird, sind sie nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Kunst und Kultur sind das Unterscheidungsmerkmal zwischen Mensch und Tier. Nach diesen Haushaltsberatungen habe ich den Eindruck, der „Arme Poet“ von Spitzweg entspricht dem Idealbild, das sich die Regierung und ihre Fraktionen von einer Künstlerexistenz machen. Geben Sie dem „Armen Poeten“ doch wenigstens einen neuen Schirm.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosseschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Sieber.

Staatssekretär Sieber: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Geheimnis der Kunst liegt darin, dass man nicht sucht, sondern findet.

Diese Erkenntnis Pablo Picassos gilt auch für den von uns vorgelegten Kunsthaushalt 2002/03. Mit ihm haben wir eine gute und verlässliche Basis geschaffen für die Weiterentwicklung des Kulturlandes Baden-Württemberg, ohne

freilich dabei die übergeordneten Ziele der Haushaltskonsolidierung aus den Augen zu verlieren.

Ich möchte mich am Beginn meines Beitrags zunächst einmal bei den Regierungsfractionen, aber – zumindest teilweise – auch bei der Opposition dafür bedanken, dass wir auf dem Feld der Kunstförderung doch eine große Übereinstimmung haben. Ich sehe darin durchaus auch eine Bestätigung unserer bisherigen gemeinsamen Arbeit.

Meine Damen und Herren, das Jahr 2002 steht natürlich – auch was unseren Etat betrifft – im Zeichen des Landesjubiläums. Mit der Eröffnung des Hauses der Geschichte auf der gegenüberliegenden Seite der Konrad-Adenauer-Straße werden wir die Kette der staatlichen Museen um eine weitere Perle bereichern.

Bleiben wir noch kurz bei den Museen. Nach dem großen Erfolg der Troja-Ausstellung in Stuttgart werden wir mit weiteren Landesaussstellungen fortfahren. Derzeit läuft in Karlsruhe eine sehr erfolgreiche Doppelausstellung „Spätmittelalter am Oberrhein“, übrigens mit über 100 000 Besuchern. Wir werden im kommenden Jahr mit der Ausstellung „Säkularisation“ in Bad Schussenried erneut ein für die Landesgeschichte wichtiges Thema aufgreifen.

Gemeinsam mit der Stadt Karlsruhe haben wir die Finanzierung des Zentrums für Kunst und Medientechnologie auf eine dauerhaft solide und tragfähige Basis gestellt. Mit diesem Zentrum und dem angegliederten Museum für Neue Kunst besitzt Baden-Württemberg nicht nur eines der größten Museen für zeitgenössische Kunst, sondern verfügt über eine in Deutschland einzigartige wegweisende Einrichtung der Forschung, der Kulturvermittlung und der Weiterbildung.

Den größten Anteil am Kunsthaushalt des Landes nimmt die beispielhaft ausgewogene und flächendeckende Förderung künstlerisch hochklassiger Theater und Orchester in Baden-Württemberg in Anspruch, allen voran die beiden Staatstheater. Mit einer auskömmlichen Finanzierung und einer ausdrücklichen Freistellung von der globalen Minderausgabe werden wir dafür Sorge tragen, dass sowohl das Badische Staatstheater als auch die Württembergischen Staatstheater in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen können.

Wir haben aber nicht nur an die ganz großen Einrichtungen gedacht, sondern auch an die mittleren und kleineren, die, wie wir alle wissen, ebenfalls den Charme der baden-württembergischen Kunstlandschaft ausmachen. So darf ich hier mit großer Freude feststellen: Die soziokulturellen Zentren erhalten den gleichen Betrag wie im letzten Haushaltsjahr, und auch bei den Freilichtmuseen werden die Mittel nicht gekürzt,

(Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

sodass auch diese wichtigen Einrichtungen im Land Baden-Württemberg ihre Aufgaben erfüllen können. Außerdem haben wir die Mittel bei den freien Theatern um 50 000 € auf 229 000 € erhöht, und auch die Kleintheater, die Ihnen eben so wichtig waren, dürfen mit 50 000 € mehr rechnen.

(Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

(Staatssekretär Sieber)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle nun einige für mich persönlich sehr wichtige Sätze zur Struktur der Finanzierung unserer Kunst- und Kultureinrichtungen. Dieses hohe Haus hat den kommunalen Theatern und den freien Theatern Planungssicherheit gegeben, indem die Haushaltsansätze durch mehrjährige Verpflichtungsermächtigungen abgesichert werden konnten. Damit wurde eine zentrale Forderung der Kulturstrukturkommission erfüllt.

Wir sollten aber erreichen, dass wir – vergleichbar mit dem Hochschulbereich – auch bei den Museen, Theatern und Bibliotheken zu einer Neuorientierung unseres Finanzierungssystems kommen, das heißt: Wir sichern eine Grundfinanzierung zu, ergänzen sie um Zuschläge, deren Höhe sich aus qualitativen Leistungsmerkmalen ergeben, steuern aber die Entwicklung und strategische Ausrichtung unserer Kultureinrichtungen im Wesentlichen durch Zielvereinbarungen. Diese Entwicklung müsste von einer Stärkung der Autonomie begleitet werden.

Nach den Württembergischen Staatstheatern wird zum Beispiel auch das Badische Landesmuseum die Umwandlung zu einem Landesbetrieb vollziehen. Wir müssen künftig auch für andere Rechtsformen offen sein, um die Autonomie zu fördern, zum Beispiel die Rechtsform selbstständiger Stiftungen. Wenn es uns gemeinsam gelingt, meine Damen und Herren, damit Eigenverantwortung und Eigeninitiative zu fördern und mit neuen Betriebsformen die Wirtschaftlichkeit zu sichern, wäre viel erreicht, nämlich ein Handlungsspielraum, der Kreativität anregt und gleichzeitig Wirtschaftlichkeit sichert.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Staatssekretär Sieber: Aber gerne.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Staatssekretär, habe ich Sie gerade richtig verstanden? Haben Sie gesagt, die Staatstheater seien von der globalen Minderausgabe ausdrücklich ausgenommen?

Staatssekretär Sieber: Ja.

Abg. Inge Utzt SPD: Wo wird dann die Erhöhung bei Titel 972 12 in Anrechnung gebracht? Es geht um die 250 000 €.

Staatssekretär Sieber: Um welchen Titel ging es?

(Unruhe – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Die Erhöhung bei den soziokulturellen Zentren! – Zuruf von der SPD: Die Gegenfinanzierung! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Weitere Zurufe)

Abg. Inge Utzt SPD: Die Gegenfinanzierung für Titel 972 12 des Kapitels 1478.

Staatssekretär Sieber: Ich war bei der entsprechenden Finanzausschusssitzung leider nicht anwesend. Ich habe mich

eben nur noch einmal bei unserem Haushaltsreferat rückversichert, dass die beiden Staatstheater – das war die Aussage, die Sie abverlangt haben – von der globalen Minderausgabe ausgenommen bleiben. Die andere Frage können wir gerne nachher aufklären, Frau Kollegin.

Zwei Bemerkungen sind mir an dieser Stelle noch wichtig. Der Kulturbereich insgesamt, auch der nichtstaatliche Bereich, unternimmt derzeit alle Anstrengungen, um Kostentransparenz zu schaffen und für einen effizienten Mitteleinsatz zu sorgen.

Zweitens dürfen wir bei aller Diskussion den Wert von Kultur und Kunst nicht ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien messen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Hauk CDU)

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Bereich, dem wir besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, nämlich dem der Private Public Partnership. Wir wollen dafür sorgen und werben, dass sich in der Kunstförderung noch mehr privates Engagement einstellt. Die Kooperation zwischen der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden und dem Sammler Frieder Burda, die Stiftung Engelhorn in Mannheim und die Kunststiftung Baden-Württemberg sind nur einige herausragende Beispiele für wegweisende Vorhaben.

Meine Damen und Herren, natürlich hätte ich es gerne gesehen, wenn die Wettmittel für den Kunstbereich auch in diesem Doppelhaushalt wieder ein kleines Stück hätten angehoben werden können.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir auch!)

Ich möchte das nicht beklagen, denn wir teilen das Ziel der Nettoneuverschuldung von null im Jahr 2006. Außerdem – wie heißt es so schön im Faust II –: „Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“

Dennoch: Der Gesamtetat des Einzelplans 14 für den Kunstbereich mit rund 350 Millionen € jährlich ist durchaus beeindruckend. Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg werden 130 DM pro Einwohner für den Kulturbereich ausgegeben. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen 109 DM, in Schleswig-Holstein 93 DM, in Niedersachsen 92 DM, in Rheinland-Pfalz 84 DM. Ich denke, wir können uns mit unseren Zahlen durchaus sehen lassen.

Ich fasse zusammen: Die Kulturpolitik ist bei der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen bestens aufgehoben. Wir werden auch in stürmischen Zeiten den Überblick nicht verlieren und das vorhandene Kulturangebot in der Breite und in der Spitze auf hohem Niveau sichern. Damit werden wir auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der Kulturpolitik in diesem Lande sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache wird das Wort nicht mehr gewünscht. Wir kommen daher in der Zweiten

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/664. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe Abschnitt I auf:

Kapitel 1401

Ministerium

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/685-4, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

(Widerspruch)

– Entschuldigung, der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1401 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1406

Internationale Kulturpflege, Bildungshilfe für Entwicklungsländer sowie Aufbauhilfe für die neuen Bundesländer

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Kapitel 1407

Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Kapitel 1408

Ausbildungsförderung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studenten im Hochschulwesen

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor: der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/685-1, und der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/685-2.

Wer dem Antrag Drucksache 13/685-1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/685-2, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über die Hochschulkapitel in Dreiergruppen vornehme? Sonst müssen wir über 90 Abstimmungsvorgänge absolvieren. – Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Wir sollten erst über Kapitel 1409 abstimmen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Richtig. Danke schön.

Ich lasse über das Kapitel 1409 – Aufwendungen für die Förderung der Studenten im Hochschulwesen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Ich würde vorschlagen, dass wir über die Kapitel 1410 bis 1421 en bloc abstimmen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Kapitel 1410 bis 1416 bitte!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Sind Sie damit einverstanden, dass wir über die Kapitel 1410 bis 1421 en bloc abstimmen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Dann rufe ich geschlossen auf

Kapitel 1410 bis 1421

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1423

Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten

Wer diesem Kapitel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Schmid SPD: Ich würde vorschlagen, dass wir über die Kapitel 1424 bis 1477 en bloc abstimmen!)

Sind Sie damit einverstanden, dass wir en bloc abstimmen? – Das ist offensichtlich der Fall.

Dann lasse ich über die

Kapitel 1424 bis 1477

abstimmen. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Erhöhung der Förderung von Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren –, Drucksache 13/685-3, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 1478 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1479

Badisches Staatstheater Karlsruhe

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1480

Württembergische Staatstheater Stuttgart

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1482

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe

(Abg. Schmid SPD: Ich würde vorschlagen, dass wir über die Kapitel 1482 bis 1498 en bloc abstimmen!)

– Sind Sie damit einverstanden, dass wir en bloc abstimmen? – Kein Widerspruch.

Dann rufe ich die

Kapitel 1482 bis 1498

gemeinsam auf. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/664, abzustimmen. Wer dem Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über den Abschnitt III der Beschlussempfehlung abzustimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Abschnitt III ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 14 ist damit abgeschlossen und Punkt 2 c der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/654

Berichterstatte(r)in: Abg. Margot Queitsch

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitzuschlag.

Zunächst frage ich die Bericht(er)statte(r)in, ob sie das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass auch über diesen Einzelplan eine Allgemeine Aussprache geführt wird. Das Wort dazu erteile ich Herrn Abg. Seimetz.

Abg. Seimetz CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, unser Kollege Georg Wacker, liegt leider mit Grippe darnieder.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Arme!)

Ich wünsche ihm von hier aus gute Besserung und baldige Genesung.

(Beifall)

Ich habe das Vergnügen, ihn bei der Aussprache über den Einzelplan 04 zu vertreten. Das mache ich ausgesprochen gerne, denn wir haben hier zusammen mit unserem Koalitionspartner und mit der Kultusministerin gute Arbeit geleistet.

Wir meinen, dass der Etat des Kultusministeriums es verdient, nicht nur von mir, sondern auch von unserer sportpolitischen Sprecherin, der Kollegin Brunner, und vom Kollegen Schebesta als jugendpolitischem Sprecher im weiteren Verlauf dieser Debatte dargestellt zu werden. Deshalb werde ich mich jetzt speziell dem Bereich Schule und Unterricht widmen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Bildungspolitik ist ein Schwerpunkt und muss ein Schwerpunkt im Haushalt unseres Landes sein. Das haben wir schon lange vor den Ergebnissen der PISA-Studie praktiziert und tun es auch in dem kommenden Doppelhaushalt in bewährter Weise.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Opposition erklärt ebenfalls, dass sie auf die Bildungspolitik besonderen Wert legt. Darüber freuen wir uns natürlich außerordentlich. Insofern sind wir uns also einig. In einem unterscheiden wir uns jedoch: Die Opposition befindet sich in einem Traumhaus. Wir machen realistische und finanzierbare Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Schwarzweiß!)

Wenn ich sehe, wie viele neue Lehrerstellen Sie schaffen wollen, an wen Sie alles zusätzliches Geld verteilen wollen, fühle ich mich an ein Zitat von Manfred Rommel erinnert. Er sagte:

Man denke sich unendlich viel Geld und unendlich viele gutartige Politiker, die mit dem Geld unendlich viel Gutes tun wollen. Und dann denke man sich das Geld wieder weg.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Damit gleich in medias res. Wir haben während des Wahlkampfes 5 500 neue Lehrerstellen angekündigt. Wir haben das in die Koalitionsvereinbarung geschrieben,

(Abg. Schmiedel SPD: Das waren unsere 5 500 neuen Lehrerstellen!)

und wir setzen das so um, Kollege Schmiedel. Wir schaffen 1 790 neue Lehrerstellen in diesem Jahr und nächstes Jahr nochmals 1 230. Damit schaffen wir die Basis und er-

halten die guten Rahmenbedingungen für die zahlreichen Innovationen, die wir uns im Bildungsbereich in den kommenden Jahren vorgenommen haben. Durch diese neuen Lehrerstellen schaffen wir ausreichend Personal für die flächendeckende Einführung von Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen, schaffen wir Stellen für 660 Lehrer, die speziell als Krankheitsvertreter eingeplant sind. Hinzu kommen nochmals 135 solcher Stellen im September 2003. In der genannten Zahl sind ebenfalls 300 Stellen enthalten, mit denen wir 300 qualifizierte Lehramtsbewerber vorab eingestellt haben. Nennen Sie mir bitte ein Wirtschaftsunternehmen, das sich solche Weitsicht auch finanziell leistet.

Mit diesen so genannten Bindungslehrern tun wir jetzt schon etwas für die kommenden Zeiten, in denen wir mitunter Schwierigkeiten haben werden, unseren Bedarf an Lehrernachwuchs zu decken. Klar ist, dass durch die Neustellen auch der Wegfall der Vorgriffsstunden und Schülerzuwächse ausgeglichen werden. Durch die Einstellung dieser über 3 000 neuen Lehrerstellen, zu denen im Übrigen noch Sachmittel in Höhe von etlichen Millionen Euro für Krankheitsvertretung und Grundversorgung hinzukommen, haben wir wahrhaft ein großes Gewicht gestemmt. Das ist uns die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen wert.

Die Opposition will durch ihre Anträge noch größere Gewichte stemmen. Wir werden sie aber davor bewahren, sich zu überheben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Grünen – Frau Rastätter, Herr Salomon hat uns gestern für die Schaffung neuer Lehrerstellen gelobt; dafür bedanken wir uns – beantragen zweimal 100 Stellen für die Einführung von Ethikunterricht ab Klasse 1. Wie Sie angesichts der Sparzwänge, die auch Sie zu Recht unentwegt betonen, zu dieser politischen Schwerpunktsetzung kommen, ist für mich nicht nachvollziehbar, und ich glaube, für die meisten Bürgerinnen und Bürger ebenfalls nicht. Aber wir werden über dieses Thema in der nächsten Woche noch ausgiebig diskutieren.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Genau!)

Die SPD legt noch drauf und fordert zweimal 300 neue Lehrerstellen für den Ausbau von Ganztagschulen und außerdem fast 20 Millionen € für Betreuung. Das ist ein „läppischer“ Betrag von über 40 Millionen €, und das bei dem Ziel der Nullneuerschuldung. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie müssen eine Gelddruckmaschine haben.

Über den Ausbau von Ganztagschulen haben wir in diesem Haus nun auch schon diskutiert. Ich möchte die Argumente nicht nochmals im Einzelnen aufzählen.

Auch wir fördern den bedarfsgerechten und finanzierbaren Ausbau von Ganztagschulen. Herr Zeller wird nachher sicher wieder Statistiken aus der Tasche ziehen

(Abg. Nagel SPD: Das weiß der auswendig! – Abg. Schmiedel SPD: Berichte aus der Realität!)

und uns vorrechnen wollen, welchen Nachholbedarf Baden-Württemberg hier hat. Aber auf das Spiel mit Verglei-

(Seimetz)

chen mit anderen Bundesländern möchte ich mich eigentlich nur ungern einlassen.

(Abg. Wintruff SPD: Da kennen Sie sich auch nicht so aus; das verstehen wir!)

Zu viele Faktoren, Herr Wintruff, spielen hier eine Rolle. Zu viele Schularten und Sonderfälle, zum Beispiel die Gesamtschulen, müsste man hinein- oder herausrechnen. Um jedoch schon vorbeugend auch eine Statistik zu liefern, hier ist sie: Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht Baden-Württemberg bei der Versorgung mit Ganztagschulen an der vierten Stelle.

(Abg. Wintruff SPD: Das kann ich mir vorstellen!)

Weitere Schwerpunkte an Schulen sind, wie in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, der bedarfsgerechte Ausbau und die Optimierung der verlässlichen Grundschule. Wir werden das umsetzen. Eine flexiblere Hauptbetreuung und die finanzielle Bezuschussung von Betreuungsangeboten am Nachmittag sind so umgesetzt wie angekündigt.

Medienoffensive Schule: Auch hier haben wir damit begonnen, das umzusetzen, was wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben. Mit fast 29 Millionen € werden in Baden-Württemberg innovative schulische Projekte, pädagogische Inhalte, flankierende Unterstützungssysteme und neue Technologien im Multimediabereich entwickelt.

In der Koalitionsvereinbarung steht:

Zur bedarfsgerechten Medienausstattung der Schulen sollen zusammen mit den kommunalen Landesverbänden Vorschläge erarbeitet werden. Die Frage der Finanzierung ist anschließend zusammen mit den Kommunen zu prüfen und zu verhandeln.

Genau das haben wir getan. Mit der Erhöhung der Sachkostenbeiträge für die Kommunen zur Computerausstattung der Schulen sind wir einen großen Schritt vorangekommen. Die Multimediaausstattung der Schulen wird dadurch nachhaltig verbessert. Vielleicht haben sich nicht alle Hoffnungen und Erwartungen in diesem Bereich erfüllt. Wir fordern die Kommunen auf, weiterhin mit uns an Lösungen zu arbeiten.

Wie in den letzten Tagen wiederholt dargelegt, ist die sächliche Ausstattung der Schulen Angelegenheit der Schulträger. Mit diesen bleiben wir im Gespräch.

Schwerpunktaufgabe des Landes ist die inhaltliche Weiterentwicklung von Schule und Unterricht. Abschließend möchte ich deshalb noch die wichtigsten Weichenstellungen erwähnen, die wir auf diesem Gebiet vorgenommen haben.

Die Einführung von flächendeckendem Fremdsprachenunterricht an Grundschulen habe ich schon erwähnt. Ich finde es ausgezeichnet, dass unsere Kinder, dass meine Enkel bereits ab der ersten Klasse eine Fremdsprache lernen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Meine Tochter darf das nicht!)

– Da haben Sie Pech gehabt.

(Abg. Schmiedel SPD: Danke schön! Ich werde es ihr ausrichten! – Weitere Zurufe von der SPD)

Unser Dank gilt dem Kultusministerium, der Frau Ministerin und dem Herrn Staatssekretär für die enorme organisatorische Arbeit, die für die Einführung des Fremdsprachenunterrichts bereits geleistet wurde und noch geleistet wird. Natürlich gilt der Dank auch den Lehrerinnen und Lehrern, die das Vorhaben überwiegend mit großer Begeisterung umsetzen.

(Abg. Fischer SPD: Na!)

Bei der Einführung des achtjährigen Zugs am Gymnasium hat Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle eingenommen. Ministerpräsident Clement hat kurz nach der Veröffentlichung der PISA-Studie die Einführung von G 8 in Nordrhein-Westfalen gefordert. Ich bin sicher, dass uns auf diesem Weg Bundesland für Bundesland folgen wird.

Im Übrigen haben wir auch im kommenden Doppelhaushalt die Mittel für Schulreformen erhöht. Es geht also weiter.

Auf dem bisher Erreichten werden wir uns nicht ausruhen. Ich versichere Ihnen, die CDU-Fraktion wird weiterhin mit ihrem Koalitionspartner und der Kultusministerin sowohl finanziell als auch durch inhaltliche Reformen das Bestmögliche tun, um unsere Kinder und Jugendlichen fit für die Zukunft zu machen, vor allem und noch gezielter, wenn wir die PISA-Ergebnisse speziell für Baden-Württemberg kennen.

Meine Damen und Herren, vielen Dank. Haben Sie vielen Dank für den Beweis Ihrer Zuhörqualität und -kompetenz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Das hat an der Rede von Herrn Wacker gelegen! – Zurufe der Abg. Wintruff und Dr. Caroli SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! TIMSS, das „Forum Bildung“ und PISA haben alle eine Botschaft: Unsere Schulen sind reformbedürftig. Gerade die zuletzt genannte Studie, aber auch das „Forum Bildung“ haben den Handlungsbedarf deutlich aufgezeigt. Es ist ein Handlungsbedarf, den wir auch in diesem Hause immer wieder angemahnt haben und gegen den Sie, Herr Seimetz, diese Regierung und diese Koalition sich bisher mit ideologischen Scheuklappen gewehrt haben.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Mal was Neues, Herr Zeller!)

Was wir brauchen, meine Damen und Herren, sind nicht Bremsklötze à la Seimetz, sondern Impulse für längst überfällige Reformen für unser Bildungs- und unser Schulwesen.

(Zeller)

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Bravo! – Zurufe von der CDU – Abg. Hauk CDU: Da hörst du doch nichts Neues mehr!)

– Sie sind offensichtlich getroffen. Ich habe schon das Richtige gesagt.

Meine Damen und Herren, die PISA-Ergebnisse sind alarmierend. Aber ohne nun in Hysterie oder Panik zu verfallen – das will ich deutlich sagen –, will ich doch ein Ziel deutlich herausstreichen und dabei unseren Bundespräsidenten Johannes Rau zitieren, der auf dem Abschlusskongress „Forum Bildung“ eine bessere Teilhabe aller an Bildung forderte. Eine Bildungsreform muss also die Teilhabe an Bildungschancen zum obersten Prinzip haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Gefordert sind auf der einen Seite neue Lehr- und Lernformen und damit eine neue Lehr- und Lernkultur, die in einem individualisierenden Unterricht die Heterogenität von Schülerinnen und Schülern als eine Chance und nicht als eine Belastung empfindet.

Gefordert ist auf der anderen Seite eine strukturelle Offenheit und eine Neuorientierung des Schulsystems sowie die Möglichkeit für unsere Schulen, mehrere Bildungsgänge und mehrere Abschlüsse an einem Ort anbieten zu können. Aktueller denn je ist die Forderung: Fördern statt auslesen.

PISA hat gezeigt, dass das stark gegliederte baden-württembergische Halbtagschulwesen es nicht vermocht hat, das Auseinanderdriften der schulischen Leistungen zu überwinden und gleichzeitig Spitzenleistungen hervorzu- bringen. Vor allem die schwächeren Schülerinnen und Schüler und die Migrantenkinder sind die Bildungsverlierer und damit auch von der Teilhabe an Bildung ausgeschlossen. Für Gesamtdeutschland ist das immerhin ein Prozentsatz von 20 %, der uns sehr zu denken geben muss.

Die OECD-Studie hat gezeigt, dass wir Schlusslicht bei der frühkindlichen Betreuung und Förderung sind und die geringsten Ausgaben für die Grundschule haben.

Jetzt nenne ich Ihnen eine andere Zahl, auf die es ankommt: Lediglich 7,2 % der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg nehmen Betreuungsangebote im Rahmen der verlässlichen Halbtagschule wahr. Das ist nicht länger hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Skandal! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es gibt keine Halbtagschule!)

Gleichzeitig haben wir immer größer werdende Klassen und – ich betone das nochmals – die geringste Unterrichtszeit im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Ich sage Ihnen: Wer keine Gelegenheit auslässt, auf die Lernfähigkeit der Kinder im vorschulischen Alter zu verweisen, der muss endlich die Konsequenzen ziehen und eine deutlich bessere Verwirklichung des Bildungsauftrags im Kindergarten und eine erheblich bessere Förderung unserer Kinder im Grundschulalter wollen. Zu beidem sind diese Landesregierung und diese Koalition bisher weder

bereit noch in der Lage, weil sie offensichtlich – das sage ich – die Bedeutung früher professioneller Erziehung und Bildung nicht erkannt haben.

(Abg. Behringer CDU: Herr Zeller, genau das Gegenteil ist der Fall!)

Ihre dogmatische Haltung wird aber noch deutlicher, wenn es um die Ganztagschulen in Baden-Württemberg geht. Gerade mal 116 der 4 500 staatlichen allgemein bildenden Schulen im Land – das ist eine Zahl, die Sie, Frau Schavan, in der Drucksache genannt haben – sind Ganztagschulen. Das sind 2,5 %, nicht mehr und nicht weniger.

(Abg. Schmiedel SPD: Das darf doch nicht wahr sein!)

Nachdem selbst Herr Oettinger während der Haushaltsberatungen ein Defizit bei den Ganztagschulen in Baden-Württemberg festgestellt hat, sind Sie, Frau Schavan, sich nicht zu schade, die Statistik entsprechend aufzupäppeln. Sie zählen plötzlich die Privatschulen dazu,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Und die Sonderschulen!)

damit man im Bundesvergleich nicht ganz so schlecht da- steht.

(Abg. Seimetz CDU: Die zählen woanders auch dazu! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Die Kinder zählen doch auch in der Statistik!)

Wir sprechen hier aber über das staatliche allgemein bil- dende Schulwesen. Uns geht es vorrangig darum, dass an den staatlichen Schulen die Ganztagschulen ausgebaut werden. Das ist zuvörderst unsere Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. La- sotta CDU: Wir wollen es bedarfsorientiert, und Sie wollen es überstülpen!)

Wir haben an Privatschulen fast so viele Ganztagschulen, wie es an den staatlichen Schulen gibt. Das nenne ich ein- fach ein Schmücken mit fremden Federn.

Ihre Aufgabe wäre es, Frau Schavan, die Eltern – so sage ich es einmal, ohne dabei die Privatschulen zu meinen – nicht vor lauter Verzweiflung in die Privatschulen zu zwin- gen, sondern den Ausbau des Ganztagschulwesens im staatlichen Schulwesen deutlich voranzubringen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Es wird doch niemand ge- zwungen, in die Privatschule zu gehen! – Abg. Hauk CDU: Die Leute gehen doch freiwillig! – Abg. Seimetz CDU: Das ist auch kein Allheilmittel!)

Noch so eine Blockade, die Sie haben: Erst neulich haben Sie, Frau Ministerin, in der Stellungnahme zu einem An- trag betont, dass Sie lediglich so genannte Brennpunkt- hauptschulen zu Ganztagschulen entwickeln wollen. Wenn Sie uns schon nicht glauben, dass wir mehr Gan- ztagschulen für alle Schulformen brauchen, dann sollten Sie sich einmal darüber informieren, was das „Forum Bil- dung“ dazu sagt. Übrigens ist dort auch ein Herr Zehetmair

(Zeller)

dabei. Dort wird dem Ganztags schulbereich eine besondere Bedeutung zugemessen, weil in Ganztags schulen eine bessere individuelle Förderung der jungen Menschen möglich ist und Ganztags schulen beim Finden und Fördern von Begabung geeigneter sind als die bisherigen Halbtags schulen.

(Abg. Seimetz CDU: Fragezeichen!)

– Ich weiß, dass Sie das nicht wahrhaben wollen, Herr Seimetz. Das ist ja genau Ihr Problem, weil Sie dogmatisch argumentieren.

(Abg. Seimetz CDU: Was Sie anführen, ist Dogmatik!)

Überall in Deutschland hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir Ganztags schulen in allen Schularten ausbauen müssen und nicht nur bei den Hauptschulen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Im Übrigen ist es auch eine Stigmatisierung der Hauptschulen, was Sie hier betreiben.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist ein großer Quatsch!)

Das sage ich Ihnen als Hauptschulmann, der eigentlich anders denken sollte.

Natürlich sind Ganztags schulen auch geeignet und dazu da, Müttern und Vätern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Man muss deutlich sagen, dass es meistens die Mütter sind, die hiervon profitieren. Das ist eine Forderung, die auch von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erhoben wird, die einen Mindestbedarf von 20 % sehen und Ganztags schulen inzwischen als einen wichtigen Standortfaktor betrachten.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Der Gemeindetagspräsident, Herr Brucker, hat erst kürzlich Ähnliches gesagt. Ich könnte weitere Beispiele nennen.

Ihr Problem ist, dass das nicht in Ihr Weltbild hineinpasst und Sie Angst haben, dass es durch die Ganztags schulen zu einer Entwicklung kommt, die Sie nicht haben wollen. Sie beschränken die Ganztags schulen lediglich auf die Hauptschulen und haben heute auch in der Presse wieder die Zahl von 170 Hauptschulen genannt. Das ist der Umfang, den Sie zugestehen wollen, und alles andere, was aus familienpolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen noch notwendig wäre, lehnen Sie ab.

Dringend notwendig ist ein regional ausgewogenes Angebot an Ganztags schulen für alle Schularten. Wir haben dazu Anträge vorliegen. Wir wollen, dass jährlich 100 neue Ganztags schulen in Baden-Württemberg eingerichtet werden, also bis zum Jahr 2006 weitere 500 Schulen und mindestens zwei Schulen pro Kreis im Jahr.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wie kommen Sie denn auf diese Zahl? Wie ist das berechnet?)

Wir wissen, dass dies nicht zum Nulltarif möglich ist und Bildung Geld kostet. Aber das sind für uns notwendige Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb fordern wir zusätzlich jeweils 300 Stellen im Haushalt, und ich sage Ihnen, Herr Seimetz, alles seriös finanziert, ohne damit die Neuverschuldung zu erhöhen.

(Abg. Seimetz CDU: Ja, ja! – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Betrachtet man nun Ihre Personalpolitik, so kann man nur feststellen, dass das eine Politik verpasster Chancen ist, auch verbunden mit einem gewissen Täuschungsmanöver. Ich will Ihnen das erklären. Sie haben es versäumt, rechtzeitig Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Deswegen kommen Sie zum Teil ganz erheblich unter Druck.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Nebenbei: Wie Sie die neuesten Zahlen zum Unterrichtsausfall an unseren Schulen, vor allem an unseren Gymnasien und an unseren beruflichen Schulen, als eine Stabilisierung bezeichnen können, bleibt Ihr Geheimnis.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es ist auf jeden Fall ein schlechter Versuch, die reale Situation schönreden zu wollen. Oder muss ich hier sagen, dass sich PISA inzwischen auch bei den Rechenfähigkeiten des Ministeriums auswirkt?

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie sich nun damit brüsten, Sie würden mit dem Doppelhaushalt 3 000 zusätzliche Stellen schaffen, so muss man etwas genauer hinschauen.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt sind wir gespannt!)

Wenn man per Saldo das Schuljahr 2003 – –

(Abg. Röhm CDU: Nennen Sie einmal Zahlen!)

– Die will ich Ihnen gerade nennen: Wir haben im nächsten Schuljahr 6 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler.

(Abg. Röhm CDU: Woher haben Sie denn die Zahlen? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Von Ihnen nicht!)

Wenn man die Zahlen bereinigt – – Sie haben bei der Beratung im Finanzausschuss ja eingeräumt – Sie waren da nicht dabei –, dass die 660 Springer jetzt auf Stellen übernommen werden,

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

was aber keinen zusätzlichen Unterricht bedeutet. Das ist das Entscheidende.

Anhand der bereinigten Zahlen muss man also sagen: Sie schaffen lediglich 1 130 weitere Stellen im Schuljahr 2002/03.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

(Zeller)

Entscheidend ist aber das darauf folgende Schuljahr 2003/04. Da haben wir sogar ein Minus von 40 Deputaten,

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

bezogen auf die Unterrichtsversorgung. Das ist eigentlich der Skandal, der hier zu kritisieren ist. Sie müssen nämlich die Vorgriffsstunden im Block der zweiten fünf Jahre jetzt wieder aussetzen, und Sie müssen auch die Stunden in der Größenordnung von 400 pro Jahr herausrechnen, die jetzt für den notwendigen Fremdsprachenunterricht an der Grundschule zusätzlich kommen. Das heißt, obwohl wir gerade im Schuljahr 2003/04 zusätzlich 9 000 Schüler haben, haben wir ein Minus von 40 Deputaten, was die Unterrichtsversorgung angeht. Das ist schlichtweg nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Renate Rastätter GRÜNE und Seimetz CDU)

– Die verstehen das im Gegensatz zu Ihnen sehr wohl. Aber ich bin ja gern bereit, Ihnen noch eine Privataudienz zu geben, damit Sie es dann vielleicht kapieren.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Audienz! Jetzt geben Lehrer schon Audienzen! Das ist unglaublich! – Zurufe der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Seimetz CDU)

Ihre Reformunfähigkeit, meine Damen und Herren, zeigt sich auch in der Blockade eines besseren Schullebens bei den beteiligten Gremien. Diese Gremien haben einen gesetzlichen Auftrag, meine Damen und Herren. Während Sie, Frau Ministerin, Ihre Parteifreundin und CDU-Multiaktivistin, Frau Heinisch, mit ihrer neu gegründeten Elternakademie mit insgesamt 600 000 € fördern,

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

sind Sie nicht bereit, die Arbeit der gewählten und gesetzlich verankerten Gremien – Landeselternbeirat, Landeschulbeirat und Landeschülerbeirat – entsprechend zu fördern.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Sie haben hier wohl ein parteipolitisches Denken.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Der Gesamtelternbeirat bekommt gar nichts von Ihnen.

Meine Damen und Herren von der Koalition, wir fordern Sie deswegen auf, unseren Anträgen auf eine bescheidene Erhöhung der Mittel für die eben genannten Gremien zuzustimmen. Zeigen Sie wenigstens hier einmal Einsicht.

Genauso obrigkeitsverhaftet verhalten sich die Ministerin und ihr Haus, wenn es um die Selbstständigkeit der Schulen und um das Lernen aus Evaluation geht.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Was heißt denn „obrigkeitsverhaftet“?)

Die zeitgemäße Devise heißt aber „Beratung statt staatlicher Bevormundung“. Was wir brauchen, sind mündige Schulen, die im Rahmen von gesamtstaatlichen Vorgaben

(Zurufe der Abg. Röhm und Dr. Lasotta CDU)

ihr pädagogisches Programm selbst erarbeiten und weiterentwickeln.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Seimetz: Von Zeller nichts Neues! Wann kommt endlich etwas Neues? Die Platte hören wir schon seit Jahren!)

– Im Gegensatz zu Ihnen bin ich jeden Tag vor Ort und weiß, wovon ich rede.

(Zurufe von der CDU)

Mündige Schulen brauchen Entscheidungsmöglichkeiten, die Sie ihnen bislang verwehren. Deswegen reden Sie nur daher und handeln nicht danach.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: Der Beifall bei Ihnen in der Fraktion ist aber sehr dünn!)

Im gymnasialen Bereich schaffen Sie das bewährte Kursystem ab und reduzieren die Zahl der Schuljahre, anstatt eine grundlegende und inhaltliche Reform eines Gesamtkonzepts zu entwickeln, das von der Unterstufe über die Mittelstufe bis zur Oberstufe reicht und die Betroffenen beteiligt. Sie zäumen sozusagen das Pferd von hinten auf.

Vor allem kommen Sie einer wichtigen gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit nicht nach.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

In den kommenden Jahren brauchen wir eindeutig mehr Hochschulabsolventen. Das sagt uns der jüngste Bericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur „Zukunft von Bildung und Arbeit“. Das zeigen uns im Übrigen auch die anderen Länder und andere Staaten.

Deshalb wollen wir, meine Damen und Herren, dass Sie die Deckelung im beruflichen Schulwesen aufheben und jährlich 100 weitere Schulklassen im gymnasialen Bereich der beruflichen Schulen zulassen.

(Abg. Seimetz CDU: Das hat der Wintruff reingeschrieben!)

Oder einfacher gesagt: Wir brauchen mehr Klassen an unseren Fachgymnasien.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Lehrerbildung muss reformiert werden. Die Lehrerbildung ist im Übrigen der Erfolgsfaktor Nummer 1. Wir brauchen eine grundsätzliche Neuorientierung der gesamten Lehreraus- und -fortbildung. Dabei empfiehlt es sich grundsätzlich, zwischen zwei Anforderungen, der Primarstufe und der Sekundarstufe I und II, zu unterscheiden. Wir brauchen keine „kleinen Professoren“, meine Damen und Herren; wir brauchen Lehrkräfte, die etwas von Didaktik, Methodik und Pädagogik verstehen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Und vom Handwerk!)

– Richtig, da stimme ich Ihnen zu. – Neben den fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Kompetenzen müs-

(Zeller)

sen sie im Übrigen auch den Computer beherrschen können und einige Grundkenntnisse über einen Schulbetrieb haben.

(Abg. Wieser CDU: Ich mache einen Unterrichtsbesuch bei Ihnen!)

Im Multimediabereich haben Sie große Ankündigungen gemacht und sind kläglich gescheitert. Sie wollten über die Landesstiftung – wieder einmal die berühmte Landesstiftung – den Großteil der 51 Millionen € in die dringend notwendige Lehrerfortbildung stecken. Fehlanzeige!

(Abg. Seimetz CDU: Das übliche Gejammer!)

Sie mussten erkennen, dass die Lehrerfortbildung eine ur-eigenste Landesaufgabe ist und nicht über die Landesstiftung finanziert werden kann. Sie haben hier eine Verpflichtung als Dienstherr und Arbeitgeber. Mit Gemeinnützigkeit hat das also nichts mehr zu tun.

Übrig geblieben sind für die Lehrerfortbildung im Multimediabereich lächerliche 3,6 Millionen €. Völlig offen ist im Übrigen, was mit den restlichen 22 Millionen €, die da einmal verplant waren, geschehen soll. Sie weigern sich in unverantwortlicher Art und Weise – das sage ich Ihnen auch –, sich an den Investitionskosten für die Multimediaausstattung der Schulen zu beteiligen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist kommunale Aufgabe!)

Sie lassen die Kommunen mit diesen riesigen Zukunftsinvestitionen im Stich, und der Herr Ministerpräsident, der sich im Wahlkampf noch groß feiern lässt als einer, der für Multimedia eintritt, lässt die Kommunen dafür bezahlen. Eine saubere Arbeitsteilung!

(Abg. Seimetz CDU: Das stimmt doch auch nicht! Das ist das alte Gejammer!)

– Natürlich stimmt das. Das ist genau der Punkt.

Sie sollten sich im Übrigen hier ein Beispiel an der Bundesregierung nehmen, die, ohne dafür zuständig zu sein, für die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg immerhin 34,9 Millionen DM für die Multimediaausstattung zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Lasotta: Wenn der Bund uns an den UMTS-Erlösen beteiligt hätte, hätten wir viel mehr Geld da hineinstecken können! – Abg. Wieser CDU: Der Bund soll seine Aufgaben erfüllen!)

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Weiterbildung sagen. Wer lebenslanges Lernen predigt, sollte bereit sein, damit endlich Ernst zu machen. Wir nehmen die Weiterbildung sehr ernst, meine Damen und Herren, und beantragen deswegen die Aufstockung der Mittel um insgesamt 6 Millionen €.

Zum Schluss noch ein Satz zur Jugendarbeit. Zahlreiche Vereine, Jugendorganisationen und Verbände leisten hier hervorragende Arbeit. Dies ist die beste präventive Arbeit.

Dafür möchten wir den zahlreichen Ehrenamtlichen, aber auch den Hauptamtlichen herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ebenso Dank sagen möchte ich auch den vielen engagierten Lehrkräften und den Eltern, die sich im Schulbereich engagieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir nun bescheidene Erhöhungsanträge für die Musikschulen und die Jugendkunstschulen stellen, so wollen wir damit deren Arbeit nicht nur anerkennen, sondern auch einen kleinen Beitrag leisten, der sozialen Auslese, die durch immer höhere Elternbeiträge entsteht, wirksam entgegenzuwirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Capezzuto SPD: Das wird jetzt schwer! – Zuruf von der SPD: Jetzt wird es philosophisch!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Du wiederholst dich jedes Mal, wenn ich ans Rednerpult gehe.

(Abg. Teßmer SPD: Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!)

– Wer unter dem Stern des Höchsten steht, geht niemals einen schweren Weg.

(Heiterkeit – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Capezzuto)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Oettinger hat gestern zu Beginn dieser zweiten Lesung – – Jetzt dokumentieren Sie doch nicht noch, Herr Kollege Capezzuto, dass die Deutschen nicht nur nicht lesen können, sondern auch nicht zuhören können. Wer nicht zuhören kann, kann auch nie lesen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Kollege Oettinger hat gestern zu Beginn der zweiten Lesung des Doppelhaushalts 2002/03 die Beratungen unter das Zeichen des 50-jährigen Jubiläums unseres Landes gestellt. Das wäre auch und gerade für die Beratungen des Kulturetats einiger Betrachtungen wert, wenn ich etwa an die Vielzahl von Veranstaltungen und Themen denke, mit denen sich Schulen und Schüler an diesem Jubiläum aktiv beteiligen, oder wenn ich – um das Thema sozusagen von der anderen Seite her zu beleuchten – zum Beispiel an die vehement geführte Debatte denke, die seinerzeit in der Verfassungsgebenden Landesversammlung über die Frage der Zulassung privater Schulen geführt wurde.

Wir alle wissen, dass dieser Streit mit der Aufnahme der frei getragenen Schulen in unsere Landesverfassung hin-

(Kleinmann)

sichtlich der konkreten Fragen keineswegs abschließend erledigt ist. Der Streit etwa um die Höhe und Bemessung der Finanzhilfe des Staates, die diesen Schulen aufgrund ihrer auch grundgesetzlichen Absicherung zusteht, reicht bis in unsere Tage hinein. Es ist erst diese Koalition von CDU und FDP/DVP gewesen, die sich, beginnend in der vergangenen Legislaturperiode, darangemacht hat, gemeinsam mit den Trägern der freien Schulen eine befriedigende Lösung zu erarbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Weg dahin ist nicht einfach, aber wir werden – Frau Lazarus ist leider nicht da; sie ist da federführend tätig – ihn sicherlich erfolgreich zu Ende gehen.

(Abg. Wieser CDU: Ich vertrete sie in dieser Frage!)

Wenn wir den Schuletat beraten, kommen wir freilich in diesen Tagen um das Thema PISA nicht herum. PISA ist in aller Munde, auch im Munde derer, die über Schule nur deshalb Bescheid wissen, weil sie irgendwann selbst einmal in einer Schule waren, und PISA hat ergeben, dass deutsche Schülerinnen und Schüler nicht mehr lesen können. In dieser Form ist PISA inzwischen allgemeines deutsches Gedankengut.

Meine Damen und Herren, nach meiner geradezu täglich neu bestätigten Erfahrung belegt die Diskussion über PISA, dass auch deutsche Erwachsene interessanterweise nicht mehr lesen können und vielleicht auch gar nicht lesen wollen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sie lesen jedenfalls schön vor! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Hier sollte man frei sprechen!)

Denn ich habe bislang höchstens eine Hand voll Menschen getroffen, die von dieser Untersuchung mehr gelesen hatten als das, was aus zweiter Hand an allen möglichen wohlfeilen Stellen über die PISA-Untersuchung zu lesen ist.

(Zuruf)

Diese Untersuchung – ich spreche nur von dem, was hier von veröffentlicht ist – ist nun wahrlich nicht nur sehr umfangreich, sondern auch sehr komplex.

Die Sachdebatte will und kann ich an dieser Stelle nicht führen. Wir haben dies bei anderer Gelegenheit zu tun, und zwar vor allem dann, wenn auch die länderspezifischen Ergebnisse vorliegen. Sie sind ja für April oder Mai angekündigt. Denn nicht nur die Wahrheit, sondern auch Schule, meine Damen und Herren, ist konkret, und wenn wir wissen wollen, wo unsere Schulen hier im Land stehen, wie es um ihre Qualität und Leistungsfähigkeit bestellt ist, welche Schwächen sie haben und wo mit weiteren Verbesserungen anzusetzen ist, dann sagen uns bundesweite Querschnittbefunde herzlich wenig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich wiederhole, was wir in der Aktuellen Debatte zu diesem Thema gesagt haben: Die richtige Reaktion auf PISA

kann nicht in Schnellschüssen und auch nicht darin bestehen, sich in monokausaler Betrachtungsweise einzelne Bruchstücke gewissermaßen herauszugreifen und dabei natürlich diejenigen zu wählen, die einem selbst aus diesem oder jenem vorgefassten Grund besonders gut in den Kram passen.

Wenn es, um nur ein Beispiel zu nennen, unter den in der PISA-Rangfolge oben rangierenden Ländern solche gibt, die für die schulische Bildung im Vergleich zu Deutschland mehr Geld ausgeben, aber eben auch solche, bei denen es gerade umgekehrt ist, dann muss man schon beides zur Kenntnis nehmen und etwas genauer hinschauen, ehe man verkündet, die Ursache der vermeintlichen oder tatsächlichen Misere liege in einer zu geringen Mittelausstattung für unsere Schulen. Dies allein ist ganz gewiss nicht die Ursache.

(Abg. Seimetz CDU: Ja, richtig!)

Für die Frage der Klassengrößen, für die Frage „Differenzierung im Schulsystem – ja oder nein bzw. wie und ab wann?“ sowie für viele weitere Fragen gilt grundsätzlich dasselbe.

Ich bleibe übrigens dabei, dass auch die Untersuchungsanlage einiger Nachfrage wert ist. Nicht zuletzt gilt das für den Begriff Bildung, der dieser Untersuchung methodisch zugrunde liegt und der sich in ihren Aufgabenstellungen und dann natürlich auch in ihren Ergebnissen widerspiegelt. Auch dies muss hinterfragt werden.

Die billigste Reaktion – das will ich an dieser Stelle betonen – ist die eilfertiger oder gar hämischer Schuldzuweisungen. Es ist billig und weitgehend auch schlicht schäbig, nun einmal mehr über Lehrerinnen und Lehrer herzufallen, ob nun offen und direkt oder eher versteckt und subtil. Ich weiß, meine Damen und Herren – und meine Fraktion in gleicher Weise –, die Leistungen und Fähigkeiten sowie die hohe Einsatzbereitschaft des allergrößten Teils unserer Lehrerinnen und Lehrer zu schätzen und weise solche Schuldzuweisungen mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Abg. Zeller SPD: Wer hat das gemacht?)

– Habe ich Herrn Abg. Zeller zitiert?

(Abg. Zeller SPD: Mich interessiert, auf wen Sie sich beziehen!)

– Auf mehrere.

(Abg. Zeller SPD: Auf wen?)

– Ich sage den Namen nicht, auch wenn Sie den jetzt hören wollen.

(Unruhe – Abg. Zeller SPD: Wer sagt so etwas?)

– Nein. Entschuldigung, es gibt einen wichtigen Mann hier in diesem hohen Haus, der sich darüber einmal entsprechend ausgelassen hat.

(Unruhe – Abg. Pfister FDP/DVP: Ruhig! Keine Namen nennen!)

(Kleinmann)

Abschließend zu diesem Kapitel – auch das haben wir bereits in der Aktuellen Debatte hierzu gesagt –: Der Schock, den PISA ausgelöst hat, kann und wird ein heilsamer sein, wenn er nicht nur zu einem Aufschrei führt, sondern zu einer nachhaltigen, an der Sache orientierten Diskussion und zu einer anhaltenden Bewusstseins-schärfung in möglichst allen Teilen der Gesellschaft. PISA ist eine Herausforderung, meine Damen und Herren, allerdings keineswegs nur für die Politik. Es ist auch eine Herausforderung zum Beispiel und gerade auch für die Eltern. Ich weise auf die gestrige Bemerkung des Ministerpräsidenten hin, die ich voll teile: Eltern obliegen Bildung und Erziehung zuerst, und zwar nicht, weil es so in unserer Verfassung steht, sondern weil Bildung und Erziehung im Elternhaus beginnen und auch nur dort beginnen können.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wenn es sein muss, ja.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Das geht auch charmanter! – Abg. Teßmer SPD: Aber Hochwürden!)

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Kleinmann, können Sie mir erklären, welchen Teil der PISA-Studie Sie nun genau auf die Eltern übertragen wollen? Mein Kleiner ist in der zweiten Grundschulklasse; dort sitzen 31 Schülerinnen und Schüler. Ich würde gerne wissen, wie die Eltern damit fertig werden können, dass in dieser Klasse das Lesen kaum geübt werden kann, weil es zu viele Kinder sind, und dass dieses Üben woanders erfolgen muss. Vielleicht können Sie mir helfen.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich helfe Ihnen gern, aber darauf habe ich mich hier gerade gar nicht bezogen, Frau Kollegin Weckenmann, sondern ich habe dargelegt –

(Abg. Ruth Weckenmann SPD unterhält sich mit Abg. Pfister FDP/DVP. – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Weckenmann, würden Sie bitte die Antwort des Herrn Abg. Kleinmann entgegennehmen.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich hatte mich eben darüber ausgelassen, dass Bildung und Erziehung im Elternhaus beginnen müssen, Frau Kollegin, und auch nur dort beginnen können. Im Klartext heißt das, wenn Sie es von mir konkret wissen wollen: Meine Frau und ich lesen unseren Kindern jeden Abend vor. Das ist schon einmal ein kleines Mosaiksteinchen in der Erziehung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Es geht gar nicht um meine oder Ihre Kinder, Herr Kleinmann! Was macht die türkische Mutter, die nicht Deutsch kann?)

– Gut, darüber, dass wir den Klassenteiler in den Grundschulen vielleicht irgendwann einmal reduzieren sollten, diskutieren wir gerne noch an anderer Stelle. Nach dem

Jahr 2006 wird sich die ganze Sache etwas entspannt haben.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Herr Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Kleinmann, warum teilen Sie uns diese profunde Weisheit mit, dass Erziehung im Elternhaus beginnen soll? Glauben Sie, dass wir das nicht wissen?

(Heiterkeit)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Verehrter Herr Kollege Kretschmann, ich habe Ihnen nie unterstellt, dass Sie das nicht wissen. Aber ob es alle wissen, würde ich doch mit einem Fragezeichen versehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist bereits vieles in die Diskussion gebracht worden, was als Konsequenz zu ziehen wäre. Manches ist richtig; ich will das hier gar nicht wiederholen. Aber ich bin davon überzeugt, dass Baden-Württemberg auch in dieser Hinsicht auf gutem und richtigem Weg ist. Das betrifft die Bildungspolitik; es betrifft aber auch die Haushaltspolitik, in der sich die Bildungspolitik widerspiegelt, in der Frage der Betreuungsangebote für Kinder und Schüler und ebenso im Bereich der Ganztags-schulen. Beides steht bei den Forderungen nach Konsequenzen obenan. Dabei hat diese Koalition und insbesondere die FDP/DVP einen Paradigmenwechsel eingeleitet und vollzogen. Wer dies bestreiten wollte, Herr Zeller, weiß nicht, wovon er redet.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Das beginnt im Bereich der Schule mit der verlässlichen Grundschule, die die Koalition mit Kostenbeteiligung des Landes eingeführt hat und in kurzer Zeit flächendeckend ausgebaut haben wird.

(Abg. Zeller SPD: 7,2 % der Schüler nehmen daran teil!)

Da sind die vielfältigen klassischen Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler, im vorschulischen Bereich nun im Rahmen des umfassenden Kinderbetreuungskonzepts ergänzt um Angebote auch für Kinder unter drei Jahren, Frau Weckenmann.

Da ist die Fortführung der Schulsozialarbeit, deren zunächst bestehende zeitliche Befristung wir aufgehoben haben und die wir mit diesem Haushalt auf 142 Stellen ausweiten wollen. Damit sind die Standorte, an denen nach einvernehmlicher Feststellung von Schulverwaltung, Schulträger und örtlichem Jugendhilfeträger Bedarf an der Einrichtung einer Ganztags-schule besteht, zwar noch nicht vollständig, aber doch weitestgehend abgedeckt.

Und da ist die Einrichtung weiterer Ganztags-schulen.

(Kleinmann)

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: In Stuttgart fehlen 2 000 Plätze, Herr Kleinmann! Wo leben Sie denn? – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Ich stelle jetzt einmal fest, dass das Land Baden-Württemberg nicht nur aus Stuttgart besteht. Ich komme aus Rottweil.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Weitere Ganztagschulen werden eingerichtet, selbstverständlich. So falsch es wäre, Herr Zeller, das Angebot von Ganztagschulen auf Hauptschulen zu beschränken, so richtig ist es auf der anderen Seite auch, das Angebot vor allem im Bereich der Hauptschulen, die unter erschwerten pädagogischen Bedingungen arbeitet, auszuweiten. Ich behaupte, das ist keine Stigmatisierung, sondern einfach eine Anerkennung der Realität.

Die Kritik der Opposition besteht letztlich allein darin, dass sie sagt, all dies sei zu wenig und komme zu spät.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Etwas Eigenständiges ist noch nicht gekommen!)

Ich darf daran erinnern, dass Sie auch einmal vier Jahre regiert haben. Meine Damen und Herren, diese Kritik ist recht billig, denn Vorwürfe und Forderungen dieser Art lassen sich immer erheben. Inhaltlich ist diese Kritik daher im Grunde genommen eine Bestätigung der Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Wegs.

Sie fordern, dass wir ihn noch schneller gehen, bleiben aber mit den von Ihnen vorgelegten Finanzierungsvorschlägen selbst auf der Strecke. Es ist kein Zufall, dass sich die von der Opposition eingebrachten Änderungsanträge auf eben diesen Bereich konzentrieren. Keine Spur mehr von der Forderung einer generell weiter erhöhten Lehrereinstellung – das hat sich heute etwas geändert –, die vor kurzem noch bei der Betrachtung des Nachtragshaushalts das dominierende Thema schlechthin war.

(Abg. Teßmer SPD: Alte Kamellen! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ändert sich laufend!)

– Täglich ändert sich das.

Meine Damen und Herren, auch das ist eine Bestätigung der Richtigkeit unseres Kurses. Wenn Herr Kollege Dr. Salomon in seiner gestrigen Haushaltsrede für den Kraftakt der Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen in den Jahren des Doppelhaushalts 2002/03 und nach klarer Festlegung dieser Koalition darüber hinaus seine ausdrückliche Anerkennung ausgesprochen hat, so hat er schlichtweg damit Recht.

Meine Damen und Herren, die Daten bezüglich der Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen sind hinlänglich oft genannt worden. Ich muss und will Sie damit nicht erneut traktieren. Diese Daten belegen, dass wir das Mögliche und Erforderliche getan haben, um auch künftig eine angemessene und gute Unterrichtsversorgung zu gewährleisten, und zwar vor dem Hintergrund weiter wachsender Schülerzahlen – das ist richtig, Herr Zeller – sowie neuer Aufgaben für die Schule einerseits, aber auch vor dem Hintergrund

der unumgänglichen Erfordernisse der Konsolidierung unseres Haushalts andererseits.

Sicherung der Unterrichtsversorgung ist übrigens keineswegs allein eine Frage von Lehrerstellen und finanziellen Mitteln.

(Abg. Seimetz CDU: So ist es!)

Wir gewährleisten sie auch durch die Fortführung der Springerreserve für Krankheitsvertretungen, und wir gewährleisten die Unterrichtsversorgung nicht zuletzt durch intelligente Lösungen bei der Lehrereinstellung wie etwa der vorgezogenen Einstellung von Bindungslehrern oder im Bereich der beruflichen Schulen mit der Erleichterung des Quereinstiegs. Beides sind sinnvolle Reaktionen auf einen knapper werdenden Lehrerbearbeitungsmarkt.

Aber all dies hat natürlich seinen Preis. Die Dimension des finanziellen Kraftakts in haushaltspolitisch extrem schwieriger Zeit lässt sich an einem Wert ablesen, meine Damen und Herren. Der Anteil der Bildungsausgaben, ohne Hochschule, an den Gesamtausgaben des Landes steigt im Doppelhaushalt 2002/03 auf über 20 %. Falls sich jemand nicht mehr daran erinnert: Im letzten Jahr der großen Koalition von CDU und SPD lag er gerade einmal bei 14 %.

Dass Bildungspolitik in Baden-Württemberg Priorität hat, lässt sich freilich auch qualitativ und inhaltlich belegen. Schule, die erstarrt, ist keine gute Schule. Schule in Baden-Württemberg ist in Bewegung, und zwar in der richtigen Richtung. Das ist zum einen das Verdienst engagierter Lehrerinnen und Lehrer, die sich neuen Anforderungen stellen, Gestaltungsspielräume nutzen und sich aktiv an der Schulentwicklung beteiligen. Das hat aber zum anderen auch die Setzung der richtigen bildungspolitischen Rahmenbedingungen und Impulse als Voraussetzung. Hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Betreuung habe ich solche bereits angesprochen.

(Abg. Wintruff SPD: Was sagen Sie zu den Musikschulen?)

Dass Baden-Württemberg darüber hinaus im schulischen Bereich neue Impulse setzt, neue Konzepte entwickelt und umsetzt, will ich abschließend hervorheben. Dazu gehört die Ausweitung der eigenverantwortlich zu gestaltenden Handlungsspielräume der Schule mit einem eigenen Pilotprojekt im Bereich der beruflichen Schulen. Dazu gehören das Impulsprojekt zur Weiterentwicklung der Hauptschule sowie die Maßnahmen zur Modernisierung der Realschulen, wie etwa mit dem Projektbereich „Wirtschaften, Verwalten und Recht“ oder der Einführung bilingualen Unterrichts an mehr als 100 Realschulen. Dazu gehört die Reform der gymnasialen Oberstufe, deren Stärkung der Kernfächer wir immer begrüßt haben, sowie die Einführung des generell achtjährigen Gymnasiums, die wir lange gefordert haben. Dazu gehören die Maßnahmen des „Schulanfangs auf neuen Wegen“ für die Grundschule, die eine Reduzierung der objektiv in diesem Maß unbegründeten Zurückstellungen vom Schulbesuch in Höhe von zuletzt 10 % auf das sinnvolle Maß bewirkt haben und auch durch die Flexibilisierung der Einschulung zu einer Herabsetzung des durchschnittlichen tatsächlichen Einschulungsalters geführt haben. Auch und gerade hier – ich will noch einmal daran

(Kleinmann)

erinnern – lässt PISA herzlich grüßen. Dazu gehört nicht zuletzt die eingeleitete flächendeckende Einführung der Grundschulfremdsprache, die über die unmittelbar praktischen Verwendungsaspekte und damit auch beruflichen Aspekte hinaus eine Ausweitung der grundlegenden Bildungsinhalte für alle Schülerinnen und Schüler bedeutet.

Die anhaltenden Proteste von Elternseite gegen die Einführung des Grundschulfranzösisch an der so genannten Rheinschiene erreichen natürlich auch uns Parlamentarier. Jetzt, da es wirklich praktisch zu werden beginnt, scheint sogar eine neuerliche Welle dieser Proteste bevorzustehen. Ich will daher an dieser Stelle klar sagen: Am vielfach begründeten Sinn, die Sprache des Nachbarn zu erlernen, gibt es für uns keinerlei Zweifel. Ob es nicht vielleicht gar grundsätzlich besser ist, mit einer Sprache wie zum Beispiel Englisch zu beginnen, mag dahingestellt sein. Richtig ist in jedem Fall, dass der Beginn mit Französisch den Erwerb der Weltsprache Englisch grundsätzlich nicht verbaut. Unabhängig davon hätten und hatten wir uns gewünscht, mit der flächendeckenden Einführung der Grundschulfremdsprache auch die Möglichkeit der Wahl durch die Eltern zu eröffnen. Aber hier sind uns finanziell die Hände gebunden.

Der in diesem Zusammenhang vom Landeselternbeirat unterstrichenen Forderung nach Fortführung der Grundschulfremdsprache auch in der Haupt- und in der Realschule ist in der Konzeption für die flächendeckende Einführung der Grundschulfremdsprache Rechnung getragen worden.

Meine Damen und Herren, dies sind nur einige Beispiele, die ich auch der Opposition nennen möchte. Ich appelliere an Sie, sich vor dem skizzierten Hintergrund offensiv für diese Konzepte einzusetzen und hinsichtlich der zweifellos noch erforderlichen Informations- und Überzeugungsarbeit der Eltern vor Ort einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Meine Damen und Herren, nicht nur das Beispiel der Einführung der Grundschulfremdsprache zeigt: Die Bildungspolitik unseres Landes ist für die vor uns liegenden Aufgaben gut gerüstet. Die darin liegenden Herausforderungen werden wir in konstruktiver Auseinandersetzung bewältigen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wintruff SPD: Was sagt die FDP zur Musikschule?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Sie schon bei meinen Vorrednern festgestellt haben, bewegt uns immer noch das Thema PISA. Auch ich werde natürlich bei meinen Ausführungen zum Doppelhaushalt auf die PISA-Ergebnisse eingehen.

Die Ergebnisse sind nicht neu. Wir hatten schon in den Jahren zuvor von der OECD durchgeführte internationale Vergleichsstudien. Aber jetzt, nachdem wir die Ergebnisse von drei Kompetenzbereichen auf einmal vorliegen haben,

sind diese Ergebnisse für unser deutsches Bildungswesen schlicht und ergreifend erdrückend. Manche sagen bereits, wir seien eigentlich gar nicht so schlecht, wir lägen doch im unteren Mittelfeld. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen uns nichts vormachen. Unsere Referenzländer sind nicht Länder wie Mexiko, Russland oder Griechenland, nein, die richtigen Referenzländer für uns sind hoch entwickelte Industriestaaten weltweit, wie zum Beispiel Neuseeland, Australien, Kanada oder die mitteleuropäischen Staaten. Und da sind wir ganz eindeutig Schlusslicht.

Die TIMSS-Studie, deren Ergebnisse wir bereits seit einigen Jahren kennen, hat uns schon Warnsignale gegeben, aber außer der Einrichtung von einigen Bund-Länder-Modellversuchen zur Steigerung der Effizienz des naturwissenschaftlich-mathematischen Unterrichts, an denen übrigens auch baden-württembergische Schulen teilnehmen, ist nicht viel passiert. Aber jetzt haben wir keine Alternative mehr. PISA muss als Chance begriffen werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die tief greifende Irritation, die wir doch alle empfinden, kommt in der Frage zum Ausdruck: Wieso sind wir als traditionelles Bildungsland, als Kulturnation nicht imstande, bei unseren Schülern die Potenziale, die Leistungen in gleicher Weise zu fördern wie andere erfolgreiche Länder? Diese Irritation, meine Damen und Herren, darf nicht verdrängt werden, sondern wir müssen uns ihr stellen und die tiefer gehenden Ursachen und Zusammenhänge dafür untersuchen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Denn nur dann, wenn wir den Blick nicht verengen, sondern die kulturellen Voraussetzungen für Leistung und Lernen in unserer Gesellschaft berücksichtigen, wenn wir die Grundannahmen unseres Bildungswesens mit in den Blick nehmen, können wir die nachhaltigen Reformprozesse einleiten, durch die unsere Schülerinnen und Schüler die gleichen Möglichkeiten bekommen, die sie anderswo haben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Und die Kinder fordern!)

– Natürlich fordern, das ist doch klar. Das, was da ist, muss auch entwickelt werden. Da gebe ich Ihnen völlig Recht.

Eines will ich gleich an dieser Stelle zu Frau Kultusministerin Schavan sagen – ich gebe ihr nämlich in diesem Punkt völlig Recht –:

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Das Thema PISA geht uns alle an. Es geht alle Bundesländer an. Alle sind betroffen. Niemand kann sich herausreden. Selbst wenn es graduelle Unterschiede im Ländervergleich gibt, darf das kein Grund sein, uns nicht mit den tief gehenden Ursachen zu befassen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Also gehen Sie davon aus, dass Baden-Württemberg im Ländervergleich besser abschneidet!)

(Renate Raststätter)

– Ich bin keine Prophetin, und ich warte das Länderergebnis genauso wie meine Ministerin in aller Ruhe ab.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: „Meine“ Ministerin! – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut, Frau Raststätter!)

Nebenbei bemerkt: Sie ist meine oberste Dienstherrin, denn ich bin beurlaubte Lehrerin.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Dr. Lasotta CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Bravo! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was denn noch alles?)

Aus der Fülle der Fragen, die sich uns stellen, möchte ich jetzt nur drei exemplarisch nennen.

Erstens: Wie kann die Koppelung von sozialer Herkunft und Leistung verändert werden? Denn es kann uns nicht egal sein,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE zur CDU: Zuhören!)

dass Kinder aus akademisch vorgebildeten Elternhäusern eine dreimal so hohe Chance haben, höherwertige Bildungsabschlüsse zu erreichen.

Zweitens: Wie kann die große Diskrepanz zwischen den Leistungserwartungen, wie sie in unseren Bildungsplänen festgelegt sind und wie sie auch die Lehrkräfte haben, und den tatsächlichen Leistungserträgen überwunden werden? Diese Diskrepanz ist übrigens bei uns so groß wie in keinem anderen Land. Nach der Erwartung der Lehrkräfte an den Gymnasien zum Beispiel müssten alle unsere Gymnasiasten in der obersten Kompetenzstufe 5 sein. Fakt ist aber, dass wir tatsächlich nur eine sehr kleine Spitzengruppe haben.

(Abg. Teßmer SPD: Da brauchen Sie aber jetzt nicht nach rechts zu gucken!)

Drittens: Wie kann der Unterricht so verbessert werden, dass der in Deutschland in den weiterführenden Schulen sich hartnäckig haltende, fragend-entwickelnde Unterricht verändert wird? Denn diese Unterrichtsform unterfordert unsere Schüler, verhindert kreatives Lernen und führt zu Erschöpfungszuständen bei Lehrkräften, denn dieser Unterricht ist extrem anstrengend und wird auch der pädagogischen Kompetenz unserer Lehrkräfte nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Was muss dazu an der Lehrerausbildung verändert werden? Wie muss die Fortbildung der Lehrkräfte verändert werden?

Meine Damen und Herren, es gibt Handlungsfelder, wo bereits Begonnenes fortgesetzt werden kann und wo neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden müssen. Dazu haben wir Grünen Anträge zu diesem Haushalt eingebracht. Heute stehen fünf Anträge zur Abstimmung. Ich möchte diese kurz – auch im Kontext von PISA – begründen.

Erstens: Niemand bezweifelt, dass der frühen Sprachentwicklung und Sprachkompetenz der Kinder die allergrößte

Bedeutung zukommt. Jürgen Baumert, der Direktor des Max-Planck-Instituts in Berlin und der Leiter der deutschen PISA-Studie, sagt ganz klar: Wir differenzieren früh in unterschiedliche Bildungsgänge, aber wir gehen mit den Folgen nicht intelligent um. Das heißt, wer früh selektiert, muss im vorschulischen Bereich und in der Grundschule mehr investieren. Von den frühen Angeboten profitieren insbesondere die Kinder, die herkunftsbedingte Nachteile haben. Das sind ausländische Kinder, das sind Kinder aus sozial benachteiligten Familien, das sind aber auch sehr leistungsfähige Kinder, die nicht genügend „Futter“ im vorschulischen und im Grundschulbereich bekommen. Deshalb sagen wir Grünen, und wir sagen es nicht zum ersten Mal: Die Grundschule braucht mehr Zeit und mehr Ressourcen. Wir müssen jetzt Nägel mit Köpfen machen und in Baden-Württemberg endlich eine echte Halbtagsgrundschule von fünf Zeitstunden mit einer Öffnungszeit von fünfeinhalb Stunden für alle Kinder einrichten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das haben wir doch quasi!)

– Nein. Dieses Modell, bei dem für einen Teil des Vormittags die Betreuung an die Kommunen abgegeben wird, die keine Kompetenz und keine Zuständigkeit für Lernen und Unterricht haben,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die haben auch Kompetenz! Das hängt doch davon ab, wen sie einstellen!)

ist ein Sackgassenweg. Das ist eine Sackgasse, und Sie wissen auch genau, dass Kinder, die diese Förderung am intensivsten brauchen, zum Beispiel die ausländischen Kinder, häufig daran überhaupt nicht teilnehmen, weil dafür Gebühren verlangt werden.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die Träger der Jugendhilfe sind hier gemeint!)

– Es ist aber eine Betreuung und kein qualifiziertes pädagogisches Angebot.

Wir Grünen begrüßen die Einführung der Fremdsprachen ab der ersten Grundschulklasse; wir haben das von Anfang an mitgetragen. Wir sehen auch das Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“ als richtige Antwort

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

auf die späte Einschulung.

Wir bedauern allerdings, dass dieses Herzstück der Reform der Grundschule nicht richtig in die Gänge kommt. Nur ganz wenige Klassen in den 2 500 Grundschulen haben zum Beispiel bereits jahrgangsübergreifende Eingangsstufen.

Die echte Halbtagsgrundschule wird einen Reformschub bewirken, und dadurch wird auch das Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“ wieder neue Impulse bekommen.

(Beifall bei den Grünen)

Selbstverständlich brauchen wir auch Ganztagsangebote an Grundschulen. Nur vier der 2 500 Grundschulen in Baden-Württemberg sind Ganztagsgrundschulen; aber wir brau-

(Renate Rasttätter)

chen Ganztagsangebote an allen Schularten. Die SPD hat sich bei diesem Haushalt auf Ganztagschulen spezialisiert. Wir wollen möglichst schnell – innerhalb weniger Jahre – an allen Schulen Ganztagsangebote mit einem guten pädagogischen Konzept aus einem Guss.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Und wenn die Eltern oder die Schüler das nicht wollen?)

Wir wollen, dass für das pädagogische Konzept nicht die Kommunen, sondern die Schulen zuständig sind, weil dort die pädagogische Professionalität vorhanden ist. Wir wollen Lehrbeauftragte einbinden. Dazu haben wir bereits eine Initiative gestartet.

Nebenbei erwähnt, Frau Ministerin: Die ersten Schulen haben sich schon bei mir gemeldet und gesagt: Wir bedanken uns für diese Initiative; es ist ganz schlecht, dass Lehrbeauftragte nur als ehrenamtlich Tätige entschädigt werden können. Wir brauchen, um gute Angebote zu machen, auch Geld statt Lehrerstunden, damit wir Musikschulen und Jugendkunstschulen einbinden können und damit ein besseres musisches und musikalisches Angebot für alle Kinder an den Schulen machen können.

(Beifall bei den Grünen)

Selbstverständlich muss – darüber werden wir noch viel sprechen – auch die vorschulische Bildung und Erziehung intensiviert werden. Sie, Frau Schavan, müssen wirklich immer wieder daran erinnert werden, dass die Reform der Erzieherinnenausbildung bereits seit 1990 verschleppt wird und die Qualität der Erzieherinnenausbildung endlich verbessert werden muss.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Was ist mit den Erziehern? Sie sprechen immer nur von Erzieherinnen!)

Im Zusammenhang mit einer besseren vorschulischen Förderung finden wir übrigens, dass es ein Armutszeugnis ist, dass Sie von der Regierungskoalition gestern unseren Antrag auf Mutter-Kind-Sprachkurse im vorschulischen Bereich abgelehnt haben. Gerade für die ausländischen Kinder und ihre Mütter ist das ein ganz schlechtes Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ihnen liegen auch zwei Anträge zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts und damit zur Verbesserung der Lernleistungen unserer Schüler und Schülerinnen vor. Frau Kultusministerin, in einem Interview des „Rheinischen Merkur“ mit Ihnen habe ich gelesen,

(Oh-Rufe bei der SPD)

dass der Unterricht ergebnisorientierter werden muss.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Eine gute Zeitung!)

Da sind wir natürlich völlig einer Meinung. Aber jetzt erheben Sie die fantasielose Forderung nach mehr Noten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Oh! – Abg. Drexler SPD: Ist das Ihre Ministerin? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihre Ministerin!)

Zum Beispiel sollen die Orthographie und der Ausdruck jetzt in allen Fächern benotet werden.

(Abg. Drexler SPD: Das ist Ihre Ministerin!)

Sie sagen auch: Die Scheu gegenüber den Noten muss überwunden werden. Aber, liebe Frau Schavan, gehen Sie einmal an die Schulen! Wenn die Lehrer dort eines nicht scheuen, dann sind es Noten.

Der Münchner Entwicklungspsychologe Professor Weinert, den Sie ja gut kennen und der inzwischen leider verstorben ist, hat festgestellt: In unserem Unterricht wird zu wenig gelernt und zu viel bewertet. Jede Stunde ist eine Prüfungsstunde. Herr Baumert sagt: „Noten und Geld korrumpieren. Langfristig wird jede intrinsische Motivation abgetötet.“ Dabei, Frau Schavan, müssen wir ja nicht einmal die Forschung bemühen. Leider ist Herr Stächele nicht da; er könnte das bestätigen. Es gibt eine alte Bauernweisheit,

(Heiterkeit)

die besagt: Die Sau wird vom Wiegen nicht schwerer.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Wiederholen Sie das noch einmal! Ich habe es nicht gehört! – Unruhe)

– Die Sau wird vom Wiegen nicht schwerer,

(Unruhe – Zurufe, u. a. der Abg. Ursula Haußmann SPD, Kleinmann FDP/DVP und Dr. Lasotta CDU)

sondern nur durch gutes Futter. Das heißt in diesem Falle, wenn wir dieses Beispiel auf die Schule übertragen: durch die Qualität des Unterrichts.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abg. Rasttätter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Abg. Renate Rasttätter GRÜNE: Herr Zimmermann.

Abg. Zimmermann CDU: Frau Abg. Stätter

(Lebhafte Unruhe – Abg. Drexler SPD: Der ist ja fast so schlimm wie der Stoiber!)

– Rasttätter, Sie sind noch nicht ganz bei dem Punkt, den meine Frage konkretisiert. Aber im Rahmen der PISA-Studie ist das recht interessant. Dazu möchte ich Ihre Einstellung hören: Finden Sie es zum Beispiel für Schüler und Eltern motivierend und lernförderlich, wenn die ranghöchsten Politiker von Rot-Grün offiziell stolz verkünden, auch schon einmal durchgefallen und schlechte Schüler gewesen zu sein? Finden Sie so etwas förderlich? Und wie sollen Eltern darauf dann reagieren?

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Abg. Bebbler SPD: Oh Mann, oh Mann! – Abg. Schmid SPD: Was war Ihr Abi-Schnitt? – Abg. Teßmer SPD: Wo waren Sie denn in der Schule? – Abg. Schmid SPD: Schüler Zimmermann, aufstehen! Was war Ihr Abi-Schnitt? – Anhaltende lebhaft Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

(Fortdauernde Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich darf um Ruhe bitten!

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich gebe Ihnen gern eine Antwort darauf.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das fällt auf den Fragesteller zurück!)

Ich finde es nicht förderlich, aber ich möchte Ihnen eine Rückmeldung geben: Nachdem heute viele Schüler und Schülerinnen durch solche Dinge wie Sitzenbleiben oder permanent schlechte Noten entmutigt werden und ihr Selbstvertrauen verlieren,

(Abg. Teßmer SPD: Die müssen dann zur Kripo!)

ist es für diese Schüler vielleicht wenigstens ein kleiner Trost, dass auch Leute, die es im Leben zu etwas gebracht haben, einmal diese Erfahrung gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Fischer SPD: Das war jetzt eine gute Antwort! – Zurufe der Abg. Drexler und Teßmer SPD)

Ich komme zu zwei weiteren Anträgen meiner Fraktion im Zusammenhang mit der Verbesserung der Schülerleistungen. Wir halten es für wichtiger, die Qualität der Schulen zu verbessern. Wir beantragen heute 10 Millionen € für den Einsatz des Computers im Unterricht. Hier hat sich Ihr Versprechen als Seifenblase entpuppt. Wir wollen auch 10 Milliarden €

(Abg. Pfister FDP/DVP: Milliarden?)

– Entschuldigung, 10 Millionen € – für schulbezogene Fortbildung von Lehrkräften. Wir wollen den Schulen ein Budget geben, mit dem sie ihren eigenen Fortbildungsbedarf decken können.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin.

Das kann dazu führen, dass sich die Kollegien über ihren Bedarf an Fortbildung in fachlicher Hinsicht, in methodisch-didaktischer Hinsicht sowie im Hinblick auf das Schulprofil verständigen. Damit kann dann auch das Einzelkämpfertum an den Schulen, das nach wie vor vorherrscht, zugunsten von mehr Gesamtqualität an den Schulen überwunden werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Ich komme zum Schluss, möchte aber noch einen abschließenden Satz zum Thema Unterrichtsversorgung sagen. Ich

habe natürlich erwartet, dass mein Kollege Zeller dieses Thema sehr intensiv behandeln wird, und wollte mich deshalb auch darauf beschränken, . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Rastätter, bitte fassen Sie sich kurz.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: . . . heute lediglich zu sagen: Es ist richtig, was mein Fraktionsvorsitzender gesagt hat: Es sind große Bemühungen gemacht worden, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Wir müssen aber berücksichtigen: Wenn die Stellen für zusätzliche Aufgaben abgezogen werden und wir auch das Defizit von 1 000 Lehrerstellen an den beruflichen Schulen mit zugrunde legen, dann schmelzen diese zusätzlichen Lehrerdeputate so schnell dahin wie der Schnee am letzten Wochenende. Wir brauchen deshalb auch Überlegungen über eine Optimierung des Ressourceneinsatzes. Wir brauchen Überlegungen, wie wir strukturell etwas verändern, zum Beispiel durch Verbundschulen im ländlichen Raum. Dazu bitte ich um Ihre Bereitschaft, alte Positionen zu überdenken und nicht nur da strukturell etwas zu verändern, wo es Ihnen in den Kram passt, aber da, wo Ihr Weltbild festgelegt ist, wieder die Scheuklappen aufzusetzen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunnemer.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Jetzt auf!)

Abg. Elke Brunnemer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch unter schwierigen haushaltspolitischen Rahmenbedingungen können wir die Sportförderung auf hohem Niveau fortführen. Das ist eine erfreuliche Nachricht für uns alle. Baden-Württemberg bleibt ein Land, das dem Sport in all seiner Vielfalt weiterhin den notwendigen Stellenwert einräumt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage das mit Stolz. Es kommt den Menschen im Land, die Sport treiben, zugute, die sich dadurch gesund und leistungsfähig halten

(Abg. Döpper CDU: Jawohl!)

und die in Tausenden von Sportvereinen mit dafür sorgen, dass wir in Baden-Württemberg keine Gesellschaft von Einzelgängern werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Genau!)

Nicht nur die sportliche Betätigung ist gesund für Körper und Seele. Die Gemeinschaft im Sportverein trägt mit dazu bei, dass Jugendliche gefordert bleiben, dass sie all das lernen, was wir heute unter Sozialkompetenz verstehen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

(Elke Brunner)

Diesen hohen gesellschaftlichen Nutzen des Sports sollten wir uns immer vor Augen führen, meine Damen und Herren, wenn wir hier über nackte Zahlen reden.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Oho!
– Gegenruf von der CDU: Machos!)

Das Volumen des Sporthaushalts wird in den Jahren 2002/03 gegenüber 2001 um rund 6,5 Millionen € auf insgesamt rund 80,5 Millionen € pro Jahr erhöht.

(Abg. Wintruff SPD: Nachdem Sie vorher gekürzt hatten!)

Damit liegt der veranschlagte Etat zum ersten Mal über dem Haushaltsvolumen des Uretats 1996.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Diese Erhöhung ist wichtig. Sie wird der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung des Sports gerecht.

Die CDU-Fraktion wird deshalb alle Bereiche des Sports im Auge behalten: den Schulsport, das Kooperationsprogramm Schule/Verein, den Behindertensport, den Freizeit- und Breitensport, den Leistungssport und die Nachwuchsförderung.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Deshalb haben wir in Abstimmung mit den Vertretern der Sportbünde im Land Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2002/03 gesetzt. Für den Vereinssportstättenbau und die Beschaffung von Sportgeräten veranschlagen wir jährlich Haushaltsmittel von 16,3 Millionen €.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist aber viel!)

Eine deutliche Verbesserung erreichen wir durch die zusätzliche Einstellung von jährlich 5,1 Millionen € für überregional bedeutsame Sportstätten. Damit hat die Landesregierung einen Schritt zu einer projektbezogenen Sportstättenförderung getan,

(Abg. Fischer SPD: Das gehört doch auch zu den Vereinen!)

für uns eine sinnvolle Ergänzung, und zwar dort, wo wir Schwerpunkte setzen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Das stimmt halt so nicht, Frau Kollegin!)

Wir werden die Entwicklung in diesem Bereich aufmerksam beobachten und ein zukunftsgerichtetes Konzept entwickeln.

(Abg. Fischer SPD: Aha! Das ist etwas anderes!)

Zur Deckung der Beschäftigungskosten für Übungsleiter haben wir jährlich 12,9 Millionen € veranschlagt, weitere 7,85 Millionen € für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das entspricht einer Steigerung um 16 % und gibt den Vereinen in hohem Maße Planungssicherheit.

Unsere Verpflichtung dem Ehrenamt gegenüber haben wir im Nachtragshaushalt 2001 mit der Einstellung von 3 Millionen DM schon betont.

(Abg. Wieser CDU: D-Mark?)

– Das war im letzten Jahr, ja. – Von dieser Summe partizipierte der Sport mit 1 Million DM. Wir werden diesen Betrag jetzt fortschreiben und unterstützen damit die Vereine mit ihren vielen ehrenamtlichen Helfern in besonderer Weise.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU zur SPD: Ich würde erwarten, dass Sie den Vereinen auch die Honneurs geben! Ich würde an Ihrer Stelle nicht immer hämisch lachen! – Gegenrufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Abg. Brunner.

Abg. Elke Brunner CDU: Ich möchte die SPD darauf hinweisen, dass sie in der heutigen Diskussion bis jetzt noch gar nichts zu den Vereinen, zum Ehrenamt und zum Sport gesagt hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Hätten Sie die Redezeit von Herrn Abg. Zeller etwas beschnitten und Ihre Meinung kundgetan, hätten wir das dann auch alle erfahren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Die CDU ist die Partei der Vereine! – Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen: Es sind die vielen, vielen Ehrenamtlichen, die ihre Freizeit opfern und mit ihrer Begeisterung andere mitreißen.

(Abg. Fischer SPD: Deswegen wird gekürzt!)

Das, meine Damen und Herren, macht die Vereine so wertvoll.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Im Gegensatz zu Rot-Grün fördern wir in Baden-Württemberg das Ehrenamt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich zähle Ihnen Beispiele dafür auf,

(Abg. Drexler SPD: Wieso streichen Sie dann? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

was die Bundesregierung mit ihren undurchdachten Scheinrezepten für die Vereine tut.

(Abg. Drexler SPD: Wieso streichen Sie dann?)

(Elke Brunnemer)

Durch die Neuregelung der 325-€-Jobs werden die Vereine und Übungsleiter kräftig abkassiert

(Abg. Zeller SPD: Ist doch alles schon geregelt! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

und mit unnötiger Bürokratie belastet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist doch kalter Kaffee, was Sie bringen!)

Dadurch wird Engagement erschwert und nicht gefördert.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Dr. La-sotta CDU)

Die Erhöhung der steuerfreien Übungsleiterpauschale durch den Bund auf 1 850 € reicht bei weitem nicht aus.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Sie haben überhaupt nicht erhöht!)

Auch die Erhöhung der Freigrenze im wirtschaftlichen Geschäftsbereich der Vereine wurde von Rot-Grün abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Unverschämtheit!)

Ich fordere Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, auf: Sorgen Sie beim Bund dafür,

(Abg. Bebber SPD: Sorgen Sie sich um sich!)

dass dort Politik für die Vereine gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. La-sotta CDU: Jawohl!)

Wir setzen mit der Förderung des Leistungssports und der Nachwuchsförderung einen weiteren Akzent. Der Leistungssport ist Motor der gesamtsportlichen Entwicklung. Der Leistungssport steht für Prinzipien wie Leistung und Wettbewerb, ohne die der Sport ebenso wenig auskommen kann wie unsere Gesellschaft.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

(Zurufe von der CDU)

Abg. Elke Brunnemer CDU: Ich möchte erst meine Ausführungen im Zusammenhang zu Ende bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unser Bekenntnis zum Leistungssport spiegelt sich auch in der Förderung wider.

(Abg. Wintruff SPD: Haben die unbegrenzte Redezeit?)

Mit 14,3 Millionen € jährlich nimmt Baden-Württemberg im Bundesvergleich

(Abg. Drexler SPD: Spitzenstellung!)

einen Spitzenplatz ein. Der Bund hat die Mittel für den Leistungssport natürlich kräftig gekürzt und seine Einstellung damit gezeigt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Fortbestand aller vier Olympiastützpunkte ist ein wichtiger Beitrag zur Nachwuchsförderung ebenso wie der Ausbau von Eliteschulen, Internaten und Partnerschulen des Sports.

Wir verstärken die Maßnahmen zur Weiterentwicklung der sport- und bewegungsfreundlichen Schule ebenso wie die Bewegungserziehung im vorschulischen Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit diesen Maßnahmen und vielen weiteren geplanten Projekten schaffen wir nicht zuletzt gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Stuttgart 2012.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Davon hängt das jetzt nicht ab!)

Zur Unterstützung dieser Bewerbung stellen wir jährlich 1,25 Millionen € aus dem Sporthaushalt ein.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Bei dieser Bewerbung geht es nicht nur nach dem olympischen Geist, nur dabei zu sein.

(Abg. Fischer SPD: Sondern?)

Wir wollen vielmehr gewinnen. Deshalb müssen wir alles tun, was getan werden kann.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben hier eine einmalige Chance, Baden-Württemberg der gesamten Welt als modernes, weltoffenes und gastfreundliches Land zu präsentieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir müssen diese Gelegenheit beim Schopfe packen und dürfen da keinesfalls kleinkariert denken.

(Abg. Drexler SPD: Da müssen Sie mehr Geld zur Verfügung stellen! Wie soll das sonst funktionieren?)

Wenn das NOK es ernst meint und die Nachwuchsförderung als Kriterium nimmt, dann kann die Entscheidung nur für Stuttgart ausfallen.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte mich abschließend im Namen der CDU-Fraktion bei allen ehrenamtlichen Helfern im Sport für ihr großes ehrenamtliches Engagement bedanken. Sie, die vielen Helferinnen und Helfer in den Vereinen sind es, die den Sport tragen und dafür unseren Dank, unsere Anerkennung und unsere Unterstützung verdient haben.

Vielen Dank.

(Elke Brunnemer)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Hervorragend!)

Ich möchte den Rest der Redezeit meinem Kollegen Schebesta überlassen.

(Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Frau Abg. Brunnemer, wollen Sie noch die Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller hören?

Abg. Elke Brunnemer CDU: Ich denke, das machen wir nachher.

(Abg. Drexler SPD: Das macht ihr außerhalb des Plenarsaals!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: In Ordnung.

(Abg. Wieser CDU zu Abg. Elke Brunnemer CDU: Das ist prima gelaufen! – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

(Abg. Bebbler SPD: Den Rest der Redezeit haben Sie Herrn Zeller gegeben! Er hat keine Redezeit mehr!)

– Im Gegensatz zu den Grünen, die um drei Minuten überzogen haben, hat er noch drei Minuten und 50 Sekunden.

Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache es kurz, keine Sorge.

Herr Zeller, ich wollte nur eines aufgreifen, was Sie zum Thema Jugendpolitik gesagt haben. Ich kann mich Ihrem Dank für die ehrenamtliche Tätigkeit in der Jugendarbeit nur anschließen.

(Abg. Seimetz CDU: Hat er da überhaupt etwas gesagt?)

In einem sind Sie allerdings ein wenig spät dran, und zwar mit dem „kleinen Beitrag“, den Sie der Musikschule noch zusätzlich geben wollen; denn es gibt bereits einen Beitrag.

(Abg. Wintruff SPD: Der reicht aber nicht!)

– Das mag ja sein, aber wenn Sie einen „kleinen Beitrag“ erwähnen, dann möchte ich doch sagen, dass es in diesem Doppelhaushalt bereits eine Erhöhung der Mittel gab. Es war nicht zuletzt die CDU-Landtagsfraktion, die sich dafür eingesetzt hat, dass in diesem Doppelhaushalt noch 1 Million DM für 2002 und für 2003 noch einmal 600 000 DM zusätzlich eingestellt wurden. Deshalb ist ein solcher Beitrag schon im Haushalt drin.

(Abg. Wintruff SPD: Aber es sind noch 1 Million DM erforderlich!)

Ich wollte nur darauf hinweisen, dass Sie von einem „kleinen Beitrag“ gesprochen haben, den Sie den Musikschulen geben wollen. Aus meiner Sicht ist ein solcher kleiner Bei-

trag für die Musikschulen erwähnenswert, um den der Ansatz von 2001 im Doppelhaushalt 2002/03 erhöht worden ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Margot Queitsch SPD: Nasenwasser!)

Da ich es wegen unserer Redezeit kurz machen muss, möchte ich nur sagen: Es sind viele Dinge in der Jugendpolitik weiterhin in der Förderung, die in der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ der vergangenen Legislaturperiode angesprochen und behandelt wurden. Es werden dabei sogar Maßnahmen, die einmalig vorgesehen wurden – im Kultusetat Jugendberufshelfer –, weiterhin finanziert. Wir stehen zu diesen Ansätzen in der Jugendpolitik und stimmen deshalb auch diesem Kapitel zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Doppelhaushalt 2002/03 zeigt die Schwerpunkte unseres Ressorts auf: Schwerpunkte, wenn es um die Modernisierung des Bildungswesens geht; Schwerpunkte für eine aktive Entwicklung des Sports in unserem Land; Schwerpunkte für die Entwicklung im Bereich von Jugend und Ehrenamtskultur und Perspektiven zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation.

(Abg. Seimetz CDU: Dazu hat der Zeller gar nichts gesagt!)

Hier ist jetzt zu vielen Dingen, aber zum Haushalt eben nur begrenzt gesprochen worden. Das ist ja das eigentliche Thema. Ich entnehme daraus, dass wir uns darin einig sind, dass mit diesem Doppelhaushalt erneut und im Ländervergleich unvergleichlich eine strategische Ausrichtung des Landeshaushalts auf Bildung und Ausbildung und – wenn wir das Ministerium, das vorher behandelt worden ist, dazunehmen – auf Wissenschaft und Forschung, also auf vier Kernkompetenzbereiche des Landes, vorgenommen worden ist.

Deshalb ist es interessant: Keiner redet mehr vom Geld, und die CDU und die FDP/DVP haben gemeinsam mehr Lehrerstellen geschaffen – das ist gestern schon einmal gesagt worden –, als Sie von der SPD versprochen haben.

Deshalb rate ich Ihnen, beim Stichwort Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall im Vergleich der drei Jahre ein bisschen stiller zu werden. Sie wissen genau, dass 0,8 oder 0,9 % Unterrichtsausfall an den Grundschulen

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

eine Vollversorgung bedeutet. Der Unterrichtsausfall hat sich überhaupt nicht verschlechtert, sondern liegt stabil bei 0,8 %, und das heißt, es ist eine Vollversorgung gelungen

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

durch strukturelle Maßnahmen und durch Maßnahmen, die mit Lehrereinstellungen zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Gesamtwert quer durch alle Schularten schwankt zwischen 2,9 % und 3,2 %. Das geht jetzt schon drei Jahre so. Das zeigt: Es gibt einen Prozentsatz, der nie verschwinden wird, egal, wo Sie eine Statistik machen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist systemimmanent!)

Der hat doch überhaupt nichts mit Lehrerstellen zu tun, sondern der hat etwas damit zu tun, dass es Situationen gibt, in denen nicht vertreten werden kann, dass es kurzfristige Krankheitsfälle, kurzfristige Abwesenheiten von Lehrern gibt. Deshalb sollten Sie aufhören, unsere Schulen dauernd damit zu malträtieren, dass es irgendwo noch einen Lehrer gebe, der nicht im Unterricht sei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ich konzentriere mich heute auf die Modernisierung, die sich in diesem Doppelhaushalt widerspiegelt. Es war keine CDU-Pressestelle, von der der Satz stammt:

Baden-Württemberg ist der Vorreiter bei der Modernisierung des Bildungswesens in Deutschland.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber eine Ihnen geneigte Presse!)

– Ach, Frau Rudolf, das war jetzt ganz falsch!

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

So Jürgen Baumert, Direktor des Max-Planck-Instituts, am 10. Januar vor 500 Personen aus dem gesamten Land bei der Erläuterung der PISA-Studie.

Deshalb: Versuchen Sie es doch einfach einmal, sich auch selbst zu entscheiden. Wenn ich Sie, Herr Zeller, reden höre – und ich habe Ihre Haushaltsreden aus den vergangenen Jahren vorab gelesen –, dann ist festzustellen, dass Ihre Reden ziemlich identisch sind,

(Heiterkeit bei der CDU)

außer dass diesmal PISA vorkam

(Heiterkeit bei der CDU)

und deshalb über den Haushalt nahezu nicht mehr gesprochen werden musste. Aber was ich immer weniger begreife: Sie müssen sich jetzt einmal entscheiden: Entweder bin ich reformunfähig, oder ich habe zu viele Baustellen. Dass beides gleichzeitig der Fall sein soll, begreift kein Mensch mehr im Land.

(Unruhe bei der SPD)

Bei jeder Reform, die wir vorschlagen, sind Sie skeptisch, sagen Sie Nein oder zumindest „So nicht!“. Nicht ein einziger Schritt der Modernisierung aus dem letzten Jahr, auch nicht all die Schritte, die in den letzten Tagen, spätestens seit Weihnachten, von SPD-Ministerpräsidenten unentwegt besprochen werden, sind von Ihnen hier aktiv mitgetragen worden.

Bei den Grünen war es immer anders. Da wird sehr viel mehr differenziert. Wir können uns über vieles sehr viel mehr einigen. Aber Sie klinken sich einfach aus!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wolfgang Clement, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, hat nach Weihnachten zugestanden, er habe ein Buch gelesen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Er habe es auch verstanden, und jetzt sei ihm klar: Erstens müssten Kinder in Deutschland früher eingeschult werden, sie könnten zu spät in die Schule gehen, er wolle das nicht mehr mit diesen Dogmen am Schulanfang, Kinder sollten früher eingeschult werden. Haben Sie noch Ihr Geschrei im Ohr, als wir hier über den „Schulanfang auf neuen Wegen“ diskutiert haben?

Zweitens hat er gesagt, jetzt müsse dringend das Abitur nach zwölf Jahren möglich werden. Noch im Dezember hat die Stadt Dortmund bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung angefragt, ob sie wohl das eine oder andere Gymnasium auf G 8 umstellen dürfe. Sie hat eine Absage bekommen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Aha!)

Das ist der Unterschied zwischen Reden und Tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Drittens hat er gesagt: Jetzt muss alles sofort anders werden.

Meine Damen und Herren, das ist keine Antwort auf PISA. Ähnlich lauten die Äußerungen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Immer wenn die Kultusministerin ins Kabinett kommt, ob es nun in NRW oder in Niedersachsen ist, und für irgendetwas Geld braucht, wird sie abgeschmiert und nach Hause geschickt, damit der dortige Ministerpräsident am nächsten Tag wieder eine neue Pressemitteilung machen kann, um sich selbst in Szene zu setzen.

(Abg. Wieser CDU: Wie der Engel Gabriel! Da fliegt der Engel Gabriel davon! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der Engel Gabriel verkündet!)

Das ist keine seriöse Art, Bildungspolitik zu betreiben. Deshalb lade ich Sie ein: Entscheiden Sie sich, ob Sie mit uns die Modernisierung des Bildungswesens voranbringen wollen und mit uns notwendige weitere Weichenstellungen durchführen wollen oder ob Sie sich in den nächsten fünf Jahren genauso wie in den letzten fünf Jahren auf Skepsis, Ablehnung und „So nicht!“ zurückziehen, sich ausklinken und Modernisierung verweigern. Das ist Ihr Refrain in der Bildungspolitik. Sie haben keine Lust auf Bildungspolitik,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Seimetz CDU: Der Zeller ist dazu nicht fähig!)

und deshalb macht es auch fast keinen Spaß mehr, sich mit Ihnen auseinander zu setzen.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Wir schaffen es aber auch allein, Frau Ministerin!)

Meine Damen und Herren, wir wissen seit zwei, drei Jahren, dass sich der Lehrerarbeitsmarkt in Deutschland verändert hat. Dafür gibt es viele Gründe. Deshalb hat die Kultusministerkonferenz im letzten Jahr den wesentlichen Schritt hin zu einem bundesweiten Lehrerarbeitsmarkt gemacht, einen wichtigen Schritt zu einem modernen Personalwesen. Baden-Württemberg setzt bereits im Frühjahr dieses Jahres die neuen Möglichkeiten um. Über 1 000 der insgesamt 3 000 Einstellungen, die zum kommenden Schuljahr erfolgen werden, werden bereits jetzt im Frühjahr ausgeschrieben, schulscharf, sodass wir vor allem in problematischen Fachbereichen und in Regionen, in die manche Bewerber nicht gerne gehen wollen, einer guten Versorgung Rechnung tragen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das machen andere schon zehn Jahre!)

In diesem Zusammenhang: Wenn Sie sagen, Sie finden keine Lehrer mehr, kann ich Ihnen nur antworten, seit 1996 sind in Baden-Württemberg 18 000 junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden. Bei uns sind zum Schuljahresbeginn keine 600 Lehrerstellen frei geblieben wie in Nordrhein-Westfalen oder 700 wie in einem anderen Bundesland. Bei uns werden alle Stellen besetzt. Mit den Maßnahmen, die wir eingeleitet haben – Überlastprogramm, Abschaffung des Numerus clausus,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

der in vielen Ländern immer noch besteht, Direkteinstieg in die beruflichen Schulen, Anwärterzuschläge, bei denen wir jetzt neue Möglichkeiten bekommen haben –, wird Baden-Württemberg, da bin ich mir sicher, ein beliebtes Land für junge Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland bleiben. Es kommen zehnmal so viele Bewerber aus anderen Bundesländern zu uns, als aus Baden-Württemberg in andere Bundesländer wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Wundert Sie das?)

Modernisierung: Ich nenne die Stichworte wirklich nur cursorisch, aber es sind Stichworte, die ganz deutlich machen, dass wir in den letzten Jahren wesentliche Weichenstellungen vorgenommen haben, über die in anderen Ländern erst jetzt diskutiert wird.

Bei uns gibt es keine Rückstellungsquote von 12 %. Bei uns ist die Rückstellungsquote halbiert und liegt mittlerweile unter 5 %.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Früher waren es 10 %!)

Es ist richtig: Das hat etwas gekostet. Das bedeutet eine Stärkung der Grundschule ebenso wie die Einführung der Fremdsprache in der Grundschule.

Herr Zeller, Sie haben wieder gesagt, Baden-Württemberg habe die geringste Unterrichtsstundenzahl in der Grund-

schule. Das haben Sie mir vor fünf Jahren und vor vier Jahren auch gesagt.

(Abg. Wintruff SPD: Es stimmt doch immer noch!
– Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Es stimmt schon lange nicht mehr. In jedem Schuljahr sind zwei Stunden hinzugekommen, das heißt, unsere Stundentafel liegt wunderbar im Mittelfeld. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt: Es gibt zwei Stunden zusätzlich zur Stärkung der Sprachkompetenz. Das ist eine wichtige Weichenstellung, wenn es um PISA geht, wonach Kinder mehr Übung und mehr Möglichkeiten des Lernens brauchen: im Umgang mit Sprache, im Hören, im Sprechen, im Lesen und im Schreiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben von der in der Tat bedenklichen Erkenntnis gesprochen, dass in Deutschland soziale Herkunft und schulische Leistung kaum voneinander abgekoppelt sind. Das wird eine der Erkenntnisse sein, bei denen ich jetzt gespannt bin auf die Differenzierung. Wir müssen wissen, welches Konzept hilfreich ist. Professor Baumert hat in diesem Zusammenhang die beruflichen Gymnasien als ausgezeichnetes Beispiel für die Verringerung der damit zusammenhängenden Selektion genommen.

Wir – das sage ich auch einmal ganz deutlich – investieren allein 1 500 Lehrerstellen für eine breite Palette an Fördermaßnahmen in unseren Schulen. 1 500 Deputate! Wenn Sie das einmal auf die 80 000 Deputate, die wir haben, hochrechnen, wird deutlich: In dieser Legislaturperiode sind die Weiterentwicklung der Hauptschule – übrigens als einer differenzierten Schule mit mindestens zwei bis drei Zügen, dem Praktikerzug, dem Zug, der zum mittleren Abschluss führt, und zwar flächendeckend –, die Weiterentwicklung von ganz gezielten Fördermaßnahmen wie zum Beispiel jetzt den Intensivkursen hinsichtlich Lese-, Rechtschreib- oder Rechenschwäche ein Schwerpunkt, über den wir nicht nur reden, sondern für den auch viel Geld investiert wird, weil wir davon überzeugt sind, dass sich die Leistungsfähigkeit eines Bildungswesens wesentlich daran entscheidet, dass auch die, die sich schwer tun, eine wirkliche Chance bekommen, und zwar quer durch alle Schularten und quer durch alle Altersstufen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Gymnasium: Sie haben wieder wie im letzten und im vorletzten Jahr gesagt: Die redet bloß von Leistung, die kürzt die Schulzeit, die nimmt das Kurssystem weg, hat aber kein Gesamtkonzept. Wir haben nun wirklich im Schulausschuss immer wieder diskutiert, wie die Entwicklung insgesamt aussehen wird. Wir haben ein naturwissenschaftliches Profil an allen Gymnasien eingeführt und damit natürlich die Konsequenz aus TIMSS gezogen. Es geht nicht einfach um ein paar Unterrichtsstunden mehr in Physik und Biologie, sondern um ein naturwissenschaftliches Praktikum, Naturphänomene, ein Kernfach Technik und Naturwissenschaften. Das ist ein völlig anderes Unterrichtskon-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

zept, das sehr viel stärker Schülerinnen und Schüler einbezieht, das anwendungsorientierter ist, das das naturwissenschaftliche Verstehen fördert.

Das ist doch nun alles umgesetzt. Das wissen Sie, und Sie wissen auch, dass die Gymnasien künftig, was der ausdrückliche Wunsch vieler Schulleiter gewesen ist, ein Stundenkontingent von Klasse 5 bis 10 bekommen, keine starren jahrgangsbezogenen Stundentafeln, sondern Möglichkeiten der Feinsteuerung durch die Schule.

Sie wissen – ich komme darauf gleich noch ausführlicher zu sprechen –, dass wir nicht mehr die Lehrplangeneration fortschreiben, die immer umfangreicher wird und immer mehr Spezialwissen und immer mehr Details enthält, sondern dass es künftig ein Kerncurriculum mit pädagogischen Gestaltungsräumen für die Schule gibt. Alles, was aus den Schulen an Wünschen an uns in Bezug auf pädagogische Gestaltung, auf Budgetierung und auch im Bereich der Schulstunden herangetragen worden ist, ist gemacht worden. Nehmen Sie das jetzt doch einfach einmal zur Kenntnis, und tun Sie nicht so, als sei das alles noch wie vor fünf oder sechs Jahren. Die Gymnasien nehmen es Ihnen mittlerweile übel.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU:
Vergebliche Liebesmüh!)

Abitur nach zwölf Jahren: Darüber rede ich schon gar nicht mehr. „Turboabitur“, „Turboministerin“, „Eliteförderung“ wurde gesagt. Und jetzt rennen die anderen Bundesländer alle los und können nicht schnell genug das eine oder andere Gymnasium mit diesem Abitur bekommen. Lieber Herr Zeller, da werden keine neuen Lehrpläne gemacht, da wird nicht über Inhalte nachgedacht, sondern da kommt jetzt nur der Ukas nach PISA, ganz schnell ein paar mal das achtjährige Gymnasium zustande zu bringen, damit wir von einem unverantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen wegkommen.

Das ist eine der wesentlichen Ursachen für das, was wir von PISA jetzt zur Kenntnis nehmen müssen. Die Mehrheit der 15-jährigen Jugendlichen in Deutschland ist nicht in Klasse 10 wie in allen anderen Ländern. Das heißt, sie sind schon deshalb im internationalen Vergleich benachteiligt, weil sie vieles von dem, was sie gefragt werden, überhaupt noch nicht gehabt haben. Die Mehrheit der 15-Jährigen sitzt in –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ganztagschule!)

– Ich komme schon noch zur Ganztagschule, Herr Witzel. Ich höre es schon. Ich bin gleich so weit. Dazu kann man bei OECD auch einiges sagen.

Das heißt, wir müssen dafür sorgen – und auch das ist ein wesentlicher Schritt im Hinblick auf die, die sich schwer tun –, dass Kinder in Deutschland früher die Chance bekommen, zur Schule gehen zu können. Sie müssen früher die Chance bekommen, Anregungen zu bekommen. Deshalb ist der Weg richtig: Weiterentwicklung der Kooperation Grundschule – Kindergarten, neues Konzept für die Erzieherinnenausbildung – das liegt in der Schublade, das wird bald kommen –, Aufhebung des jahrgangsbezogenen Unterrichts zugunsten von mehr individuellen Lernmög-

lichkeiten in der Grundschule. Da sind wir uns im Konzept ganz nah. Wir haben viel Erfahrung damit, und deshalb können wir ganz schnell damit auch in die Fläche gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Schmid SPD: Es hat niemand etwas dagegen!)

– Ja, ich tue es ja. Ich muss es jetzt nur einmal sagen, weil Herr Zeller das alles nicht zur Kenntnis nimmt. So ist es. Er hätte es ja nennen können!

Neue Oberstufe: Wieder wird behauptet, ich hätte das Kurssystem abgeschafft. Jetzt schauen Sie sich doch einmal den Leitfaden – ich schicke ihn Ihnen noch einmal zu – „Gymnasiale Oberstufe“ an: ein Kurssystem, das mehr Möglichkeiten bietet als vorher

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das stimmt ja nun
wirklich nicht!)

– das stimmt, Herr Dr. Witzel; das wird mir sogar von Schülern bestätigt –, eine Oberstufe, bei der wir Schluss machen mit der verrückten Entwicklung – und das wissen Sie als Naturwissenschaftler ganz genau, dass es eine verrückte Entwicklung war –, Schüler mit nur einer Naturwissenschaft Abitur machen zu lassen und, wie mir dieser Tage bei einer Leserkonferenz der „Stuttgarter Nachrichten“ ein Physikprofessor aus Stuttgart gesagt hat, mit Aufgaben im Leistungskurs, die ins Vordiplom oder in die Diplomprüfung gehören. Deshalb war diese Reform längst überfällig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Und damit komme ich zum Thema Betreuung und Ganztagschulen. Man kann ja über vieles streiten, manches soll sogar Geschmackssache sein. Unser Problem in der Bildungspolitik ist, dass es zu viele Geschmacksurteile in Deutschland gibt. PISA wird uns helfen, dass künftig der Bewertungsmaßstab nicht mehr ist „Wem gefällt was?“, sondern „Was wirkt wie?“. Darauf freue ich mich schon sehr.

Ich gehöre zu denen, die in der Kultusministerkonferenz 1997 dafür gekämpft haben – das waren lautstarke Auseinandersetzungen –, dass wir uns überhaupt diesen internationalen Vergleichsstudien stellen. Sie wissen, wer bis zur letzten Minute der Konferenz versucht hat, die Beteiligung Deutschlands zu verhindern. Sie wissen das sehr genau!

(Abg. Wintruff SPD: So, wie Sie bei TIMSS damals!)

– Ach was, das ist doch alles gemacht worden.

Bis in die letzte Minute hinein hat man versucht, zu verhindern, dass wir daran teilnehmen.

(Zuruf von der CDU: Die Kuschelpädagogen haben es verhindert!)

Das werden wunderbare Zeiten in den nächsten Jahren. Ich möchte differenzierte Daten für 16 Länder. Wir brauchen keine Durchschnittswerte. Mich interessieren Durchschnittswerte überhaupt nicht. Mich interessieren dahinter

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

stehende Faktoren. Mich interessiert die Differenzierung, und die wird künftig regelmäßig erfolgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber dann gibt es Zahlen, über die man nicht streiten kann. Jetzt sagen Sie doch tatsächlich, an 7,2 % der Grundschulen gebe es Betreuungsangebote für Kinder.

(Abg. Zeller SPD: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

– Was haben Sie denn gesagt?

(Abg. Zeller SPD: Ich habe gesagt, 7,2 % der Kinder nehmen teil! Sie müssen genau zuhören!)

– Und was ist daran schlimm?

An 79 % der Grundschulen gibt es ein Angebot. Das Geld für 100 % ist da. Jetzt soll ich die Eltern zwingen, dass sie ihre Kinder da hinschicken? Das ist eine ganz eigentümliche Argumentation.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sie verstehen es nicht!)

– Doch, ich verstehe das schon. Aber Sie wollen nicht begreifen, dass in einem Land wie Baden-Württemberg – das gilt übrigens für alle anderen Bundesländer auch – die Art von Halbtagschule, von der Sie sprechen, eine wesentliche Voraussetzung hat, wenn man sie überhaupt gut findet. Diese Voraussetzung wäre, dass Sie einer Lehrergruppe, nämlich den Grundschullehrern, sagen müssten: Eure Arbeitszeit wird nicht mehr in Deputaten berechnet, sondern in Präsenzzeiten.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Erzieherinnen!)

Da können Sie doch einmal ein paar sozialdemokratische Kollegen dransetzen. Die sollen mal anfangen, in Deutschland Verhandlungen mit der GEW zu führen. Da bin ich gerne mal nicht Vorreiterin. Da bin ich gerne mal diejenige, die abwartet, wie meine sozialdemokratischen Kolleginnen oder deren Ministerpräsidenten hier eine Umstellung hinkriegen.

Dann haben Sie noch mit Eltern zu tun. Die Vorstellung, dass alle Eltern wünschen, dass ihre Kinder von 7:30 oder 8 Uhr bis 13 oder 14 Uhr im ersten, zweiten oder dritten Schuljahr zur Schule gehen, ist fernab von der Realität. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Wer hat denn das behauptet? Das ist doch Quatsch, absoluter Quatsch! Das hat niemand behauptet! Das ist ein Popanz, den Sie aufbauen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Bitte, Frau Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Ministerin Schavan, halten Sie die Eltern in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg für so extrem unterschiedlich im Vergleich zu den Eltern in fast allen anderen europäischen Ländern, wo nämlich Ganztagsgrundschulen von 8 oder 9 Uhr bis mindestens 13 Uhr am Nachmittag die allergrößte Selbstverständlichkeit sind und Mütter aus diesen Ländern, wenn sie hierher kommen, in Ohnmacht fallen, wenn sie feststellen, dass für Grundschulkinder nur eine dreieinhalbstündige Unterrichtszeit am Vormittag vorgesehen ist?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Da müssen wir Ärzte einstellen, Frau Rastätter!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Rastätter, eine zweifache Antwort darauf.

Erste Antwort: Gestern hat Frau Bergmann, die Bundesfamilienministerin, eine Studie über die Lage der Familien und der Kinder in Deutschland herausgegeben. Unter den Wünschen der Familien in Deutschland – Wünsche, die ihnen besonders wichtig sind – liegt der Wunsch nach mehr Betreuung, was mich selbst sehr verwundert hat, bei exakt 18 %. Das hat doch eine Tradition in Deutschland. Das hat doch mit einer Menge von Dingen zu tun, über die wir im Kapitel Jugendarbeit und im Zusammenhang mit der Kinderenquete reden, Dinge, die um die Schule herum für Eltern, Kinder und Jugendliche interessant geworden sind.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es geht aber nicht um Betreuung!)

Sie brauchen mit mir ja gar nicht zu streiten, ob es mehr Angebote geben soll. Auch da ignorieren Sie konsequent jede Entwicklung. In Baden-Württemberg – diese Zahl mögen Sie sich jetzt einfach einmal merken und mit den anderen Ländern vergleichen – haben 17,8 % aller Schulen ganztägige schulische Angebote. Herr Zeller, 17,8 % aller Schulen in Baden-Württemberg haben ganztägige schulische Angebote, und zwar nicht einfach Betreuung.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Eine AG zum Beispiel!)

– Nein, nicht AGs. Das ist überhaupt nicht wahr. Ich zähle es Ihnen im Detail auf.

(Abg. Schmiedel SPD: Waldorfschulen, Sonderschulen!)

Ich lasse die Grundschule ganz weg mit den 79 % Betreuung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Sonderschulen!)

Ich lasse weg die neuen Horte, die herkömmlichen Horte. Ich nenne Ihnen 120 vollständig ausgebaute Ganztagschulen im allgemein bildenden Bereich, 200 Ganztagschulen im Sonderschulbereich.

(Abg. Wintruff SPD: Das hat es doch schon immer gegeben!)

– Ja, ist das keine Schule?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist doch kein Fortschritt! Das ist ural!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Ich nenne Ihnen 249 Schulen mit Ganztagsangeboten mit variablen Bausteinen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Ganztagsangebote an Sonderschulen haben Sie reduziert!)

wofür es Zuschüsse gibt, wofür es Lehrerstunden gibt. Aber die Voraussetzung ist – und das ist der Grund für kontinuierliche Entwicklung –, dass die Schule ein pädagogisches Konzept hat, dass das, was sie beantragt, aus den Prozessen der inneren Schulentwicklung entwickelt worden ist. Es kommen hinzu 108 Schulen von 282 Förderschulen. Das heißt, 677 von 3 838 Schulen in Baden-Württemberg bieten Möglichkeiten des Lernens am Nachmittag, bieten ganztägige schulische Angebote. Das sind 17,8 %. Da habe ich noch keine einzige private Schule mitgerechnet.

(Abg. Wintruff SPD: Sie zählen Äpfel und Birnen zusammen!)

Sie haben mich im Finanzausschuss schon gefragt, Frau Queitsch. Da war ich noch nicht hundertprozentig sicher. Diese Statistik, wonach wir mit Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen auf den vier Spitzenplätzen sind, enthält nicht unsere privaten Schulen. Das sind öffentliche Schulen.

(Abg. Wintruff SPD: Da werden Äpfel und Birnen zusammengezählt!)

Deshalb sage ich Ihnen: Bis zum Ende der Legislaturperiode sind wir bei 25 %. Das wird jede vierte Schule sein. Dann zeigen Sie mir mal ein sozialdemokratisch regiertes Land, das da angekommen ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Schauen Sie mal nach Frankreich, wie es da ist!)

Da Ihnen ja immer die Zahlen aus anderen Ländern fehlen, kann ich Ihnen sagen: In Nordrhein-Westfalen ist seit zehn Jahren keine neue Ganztagsschule mehr eingerichtet worden.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die haben aber auch mehr!)

– Nein, sie haben prozentual nicht mehr. Die haben 6 000 Schulen und 635 Ganztagsschulen. Wenn Sie das umrechnen, kommen Sie nicht auf 17,8 %.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Kultusministerin, ich habe mir außer den 119 Ganztagsschulen auch die 249 Ganztagsangebote an Schulen angeschaut. Darunter fällt zum Beispiel so etwas wie der Sozialarbeiter an der Schule – er wird als Ganztagsangebot gewertet – oder eine Stunde Kooperation mit dem Musikverein. Halten Sie das für ein qualifiziertes Nachmittagsangebot, das von Eltern verläss-

lich und durchgängig in Anspruch genommen werden kann? Da wird eine Einzelstunde als Ganztagsangebot für die Woche gewertet.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Wir werden noch dahin kommen, dass wir alles aufschlüsseln, was damit gemeint ist. Aber auch da, finde ich, muss man sich entscheiden. Entweder stehe ich zur inneren Schulentwicklung zur selbstständigen Schule und akzeptiere dann auch die Konzepte, die diese Schule entwickelt hat. Das ist unser Weg. Es ist der Weg einer sich freiheitlich entwickelnden Schule.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Die wollen alle Überstunden!)

Ich nenne Ihnen auch noch die Alternative. Die Alternative ist, dass Sie ein Konzept für alle haben und nichts umsetzen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein! Nein, Sie haben unseres nicht gelesen, Frau Schavan!)

– Ich lese alles, was Sie schreiben.

Ich nenne Ihnen als Beispiel Rheinland-Pfalz. Der Ministerpräsident spricht auch in jeder Talkshow über seine Ganztagsschulen. Dort gibt es exakt zwölf Ganztagsschulen, die eine zusätzliche Lehrerzuweisung bekommen haben, und 47 Sonderschulen. Aber die Lehrer für die Sonderschulen werden dort gar nicht ausgebildet. Sie kommen nach Baden-Württemberg, weil es nur hier ein Sonderschullehramt und ein Referendariat an Sonderschulen gibt. Bis zum Ende der Legislaturperiode in Rheinland-Pfalz – das ist wie bei uns 2006 – will man weitere 300 – jetzt hören Sie gut zu! – nicht Ganztagsschulen, sondern 300 Standorte – auch mit dem Stichwort „kreisfreie Schule“ oder „Kreise“ – mit Ganztagsangeboten. Dazu hat die Ministerin alle Bürgermeister eingeladen, alle Vereine eingeladen und Initiativen von Eltern eingeladen

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist kein schlechter Weg!)

und hat sie gebeten, ihr Vorschläge zu machen, wie sie das Ganztagsangebot vor Ort gestalten kann.

Ich sage Ihnen, ich bin für Wettbewerb. Föderalismus ist wunderbar. Ich brauche mich gar nicht so viel über die Bundesregierung aufzuregen; wir gehen in den Wettbewerb. In diesem Wettbewerb sind wir bei 17,8 %, und wir sind in einer Entwicklung, die mit pädagogischen Konzepten zu tun hat. Am Ende der Legislaturperiode werden wir auf einem Stand sein, der uns unter den Bundesländern genau auf den Platz bringt, auf dem wir in vielen anderen Punkten der Modernisierung unseres Bildungswesens auch sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Ministerin, Sie nannten so stolz den Anteil von 25 % Ganztagschulen zum Ende der Legislaturperiode.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Angebote.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Angebote!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Angebote. Ich möchte Sie bitten, mir doch einmal zu sagen, was im Vergleich dazu unsere europäischen Nachbarländer Frankreich und Niederlande in dieser Beziehung anbieten.

(Abg. Seimetz CDU: Kein Problem! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schweden, Finnland, Norwegen!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Das war aber jetzt keine wirkliche Frage. Erstens wissen Sie es, zweitens können Sie das bei PISA nachlesen, und drittens –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wie hoch sind sie, war die Frage!)

– Sie wissen, dass es in vielen europäischen Ländern –

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: England!)

Interessanterweise schneiden die Länder, die Sie gerade genannt haben, bei PISA etwa so ab wie wir auch. Eine Ausnahme ist England.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Was, Frankreich?)

– Ich habe seit dem 4. Dezember jeden Tag mit irgendjemandem über PISA diskutieren müssen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich auch!)

Da gibt es für mich jetzt nicht mehr viele Überraschungen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich habe nicht nach PISA gefragt!)

Deshalb sage ich Ihnen: Niemand muss mit mir darüber streiten, dass wir mehr Angebote brauchen. Aber ich bin entschieden dafür, dass wir bereit sind, die schulische Entwicklung ernst zu nehmen. Ich stehe auch dazu – darüber streite ich auch mit Ihnen –, dass wir in dieser Gesellschaft nicht den Eindruck erwecken sollten, der beste Ort für Kinder und Jugendliche sei die Schule und die beste Betreuung gebe es in der Schule. Dazu ist die Schule nicht da.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wenn Sie jetzt noch einmal auf PISA kommen, dann werden Sie feststellen, dass in den Ländern, die ein volles Ganztagsangebot für alle haben, außerhalb der Schule für Jugendliche überhaupt keine Infrastruktur besteht. Da gibt es weder Jugendmusikschulen noch Jugendkunstschulen,

noch ist jeder zweite Jugendliche in einem Sportverein, noch gibt es Elterninitiativen, noch Brauchtumsgruppen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig! Genau!)

Ich sage Ihnen: Die Freiheit und die Pluralität, die Erwachsene in dieser Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts wollen, wollen Jugendliche auch. Deshalb bin ich für eine plurale Entwicklung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Deshalb bin ich dafür, dass die Entwicklung vor Ort aus Überzeugung und mit den Kräften, die es vor Ort gibt, geleistet wird und nicht von uns aufoktroziert wird, nicht von uns entworfen und für alle 4 000 Schulen im Land umgesetzt wird. Das wäre nicht zeitgemäß. Das wäre nicht zukunftsfähig, und es wäre übrigens auch kein Faktor, der einfach zur Verbesserung der Qualität von Schule führte.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt enthält Perspektiven, was den weiteren Ausbau von Unterstützungssystemen unserer Schulen bedeutet, und Perspektiven, was die Reform der Bildungsinhalte betrifft. Künftig wird es Bildungsstandards, Kerncurricula und Evaluation geben. Wenn Sie den Artikel im „Rheinischen Merkur“ – das war nämlich ein langes Interview – ganz gelesen haben,

(Abg. Schmid SPD: Für wen reden Sie überhaupt? Es hört Ihnen niemand mehr zu! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

dann können Sie doch wirklich nicht auf die Idee kommen, ich hätte in diesem Interview einfach über mehr Druck und mehr Noten gesprochen. Worüber ich gesprochen habe – dazu stehe ich auch –, ist: Wer Kinder und Jugendliche ernst nimmt, muss Lernen und Leistung ernst nehmen

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Natürlich!)

und darf nicht so tun, als sei Schule ein Anschlag auf die Kindheit. Er kann nicht nur über Fördern, sondern muss auch über Fordern sprechen. Das gehört zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Wer sagt denn so etwas? – Abg. Schmiedel SPD: Wer behauptet so etwas?)

Kinder und Jugendliche finden das überhaupt nicht schlecht. Auch das ist eine der Haupt –

(Zuruf)

– Das ist doch eben aus jenem Interview von mir zitiert worden.

(Abg. Zeller SPD: Wer behauptet so etwas? Wer denn?)

– Dafür gibt es noch viele Beispiele, das sage ich Ihnen. Die ganze Diskussion darüber, ob es in Klasse 3 und Klasse 4 der Grundschule –

(Abg. Zeller SPD: Es geht um Leistungsbemessung!)

– Jawohl.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Zeller SPD: Und Sie haben gerade gesagt, es werde keine Leistung gefordert! Wer behauptet so etwas? – Unruhe)

– Was habe ich gesagt?

(Abg. Zeller SPD: Sie haben gesagt, in der Schule werde keine Leistung mehr gefordert!)

– Das habe ich überhaupt nicht gesagt. Ich kann Ihnen, lieber Herr Zeller, alle Interviews zusammenstellen, die ich seit dem 4. Dezember gegeben habe. Sie werden von mir nicht einen einzigen solchen Satz finden,

(Abg. Zeller SPD: Wer sagt dann so etwas?)

übrigens auch keinen Satz, wie ihn meine Kolleginnen, über die wir in der letzten Debatte schon einmal gesprochen haben, über Lehrer gesagt haben.

(Abg. Zeller SPD: Wer sagt dann so etwas? Das würde mich interessieren!)

Langer Rede kurzer Sinn: Wir sind dabei, genau das zu entwickeln. Die Mittel im Doppelhaushalt stehen dafür zur Verfügung, was Herr Professor Rolff aus Dortmund heute in der „Zeit“ – die gefällt Ihnen besser als der „Rheinische Merkur“, das ist mir auch klar – so formuliert hat:

(Abg. Moser SPD: Immer diese Vorurteile!)

Eigenständigkeit in der pädagogischen Gestaltung, verbunden mit Standards und vergleichbarer Abschlussprüfung sowie neuer Balance zwischen schulischer Selbstständigkeit und jener Steuerung, die Vergleichbarkeit herstellt. Es geht von der Input- zur Output-Steuerung, Herr Moser – ja wohl –,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

und um einen wirklichen Reformschub, der zu genauso viel Auseinandersetzung führen wird wie in den letzten Jahren auch.

Deshalb sage ich: Wer wirklich Interesse an Bildungspolitik hat, der muss sich jetzt mit weiteren Veränderungen beschäftigen. Ich bin auch im Blick auf die Opposition Gesprächsbereit, aber Sie müssen sich entscheiden, ob Sie in der Bildungspolitik irgendetwas wollen, ob Sie noch Lust zur Bildungspolitik haben oder ob Sie sich ausklinken, wenn es um das deutsche Bildungswesen geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut! Auf den Punkt gebracht! – Abg. Seimetz CDU: Sie müssen halt den Zeller aus dem Verkehr ziehen! – Abg. Carla Brengenzer SPD: Machen Sie gerade Schauspielschule?)

Die Entwicklung im Sport, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklung in der ehrenamtlichen Kultur und die Entwicklung in der Jugendarbeit zeigen, dass Baden-Württemberg über eine selbstbewusste Gesellschaft verfügt. Es ist eine Gesellschaft, ein Gemeinwesen, das wirklich nach dem Prinzip der Subsidiarität ausgerichtet ist. Wir haben bei der Förderung des Ehrenamts zugelegt. Die 1,5 Millionen € aus dem Nachtragshaushalt haben wir in den Doppelhaushalt übernommen.

Wir haben eine starke bürgerschaftliche Kultur in Baden-Württemberg. Wir haben eine ausgesprochen positive Entwicklung in der Jugendarbeit, zunehmende Kontakte zwischen Schule und Jugendarbeit, gemeinsame Maßnahmen zur Stärkung von Jugendlichen: Streitschlichterprogramme, Schülermentorenprogramme, Beteiligung von Schülern und Schülerinnen an dem, was sie interessiert und angeht.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Dazu hat Herr Zeller nichts gesagt!)

Ich nenne die Jugendinitiative Baden-Württemberg oder, noch einmal gesagt, die Sportentwicklung in allen Bereichen, ob im Schulsport – Stichwort bewegungsfreundliche Grundschule –, ob im Leistungssport, ob im Sportstättenbau. Wo immer Sie hinschauen: Es ist Bewegung, es ist Dynamik drin. Es ist Politik mit denen, die vor Ort wirken, und keine Politik über deren Köpfe hinweg.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Es ist doch komisch, dass die draußen das immer anders sehen!)

Deshalb danke ich allen, die vor Ort in unseren Schulen, in den Vereinen, im Sport, in der Jugendarbeit, in der Ehrenamtskultur diese Arbeit mit uns gestalten. Ich danke dafür, dass es in unseren Schulen so viel Bereitschaft dazu gibt, die anstrengende Weiterentwicklung und Modernisierung zu schaffen. Ich danke denen im Parlament, die diese strategische Ausrichtung unseres Haushalts möglich machen, den Regierungsfractionen, dem Finanzministerium, dem Herrn Kollegen Finanzminister. Ich danke meinen eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich bin im Blick auf diesen Doppelhaushalt guten Mutes, dass wir damit das richtige finanzielle Fundament geschaffen haben, um Bildung und Ausbildung, allgemein bildende Schulen und berufliche Schulen so weiterzuentwickeln, dass wir auch in den nächsten Jahren mit Fug und Recht sagen können: Nicht nur im bundesweiten Vergleich, nein europaweit sind wir das Land, das jungen Menschen Zukunftschancen wie nie ermöglicht.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist aber reichlich übertrieben!)

Das ist unsere Aufgabe in den nächsten Jahren, und deshalb lade ich Sie herzlich ein: Hören Sie auf, sich immer nur auf das zu stürzen, was noch nicht hundertprozentig geschafft ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Tun Sie etwas! Entwickeln Sie Leidenschaft für die Bildungspolitik!

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dann würde die Auseinandersetzung mit Ihnen wieder richtig Spaß machen. In diesem Sinne: Weiterentwicklung unseres Schulwesens und Ernstnehmen dessen, was um die Schule herum geschieht, das macht die nächste Generation stark.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Rhythmische Zurufe von der CDU: Zeller, Zeller, Zeller! – Abg. Pfister FDP/DVP: La Ola!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Jeder blamiert sich so, wie er kann!)

Abg. Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es bleibt mir nur relativ wenig Zeit, um etwas gegen diese Darstellung sagen zu können.

(Abg. Seimetz CDU: Gott sei Dank! – Abg. Dr. Birk CDU: Die Zeit ist nicht das Problem!)

Ich will aber einige Punkte herausgreifen.

Zum Ersten: Sie sagten – ich habe es mir sehr genau mitgeschrieben, es ist auch im Protokoll nachzulesen –: Der Unterrichtsausfall hat sich nicht verschlechtert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

Im „Staatsanzeiger“ vom 28. Januar ist Ihre Statistik aufgeführt; ich kann sie Ihnen vorlesen. In der 48. Woche 2000 betrug der Unterrichtsausfall an der Hauptschule 2,2, in der 48. Woche 2001 3,1 %. Das hat sich angeblich nicht verschlechtert, obwohl es mehr Unterrichtsausfall gibt.

Das Gleiche gilt für das Gymnasium: Von 3,5 % ist der Unterrichtsausfall auf 4,6 % gestiegen.

Im beruflichen Schulwesen – dort nennen Sie den strukturellen Ausfall schon gar nicht mehr: er beträgt 7 % – ist der Unterrichtsausfall immerhin auch um 0,1 Prozentpunkte angestiegen.

Da behaupten Sie von dieser Stelle aus schlichtweg – und Sie nehmen die Wahrhaftigkeit doch immer so ernst –: Der Unterrichtsausfall hat sich nicht verschlechtert. Dabei belegt die Statistik genau das Gegenteil. Ich sage, da soll sich jeder selbst ein Bild machen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man Ihre Erzählstunde hier einmal hinterfragt, kommt davon einiges ans Tageslicht.

Ein weiterer Punkt: Sie haben sich hier als die große Modernisiererin dargestellt. Ich kann jetzt nicht alles darlegen. Ich nenne Ihnen aber einige Punkte, bei denen Sie eine Modernisierungsblockiererin sind.

Zum Bereich der Ganztagschulen sagen Sie nach wie vor: „170 Ganztagschulen an den Brennpunktschulen – aus!“ Das nenne ich Blockade von weiteren sinnvollen Konzepten.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Ich lade Sie herzlich ein. Am 9. März veranstalten wir einen Elterntag. Da kommt der zuständige Staatssekretär aus Rheinland-Pfalz und wird das dortige Ganztagschulkonzept vorstellen. Dann können Sie einiges lernen. Kommen Sie dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nächster Punkt: Wir wollen mehr Fachgymnasien. Sie deckeln deren Zahl.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Dazu haben Sie nichts gesagt.

Ein weiterer Punkt: Wir haben gesagt: Ausbau der Grundschulen, früheres Fördern. Die Grundschulzeit ist viel zu gering. Die 90 Wochenstunden gehen auf eine KMK-Statistik zurück. Das ist keine Erfindung von mir. Das ist eine KMK-Statistik, die das belegt.

Ein weiterer Punkt: die Eigenständigkeit der Schule. Ich erinnere mich noch: Wir haben eine schulscharfe Ausschreibung gefordert.

(Zurufe von der CDU)

Wir hörten Ihrerseits große Töne: „Geht nicht, kann man nicht machen, gesetzlich nicht möglich.“

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist ja peinlich, was Sie hier bringen!)

Inzwischen muss ich sagen: Sie sind auf der richtigen Spur – aber im Schlafwagenabteil. Wir würden uns wünschen, dass Sie da ein bisschen schneller wären.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind auch im Schlafwagenabteil, was die Erzieherinnenausbildung angeht. Auch hier muss man Sie anschieben, damit Sie ein bisschen auf die Sprünge kommen.

Bei der Frage der Integration von Behinderten –

(Zurufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Zeller, ich darf Sie an die Redezeit erinnern. Sie ist überschritten.

Abg. Zeller SPD: Ich weiß, dass das für Sie, Herr Lasotta, jetzt hart ist. Sie können auch gar nicht mehr zuhören.

(Anhaltende Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Lasotta: Es kommt darauf an, wie man es rüberbringt, Herr Zeller!)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Ich sage Ihnen: Auch was die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen betrifft, sind Sie hinten an. Im Grunde besteht auch hier eine Blockade.

Ich könnte diese Liste weiterführen. Das ist angeblich Ihr Modernisierungskonzept. Da sage ich: Baden-Württemberg hat hier sehr, sehr viel nachzuholen und kann sich an anderen Ländern ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Schmid SPD: Ist die Redezeit nicht abgelaufen? – Unruhe)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Meine nie.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Für die Regierung gibt es keine Redezeitbeschränkung, Herr Kollege Schmid.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Das wäre auch nicht nötig gewesen.

(Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

– Nein, Herr Zeller, wenn es um die Wahrhaftigkeit geht –

(Abg. Schmid SPD: Das ist doch unfair! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein, das ist nicht unfair. Herr Zeller ist unfair. Er hat nur die Hälfte der Schularten genannt. Er hat all die Schularten nicht genannt, in denen der Unterrichtsausfall zurückgegangen ist. Wir haben insgesamt einen Rückgang des Unterrichtsausfalls.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Lassen Sie mich länger reden!)

– Das ist keine Frage der Länge der Rede. Das ist eine Frage der Auswahl von Fakten, lieber Herr Zeller.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Zeller: Wenn ich länger reden kann, sage ich es Ihnen auch! Ich kann es nur stichwortartig sagen! Sie reden eine Dreiviertelstunde! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das sagen ausgerechnet Sie! – Abg. Schmid SPD: Glauben Sie nur der Statistik, die Sie selbst gefälscht haben! – Gegenrufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich darf darum bitten, dass Sie hier nicht im Dialog reden.

(Anhaltende Zu- und Gegenrufe)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich stelle es Ihnen allen zur Verfügung: Rückgang des Unterrichtsausfalls in der Grundschule von 2,5 auf 0,9 %, Hauptschule Gleichstand, Realschule Rückgang von 3,8 auf 3,3 %, Sonderschule Rückgang von 1,4 auf 1,2 %, Gymnasium –

(Abg. Zeller SPD: Haben Sie jetzt eine andere Statistik gemacht?)

– Nein, ich habe exakt die gleiche. Aber Sie haben nur folgende Zahlen vorgelesen:

(Abg. Seimetz CDU: Er kann nicht einmal lesen!)

Gymnasium Erhöhung von 4,4 auf 4,6 %, berufliche Schulen –

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wir wissen alle, dass Sie lesen können, Frau Schavan! – Weitere Zurufe)

Wir werden das alles im Schulausschuss besprechen können. Hier ist die Statistik.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch unglaublich!)

Jetzt noch einmal zur Stundentafel Grundschule: Die KMK-Statistik, die Sie zitieren, ist die Statistik vor Einführung des Fremdsprachenunterrichts an der Grundschule. Also fehlen die acht Stunden. Deshalb stimmt die Zahl 90 nach Einführung des Fremdsprachenunterrichts nicht.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wir wollen in die Abstimmung eintreten. Ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/654. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und hier

Kapitel 0401

Ministerium

Wer dem Kapitel 0401 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Grüne, Drucksache 13/686-6. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0402 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0403

Oberschulämter

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der CDU: Karlsruhe!)

(Stellv. Präsidentin Christa Vössschulte)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0404

Staatliche Schulämter

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0405

Grund- und Hauptschulen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/686-7, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/686-8.

Wer dem Antrag Drucksache 13/686-7 der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag Drucksache 13/686-8 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Kapitel 0405 – Grund- und Hauptschulen – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0406

Sonderschulen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0407

Staatliche Sonderschulen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0408

Staatliche Heimsonderschulen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0410

Realschulen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0415

Gymnasien

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0416

Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0417

Staatliches Kolleg Mannheim (Institut zur Erlangung der Hochschulreife)

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0428

Staatliche Feintechnikschule Villingen-Schwenningen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0429

Staatliche Berufsfachschule mit Berufsaufbauschule Furtwangen

(Zurufe von der CDU: Schon wieder! – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt langts aber!)

(Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte)

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/686-9, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/686-1, den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/686-10, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/686-2.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/686-9, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/686-1, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/686-10, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/686-2, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage vor, dass wir die Abstimmung über die Kapitel 0441 bis 0447 zusammenfassen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die

Kapitel 0441 bis 0447

insgesamt abstimmen. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0448

Landesinstitut für Schulsport Ludwigsburg

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0449

Staatliche Seminare für schulpraktische Ausbildung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0450

Staatliche Seminare für schulpraktische Ausbildung für das Lehramt an Realschulen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0451

Staatliche Akademie für Lehrerfortbildung (Wirtschaft und Technik)

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0453

Weiterbildung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/686-3. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0453 – Weiterbildung – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0456

Evangelische Seminare und katholische Konvikte in Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/686-4, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/686-5.

Wer dem Antrag Drucksache 13/686-4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle den Antrag Drucksache 13/686-5 zur Abstimmung. – Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Wir beantragen namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Zum Antrag Drucksache 13/686-5 ist namentliche Abstimmung beantragt.

(Unruhe)

Findet der Antrag auf namentliche Abstimmung die erforderliche Mehrheit? Davon gehe ich aus. – Ja.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 13/686-5 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Abg. Dr. Klunzinger, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit

dem Buchstaben N. Ich bitte Sie herzlich um Ruhe während der Abstimmung, damit wir zügig vorankommen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

Beteiligt haben sich 116 Abgeordnete.

Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 66 Abgeordnete gestimmt.

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebbler, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wieser, Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse über das Kapitel 0465 – Jugend und kulturelle Angelegenheiten – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir haben noch über die Abschnitte II und III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Wer diesen Abschnitten zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Abschnitte II und III sind einstimmig angenommen.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 04 ist abgeschlossen.

Punkt 2 d der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 2 e** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 11: Rechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/661

Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazarus

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 11 – Rechnungshof – eine Gesamtrededzeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt noch ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Rededzeitzuschlag.

Wünscht die Berichterstatlerin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Lazarus das Wort.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 11, der Haushalt des Landesrechnungshofs, ist mit 13,6 Millionen € für 2002 – und fast gleich bleibend auch für 2003 – der kleinste Ansatz im Gesamthaushalt, und trotz ganz hoher Personalkostenanteile, nämlich 94 %, gelingt es, den Ansatz gegenüber 2001 sogar nochmals um 750 000 € zurückzufahren. Dies war zu erreichen, weil eben die Stellen-sparprogramme, denen auch der Landesrechnungshof unterliegt, voll erfüllt wurden. Mit etwas Stolz vermeldet der Landesrechnungshof, dass es auch keine offenen k.w.-Vermerke bei ihm gibt.

Da auch die Sachausgaben innerhalb des vom Finanzministerium vorgegebenen Limits liegen, kann man diesen Haushalt durchaus als geradezu vorbildlichen Sparhaushalt bezeichnen.

Der Haushalt des Landesrechnungshofs ist für uns von besonderem Interesse und wird es auch nach diesem Doppelhaushalt sein, weil er nicht nur die Erfahrungen mit der Budgetierung der Sachausgaben spiegelt, sondern seit 2000 auch mit selbst gesteuerter Personalbewirtschaftung gefahren wird. Damit führt der Landesrechnungshof an sich selbst eine Art Modellprojekt durch, von dessen Erfahrungen die Landesverwaltung insgesamt profitieren wird. Der Landesrechnungshof ist aus zwei Gründen besonders dafür geeignet, dieses „Probieren statt Studieren“ durchzuführen: Er hat nämlich einen kleinen und überschaubaren Personalhaushalt – und er hat trotzdem zwei verschiedene Verwaltungsebenen mit den Rechnungsprüfungsämtern.

Es ist davon auszugehen, dass erst die Budgetierung im Personalbereich die wirkliche Eigenverantwortung von Verwaltungsbehörden bringt und deren wirtschaftliches Denken und Handeln befördert. Gerade der Landesrechnungshof, der gewohnt ist, besonders kritisch zu analysieren, wird uns daher sagen können, was auf große Verwaltungseinheiten übertragbar ist und was nicht. Schon jetzt sind Ergebnisse ablesbar.

Die Regeln müssen für große Verwaltungen einfach und nachvollziehbar sein. Eine längerfristige Planungssicher-

heit muss Voraussetzung für jede budgetierende Stelle sein, das oben genannte wirtschaftlich selbstständige Handeln muss durch Anreize unterstützt werden, und im Gegensatz dazu soll es bei Nichteinhaltung des Budgets durchaus Sanktionen geben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist gleich zu Ende. Bitte, lassen Sie Frau Lazarus in Ruhe ihre Ausführungen machen.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Die Personalausgaben und ihre Entwicklung müssen ständig – nicht nur am Jahresende, sondern monatlich – kontrolliert und nachgesteuert werden. Dazu braucht man eine sehr gute, DV-gestützte Planung.

(Abg. Moser SPD: Das ist richtig!)

Aus diesen Lehren, die der Landesrechnungshof bereits aus seiner Erfahrung gezogen hat, wird sichtbar, dass es durchaus mit der Einführung der Budgetierung bei den Personalausgaben noch Probleme und offene Fragen gibt. Dazu gehört mit Sicherheit eine mittelfristige Vorausplanung der finanziellen Auswirkungen bei Personalentscheidungen. Dafür musste der Rechnungshof sogar ein eigenes, selbst zusammengefügtes Rechenmodell herstellen.

(Abg. Moser SPD: Aber die haben es geschafft!)

Auch die Weitergabe von 50 % der so genannten managementbedingten Gewinne – das sind die Guthaben, die durch vorübergehend nicht besetzte oder auch unterbesetzte Stellen entstehen – ist auf Dauer nicht unproblematisch, da sie doch eine große Einschränkung bedeutet.

In diesem Haushaltsplan des Landesrechnungshofs sind die Strukturveränderungen noch nicht sichtbar, denn sie sollen erst am Ende der Pilotphase abgeglichen werden und transparent sein. Durch die eingesparten Mittel können aber jetzt schon einige Dinge gemacht werden. Zum Beispiel hat sich der Landesrechnungshof für ein Pilotprojekt in Telearbeit entschieden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe einfach einmal die Gelegenheit wahrgenommen, das, was meistens nur im Finanzausschuss behandelt wird, nämlich die Leistung des Landesrechnungshofs, durchaus sich selbst als Pilotprojekt für eine moderne Verwaltung anzubieten, hier in öffentlicher Sitzung darzustellen. Man sieht daran, dass der Rechnungshof gegenüber dem ursprünglichen Aufgabenpaket, so, wie es manche heute noch sehen, nämlich dass sich der Landesrechnungshof mehr oder minder mit den Fehlern im Tagesgeschäft der Verwaltung befasst, heute schon sehr viel weiter gegangen ist und über die Prüfung großer Zusammenhänge und auch beratender Äußerungen mittlerweile dazu übergegangen ist, sich selbst, wie gesagt, in einer Art Selbstversuch mit den Methoden modernster Verwaltung auseinander zu setzen und sie zu erproben. Das ist ein weiter Weg. Für die landesweite Einführung der neuen Steuerungsinstrumente wird dies von größtem Nutzen sein.

Für diese Art von Aufgabe spreche ich namens der CDU-Fraktion dem Landesrechnungshof ganz besonders Dank

(Ursula Lazarus)

aus. Ich bitte Sie, Herr Direktor Müller, dem Präsidenten und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitzuteilen, dass wir für diesen ganz besonderen Mut danken, den Sie zeigen.

Wir werden dem Haushalt des Rechnungshofs zustimmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Junginger das Wort.

Abg. Junginger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann mich bei Ihnen beliebt machen, wenn ich ankündige, dass ich die Redezeit nicht voll in Anspruch nehme.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Pfister FDP/DVP: Das sind die schlimmsten Drohungen!)

Nach den Geplänkeln bei den Sachthemen ist auch in diesem Jahr festzuhalten, dass der Haushaltsplan 11 – Rechnungshof – immer einstimmig in allen drei Kapiteln verabschiedet wird. Auch heute wird das so sein.

Ich darf dem Herrn Rechnungshofpräsidenten, der leider kurzfristig erkrankt ist, von hier aus namens meiner Fraktion gute Besserung wünschen. Der Vizepräsident ist leider in Urlaub, sodass wir Herrn Müller unter uns haben, dem wir den Dank für die Arbeit nicht nur des Rechnungshofs, sondern auch der vier Rechnungsprüfungsämter übermitteln und Energie und Kraft für die Fortführung der Arbeiten wünschen. Denn mindestens der Rechnungshof und seine Ergebnisse werden auch von der Regierung und den Regierungsfractionen wahrgenommen, wenn sie schon die Opposition überhaupt nicht mehr zur Kenntnis nehmen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

So jedenfalls war Herr Hauk heute Vormittag zu verstehen. Da darf ich nur sagen: Wenn wir die Abhandlung zum elektronischen Grundbuch in der letzten Denkschrift noch einmal nachvollziehen, wo der Rechnungshof bescheinigt hat, dass weder ein Sachkonzept noch ein Finanzkonzept vorliege, aber schon Dutzende von Millionen ausgegeben seien, dann beweist dies, wie außerordentlich wichtig die Kontrolle des Regierungshandelns ist. Der Rechnungshof muss mit Selbstbewusstsein, Energie und Kraft prüfen, ob die Haushaltsgrundsätze beachtet und eingehalten werden.

Auch wenn dem kleinen Haushalt des Rechnungshofs allgemein zugestimmt wird, so ist doch noch einmal und sanft-kritisch anzumerken, dass der Rechnungshof immer wieder aufs Neue Vorbildcharakter beweisen muss. Was uns einmal mit einer Möbelauffäre und dem Konferenzsaal beschäftigt hat, ist nicht etwas, was man sich öfter wünscht.

Entscheidend ist, dass die Aufgabe so wahrgenommen wird, dass die Belange des Landes uneingeschränkt über die Wünsche der Regierung gestellt werden. Deswegen

wünschten wir uns – es wäre auch notwendig, dass das geschieht –, dass auch die Landesstiftung einschließlich der Mittelempfänger umfassend geprüft wird, und zwar nicht nur hinsichtlich der Frage, ob die Gelder antragsgemäß ausgegeben worden sind, sondern auch bezüglich der Verwendung der Mittel. Denn jetzt ist ja die Manie ausgebrochen, sich Gemeinnützigkeitsideen einfallen zu lassen, um dort Anträge stellen zu können. Es wäre außerordentlich gut, wenn der Rechnungshof auch bei den Mittelempfängern die Verwendung der Mittel prüfen könnte, was rechtlich zulässig wäre.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann wäre es auch leichter, das mitzutragen, was der Herr Ministerpräsident mit stolzeschwellter Brust im Rahmen einer Wahlkampfbüttenrede über die Vorzüge der Landesstiftung und die wichtige Politik gesagt hat, weil dann die Verwendung bis in die letzte Konsequenz geprüft werden könnte.

Der Landesrechnungshof hat sich neuen Herausforderungen zu stellen, nämlich der Beratung. Die Beratung, die in diesem Zusammenhang zu leisten ist, kann auch zu Zielkonflikten führen, weil man bei einer vernünftigen Beratungstätigkeit auch Verantwortung für das übernimmt, was anschließend geschieht. Man muss sich dessen bewusst sein, dass die Kontroll- und Prüfungsfunktion nicht leiden darf, wenn man zur Beratung herangezogen wird.

(Beifall des Abg. Knapp SPD)

Wir wünschten uns – das darf ich auch als Konsequenz aus dem Untersuchungsausschuss „Ländliche Sozialberatung“ sagen –, dass Empfehlungen, die eingeholt werden, dann auch ernst genommen werden. Denn wider alle Empfehlungen des Landesrechnungshofs sind die Förderrichtlinien so ausgestaltet worden, dass statt der 5 DM, die als Obergrenze ermittelt worden waren, 8 DM gegeben werden. Was nützt die Konsultation des Rechnungshofs, was nützt die Prüfung der Zahlen, was nützt die ganze Kompetenz, wenn die Ratschläge hinterher in den Wind geschlagen werden?

(Abg. Moser SPD: Von der Mehrheit, genau! Machtmissbrauch! – Zuruf des Abg. Rech CDU)

Das verstehen wir nicht unter sachgerechter Beratung. Das ist ein Vorwurf an die Mehrheit; so geht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Rechnungshof muss, wenn es keine entgegenstehenden Sachargumente gibt, auch mit seinen Ratschlägen ernst genommen werden.

Ich wünsche mir, dass wir die Hinweise und Empfehlungen des Rechnungshofs auch bei den Arbeiten im Bereich der neuen Steuerungsinstrumente ernst nehmen. Ich möchte auch, dass die Untersuchung „Querschnittsaufgaben“ wahrgenommen und im Bereich der Ministerien umgesetzt wird. Noch schöner wäre es, wenn die entsprechende Untersuchung auch im operativen Teil des Staatsministeriums durchgeführt worden wäre; dort gibt es bisher noch keine eigenen Untersuchungen.

(Junginger)

Wichtig ist, in diesem Zusammenhang noch einmal zu sagen: Qualifizierte Mitarbeiter mit größtmöglicher Selbstständigkeit müssen dem gesetzlichen Auftrag nachkommen, das Regierungshandeln zu überprüfen, Kostenkontrollen durchzuführen und das, was zu beanstanden ist, in Denkschriften schonungslos und unmissverständlich beim Namen zu nennen.

Auf diesem Weg hat der Rechnungshof bisher gute Arbeit geleistet. Dafür unser Dank. Den drei Kapiteln des Einzelplans stimmen wir zu.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Abg. Theurer das Wort.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wie viele Sekunden hat er gespart?)

– 16 Sekunden.

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Junginger, arg viel Zeit haben Sie jetzt nicht gespart. Ich glaube, das waren 16 Sekunden.

(Abg. Junginger SPD: Eine Minute!)

– Immerhin, klasse. – Ich finde es nicht gut, dass Sie das mit den Möbeln hier noch einmal aufgewärmt haben. Denn aufgewärmt schmeckt nichts außer einer schwäbischen Nudelsuppe.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Junginger SPD: Vorbild! – Abg. Moser SPD: Sauerkraut, aber doch nicht die Nudelsuppe! Wer kocht für Sie? – Weitere Zurufe)

Ich denke, dass der Rechnungshof im vergangenen Jahr eine sehr gute Arbeit geleistet hat. Dafür möchten wir von der FDP/DVP-Fraktion uns bedanken. Wir möchten den Rechnungshof auch ermutigen, wieder mehr in die perspektivische Betrachtung hineinzugehen. In dem einen oder anderen Denkschriftbeitrag sind doch sehr stark Dinge klein-klein im Nachhinein betrachtet worden. Ich denke, es kommt darauf an, sich auch im Vorhinein zu überlegen, wie man mit Landesmitteln wirtschaftlicher umgehen kann. Die neue Rolle des Rechnungshofs im Zuge der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente ist ja bereits angesprochen worden.

(Beifall des Abg. Moser SPD – Abg. Moser SPD: Sehr gut!)

Hier erwarten wir vom Rechnungshof Hilfestellung. Die eigentliche Aufgabe werden aber wir leisten müssen. Wenn auch heute Nachmittag beim Wissenschaftshaushalt moniert worden ist, dass die Produkte hier noch nicht definiert seien, dann ist dies eigentlich keine Kritik an der Landesregierung, sondern da müssen wir uns an die eigene Nase fassen.

(Abg. Schmid SPD: Der Minister Goll hat versagt!
– Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nein, so kann man das nicht sagen!)

Wir als Parlament müssen definieren, welche Standards und welche Produkte wir haben wollen. Das ist unsere Aufgabe. Wenn der Rechnungshof uns dabei helfen kann, dann ist das richtig und gut im Sinne eines Kompetenz- und Exzellenzzentrums – das schlagen wir als FDP/DVP-Fraktion vor –, das dann die Holding Baden-Württemberg, also uns, das Parlament, berät, sodass wir auch bei den neuen Steuerungsinstrumenten die Kontrolle ausüben können. Dazu möchten wir den Rechnungshof ermutigen.

Wir bedanken uns beim Rechnungshof für die gute Arbeit. Die FDP/DVP-Fraktion wird diesem Haushaltsplan zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Jawohl! Prima!)

Ich stelle fest: Ich habe zwei Minuten eingespart.

Danke.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Theurer, vielen Dank. Sie haben das Versprechen eingehalten.

Ich erteile in der Allgemeinen Aussprache Frau Abg. Dederer das Wort.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmid: Wir wollen den Justizminister einmal hören!)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen von Frau Schavan beim letzten Tagesordnungspunkt sehen Sie mich mit etwas gesenktem Haupt hier stehen, nachdem ich auch zu den Abiturienten gehöre, die nur in einem naturwissenschaftlichen Fach Abitur gemacht haben.

(Abg. Blenke CDU: Aber trotzdem ist etwas daraus geworden! – Abg. Pfister FDP/DVP: Aber ein ordentlicher Mensch!)

Aber ich bin sehr froh, dass man mir wenigstens Hölderlin mit auf den Weg gegeben hat.

(Abg. Moser SPD: Hölderlin?)

Hölderlin hat nämlich gesagt: „Einig zu sein ist göttlich und gut.“

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Moser SPD: War das der aus dem Turm?)

Da hat er beim Rechnungshof sicher Recht, denn auch wir werden natürlich dem Einzelplan 11 zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Das war doch der aus dem Turm! – Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, beim Rechnungshof verhält sich die Dicke des Einzelplans genau diametral zur eigentlichen Bedeutung, die der Rechnungshof hier bei uns

(Heike Dederer)

im Land als Prüf- und auch als Kontrollinstanz hat. Die Beratungen über den Einzelplan 11 im Finanzausschuss waren sehr kurz. Das ist sicher ein Zeichen des großen Vertrauens, das dem Rechnungshof entgegengebracht wird. Uns entbindet es allerdings nicht von der Pflicht, auch hier die Haushaltstitel genau anzuschauen und uns mit diesem Haushalt zu beschäftigen.

(Abg. Moser SPD: Jawohl! Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Wenn man sich den Haushaltsplan ansieht, dann ist interessant, dass es einzelne Titel gibt, aus denen sich natürlich auch die künftigen Aufgaben des Rechnungshofs erschließen lassen. Beispielsweise – darauf zielte eine Frage von mir im Finanzausschuss – wird die Zahl der Pkws beim Rechnungshof in den nächsten Jahren zunehmen.

(Abg. Moser SPD: Der zugelassenen Pkws!)

Das deutet natürlich auf eine verstärkte Außentätigkeit hin. So ist das auch begründet worden: Es werden mehr Beratungstätigkeiten vor Ort ausgeübt.

Unsere Fraktion ist froh darüber, dass sich der Rechnungshof weg von der reinen Kontrollinstanz verstärkt hin zu einem Dienstleistungsunternehmen mit mehr Beratungstätigkeit entwickelt. Denn letztlich lohnt es sich ja für unser Land, wenn der Rechnungshof verstärkt Projekte begleitet, eine konsequente Begleitung und Beratung vornimmt. Dabei denke ich jetzt vor allem auch an Großprojekte wie das elektronische Grundbuch. Diese Begleitung und Beratung spart uns unter dem Strich Geld und sorgt auch für das nötige Kostenbewusstsein, das beim elektronischen Grundbuch ja gefehlt hat. Uns ist allerdings für die Zukunft wichtig, dass auch die eigentliche Kontrolle nicht zu kurz kommt. Vertrauen ist zwar gut, aber Kontrolle ist letztlich besser.

(Abg. Moser SPD: War das auch der Hölderlin, der das gesagt hat? – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war Lenin, nicht Hölderlin!)

– Ich spare mit Zitaten, aber eines kriegen Sie trotzdem in jeder Rede.

(Abg. Moser SPD: Das ist gut!)

Lassen Sie mich noch kurz auf den Rechnungshof selber eingehen. Ich habe vorhin schon von der Bedeutung des Rechnungshofs als Kontrollinstanz gesprochen. Für uns wäre es daher wünschenswert, wenn die Unabhängigkeit und auch die Legitimation des Rechnungshofs gestärkt würde. Dies könnte beispielsweise durch Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten geschehen, indem der Präsident durch die Mitglieder dieses Landtags gewählt würde, und das müsste selbstverständlich auch für den Vizepräsidenten gelten.

Auch sollte beispielsweise die zunehmende Beratungsfunktion, die der Rechnungshof ausübt, vom Landtag beschlossen werden. Denn ich denke, es kann nicht dem Rechnungshof allein überlassen werden, woran er arbeiten will und welche Schwerpunkte er setzt.

Dies alles könnte noch in dieser Legislaturperiode durch eine Novellierung des Landesrechnungshofgesetzes geschehen. Damit könnten erste Schritte eingeleitet werden.

Zum Abschluss möchte ich mich ganz herzlich bedanken, Herr Müller, für die gute Arbeit in Ihrem Haus. Sie sind uns als Parlament in vielen Fragen eine wertvolle Hilfe.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Es gibt eine weitere Wortmeldung, eine Wortmeldung des Herrn Abg. Boris Palmer. Herr Palmer, Sie haben noch 40 Sekunden Redezeit für Ihre Frage.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, es besteht Unklarheit bei uns, ob das Plenum beschlussfähig ist.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt aber!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ob die Beschlussfähigkeit gegeben ist, können wir feststellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Feststellen lassen! – Abg. Hauk CDU: Ist gegeben! – Abg. Birzele SPD: Ein Parlament ist immer beschlussfähig, es sei denn, es stellt jemand den Antrag auf Feststellung der Beschlussunfähigkeit! Und dieser Antrag wurde nicht gestellt!)

Die Beschlussfähigkeit ist auf jeden Fall gegeben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Empfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/661. Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Ich rufe auf

Kapitel 1101

Rechnungshof

Wer dem Kapitel 1101 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Herrmann CDU: Die Kapitel kann man doch zusammenfassen!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass dem Kapitel 1101 einstimmig zugestimmt wurde.

Ich rufe auf

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel 1102 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass dem Kapitel 1102 einstimmig zugestimmt wurde.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe auf

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Wer dem Kapitel 1103 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass dem Kapitel 1103 einstimmig zugestimmt wurde.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 11 ist abgeschlossen.

Punkt 2 e der Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 1. Februar 2002, 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

(Allgemeiner Beifall)

Schluss: 18:59 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion GRÜNE

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses
„Fehler der Atomaufsicht in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit den
meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk
Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
M i t g l i e d e r :			
Friedlinde Gurr-Hirsch Alfred Haas Hauk Mack Schebesta Scheuermann	Dr. Caroli Knapp Regina Schmidt-Kühner Stickelberger	Heiderose Berroth	Dr. Witzel
S t e l l v e r t r e t e r :			
Fleischer Hoffmann Klenk Oettinger Röhm Dr. Monika Stolz	Drexler Göschel Teßmer Wintruff	Beate Fauser	Kretschmann

31. 01. 2002

Günther H. Oettinger und Fraktion
Wolfgang Drexler und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Dieter Salomon und Fraktion